

Deutschland-Bericht
der Sopade

Prag X.

3. Jahrg. Nr. 11.

November 1936.

Inhaltsverzeichnis

Teil A : Nachrichten und Berichte

I. Die allgemeine Situation in Deutschland	A 1
Ein zusammenfassender Bericht aus Bayern - Die Kriegsstimmung - Deutsche Waffen- und Mannschaftstransporte nach Spanien - Münchner Filmaufnahmen aus dem spanischen Bürgerkrieg - Die Anteilnahme des Volkes an dem spanischen Freiheitskampf - Die "antibolschewistische Schau" in München.	
II. Aus der Wirtschaft	17
1) Die Preisüberwachung	17
2) Die Preisbewegung	24
3) Die Lebensmittelversorgung	30
4) Die Rohstoffknappheit Verschärfung der Zwangsbewirtschaftung - Mangel an Eisen	46
5) Geld und Kredit Flucht ins Eigenheim - Organisierung des Schulsparens	58
6) Aus der Exportindustrie Die Auswirkung der Abwertungen	62
III. Die Lohnentwicklung	66
1) Die Lohnbewegungen	68
2) Die Lohndifferenzierung	75
3) Aufhebung von Tarifverträgen	79
4) Offene Tarifverschlechterungen Lohnvergleiche mit 1932 - Lohnsenkungen im Hausgewerbe - Verschlechterungen bei jugendlichen Arbeitern - Lohnabbau durch Änderung des Ortsklassenverzeichnisses - Betriebsberichte	80

5) Das Leistungsprinzip	A 87
"Minderleistungsfähige Arbeiter" - Leistungslohn und Akkordarbeit - Betriebsberichte	
6) Unverbindlichkeit und Abdingbarkeit der Tarifordnungen	97
Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte - Die Anordnungen der Treuhänder - Betriebsberichte	
7) Die Arbeitszeit	100
Die Dehnbarkeit des Arbeitstages - Die Mehrarbeitszuschläge - Betriebsberichte	
8) Die Verlängerung der Kündigungsfristen	113
9) Der Urlaub	121
Die nationalsozialistische Urlaubs- politik - Der Urlaub für Jugendliche, für Schwerbeschädigte usw. - Das Urlaubsmarkensystem im Baugewerbe - Betriebsberichte	
10) Einzelberichte	139

- - - - -

T e i l B : Uebersichten .

Aussenpolitische Uebersicht	B 1
=====	
I. Die Politik der Volksfront	2
II. Die spanische Tragödie	6
III. Der Status quo im Osten	20
IV. Das Bündnis der Diktaturen	30

- - - - -

T e i l A

(Abgeschlossen am 9. Dezember 1936)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland.
=====

Das wichtigste Merkmal der gegenwärtigen Situation in Deutschland ist die Tatsache, dass das Regime sich immer weniger auf die Propaganda verlassen kann und sich immer mehr auf die nackte Gewalt stützen muss. Es stellt das Trommelfeuer der Propaganda-Aktionen nicht ein, aber es weiss, dass die Wirkung der Propaganda angesichts der allgemein wachsenden Misstimmung immer weiter nachlässt. Deshalb ist es gezwungen, den Terror zu verschärfen: die drakonischen Wirtschaftsverordnungen (Todesstrafe für Kapitalflucht, Zuchthaus für Preisüberschreitungen), das lückenlose Erziehungsmonopol der Hitler-Jugend und die vollständige Unterbindung der Kritik nun auch auf dem Gebiet der Kunstbetrachtung sind die sichtbarsten Anzeichen dafür.

Diese Schwergewichtsverlagerung in den nationalsozialistischen Herrschaftsmethoden kommt besonders deutlich in dem nachstehenden Bericht aus Bayern zum Ausdruck, der auch deshalb Beachtung verdient, weil er infolge besonders günstiger Umstände ein Berichtsgebiet umfasst, wie es in dieser Ausdehnung nur selten von einem Beobachter überblickt werden kann.

Im letzten Bericht haben wir zwei Merkmale als für die öffentliche Stimmung besonders bezeichnend dargestellt: eine neue starke Beunruhigung durch die zunehmende Verknappung der Lebensmittel und in zweiter Linie eine ständig wachsende Diskussion über den von allen erwarteten Krieg. Nach den gleichlautenden Berichten unserer Genossen aus allen Teilen des Bezirkes und aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung können wir diese Darstellung in verschiedener Hinsicht ergänzen.

1.) Die Beunruhigung der Bevölkerung über die wirtschaft-

liche Entwicklung ist durch die im letzten Monat zum grossen Teil wieder überwundene Verknappung der Lebensmittel nicht eingedämmt worden. Fleisch, Butter und Eier kamen wieder in grösserem Umfange auf den Markt, so dass bei einer zwar immer spürbaren Beschränkung die Bedürfnisse knapp befriedigt werden konnten. Es zeigte sich aber, dass die Missstimmung im Volke nicht mehr mit den periodisch auftretenden Schwierigkeiten schwankt, sondern dass eine Grundmissstimmung vorhanden ist, die das ganze System betrifft und die durch jede neue Schwierigkeit nur noch vertieft wird. Allgemein ist die Feststellung, dass sich die Unzufriedenheit auf alle Schichten der Bevölkerung erstreckt, dass aber besonders der Mittelstand und das Kleingewerbe, vor allem die kleinen Geschäftleute in eine immer trostlosere Stimmung verfallen. Die gedrückte Stimmung erfasst auch die Nationalsozialisten. Kaum einer von ihnen, ob mit oder ohne Parteiabzeichen, fühlt sich verpflichtet, seinen Staat zu verteidigen. Ausgenommen sind die Profiträger der neuen Wirtschaft, die Postenjäger und Parteibeamten. Aber auch sie sind in Sorge, wie sich diese Entwicklung weiter auswirken wird. Wir haben aus erster Quelle Berichte über endlose Beratungen der zuständigen Parteistellen, wie man dieser Missstimmung und Unruhe im Volke entgegenarbeiten könnte.

Die Wirkung der Rede Görings und die Ankündigungen über den neuen Vierjahresplan werden von den Berichterstattern etwas abweichend beurteilt. Die Genossen z.B. in München versichern dass die Rede ohne jeden Einfluss gewesen sei, während andere Freunde in der Provinz die Wirkung höher einschätzen. Alle stimmen jedoch darin überein, dass kein Mensch sich für diese neuen Pläne begeistert und in ihnen die Rettung des Landes sieht. Zwar glaubt man, dass die Regierung ihr Programm durchführen wird und wenn es noch so viel an Volksvermögen kosten sollte, doch empfindet jeder, dass das nichts anderes ist als Kriegsvorbereitung. Das Volk nimmt die Lasten nur unwillig auf sich.

In einer Zeit der dauernden Beschränkung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten muss die von den Spitzenträgern des Systems getriebene Verschwendung die Erregung noch verstärken. Die Bauwut sowohl der offiziellen Parteistellen als auch der einzelnen grossen Parteimänner lässt sich beim Volk längst nicht mehr mit der Begründung "Arbeitsbeschaffung" rechtfertigen. Jetzt, da viele Menschen durch die Aufrüstung wieder in Arbeit stehen, fehlt ihnen vollständig der Sinn dafür, dass sich Schwarz, Ley, Amann und andere römische Prunkvillen für Millionenbeträge bauen. Diese Tatsache ist bekannt bis ins kleinste Dorf und bildet Gesprächsstoff für das ganze Volk. Der Ausdruck "Bonze" ist wieder in aller Munde. Früher hat man sich noch mit dem Witzmachen begnügt, heute kolportiert man schon sifrigst die Einkommenssätze der "oberen Bonzen", die Millionenbeträge, die ihre Villen kosten, das Heuchlerische in den Reden Görings usw.

Es gibt zwar noch immer fanatische Parteigänger, auch unter dem einfachen Volke, aber sie werden immer vereinzelter und werden immer mehr isoliert. Mit solch unverbesserlichen Dummköpfen will man sich nicht unterhalten, man meidet sie und nimmt sich vor ihnen in jeder Hinsicht zusammen. Jeder weiss, wo diese Leute wohnen und was sie tun. Ihre Rolle wird immer mehr die von verhassten Spitzeln, die ausserhalb des Volkes stehen.

2.) Es wäre jedoch sehr verfehlt, wollte man diese Missstimmung des ganzen Volkes als ein Anzeichen für den baldigen Sturz des Regimes betrachten. Wer sich in Deutschland umsieht, der weiss, dass davon gar keine Rede sein kann. Der glänzend funktionierende Kundschafterdienst meldet die Stimmung im Volke ganz genau nach oben. Dort reagiert man auch immer sofort auf jede neue Grundströmung. Heute scheinen die Machthaber zu wissen, dass es ihnen mit Reden und Propaganda allein nicht mehr gelingt, das Volk in Schwung zu halten. Diese Aufmärsche und Feste mit Fahnen und Geschrei tun keine Wirkung mehr. Die kühnste Propaganda kann auf die Dauer nicht über die wirklichen Zustände hinwegtäuschen. Das jedoch bedeutet keineswegs das Ende der nationalsozialistischen Regierungskunst. Es können noch viele Register gezogen werden und die Nazis sind darin Meister.

Es ist klar, dass das Regime heute mit anderen Mitteln regiert als noch vor Monaten, und dass man es aufgegeben hat, alle Deutschen zu Nationalsozialisten zu machen. Wenn man sich heute in Deutschland umsieht, empfindet man an allen Orten die grausame Wucht des Militärstaates. Deutschland ist zu einem einzigen Volk von Soldaten geworden. Es ist völlig gleich, was der einzelne denkt, ob er schimpft und meckert, ob er empört ist oder nicht, er ist ein Soldat in einer ausgerichteten Front und kann gar nichts anderes tun als strammstehen, wenn er nicht will, dass eine barbarische Strafe ihn trifft. Es ist für den im Ausland weilenden Deutschen unvorstellbar, wie sich dieser Militärstaat in den letzten 6 Monaten entwickelt hat. Die vollständige Durchorganisation und Uniformierung des Volkes und aller seiner Lebensäusserungen hat eine Stufe erreicht, die in der Geschichte ohne Beispiel ist.

So prägt sich dem Volke mit jedem Tage mehr die totale Macht des Faschismus ein. Der einzelne ist nichts, der Militärstaat ist alles. Dieses Bewusstsein hat heute mehr oder weniger jeder Deutsche, selbst der, der ein überzeugter Gegner dieses Staates ist.

Hinzu kommt, dass der Terror noch immer weiter verschärft wird. Die Verhaftungen verdächtiger Personen an allen Ecken und Enden des Bezirkes, die ständige Beunruhigung durch Haus-suchungen, die neuen barbarischen Prügelmethoden in den Konzentrationslagern, die erbarmungslose Vernichtung von Existenzen und Leben, all das nimmt täglich zu. Wer von deutschen Gerichten einmal erfasst wird, und unter dem Verdacht der

staatsfeindlichen Betätigung steht, wird, selbst wenn er freigesprochen werden muss, nicht mehr aus der Haft entlassen. Alles wandert in die Konzentrationslager und wird dort ohne Urteil gefangen gehalten. Wer das zweite Mal in ein Konzentrationslager eingeliefert wird, hat keine Hoffnung mehr, es noch lebend zu verlassen.

Das Spitzel-System ist bedeutend ausgedehnt worden. Neben dem Heer von Agenten, das die Polizei unterhält, werden die noch fanatischen Anhänger der Partei und die Verräternaturen, die ja überall unter den Menschen zu finden sind, in ein fein gegliedertes Netz der Bespitzelung eingebaut. In jedem grossen Wohnhaus ist irgend eine Person diesem Spitzelnetz angegliedert. Zwar sind diese Leute vielfach bekannt, dennoch sind sie gefährlich. Nach aussen hin verurteilt man die Angeberei, hinten herum organisiert man sie. Besonders scharf ist die Bespitzelung in den Rüstungsbetrieben. Der Arbeiter steht unter dauernder Ueberwachung. Die Arbeiter kommen sich wie Sklaven vor, die in einem riesigen Arbeitslager tätig sind.

Zusammenfassend ist festzustellen: Was das Regime in den letzten Monaten an Vertrauen bei den Massen verloren hat, sucht es durch vermehrten Terror wettzumachen. Nach der Auffassung unserer Freunde wird sich der Terror noch verstärken; das Regime ist dazu nachtmässig durchaus in der Lage.

Wie reagiert nun das Volk auf diesen Zustand? - Es fügt sich und lässt sich von dem wachsenden Terror zusehends verängstigen. An vielen Beispielen können wir das belegen. Man sollte glauben, dass die zunehmende Missstimmung einen günstigen Boden für eine Aktion, oder wenigstens für eine massige Ausdehnung der organisierten oppositionellen Kräfte abgeben würde. Nichts davon ist der Fall. Die Menschen in Deutschland werden immer mehr verschüchtert, sie fürchten sich vor den Strafen und haben einen grossen Respekt vor der ständig spürbaren Polizeimacht des Reiches. Wie auch schon früher beobachtet, ist die Wirkung der neuen Spitzel- und Terrorismethoden in den einzelnen Orten oft sehr unterschiedlich. So herrscht z.B. in Augsburg eine "viel dickere Luft" als in München. Zwar ist sie auch hier noch dick genug, aber man kann sich doch noch etwas freier bewegen. In Augsburg ist der Druck des Polizei- und Militärapparates auf Schritt und Tritt spürbar. Die ganze Atmosphäre dieser Stadt atmet Zwangstaat und Zuchthaus. Aber auch München hat sich in den letzten Monaten stark gewandelt. Die Menschen sind voll Angst und wollen mit der Polizei nichts zu tun haben. Besonders ängstlich sind die Menschen, wenn sie merken, dass irgend jemand etwas mit illegaler Arbeit zu tun hat. Erschütternde Beispiele liessen sich dafür erbringen.

3.) Zu dieser Angst vor der Polizei kommt in den letzten Wochen immer mehr die Angst vor dem kommenden Krieg. Das Regime tut alles, um das Volk an die Schrecken des Krieges zu gewöhnen. Das hat zur Folge, dass die Menschen an die Zwangsläu-

figkeit der Entwicklung zum Kriege in ganz kurzer Zeit glauben. Ob man in das südliche Schwaben, in den Chiemgau, nach München oder in den bayerischen Wald kommt, überall kann man die gleichen Worte hören: "Jetzt kommt bald der Krieg!" Noch nie war das so deutlich wie in den letzten Wochen. Die Leute fangen an, Geld auszugeben mit der Motivierung: "Jetzt kommt der Krieg, dann ist doch alles hin." Der starke Besuch der Vergnügungsstätten, der in der letzten Zeit wieder zu beobachten ist, wird von unseren Freunden auf diese Stimmung zurückgeführt.

Diese Kriegspsychose wird stark gefördert durch die letzten Massnahmen der Militärbehörden. So wird aus allen Orten des Bezirkes berichtet, dass jeder weaffenfähige Mann seinen Gestellungsschein für den Fall der Mobilmachung zugestellt erhalten hat. Wir lassen hier einige solcher Mitteilungen folgen:

Diese Massnahmen haben die Bevölkerung begreiflicherweise sehr beunruhigt. In den Zeitungen ist davon nichts zu lesen. Alles wird so vorbereitet, dass man nur auf den Knopf zu drücken braucht, damit jeder Deutsche auf seinen Posten an die Kriegsmaschine rennt. Unsere Freunde fragen sich: Warum die Ausgabe dieser Gestellungsbefehle, warum diese bis ins kleinste gehende Vorbereitung auf die Mobilmachung, warum diese geradezu wahnsinnige Hast in den Rüstungsbetrieben, wenn man nicht heute schon ganz bestimmte Absichten für die nächste Zeit hat?

Weiter wird aus München berichtet, dass in den letzten Wochen in Betrieben Prüfungen des Personalstandes durchgeführt wurden. Es wurde ermittelt, wieviel Personen unter Umständen aus dem Büro- in den Werkbetrieb überführt werden können. Die Betriebsleitungen haben Zuschriften erhalten, wonach sie ihren Verwaltungsbetrieb dahin überprüfen sollen, ob nicht Arbeitskräfte freigesetzt werden können, wenn im Bürobetrieb eine Vereinfachung eintreten würde, und welche Vereinfachung möglich wäre.

Bei der Bevölkerung herrscht für den Krieg nirgends auch nur die bescheidenste Begeisterung. Selbst die Jugend, die noch vor einem Jahre für Kriegsideen zu haben war, ist heute wesentlich stiller geworden. So hat nach genauen Beobachtungen der Zustrom zur Fliegerwaffe wesentlich nachgelassen. Die vielen Abstürze, von denen in den Zeitungen nichts zu lesen ist, sprechen sich immer rasch im Volke herum. Das Volk erkennt die Schrecken des Krieges und will den Frieden, aber jeder ist so eingeschüchtert und so hineingepresst in die Klammer dieser Kriegsorganisation, dass ihm nur die Resignation bleibt.

4.) Die antibolschewistische Propaganda hat in den letzten zwei Monaten weiter zugenommen. Wir konnten beobachten, dass es sogar in vielen Fällen, besonders beim Bürgertum, gelingt, den Bolschewistenschreck glaubhaft zu machen. Der Hass gegen die Tschechoslovakei, die man überall als einen Vasallenstaat

Russlands hinstellt, wird systematisch genährt. Antibolschewistische Ausstellungen werden aufgemacht. In der Schule wurden in den letzten Wochen den Kindern belehrende Vorträge über Spanien gehalten, in denen die Grausamkeiten der Roten in für Kinderhirne geradezu vergiftender Form ausgemalt wurden. In einer Schule liess ein Lehrer von den Kindern die Landkarte Europas zeichnen, auf der die als Todfeinde Deutschlands bezeichneten Staaten Russland, Tschechoslovakei und Frankreich rot gemalt werden mussten. Alle Kinos werden in den Dienst der antibolschewistischen Greuelpropaganda gestellt.

5.) In der Arbeiterschaft ist der Prozess der Verbitterung weiter fortgeschritten. Es zeigt sich, dass es dem Regime nicht mehr gelingt, auf die Arbeiterschaft einen Einfluss auszuüben, geschweige denn sie für die Idee der Machthaber zu begeistern. Das wissen die Faschisten genau und darum gehen sie auch hier zu verstärktem Terror über. Obwohl die illegale Bewegung schwach ist und überhaupt nicht in Erscheinung tritt, fangen die Vertreter der Arbeitsfront jetzt an, gegen die Versuche der bolschewistischen Zellenbildung in den Betrieben zu wettern. Früher hiess es, dass der Kommunismus vernichtet sei, jetzt fängt man von neuem an, gegen ihn zu kämpfen. Jeder Arbeiter und auch die Redner der DAF wissen, dass in den Betrieben keine kommunistischen Zellen bestehen. Wenn man jetzt wieder gegen den Kommunismus losgeht, so nur, weil man eine Begründung für den Terror braucht. Dabei ist alles Bolschewismus, was nicht nationalsozialistisch ist. Die Verbitterung unter den Arbeitern ist nicht von illegalen Zellen organisiert, sie entwickelt sich aus der Lage in den Betrieben. Es ist für die Nazis sehr schwer, dagegen anzukämpfen, denn es fehlen die Ansatzpunkte. Man kann doch nicht alle Betriebsarbeiter verhaften. So greift man wahllos irgend einen Arbeiter heraus und massregelt ihn, um damit die anderen einzuschüchtern. In einem grossen Münchner Betrieb wurde z.B. ein Arbeiter fristlos entlassen, weil er keine Winterhilfsmarke klebte. Das hat man ihm noch in sein Arbeitsbuch geschrieben. Persönlich sagte ihm der Abteilungsleiter, er könne im Betrieb nicht mehr geduldet werden, weil er Bolschewist sei.

Aber auch in der Arbeiterschaft zeigen sich keinerlei Formen eines organisierten Widerstandes oder einer sichtbaren Opposition. Die Arbeiter klagen zwar alle über die niederen Löhne und rechnen sich Vergleichszahlen mit früher aus, aber keiner kann sich denken, wie man höhere Löhne durchsetzen könnte. Mit dem täglich wachsenden Terror in den Betrieben, der immer mehr ausgebauten Bespitzelung wird jede Regung mit dem Ziel einer Lohnerhöhung von vornherein im Keim erstickt.

Die in diesem Bericht geschilderte Kriegsstimmung kommt auch in den Berichten aus allen anderen Landesteilen zum Ausdruck.

Wir greifen folgende heraus:

Berlin: In erschreckendem Tempo nimmt in allen Kreisen das Gefühl zu, dass die Welt unaufhaltsam einem neuen Kriege zutreibt. Das ist die absolut einheitliche Grundstimmung, trotz verschiedener Einstellung zu einer solchen Entwicklung und trotz verschiedenster Beurteilung der innerdeutschen und der aussenpolitischen Situation. Nach wie vor herrscht vor allem im Bürgertum, aber auch in der Arbeiterschaft die Auffassung dass Hitler den Krieg nicht will, dass aber die mehr oder weniger bolschewistische Umwelt "uns" in ein Kriegsabenteuer treibt und "wir uns" natürlich wehren müssen. Das deutsch-japanische Abkommen wird durchaus als Militärbündnis aufgefasst und von den meisten als wesentliche Stärkung der deutschen Position empfunden. "Die Regierung versteht doch was von Politik, sie weiss, wie man die Russen in die Zange nehmen kann." Gelegentlich auftauchende Zweifel wegen der Rückwirkung auf England werden von der Goebbelspropaganda übertönt. Das Eigenartige ist, dass dieselben Menschen ihre sehr tiefen Zweifel an der Möglichkeit eines deutschen Sieges im kommenden Kriege nicht verbergen können. Diese Zweifel werden genau so wenig begründet wie der fatalistische Glaube an den baldigen Kriegsausbruch. Fundierte Kritik hört man nur aus dem Lager der Grossbourgeoisie, der Bürokratie usw. auf der einen, aus Kreisen der politisch geschulten Arbeiter auf der anderen Seite. Die einen kennen den wirklichen Umfang der Wirtschaftsschwierigkeiten, die anderen sehen immerhin, was in ihren Betrieben los ist. Ausserdem verfolgen sie die Entwicklung im Auslande mit kritischerem Blick. So äusserte sich ein Grosskaufmann sehr skeptisch über das deutsch-japanische Abkommen als einen "wilhelminischen Streich". Auf die Weise triebe man ja England und USA zwangsläufig in eine Front gegen Deutschland. Es entstünde zwar nicht die Vorkriegskonstellation, in der ja auch Japan und Italien gegen Deutschland gestanden hätten, aber erstens wisse man nicht, wo Italien stehen würde, zweitens sei die finanzielle und überhaupt die wirtschaftliche Lage Japans auch nicht gerade glänzend und drittens sei vor allem Russland heute nicht mehr das Russland von 1914. Deutschlands Kriegsvorbereitungen würden zwar organisatorisch exakt klappen; kein Pünktchen über dem i würde fehlen. Aber Organisation allein mache es auch nicht, wenn auch sicherlich die Anfangsstosskraft Deutschlands heute unvergleichlich grösser wäre als 1914. Die Rohstoff- und vor allem die Devisenschwierigkeiten seien sehr gross, doch liess sich nicht abschätzen, wie lange man sich im Kriegsfall doch mit allem möglichen Ersatz durchhelfen könne. Die leichtsinnige Annahme, dass Deutschland überhaupt nur einen kurzen Krieg führen könne, teile er nicht, wohl aber sei er sich klar, dass auf längere Dauer das Uebergewicht bei den anderen Mächten liegen würde. Vorausgesetzt, dass es Deutschland nicht gelingt, während des Krieges noch diplomatische Erfolge zu erzielen und die Front der Gegner aufzulockern. In diesem

Punkt hätte die deutsche Diplomatie trotz der schweren Belastungen durch die Parteieinflüsse und trotz des Gegeneinanders von alter und neuer Diplomatie manches gelernt.

Weniger durchdacht, aber doch in ähnlicher Richtung bewegen sich oft die Betrachtungen von Arbeitern, die früher in der Arbeiterbewegung gestanden haben und heute zwar inaktiv, aber doch noch interessiert sind. Sie schätzen im allgemeinen die Rolle der Wirtschaftsschwierigkeiten höher ein und glauben darum an einen weniger langen Krieg. Ihre Grundstimmung ist, soweit wir feststellen konnten, dass Deutschland den Krieg verlieren wird, vor allem wegen der Ueberlegenheit der Russen und weil das antideutsche Bündnis in letzter Stunde doch zu umfassend sein wird. Soweit sie Zweifel an einer deutschen Niederlage äussern, entspringen sie der Sorge über die Schwäche der englischen und französischen Politik. Meist aber mit dem charakteristischen Zusatz: "Aber in letzter Stunde werden sie schon begreifen - hoffentlich ist es dann nicht zu spät." Sehr wichtig scheint uns, dass --ohne dass gross darüber geredet würde-- bei allen Ueberlegungen der Arbeiter die Spekulation auf die deutsche Niederlage immer mehr ins Zentrum seiner Gedanken über das etwaige Ende des Hitlerregimes rückt. Darüber, dass das Schicksal der deutschen Arbeiter sich nur durch eine deutsche Niederlage wenden kann, spricht man eigentlich gar nicht - das ist selbstverständlich.

Die Genossen unseres illegalen Kerns machen sich ernstere Gedanken. Sie sind nicht einheitlich der Auffassung, dass unbedingt mit einem baldigen Kriegsausbruch gerechnet werden kann, sondern argumentieren, dass der deutsche Kriegsapparat zwar organisatorisch fertig wäre, dass die Mobilmachung in wenigen Tagen restlos durchgeführt werden könnte und ganz genau klappen würde, dass aber weder die technische Ausrüstung der einzelnen Waffengattungen, vor allem der Marine, noch die industrielle Umstellung auf die vollkommene Kriegswirtschaft, noch die Ausbildung der Armee so bald beendet sei. Vor allem fehlt es an Offizieren. Auch über den Ausgang eines Krieges sind sie skeptischer. Es sind immer wieder die Sorgen um die französische und englische Politik und die Frage nach der wirklichen Kriegsstärke der Sowjetunion, die auftauchen. Im ganzen ist zwar auch ihre mehr gefühlsmässige Perspektive, dass Deutschland den Krieg verlieren wird, aber die Genossen haben gelernt, ihre Gefühle zu kontrollieren und nach soviel Niederlagen der Arbeiterbewegung zu versuchen die vorhandenen Kräfte richtig einzuschätzen.

Hamburg: In unseren Kreisen ist man beunruhigt über die Aussenpolitik, man glaubt nicht an die Ehrlichkeit der Friedensbekenntnisse. Nur weil die Aufrüstung noch nicht fertig ist, wird vorläufig der Krieg vermieden. Beunruhigend wirken auch die aussenpolitischen Erfolge Hitlers, weil dadurch die Möglichkeiten eines deutschen Sieges wachsen und die Diktatur

gefestigt wird. Unsere Genossen bedauern die Haltung der westlichen Demokratien in der spanischen Angelegenheit.

Ein bezeichnendes Licht auf die allgemeine Kriegsstimmung wirft auch der beiliegende Reklamezettel:

Was ein Judeur hier anfangen sollte!

Kriegsgedächtnis-Ausstellung in einer
der ältesten Gaststätten Hamburgs

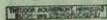
Der Heldenkeller

Otto Sevecke, Herrlichkeit 76
Fernruf 36 69 10 Hochbahn-Haltest. Rödningmarkt

40 Meter Schützengraben

mit unzähligen plastischen Darstellungen über Kämpfe
an der West- und Ostfront

Eintritt frei!



Sachsen, 1. Bericht: Jeder bangt vor dem Krieg, doch sieht alles dem Ablauf der Dinge mit Fatalismus entgegen. Unsere Leute sagen, lieber ein Ende mit Schrecken als dieser Schrecken ohne Ende. Jede Hinauszögerung der gewaltsamen Auseinandersetzung erhöht die Gefahr, dass die Nazis den Krieg gewinnen. Man macht sich im Ausland keine Vorstellung, was alles auf dem Gebiete der Kriegarüstung geleistet wird. Das ganze Volk, bis zur Schuljugend, wird für den kommenden Krieg gedrillt, jeder Schuljunge, der nur eine Waffe tragen kann, wird heute schon mit der Waffe ausgebildet.

2. Bericht: Es wird fast allgemein die Auffassung vertreten, dass wir mitten in den Kriegsvorbereitungen stehen und nicht mehr lange auf den Ausbruch eines Krieges zu warten brauchen. Die Menschen können sich augenblicklich eine andere Ablösung gar nicht denken. Man glaubt, dass die Kräfteverhältnisse sich in der letzten Zeit mehr zu Gunsten der Militärgruppe verschoben haben, die aber auch keinen anderen Ausweg aus der verzweifelten Wirtschaftslage finden könnte als einen Krieg.

Dabei findet sich ausser einigen fanatischen Anhängern auch beim Bürgertum kein Mensch, welcher einen Krieg wünschte.

Schlesien: Die Meinung, dass der Krieg unmittelbar bevorstehe ist heute allgemein. Diese Auffassung stützt sich auf die sichtbaren unmittelbaren Kriegsvorbereitungen. Die Wehrpflichtigen, auch die noch nicht ausgebildeten, haben in den letzten Wochen die "Kriegsbeorderung" zugestellt bekommen. Sie enthält Angaben über Zeit und Ort der Gestellung im Falle der Mobilisierung und die Aufforderung Tornister, Stiefel und für 2 Tage Verpflegung mitzubringen. Die Ausrüstungsgegenstände werden in bar vergütet. Alle Besitzer von Motorfahrzeugen (Personen- und Lastwagen) haben ebenfalls die "Kriegsbeorderung" für die Fahrzeuge erhalten. Diese Meldung wird aus dem ganzen Bezirk bestätigt.

Württemberg: Eine sehr zwiespältige Stimmung herrscht in der Kriegsfrage. Hier könne man keineswegs allgemein von einer Kriegsfurcht sprechen. Die sich stets noch steigende Rüstung weckt nicht nur Sorge vor kommenden Dingen, sie schafft in einem Teil der Bevölkerung ein gewisses Gefühl der Ueberlegenheit, das verstärkt wird durch das offenkundige Zurückweichen aller Staaten vor den unaufhörlichen Vertragsbrüchen des Hitlerregimes und das durch die NS-Propaganda natürlich dauernd gefördert wird. Die SA insbesondere --Ausnahmen zugestanden-- ist als Ganzes der Träger der Meinung: Wir brauchen heute vor einem Krieg keine Angst zu haben. Umgekehrt folgern viele Leute aus der Art, wie das Ausland auf Hitlers Politik reagiert, es werde keinen Krieg geben. Deutschland sei schon so stark, dass es alles ohne Krieg erreichen könne. Anders sehen natürlich viele Leute aus der bürgerlichen Intelligenz die Zukunft, ebenso die Arbeiter in der ausgesprochenen Rüstungsindustrie, auf die das gesteigerte Tempo der Rüstung natürlich, soweit sie politisch urteilsfähig sind, eine ernüchternde Wirkung ausübt. Aber auch hier wäre es falsch, von einer einheitlichen Stimmung in der Kriegsfrage zu sprechen. Im Vordergrund stehen viele näherliegende Dinge: wie die Lohnfrage, von der eine tiefgehende Beunruhigung der Belegschaften ausgeht.

Baden: Der grösste Teil des Volkes rechnet in absehbarer Zeit mit einem Kriege. Auch die Versammlungswelle gegen den Weltfeind Nr. 1 wird nur dahin gedeutet, dass dem deutschen Volke das Gruseln vor den Russen beigebracht werden soll, um es für den bevorstehenden Krieg mit Russland reif zu machen. Diese Greuelpropaganda findet aber keine gute Aufnahme in der Bevölkerung. Der Russe liegt dem deutschen Volke nicht als Erbfeind.

Die Meldungen, dass Deutschland die spanischen Nationalisten durch Waffen und Mannschaften unterstützt, werden durch nachstehende Berichte bestätigt:

Berlin: Am 3. Oktober traten 80 Mann, getarnt als Reisegeellschaft von "Kraft durch Freude", die Reise nach Lissabon an. Es handelt sich um Leute aus zwei Artillerieregimentern, die in Neuruppin stehen. Von diesen sollen bereits 19 gefallen sein.

Zahlreiche Verluste sind auch schon von der deutschen Fliegertruppe in Spanien durchgesickert. Die Mitteilung an die Angehörigen lautet meistens: "Bei Manöver verunglückt". Briefe von nach Spanien kommandierten Soldaten an die Angehörigen gehen nur über den Truppenteil in der Heimat und werden dort erst der Post übergeben. Ueber den Umfang von Abkommandierungen nach Spanien gehen in Berlin die wildesten Gerüchte um. Wenn von irgendeinem Truppenteil ein Kommando ausgewählt wird, und es heisst, sie gehen nach Döberitz, flüstert sich alles sofort zu: "Aha, das liegt doch in Spanien".

Hamburg: Die Rickmers-Linie und die Sloman-Linie transportieren auf ihren Schiffen Waffen (Gewehre, Lafetten, Geschützrohre, Granaten, Flugzeugteile usw.) nach Spanien. Als angegliches Reiseziel wird "Mittelmeer" angegeben. Die Ueberladung auf die Schiffe wird nur in der Nacht vorgenommen.

Aus der SA. werden Freiwilligenformationen für die Rebellen in Spanien aufgestellt. Verschiedene Kommandos sind bereits in Spanien eingetroffen.

Rheinland: Aus Köln und Aachen wird gemeldet, dass in der SA, der SS und im NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps) Freiwillige für Spanien geworben werden.

Bevorzugt werden Leute, die soeben aus dem Heer entlassen worden sind und solche, die bereits über 25 Jahr alt sind, aber bis jetzt keine Ausbildung beim Militär absolviert haben. Nötigenfalls sollen die Angeworbenen noch eine kurze Ausbildung beim Militär durchmachen. Die Werbung der Freiwilligen erfolgt geheim. Öffentlich wagt man nicht zu werben.

Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um den spanischen Bürgerkrieg propagandistisch auszunützen, zeigt folgender aufschlussreicher Bericht:

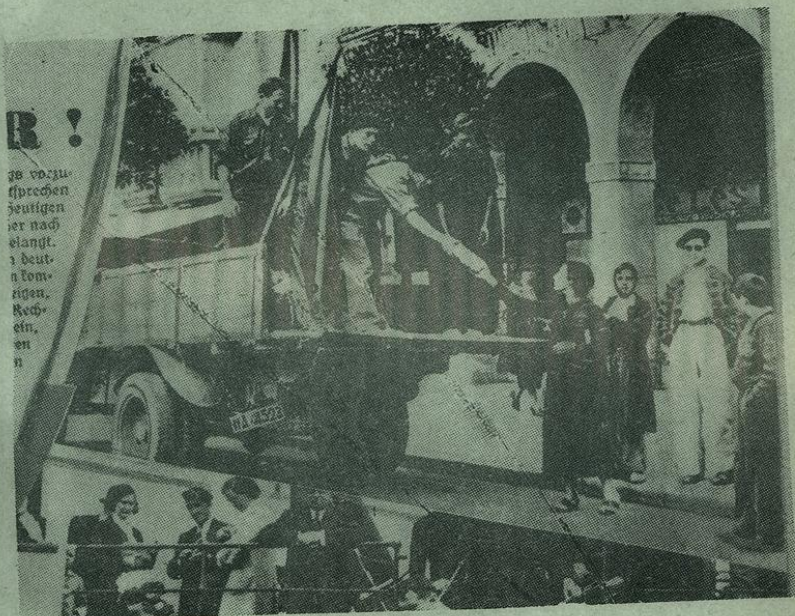
Bayern: Vor 3 Monaten erfuhren wir durch unsere Freunde, dass in Geiselgasteig bei München auf dem grossen Filmgelände der Bavaria Film A.-G. Spanienszenen gedreht werden sollen. Wir nahmen diese Nachricht skeptisch auf und baten unsere Freunde, genauere Nachforschungen darüber anzustellen.

Schliesslich gelang es, festzustellen, dass in Geiselngeleit spanische Häuser, Geschäfte mit spanischen Aufschriften, zerstörte Gebäude usw. aufgebaut worden sind. Als Komparsen wurden SS-Leute und deren Angehörige verwendet. Auf Grund dieser Mitteilungen forschten unsere Freunde nach Spanienbildern in der Presse, um vielleicht einen Beweis für die Fälschung zu entdecken. Das gelang auch. Auf der dritten Seite der beigegebenen Zeitschrift "Der deutsche Rundfunk", Heft 34 vom 23. August, findet sich ein Bild: "Soldaten der nationalen Militärgruppe verteilen Vorräte an die Bevölkerung." Man sieht einen Lastwagen, auf dem ein Soldat einer Frau Brot reicht. Auf dem Nummernschild dieses Lastwagens ist deutlich das Kennzeichen II A 4523 zu lesen. IIA ist das Kennzeichen der Münchner Kraftwagen. Nach dieser Feststellung haben unsere Freunde unter dem Vorwand, dass ein Autounfall passiert sei, sofort die Unfallmeldestelle der Polizeidirektion München angerufen und um Auskunft gebeten, wer der Besitzer des Wagens II A 4523 ist. Prompt kam darauf die Antwort: Bavaria Filmgesellschaft in Geiselngeleit. Weitere Erkundigungen haben ergeben, dass der erste Mann von links der auf dem Wagen stehenden Soldaten ein Münchner SA-Mann ist. Er gehörte einem Sturm in Haidhausen an und trägt auch bei dieser Spanienaufnahme sein SA-Hemd. (Vgl. Seite 12a).

Im übrigen wird über die Anteilnahme des Volkes am spanischen Freiheitskampf berichtet:

Berlin: In den letzten Wochen stand Spanien wieder stärker im Mittelpunkt des Allgemeininteresses der Arbeiter. Vor einem Monat, als Madrid verloren schien, hatte sich bei der Arbeiterschaft im allgemeinen Interesslosigkeit gezeigt. Tendenz: hat ja alles keinen Zweck, ist ja doch alles verloren. Die Faschisten sind eben stärker. Auch bei einzelnen unserer Genossen zeigten sich Anzeichen tiefer Depression. Der erfolgreiche Widerstand Madrids beleben Interesse und Hoffnungen wieder. Man liest die Zeitungen sehr kritisch, bemüht sich, aus den völlig tendenziösen Berichten einiger-massen die Wahrheit herauszuschälen, und erkennt je länger je mehr die schicksalhafte Bedeutung der spanischen Kämpfe für den deutschen Faschismus.

Rheinland: Das Interesse an den spanischen Vorgängen ist nach wie vor gross. Es wird heftig darüber diskutiert. Der Grundton der Unterhaltungen darüber ist: Von dem Ausgang dieses Kampfes hängt das Schicksal Europas und nicht zuletzt das Schicksal der Nazigeegner in Deutschland, ja das Schicksal des ganzen deutschen Volkes ab. Die Nazipropaganda, die darauf abgestellt ist, alle Schuld den "Bolschewiken" zuzuschreiben, und die "roten Horden" in Spanien immer aufs neue zu beschimpfen, verfehlt in weiten Kreisen ihre Wirkung. Das Volk --und hier sind nicht nur die Arbeiter gemeint--



R !
ge vorzu-
sprechen
zeitigen
er nach
elangt.
i deut-
n Tom-
rigen,
Koch-
ein,
en
n

wünscht einen Sieg der Regierung und der Milizen. Am Radio und in der Presse wird jede Meldung beachtet. Die deutschen Meldungen werden recht kritisch genommen, vielfach glaubt man ihnen nicht.

In einem Artikel im "Westdeutschen Beobachter" macht ein Herr M.J. Reinartz aus Paris folgende bezeichnende Ausführungen:

"Bei einem kurzen Aufenthalt in Deutschland stellte ich fest, dass in der Bevölkerung die Auffassung anzutreffen ist, als ob die von den Bolschewiken und den Anarchisten in Spanien begangenen Greuel nicht so furchtbar und bestialisch sein könnten, wie sie vielfach in der deutschen Presse dargestellt werden. Man erinnert dabei vielfach an die Greuelmeldungen, die das englische Reuterbüro im Kriege über das Verhalten der deutschen Truppen in Belgien verbreitet habe, die, wie jeder weiss, restlos erfunden waren und zu dem Zwecke verbreitet wurden, eine Weltfront gegen Deutschland zu schaffen."

Dann sagte der Verfasser natürlich, dass es weit schlimmer sei und er sucht nachzuweisen, dass im übrigen alle Meldungen der deutschen Presse von der Wirklichkeit weit übertroffen würden. Der Schluss des Artikels ist noch bezeichnender als der Anfang:

"Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele derjenigen, die heute die Greuel in Spanien als unwahrscheinlich oder unmöglich abtun möchten, in den Kreisen zu suchen sind, wo sonst die Meckerer sitzen. Wer angesichts des überwältigenden Tatsachenmaterials über die spanischen Greuel, das, wie schon gesagt, zu 95 Prozent aus nicht-deutschen Quellen stammt, noch im Ernste an der Wahrheit zu zweifeln wagt, weil er diese Beweise für die Richtigkeit unserer Einstellung gegen Moskau nicht sehen will, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sich hinter seinen Zweifeln andere durchsichtige Gründe verstecken. Man wird gut tun, sich die Zweifler näher anzusehen. Das wird sicher manchmal zu interessanten Feststellungen führen."

An diesen Schlusssätzen ist natürlich etwas Wahres. Die Opposition benutzt tatsächlich diese Gelegenheit, die tausend Möglichkeiten zur Unterhaltung über politische Fragen bietet.

Sachsen: In den Schulen halten Spanienflüchtlinge, hauptsächlich Frauen, Vorträge über die Zustände in Spanien, wobei sie natürlich die angeblichen Greuelthaten der roten Miliz besonders blutrünstig ausmalen, die Greuel der nationalistischen Truppen aber verschweigen.

Wie wir bereits in früheren Berichten erwähnt haben, wird die antibolschewistische Propaganda in Deutschland nicht nur in

der Presse und in einer Unzahl von Versammlungen betrieben, sondern auch durch die Veranstaltung von Ausstellungen. Die sogenannte "Antikomintern" hat in Berlin eine Bilder- und Dokumentenschau "des Bolschewismus" eröffnet und zeigt im Reiche in den grossen Städten eine Wanderausstellung. "Weltfeind Nr. 1." In München ist im Deutschen Museum eine besondere "anti-bolschewistische Schau" zusammengestellt worden. Bezeichnend ist, dass für den Besuch der Ausstellung mit einem Flugblatt "Rotfront lebt!" geworben wurde. Offenbar hält man auch heute noch diesen Ruf für besonders werbekräftig. (Vgl. Seite 15)

Ueber diese Ausstellung liegt uns folgender Bericht vor:

Wenn man die Ausstellung betritt, kommt man zunächst in einen Weiheraum für die Toten der nationalsozialistischen Bewegung. Im Halbdunkel gehüllt sind die bekannten 300 Namen an den Wänden angebracht. Gustloff 1936 in goldenen Lettern. Die Besucher, denen Führer zur Verfügung stehen, die alles recht schaurig erklären müssen, machen hier nur kurz halt. Im angrenzenden grossen Saal beginnt die deutsche Ausstellung, die eigentlich, was die Menge des Materials betrifft, sehr dürftig ist. Sie hat ein weit geringeres Ausmass als die anschliessende italienische Schau. Da kann man gefälschte Briefe von Max Hölz an Toller, Bilder vom Ruhr-aufstand, von den Berliner Kämpfen usw. sehen. Eine ganz besondere Gemeinheit sind die an den Längsseiten angebrachten Bilder von Konzentrationslagerhäftlingen. Sie nennen es "das Gesicht des Bolschewismus". Die Bilder sind alle so gemacht, dass sie abstossend wirken müssen. Man sieht stoppelbärtige schmutzige Gesichter mit Seitenbeleuchtung von unten aufgenommen, mit wirrem Haar und zerschundenem Gesicht. Vielen dieser Köpfe sieht man deutlich die Entstellungen durch Schläge an. Geschwollene Augen, eingeschlagene Zähne, kahlgeschorener Schädel, alles muss die Wirkung des Schreckens erhöhen. Wer diese Bildersammlung als Sozialist betrachtet, den ergreift tiefer Schmerz über eine solche Verhöhnung misshandelten Menschen. Doch darf man nicht übersehen, dass diese Bilder auf den unwissenden Besucher ihre Wirkung nicht verfehlen. Der Sprecher verweilt hier besonders lange und verweist sehr eindrücklich auf diese "Typen von Untermenschen". Im selben Saal sind auch die Kampfaffen der KP (einige harmlose Gummiknöpfe und Schlagringe, selbst fabriziert) zu sehen. Man wundert sich über die grosse Dürftigkeit dieser Sammlung. Wenn damit bewiesen werden soll, wie gefährlich die Kommunisten gewesen sind, so wird mit dieser ärmlichen Zusammenstellung gerade das Gegenteil erreicht. An einem langen Tisch sind die Gerichtsakten aufgelegt, darunter auch

Weitergeben! Nicht wegwerfen!

**Rotfront
lebt!**

Das beweisen die unmenschlichen kommunistischen Greuel in Spanien.
Das beweisen Aufruhr, Kirchenzerstörung und Mord in aller Welt.
Das beweisen die Original-Dokumente, Bilder und Darstellungen der
Ausstellung im Deutschen Museum in München.

Münchener Männer und Frauen aller Stände!

Das geht Euch an, den Arbeiter genau so wie den Kaufmann und den
Beamten: Tatsachen müssen Euch überzeugen, wie der rote Terror wüthet
und wer Eure Zukunft und die Zukunft Eurer Kinder sichert.

Besucht daher alle die große antibolschewistische Schau
im Bibliotheksbau des Deutschen Museums in München.

Ab 7. November täglich von 10 Uhr bis 21 Uhr geöffnet.

der Akt des aus Dachau geflüchteten Kommunisten Bäumler. In der Mitte ist eine Wand vollbehängt mit Bildern vom sogenannten Geiselmord im Münchner Luitpoldgymnasium während der Räteregierung in München. Diese Bilder sind besonders effektiv hervorgehoben. Eine eigene Beleuchtungseinrichtung streut verschiedenfarbiges Licht auf sie aus. Man sieht da z.B. einen Toten mit einer Halswunde. Der Führer macht auf dieses Bild besonders aufmerksam und erklärt den Besuchern, dass die Geiseln von den Roten geschächtet wurden. Anschliessend wird der Kampf und Einzug des Generals Epp und der Freischaren in München gezeigt.

In den nächsten zwei Räumen ist die italienische Ausstellung untergebracht, die eigens aus Italien herbeigeschafft worden ist. Die "erbeuteten" Parteifahnen der Kommunisten sind mit rostigen Dolchen an die Wand geheftet, darüber die siegreichen faschistischen Wimpel. Der Marsch auf Rom wird gezeigt. Mauerbrocken hat man herbeigeschleppt, an denen angeblich noch das Blut faschistischer Märtyrer klebt. Dann folgt eine Abteilung über den ungarischen Kommunismus (Bela Kuhn).

Danach kommt der Raum, der dem russischen Bolschewismus gewidmet ist. Verhungerte Menschen, ganze Leichenberge, Erschiessungen, Martern, Kerker, zerstörte Kirchen, riesige symbolische Darstellungen der kommunistischen Weltgefahr. Der ganze Raum ist in düsteres Licht getaucht und man hat den Eindruck, als ob die Luft künstlich verpestet worden wäre, um den Kontrast zu dem nachfolgenden Saal, in dem das neue Deutschland sich anpreist, besonders drastisch zu machen.

Interessant ist, dass sich unter der bolschewistischen Weltliteratur auch eine Nummer des "Neuen Vorwärts" befindet. Ebenso ist die "Deutsche Revolution" Otto Strasser vertreten.

Nachdem man alles gründlich erklärt bekommen hat, wird noch der Film "Weltfeind Nr. 1" vorgeführt. Er stellt die militärische Macht Russlands dar und wir müssen gestehen, dass diese Darstellung nicht ungünstig für die Russen wirkt. Viele Arbeiter besuchen die Ausstellung nur wegen dieses Films und weil man bei den Vorführungen die Internationale hören kann.

Der Gesamteindruck ist für denkende Menschen durchaus nicht überwältigend. Auf ängstliche Gemüter mag die Wirkung anders sein. Doch scheint die Ausstellung auf viele sehr deprimierend zu wirken. Die Macht und die Ungeheuerlichkeit des Bolschewismus ist in so grellen Farben gemalt, dass bei vielen der Eindruck entsteht: "Was können wir noch dagegen machen, der Bolschewismus kommt doch, den halten auch wir nicht auf." Als z.B. bei der von uns besuchten Filmvorführung, nachdem auf die glänzenden Truppenparaden der Roten Armee in Moskau eine viel schwächere Wiedergabe deutscher Truppenparaden gebracht wurde, einige an den Saalseiten aufgestellte SA-Leute zu klatschen versuchten, leistete niemand Folge.

In diese Ausstellung müssen alle Soldaten des Standortes München und alle Schüler gehen. In den Betrieben werden die Eintrittskarten zu 30 Pf. verkauft, sonst kosten sie 50 Pf.

II. Aus der Wirtschaft.

1) Die Preisüberwachung .

Die deutsche wirtschaftliche Entwicklung ist mit der Proklamation des neuen Vierjahresplanes in ein entscheidendes Stadium getreten. Es ist das Stadium der totalen Kriegsvorbereitung, das Stadium, in dem zugleich die wirtschaftlichen Schäden sichtbar werden, die die zwangsläufigen Folgen der deutschen Aufrüstung sind. In diesem Stadium überlässt das Regime die Führung der Wirtschaftspolitik nicht mehr bewährten Sachkennern wie Schacht und Goerdeler, sondern legt sie in die Hände "alter Kämpfer" wie Göring und Wagner. Die inzwischen getroffenen Massnahmen zur Durchführung des Vierjahresplanes zeigen, dass es sich nicht nur um einen Personenwechsel handelt. Mehr denn je ist die Wirtschaftspolitik für die Nationalsozialisten Machtpolitik. In diesem Sinne suchen sie die Schwierigkeiten zu überwinden, die sie selbst heraufbeschworen haben. Bezeichnend dafür ist ein Leitartikel im "Schwarzen Korps" vom 8. Oktober: "Nun aber handeln!", in dem es u.a. heisst:

"Wir wollen endlich wieder die so oft betonte und gewünschte Privatinitiative erleben!...

Das Ziel hat der Führer gesteckt. Wie dieses Ziel erreicht wird, ist Sache der Wirtschaft... Wir werden nach vier Jahren eine Nachlese halten..

Es ist also letzten Endes gar keine wirtschaftliche Frage, die hier entschieden werden muss, sondern eine Frage des Charakters und des Willens."

In demselben Stil halten Göring und Wagner ihre Reden.

Wirtschaftlich gesehen erscheint die Aufgabe, die ihnen übertragen worden ist, nicht lösbar. Fraglich ist, ob sie politisch lösbar ist. Das Beispiel der Nira Roosevelts hat gezeigt, dass auch wirtschaftspolitisch zum Teil undurchführbare Massnahmen zum Erfolg führen können, wenn sie politisch das Richtige treffen. Allerdings handelt es sich in Deutschland um eine ganz

andere Aufgabe als in USA. Dort brachte der politische Erfolg der NIRA die Selbstheilungskräfte der kapitalistischen Wirtschaft zur Entfaltung; in Deutschland müsste der politische Erfolg des Vierjahresplanes darin bestehen, das Volk zur Uebernahme all der Opfer zu gewinnen, die die reale Bezahlung der Aufrüstung erfordert. Lässt sich das Volk dazu bewegen, seine Lebenshaltung soweit einzuschränken, dass die deutsche Zahlungsbilanz ausgeglichen und die kurzfristigen Schulden, mit denen die Aufrüstung vorläufig finanziert worden ist, nach und nach durch echte Ersparnisse abgedeckt werden können, dann werden sich auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten so oder so überwinden lassen. Es ist in der Tat im entscheidenden nicht eine wirtschaftliche, sondern eine politische Frage und wenn man das Problem so stellt, erkennt man auch, dass seine Lösung politisch nicht so aussichtslos erscheint wie wirtschaftlich. Man darf nicht vergessen: Das Volk billigt in seiner grossen Mehrheit die Aufrüstung und wenn auch die Parole: "Kanonen statt Butter" in weiten Kreisen unpopulär ist, so sind doch dieselben Kreise noch immer einer "Aufklärung" darüber zugänglich, dass die Rüstung vollendet werden und dass das Volk dafür Opfer bringen muss.

Das Opfer besteht in allgemeiner Verbrauchseinschränkung, die allein die volkswirtschaftlichen Ersparnisse zu bringen vermag, aus denen die Rüstungsverschuldung abgetragen werden kann. Diese Verbrauchseinschränkung wird seit langem systematisch erzwungen: durch Abbau der Löhne, Steigerung der Preise und Verknappung der Versorgung. Sie soll jetzt unter der Devise: Stabile Preise - stabile Löhne noch verschärft werden. Es ist kaum anzunehmen, dass das Regime tatsächlich glaubt, die Preise stabilisieren zu können. Es ist schon eine kaum lösbare Aufgabe, die Funktion des Preises, Angebot und Nachfrage auszugleichen, durch Zwangsmassnahmen zu ersetzen und dadurch die preissteigernden Wirkungen auszuschalten, die sich aus der Verknappung des Angebots ergeben. Aber daneben sind noch andere preissteigernde Faktoren

wirksam: das Steigen der Weltmarktpreise, die Erhöhung der fixen Kosten der industriellen Erzeugung, weil Neuinvestitionen erforderlich werden, die wachsenden Steuerlasten (z.B. die gleichzeitig mit der Preisstabilisierung durchgeführte abermalige Erhöhung der Mineralölzölle, die eine Erhöhung der Benzinpreise um 9% bewirkt). Wenn trotzdem der Preiskommissar durch seine Verordnung vom 1. Dezember eine allgemeine Stabilisierung des Preisniveaus --noch dazu mit Rückwirkung vom 18. Oktober-- durchführen will, so fragt sich, ob diese Verordnung nicht --ebenso wie die Androhung der Todesstrafe wegen Kapitalflucht-- hauptsächlich propagandistische Bedeutung hat. Die in der Verordnung zugelassenen Ausnahmen für Preissteigerungen --volkswirtschaftliche Gründe, besondere Härten, international gebundene Preise und ausländische Waren usw.-- bieten an sich die Möglichkeit, die nach aussen proklamierte Stabilisierung hintenherum wieder weitgehend aufzuheben. (Nicht ohne Grund sagte der Preiskommissar in seiner Rede vom 1. Dezember: "Die Arbeit um die einzelnen Dinge wird sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit abspielen..") Auf die vorwiegend propagandistische Zweckbestimmung der Preisstabilisierung deutet auch der Kommentar zu dieser Verordnung im "Völkischen Beobachter" vom 2. Dezember, in dem es heisst:

"Die Arbeiter, deren Löhne aus volkswirtschaftlichen Gründen stabil bleiben müssen, haben die Garantie, dass die Preise auch stabil bleiben und damit die Kaufkraft ihrer Löhne...

Der nationalsozialistische Staat hält die Preise mit der gleichen Tatkraft fest, wie er die Löhne stabil hält...

Die Betriebsführer und alle Verkäufer haben keine Sonderrechte gegenüber dem Arbeiter.."

Ausgenommen von dem allgemeinen Verbot von Preissteigerungen über den Stand vom 18. Oktober hinaus sind auch die Fleisch- und Wurstpreise. Für fast alle Sorten Fleisch und Wurst hat der Reichsernährungsminister durch eine Verordnung vom 22.10. Kleinhandelshöchstpreise für die grösseren Städte erlassen, die Anfang November durch entsprechende Verordnungen der Regierungspräsidenten als Preisüberwachungsstellen für die übrigen

Gebiete ergänzt worden ist. (Höchstpreise sind ferner festgesetzt worden für Kartoffeln, Seefische (Auktionshöchstpreise), Büchsenmilch, Schweinshaare; ausserdem ist der Zementpreis um etwa 3% gesenkt worden).

Neben der verschärften Preiskontrolle durch die staatlichen Ueberwachungsbehörden (vor allem die Polizeibehörden) hat der Reichswirtschaftsminister durch einen Erlass vom 12. November die Organisation der gewerblichen Wirtschaft zur Mitwirkung an der Preisüberwachung herangezogen. Wie diese Mitwirkung in der Praxis aussieht, zeigt das nachstehende Rundschreiben der Reichswirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie (Anordnung, Sperrdruck, Unterstreichungen usw. entsprechen genau dem Original):

Reichswirtschaftsgruppe
Bekleidungsindustrie.

Den...

Streng vertraulich!

An den Herrn Betriebsführer
p e r s ö n l i c h !

"Der verfluchte Hamsterer!"

Es ist einwandfrei festgestellt worden, das in den letzten Monaten bei einer Anzahl unserer Mitgliedsfirmen wirtschaftlicher Unverstand, Egoismus, und Missbrauch ihres Kapitals zu

Langfristigen Dispositionen und unnötigen Voreindeckungen

in Stoffen und Material aller Art verführt haben.

Einkäufe, die normal erst 4 bis 5 Monate später getätigt werden, sind erfolgt, geradezu wahnsinnige Dispositionen für W i n t e r 1937/38 (h) zur Lieferung Februar/März 1937. werden getroffen und von den Vorlieferanten gebilligt!

Ein solches Verhalten verdient schärfste Verurteilung und ist als ekelhafte Hamsterei zu bezeichnen, Diese ist aber nach den eindeutigen Erklärungen des Beauftragten für den Vier-Jahres-Plan ein Verbrechen.

Wer für Zwecke der Spekulation Ware hamstert oder sie mit brutalen kapitalistischen Mittel aus krassen Eigennutz anderen wegnimmt, muss nicht nur als wirtschaftlicher Verräter bezeichnet, sondern auch als solcher b e h a n d e l t

werden, Wer mit der Not des Volkes gewinnstüchtige Geschäfte macht wird vernichtet werden.

Wir ordnen daher folgendes an:

1.) Alle getätigten Einkäufe für Winter 1937 sind - unter Benennung des Lieferanten an uns - **S o f o r t z u a n u l l i e r e n .**

2.) Ueberzählige Stoffeindeckungen, langfristige Dispositionen in wollenen und baumwollenen Stoffen (insbesondere auch Garbardins) sind bis spätestens 20. November d.J. an uns zu melden.

Angaben der Mengen, der Qualitäten, des Lieferanten und Liefertermins sind notwendig.

Als "überzählig" gelten alle Mengen, die über 10 % des vorjährigen Bezugs für den gleichen Zeitraum liegen.

Für die Vorratsmeldungen wir ein Formular in den nächsten Tagen ausgegeben.

Betriebsführer, die auf Grund dieser Anordnung ihrer Meldepflicht nicht nachkommen, werden an den Pranger gestellt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass die neuen Vollmachten des Reichskommissars für Preisbildung ausreichen, um gegen böswillige oder unvernünftige Saboteure und Warenhamsterer

Zuchthaus und Gefängnisstrafen und die Betriebsschliessung durchzuführen.

Wir haben hiermit zum letzten Male gewarnt und den Weg angezeigt, um ein falsches Verhalten der Gemeinschaft gegenüber sofort zu korrigieren.

Wer glaubt, unseren Appell leichtfertig oder gewissenlos missachten zu können, hat jeden Anspruch auf Rücksicht und Gnade verwirkt.

Die Vorlieferanten sind von unseren Massnahmen verständigt!

Die Bestrafungen wegen Ueberschreitung der Höchstpreise häufen sich. In den Zeitungen mehren sich vor allem die Meldungen über Massnahmen gegen Metzger und Landwirte wegen Umgehung der Fleischhöchstpreise (meist wird neben Geldstrafen Geschäfts-schliessung und Schutzhaft verhängt. Der Reichsjustizminister hat durch Erlass vom 14. Oktober die Strafverfolgungsbehörden angewiesen, gegen "Preissteigerungen und ähnliche Machenschaften" schärfstens vorzugehen. Nach den neuen Verordnungen

Görings sind auch Zuchthausstrafen, Geldstrafen in unbeschränkter Höhe und die Untersagung jeder weiteren Betätigung in der bisherigen Branche zulässig.

Aus den uns aus allen Landesteilen vorliegenden Meldungen über die Handhabung dieser Wuchergesetzgebung greifen wir folgende heraus:

Bayern: Die Preisüberwachung wird sehr streng durchgeführt. In München gibt es kaum einen Stadtteil, wo nicht mehrere Gewerbetreibende bestraft worden sind. Gewöhnlich zahlen sie im Erstfalle bei geringfügigen Preisübertretungen 50,- bis 100,- Mark Geldstrafe, kommt dazu noch nachgewiesene Hamsterei oder Schleichhandel, so wird der Betreffende sofort nach Dachau eingeliefert und das Geschäft zwangsweise gesperrt.

Die Qualität der Wurstwaren in München ist stark zurückgegangen. Die Metzger versuchen durch alle erdenklichen Methoden, die Ware zu strecken. Das hat wieder zu Anzeigen geführt. Gleich waren die Behörden bei der Hand und haben Betriebskontrollen angeordnet. Erwischt man einen Metzger, der versucht, durch Zugabe von Streckmitteln über das Normalmass, die Quantität seiner Ware zu erhöhen, so wird er rücksichtslos angeprangert und -wie es in einigen Fällen geschah- nach Dachau eingeliefert.

Indem man Schuldige öffentlich anprangert und sie moralisch zu demütigen sucht -Verrat am Vaterland, Dolchstoß in den Rücken des Volkes usw.- erreicht man, dass die Wut über die Notstände zum Teil auf solche Uebeltäter abgelenkt wird. So ist es z.B. in einer kleineren Provinzstadt vorgekommen, dass Marktfrauen einen Schleichhändler, nachdem er von seiner Gerichtsverhandlung aus dem Amtsgebäude kam, beschimpften und bespuckten, ihn sogar tätlich angriffen, so dass die Polizei einschreiten musste. Das Bild der schimpfenden Gruppen von Hausfrauen vor Geschäften und auf dem Markt ist eine alltägliche Erscheinung.

Württemberg: Der Kampf gegen die bedrohliche Entwicklung auf dem Preis- und Versorgungsgebiet wird mit drakonischen Mitteln geführt. Dafür zeugen die unaufhörlichen Verhaftungen bei den landwirtschaftlichen Erzeugern und ihren Kunden aus dem Metzgergewerbe. Andererseits führen die Bauern einen verbissenen Kampf gegen die Zwangswirtschaft und werden dabei vom Gewerbe nach Kräften sekundiert. Dabei werden die unwahrscheinlichsten Methoden angewandt. So wurde kürzlich im Kreis Ravensburg ein Bauer verhaftet, der einen Farren (Bullen "notschlachtete". Der Fleischbeschauer stellte "Not Schlachtung wegen eingetretener Erstickung" fest. Später ergab sich aber, dass der Bauer dem kerngesunden Tier nach der Schlachtung einen grossen Apfel in den Schlund gestopft hatte.

Hier eine -unvollständige- Liste der Opfer dieser Entwicklung:

8 Metzgermeister, ein Wagmeister und ein Gerbermeister aus Weingarten, ferner ein Tierarzt aus Weingarten, wurden vor Gericht gestellt, weil sie Schlachtvieh nicht zur Schlachtsteuer und Fleischbeschau anmeldeten, d.h. also ihren Viehbedarf im Wege der Schwarzschlachtung deckten, bzw. dazu durch falsche Befunde, falsche Wiegescheine oder Aufkauf der Häute Beihilfe leisteten.

Ein Metzgermeister aus Ravensburg wurde verhaftet und sein Geschäft auf 4 Wochen geschlossen, weil er "zusammen mit einigen Landwirten" die Kontingentsbestimmungen in der Weise umgangen hatte, dass Notschlachtungen vorgetäuscht und das Vieh zu Ueberpreisen gekauft wurde.

Ein Landwirt aus dem Kreis Ravensburg wurde wegen Schwarzschlachtung usw. verhaftet.

Ein Metzgermeister aus Herrenalb und einer aus Loffenau im Schwarzwald wurden "wegen Schwarzschlachtung und damit verbundener Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung" verurteilt. Strafen: 10 Monate Gefängnis und 3.628 Mark Geldstrafe, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 4.536 Mark Geldstrafe.

In Ulm standen 30 Metzgermeister aus Göppingen, der Wagmeister des städtischen Schlachthofes und der Schlachthausdirektor und der Stadttierarzt wegen ähnlicher Delikte vor Gericht. Vier Angeklagte fielen unter die Amnestie. Der Hauptangeklagte erhielt 6 Monate Gefängnis, die übrigen Gefängnisstrafen von 1 Monat 15 Tage bis 3 Monate.

Das Verbrechertum bemächtigt sich übrigens jetzt auch dieses lohnenden Gebiets. In den letzten Tagen wurde ein Mann verhaftet, weil er einen Metzgermeister um 350 Mark erpresen wollte mit der Drohung, er werde ihn wegen Schwarzschlachtung anzeigen. Das ist nicht der erste Fall dieser Art.

Pfalz: Auf dem Wochenmarkt in Kaiserslautern wurden die Händler Richard Götzel aus Olbrücken, Hans Eckel aus Kaiserslautern und dessen Ehefrau Amalie und die Händlerin Elise Freiwald aus Kaiserslautern festgenommen, weil sie ihre Waren angeblich bis zu einem Verdienstaufschlag von 100% verkauft haben.

Trotzdem der Viehhandel jetzt von Juden gesäubert ist, sind jetzt Zustände eingerissen, wie sie noch nie zu verzeichnen waren. Die Metzgerleute Ernst Pletsch und deren Gesellen, sowie der Viehhändler Eugen Pletsch von Ramstein wurden verhaftet und ins Gefängnis in Landstuhl eingeliefert. Sie sollen grosse Schiebungen kontingentierten Viehs vorgenommen haben und eine beträchtliche Anzahl Gross- und Kleinvieh unter Umgehung der Fleischbeschau, der Schlachtsteuer, sowie

der Bestimmungen über die Schlachtviehverwertung geschlachtet und zahlreiche Wirte von Kaiserslautern und Umgebung beliefert zu haben. Unterdessen sind einige weitere Verhaftungen in der Sache vorgenommen worden.

Der Landwirt Adam Hühnerfaut von Zeiskam bei Landau, hat in der Stadt Kartoffeln zum Kauf angeboten, für die er bis zu 5 Mark pro Zentner verlangte. Tatsächlich gelang es ihm auch, die Kartoffeln für einen Preis von 4 Mark bis 4,50 Mark an den Mann zu bringen. Da Hühnerfaut Selbstversorger ist, hätte er den Höchstpreis von 3,20 Mark einhalten müssen, so dass er wegen Wucher zur Anzeige gebracht wurde.

Die Händlerin Huber aus Schifferstadt verkaufte den Kopfsalat trotz Protestes verschiedener Käuferinnen zum Preise von 0,80 Mark das Pfund. Die Polizei schritt ein und konnte feststellen, dass der Salat von der Händlerin zum Preise von 0,40 Mark eingekauft worden war. Die Händlerin wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der Oberbürgermeister verwies sie für 2 Monate vom Markt.

2) Die Preisbewegung.

Obgleich schon vor Erlass der Preisstabilisierungs-Verordnung vom 1. Dezember die Preisüberwachung ausserordentlich verschärft worden ist, sind die Preise weiter gestiegen. Allerdings ist die starke Steigerung der Preise für Kalb- und Hammelfleisch, über die wir vor zwei Monaten berichtet haben, durch die Einbeziehung dieser Fleischsorten in das Höchstpreissystem inzwischen zum Teil wieder rückgängig gemacht worden (mit der Nebenwirkung, dass nun auch diese Fleischsorten zu den amtlichen Höchstpreisen nur selten zu haben sind, im Schleifhandel aber mit erheblichen Ueberpreisen bezahlt werden müssen). Dafür hat die Preissteigerung andere Gebiete erfasst. Die Parole "Esst mehr Fische!" hat z.B. eine Preissteigerung vor allem bei den billigeren Fischarten zur Folge gehabt. Ebenso sind die Preise für Wild, Geflügel, Speck, Molkereierzeugnisse usw. erneut gestiegen. Diese Erscheinung dürfte den Entschluss, nunmehr alle Preiserhöhungen über den Stand vom 18. Oktober hinaus zu verbieten, massgebend beeinflusst haben.

Unserem Berichtsmaterial entnehmen wir:

Sachsen: Nach den amtlichen Berichten vom Chemnitzer und Plauener Schlachtviehmarkt sind im Oktober die Preise für Kälber, Hammel und Schafe erheblich zurückgegangen. Dagegen sind die amtlich ermittelten Kleinhandelspreise der Dresdener Markthalle Antonsplatz für Fleisch- und Fleischwaren vom 22. September bis 5. November unverändert geblieben. Eine neue Preissteigerung hat sich dagegen bei den Fischen und Fischwaren eingestellt. Die Kleinhandelspreise der Markthalle Dresden Antonsplatz haben sich folgendermassen entwickelt:

1/2 kg.	23.9. RMk.	30.9. RMk.	4.11. RMk.	11.11. RMk.
Kabeljau	0,30 - 0,40	0,35 - 0,45	0,40 - 0,45	0,40 - 0,45
Schellfisch	0,35 - 0,50	0,40 - 0,55	0,50 - 0,65	0,50 - 0,65
Rotzunge	0,80 - 1,--	0,80 - 1,00	1,00 - 1,10	1,10 - 1,10
grüne Heringe	0,20	0,20 - 0,22	0,27 - 0,28	0,27 - 0,28
Seelachs	0,30 - 0,40	0,38 - 0,40	0,38 - 0,45	0,35 - 0,40
Fischfilet	0,45 - 0,60	0,45 - 0,60	0,55 - 0,65	0,55 - 0,65
Fettbücklinge	0,32 - 0,34	0,32 - 0,34	0,40 - 0,44	0,44

Auch die amtlichen Grosshandelspreise der Grossmarkthalle Dresden weisen für Fische und ausserdem für Molkereierzeugnisse erneut Preiserhöhungen auf:

	4. Juni RMk.	22. Okt. RMk.	12. Nov. RMk.
Fische:			
Goldbarsch 50 kg	22 - 26	28 - 35	25 - 30
Kabeljau 50 kg	17 - 23	26 - 35	25 - 28
Schellfisch 50 kg	24	28 - 37	25 - 35
Fischkoteletts 50 kg	28 - 33	42 - 55	42 - 53
Vollheringe 1 to.	39	--	--
Grüne Heringe 50 kg.	--	15 - 17	20 - 22
Bücklinge 2,5 kg.	--	1,20 - 1,35	1.45 - 1,55
Käse:			
Emmentaler 50 kg.	100 - 125	100 - 130	100 - 150
Tilsiter 50 kg.	80	85 - 100	85 - 100
Edamer 50 kg.	90 - 105	100 - 120	100 - 120
Kümmelkäse 5 kg.	3,30 - 3,50	3,30 - 4,--	3,30 - 4,--
Kräuterkäse 10 St.	--	1,20 - 1,40	1,20 - 1,70

Hamburg: Im Oktober und November sind die Grosshandelspreise für Kalbfleisch, die vordem stark gestiegen waren, erheblich herabgesetzt worden. Dagegen sind die Preise für Kalbfleisch weiter gestiegen.

4.-10.Okt. | 18.-24.Okt. | 1. - 7. Nov.
 Preise für je 50 kg. in Reichsmark

Kalbfleisch:

Kälber, beste	120 -128	104	104
" mittlere	105 -114	93	93
" geringere	95 -105	78	70 - 78

Hammelfleisch:

Lämmer, beste	100 -106	105 -110	105
Hammel, beste	92 -100	98 -102	100 - 105
Schafe	85 - 92	85 - 95	88 - 95

Eine fühlbare Steigerung ist auch bei den Grosshandelspreisen für Fettwaren eingetreten:

50 kg.	12.-18.Juli RMk.	2.-8.Aug. RMk.	11.-17.Okt. RMk.	1.-7.Nov. RMk.
Speck:				
mager, geräuchert	90	92 -96	98 - 100	100 - 105
fetter, "	80 - 85	80 -82	88 - 90	90 - 100
roher,	65	70	70	70
Flomen	72	75	75	75
Nierentalg	45 - 50	45 -56	45 - 55	45 - 55
Darmfett (Mickern)	55	55 -57	62	62
Bratenschmalz	92 - 95	95 -96	98	98

Rheinland: Der Regierungspräsident in Aachen hat für den gesamten Regierungsbezirk eine "einheitliche Anordnung" über Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren erlassen. Diese Verordnung ist insofern interessant, als gewisse sogenannte erste Sorten im Preise herabgesetzt wurden. Z.B. hat man den Preis für Rinderschabefleisch und für Rouladen von RMk 1,40 auf RMk 1,20 für die beste Sorte herabgesetzt. Trotzdem ist allerdings der Preis gegenüber 1933 noch um 20% höher. Ebenfalls herabgesetzt hat man den Preis für Schinken und Aufschnitt erster Güte von 3,- RMk auf 2,24 per 500 gr. Fetter und magerer Speck dagegen ist auch nach der Verordnung nicht zu kaufen, es sei denn, man kauft Bratfleisch dazu.

Den Preis für inländisches und ausländisches Schmalz hat man auf RMk 1,10 für 500 gr. festgesetzt. Damit ist der Preis für ausländisches Schmalz erneut um 10 Pf. gestiegen; er hat sich seit 1933 um rund 50 % erhöht.

Wurst wurde teilweise um 30 bis 40% im Preise herabgesetzt. Grund: es sollen nicht mehr soviel Speck und Fleisch verwurstet werden. Trotzdem ist allerdings der Preis um 20% höher als 1933. Im übrigen kann man nach wie vor erstklassige Ware zum Preise von (z.B. für Leberwurst) 2,40 bis 3,-RMk und (für Salamiwurst) von 2,60 bis 3,- RMk. haben.

In der nachstehenden Tabelle sind den neuen Höchstpreisen

in Klammern die Preise aus dem Jahre 1933 beigefügt:

Kleinhandelshöchstpreise für je 1/2 kg in Pfennigen:

	Güteklasse I.		Güteklasse II.	
	mit Knochen	ohne Knochen	mit Knochen	ohne Knochen
Frisches Rindfleisch:				
Bratfleisch	95 (65)	115 (85)	85 (60)	105 (75)
Suppenfleisch:				
Hochrippe	90 (63)	-	80 (60)	--
Nacken, Querrippe	85 (65)	-	75 (55)	--
Brust, Bauchlappen	85 (65)	105 (80)	75 (55)	95 (70)
Beinflfleisch	85 (65)	105 (80)	75 (58)	95 (70)
Rouläden	100 (80)	120 (95)	90 (70)	110 (90)
Schabefleisch	--	120 (85)	--	120 (85)
Gehacktes	--	100 (70)	--	100 (70)
Knochen	25 (15)	-	--	--
Nierenfett	55 (35)	-	--	--
Talg (ausgelassen)	65 (45)	-	--	--
Schweinefleisch:				
		mit Knochen	ohne Knochen	
Schinken u. Schulterbraten		85 (65)	100 (75)	
mit Schwarte		95 (70)	110 (85)	
ohne "		110 (85)	--	
Kotelett		115 (90)	--	
Kasseler		--	120 (90)	
Schnitzel		--	100 (65)	
Gehacktes		90 (70)	--	
Bauchfleisch		80 (60)	--	
Eisbein (ohne Pfoten)		--	90 (65)	
Speck, frisch (durchgedreht)		--	85 (60)	
" " (Rückenfett)		--	90 (65)	
Flomen		--	110 (60 bzw. 55)	
Schmalz (deutsches u. ausl.)		--	110 (65)	
Fetter Speck, geräuchert		--	120 (75)	
Magerer Speck		--	184 (120-130)	
Kochschinken (im Ausschnitt)		--	164 (110-120)	
Nusschinken (im g. Stück)		--	184 (120-135)	
" (im Ausschnitt)		--	184 (125-135)	
Rollschinken (im Stück)		--	204 (140-160)	
" (im Ausschnitt)	184	--	--	
Knochenschinken (im Stück)	184	(120-135)	--	
" (im Ausschnitt)	204	(135-150)	--	
Schinken und Schulterbraten	--	--	115 (90-95)	
Halskotelett	--	--	105 (80-90)	
Schnitzel	--	--	130 (100-105)	

Die Knappheit an Mehl scheint sich zu verschärfen. Das Mehl ist trotz der Preisbindungen ständig im Preis gestiegen. Früher (1933) kostete z.B. Mehl lose für Anrichtezwecke, Saucen usw. 17 bis 18 Pf. das Pfund; heute kostet dasselbe lose 22 bis 24 Pf. Sogenanntes "Kaiserauszugsmehl" zum Backen kostete früher 5 Pfd. 90 Pf., heute 110 Pf.

Der Brotpreis ist seit 1933 um 5 Pf. das Pfund gestiegen. Ausserdem sind 15% Kartoffelmehl auf Grund des Beimischungs-zwanges dabei und dazu besteht bekanntlich die stärkere Ausmahlung des Mehles.

Kaum hatte Göring ausgesprochen, dass mehr Fisch gegessen werden müsse und schon sind die Preise um 10% höher als im Frühjahr 1936. Am schlimmsten ist es bei Kabeljau, dem Fisch für die ärmere Bevölkerung. Im Frühjahr kostete er 25 bis 40 Pf., jetzt 50 bis 90 Pf. das Pfund. Rohesser (sogenannte Bückinge) kosteten im Frühjahr 20 bis 30 Pf., jetzt 55 bis 75 Pf. das Pfund.

Bayern: Die festgesetzten Fleischpreise werden wohl auf den Tafeln angeschrieben, aber sehr selten ist zu diesen Preisen ein Stück zu haben.

Wie stark die Preise für Fleisch- und Wurstwaren in München seit dem Frühjahr angezogen haben, zeigen nachstehende Beispiele:

	<u>April</u>	<u>Juni</u>	<u>September</u>
Vorderschinken 100 gr.	28 Pf.	30 Pf.	35 Pf.
Hinterschinken 100 gr.	32 "	35 Pf.	40 Pf.
Kochsalami und Blasenwurst 250 gr.	60 "	68 Pf.	80 Pf.

Bei allen übrigen Wurstsorten ist eine ähnliche Preissteigerung festzustellen. Die durchschnittliche Verteuerung beträgt 30 bis 35%.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: (Oberbaden) Die Preise haben im November wieder angezogen. Dies besonders bei Fleisch- und Wurstwaren. Durchschnittlich kann man mit einer neuen zehnprozentigen Verteuerung rechnen. Der Handel mit Fett von Grossvieh für Margarinefabriken und Seifenfabriken ist so gut wie zusammengebrochen. Die Metzger lassen das Rinderfett selber aus, mischen 10 bis 20 Prozent Schweinefleisch darunter und verkaufen es als "Bratenfett"; das halbe Kilo zu 60 bis 70 Pf. Von den Fabriken würden sie für dieses Fett nur 70 bis 80 Pf. für das ganze Kilo erhalten.

2. Bericht: (Württemberg). Schweineschmalz kostete 1932 je Pfund 56 Pf., im Frühjahr 1934 bereits 65 und 70 Pf., im Sommer 1934 85 Pf. und jetzt 1,17 Rmk. Eier haben, abgesehen von der Knappheit, jetzt den Rekordpreis von 14 Pf. erreicht, während sie in den letzten Jahren, selbst in der Zeit vor Weihnachten, nur höchstens 12 Pf. kosteten. Hülsenfrüchte sind ebenfalls ganz ausserordentlich gestiegen. Die sogenannten

Kolonialwaren, wie Citronen, Mandeln, Rosinen usw. haben durchwegs ihre Preise verdoppelt.

Berlin: Im Textilhandel sind Preissteigerungen auf der ganzen Linie zu beobachten. Sie sind unabwendbar und durch keinen Preiskommissar zu verhindern, weil sie ihren Ausgang von der Verteuerung der Rohstoffe nehmen. Solange jedoch die Verarbeitungskosten, Löhne, Mieten, Frachten usw. niedrig gehalten werden, wird die Verteuerung der Textilien nicht jenes Mass erreichen, das die Bevölkerung als wirkliche Teuerung erkennt und gegen das sie rebellieren würde.

Die Preissteigerung ist auch deshalb nur teilweise unmittelbar sichtbar, weil sie durch Qualitätsverschlechterung verschleiert wird. Es gibt nach wie vor Anzüge für 40 bis 45 Mark, aber sie sind aus Zellwolle und sofort zerknittert, wenn sie einmal angezogen worden sind. Trotzdem werden sie sehr viel gekauft. Auch die Haltbarkeit ist gering, - entscheidend ist aber, dass sie billig sind.

Deutlich tritt die Teuerung bei anderen Artikeln in Erscheinung. So sind z.B. die sogenannten "Berchtesgadener Jäckchen" seit Februar um 20 Prozent im Preise gestiegen, nämlich von 2,50 Mark auf 3,-- Mark bei gleichzeitiger Qualitätsverschlechterung.

3) Die Lebensmittelversorgung.

Bereits Ende 1935 wurde in einer im Büro des Stellvertreters des Führers verfassten vertraulichen Denkschrift festgestellt, dass bei Aufrechterhaltung der bisherigen Lebensmitteleinfuhr ein Fehlbetrag von durchschnittlich 11% bei der deutschen Ernährungswirtschaft vorliege. Dieser Fehlbetrag sei um so bedenklicher, als erfahrungsgemäss mit einer völlig gleichmässigen Versorgung von Stadt und Land nicht gerechnet werden könne, so dass sich der Ausfall vor allem für die Grossstädte auf 20 bis 30% belaufe, "ein Ausmass, das für die Betroffenen durchaus krisenhaften Charakter trägt."

Am schwierigsten ist der Ausgleich der Fettbilanz. Nachdem noch Anfang Oktober der Stellvertreter des Führers in seiner Hofer Rede die Einführung einer Zwangsrationierung oder eines Markensystems in Abrede gestellt hatte, ist Ende November doch für sämtliche Fette (Butter, Margarine, Schmalz, Talg und Speck) ein indirektes Kartensystem in der Form der Kundenlisten bei den Einzelhändlern und Fleischern eingeführt worden. Dieses

bereits im Vorjahre vom Kleinhandel auf Veranlassung der Innungen angewendete System (vgl. z.B. die Fettbezugskarte der Berliner Fleischerinnung im März-Heft, Seite A 42) wird jetzt obligatorisch und durch Ausgabe von amtlichen Haushaltsnachweisen besser der Familienstärke angepasst. Offensichtlich wird dieses Verfahren nur gewählt, weil man die Wiedereinführung der noch aus der Kriegszeit verhassten Lebensmittelkarten vermeiden will. Die Regelung erstreckt sich auch auf die Belieferung von Gastwirtschaften, Bäckereien und Konditoreien durch den Einzelhandel. (Die Neuregelung ist am 23. Nov. in Kraft getreten, wurde aber erst am 4. Dezember in den grossen Zeitungen mitgeteilt, nachdem sie schon vorher in der Provinzpresse bekannt gemacht worden war).

Gleichzeitig wird die Lieferung von Butter durch Molkereien und Butterverteiler an den Einzelhandel auf 80% der Oktobermengen beschränkt. Weiter wird die sogenannte Konsum-Margarine in Zukunft nur noch an Bezugsschein-Inhaber verkauft. Der Kreis der Minderbemittelten, die solche Bezugsscheine erhalten können, wird erweitert und die Margarine-Menge pro Kopf erhöht. In der amtlichen Bekanntmachung der neuen Anordnungen heisst es: "Wenn jeder einzelne den Fettverbrauch nur einigermaßen einschränkt, ist die reibungslose Versorgung gesichert..." Schliesslich ist die Einführung von Schweinespeck, Schweineschmalz, Butter, Käse, Eiern und Speiseöl bis zu je 5 kg als Geschenksendung oder im Reiseverkehr aus dem Ausland ohne Uebernahmeschein zugelassen worden. Die auf die einzelnen Waren entfallenen Zoll- und Verbrauchssteuerbeträge sind allerdings zu zahlen. (z.B. bei Butter 1,35 Mk je kg.)

Die Fleischversorgung hat sich etwas gebessert. Auffällig ist die systemlose häufige Veränderung des Schlachtkontingents. Das Rinderkontingent wurde z.B. ab 1. Oktober von 60 auf 80% heraufgesetzt, musste aber vom 30. November ab wieder auf 70% ermässigt werden. Das Schweinekontingent war Anfang August auf 70% eingeschränkt worden und wurde ab 30. November wieder auf

80% erhöht. Auch auf diesem Gebiet kommt man ohne weitere Verschärfung der Marktregelung nicht aus. So ist neuerdings der unmittelbare Einkauf der Fleischer bei den Landwirten untersagt und mit der Einführung von Höchstpreisen für Schafe auch die letzte Lücke des Festpreissystems geschlossen worden.

Die Fleischknappheit hat automatisch auch die Fischversorgung in Mitleidenschaft gezogen. Unsinnigerweise haben die Nationalsozialisten den Ersatzverbrauch von Fisch anstelle von Fleisch, der ohnehin eintreten musste, noch propagandistisch nach Kräften gefördert, mit dem Ergebnis, dass auch auf diesem Gebiet starke Preissteigerungen und Angebotsmangel einsetzten. Infolgedessen musste der Reichsnährstand durch die Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft Ende Oktober Auktionshöchstpreise für Seefische und Vorkehrungen für eine geregelte Zuteilung treffen.

Der Eiermarkt steht nach Beendigung der Legeperiode im Zeichen der Umschaltung auf das Kühlhausel. Die Knappheit an Eiern und die hohen Eierpreise haben dem Entenei zu einer ungeahnten Verbreitung verholfen. Es mussten öffentliche Anweisungen erlassen werden, Enteneier zur Vermeidung von Gesundheitsschädigungen vor dem Genuss ausreichend lange zu kochen. Trotzdem sind in Herzogenrath am 11. November 25 Personen nach dem Genuss von Fleisch, das mit Enteneiern zubereitet worden war, an schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt; ein Erkrankter ist gestorben, zwei schweben in Lebensgefahr.

Auch die Sicherung der Brotgetreideversorgung verlangt in diesem Jahr infolge der mässigen Ernte und der weitgehenden Aufzehrung der Vorräte verschärfte Massnahmen. Bei den Getreidehändlern usw. wird zur Zeit eine genaue Lagerbestandsaufnahme durchgeführt. Verkäufe von Weizenmehl über den Dezember hinaus sind vorläufig untersagt worden - Massnahmen, die auf eine bevorstehende schärfere Rationierung schliessen lassen. Gleichzeitig ist ein Verbot ergangen, Roggen oder Weizen zu Branntwein zu verarbeiten.

Zum Ausgleich für die mangelhafte Fettversorgung ist die Marmeladenerzeugung ausserordentlich gesteigert worden. Während 1932/33 nur 700.000 bis 800.000 Zentner erzeugt wurden, sollen im laufenden Jahre 2,8 Millionen erreicht werden. Diese Erzeugungssteigerung auf fast das Vierfache ist durch eine umfangreiche Verbilligungsaktion erzielt worden, die bereits im vorigen Jahre durchgeführt worden ist. Während im vorigen Jahr 2,1 Millionen Zentner verbilligte Marmelade, Pfäumenmus usw. hergestellt worden sind, sollen in diesem Jahr 2,4 Millionen erreicht werden. Dabei stösst die Obstbeschaffung für die Marmeladenerzeugung infolge der schlechten Apfelernte auf grösse Schwierigkeiten. Die Landbevölkerung wurde zur Sammlung von Fallobst aufgerufen. Ende Oktober wurde die Lieferung inländischer Aepfel zur Marmeladenherstellung überhaupt verboten, um den Süssmost- und Apfelweinkeltereien noch wenigstens einen kleinen Anteil an der Ernte zu sichern.

Der Nahrungsmittelmangel wird noch dadurch verschärft, dass die Einfuhr von Kolonialwaren aus Gründen der Devisenersparnis fast durchweg erheblich eingeschränkt worden ist. Besonders stark ist die Einfuhr von Reis zurückgegangen. Die Netto-Einfuhr (nach Abzug der Wiederausfuhr) betrug jeweils in den Monaten Januar bis August

1933	2.000.500	Doppelzentner
1934	1.500.500	"
1935	1.147.500	"
1936	1.034.100	"

Einen breiten Raum innerhalb der nationalsozialistischen Versorgungspolitik nehmen nach wie vor die propagandistischen Massnahmen ein. Aufrufe des Reichnährstandes, der Gauleiter, des deutschen Frauenwerkes und viele andere Stellen bemühen sich, auf die deutsche Hausfrau einzuwirken, dass sie nicht hamstert, sondern jeweils das Vorhandene verwendet. Konsumlenkung und Verbrauchsanpassung sollen die Verbrauchseinschränkung so schmerzlos - und politisch ungefährlich - wie möglich machen. Auch im Ausland bekannt geworden ist z.B. der Mahnruf:

"Esst mehr Kohl!"

Wie sich die Lebensmittelversorgung in der Praxis gestaltet hat, zeigen die nachstehenden Berichte:

Berlin: Die Nahrungsmittelknappheit ist in Berlin zur Zeit weniger fühlbar. Es gibt wenig Fleisch, aber daran hat man sich schon gewöhnt. Immerhin gibt es etwas Butter und Eier sind augenblicklich ausreichend vorhanden, wenn auch teuer. Gemüse ist sehr knapp; es gibt meist nur Kohl, den allerdings in grossen Mengen. Es wird ein richtiger "Kohlwinter".

Wie Aschinger den Vierjahresplan unterstützt, zeigt die folgende Speisekarte:

Deutsche / Eßt Deutsche Erzeugnisse!

Wir bieten heute an:



Kohluppe mit 1 Würstchen	50 Pf.
Muschelragout mit Reis	60 Pf.
Fischfilet geb. mit Kräutertunke u. Salat	85 Pf.
Jägerwurst mit gehacktem Wirsingkohl	75 Pf.

Dienstag, den 17. November 1936

Unterstützt den Vierjahresplan!

Im übrigen hat der Mangel an Nahrungsmitteln zu allen möglichen Umgehungsmanövern geführt: Bekanntlich ist für Rückenfett und sogenannte Liesen ein Höchstpreis von 80 Pf. pro Pfund festgesetzt. Der Metzger hat aber die Genehmigung, für bratfertig zerkleinertes Fett 90 Pf. und für ausgelassenes Fett 1,20 Mark zu fordern. Die Folge ist, dass für 1,20 Mk. genügend ausgelassenes Fett zu haben ist, aber für 80 Pf. keine Liesen. Es erfolgt nun eine Abwanderung aus dem deutschen Fett in das amerikanische Pressfett, das zum Preise von 98 Pf. im Ausnahmefall, jedoch regulär zu 1,- Rmk. gehandelt wird. Aber auch diese Fettart ist knapp.

Der Mangel an Schweinefleisch führt bei den Schlächtern zu allen möglichen Verkaufskniffen. Frisches Schweinefleisch ist kaum zu bekommen, dagegen kann man gebratenen Schweineschinken zum Preise von 50 bis 60 Pf. das Viertelpfund in genügender Menge erstehen. Solche Zustände führen natürlich vor den Schaufenstern der Metzgerläden zu scharfen Diskussionen unter dem Publikum.

Bei den Bäckern gibt es neuerdings Krach wegen der ungenügenden Schlagsahnezufuhr. Die Bäcker sind bekanntlich kontingentiert auf Butter, Margarine, Schlagsahne und Kakao. Ihre Forderung geht nun dahin, dass das Kontingent der Schlagsahne zugunsten des Butterkontingents reduziert wird. Die Verknappung von Butter und Margarine ist bereits so stark, dass die weitere Herstellung von Kuchen in Frage gestellt ist. Fällt die Kuchenproduktion weg, so ist dies natürlich eine weitere wesentliche Verschlechterung der Verdienstmöglichkeiten der Bäckereien.

Auf dem Eiermarkt machen sich weitere Schwierigkeiten bemerkbar. Die als Frischeier verkaufte Ware ist durchgängig schlecht. Unter 5 Eiern sind gewöhnlich 2 schlechte. Obwohl nun genügend Eier zur Zeit in Berlin greifbar sind, und zum Preise von 11 und 12 1/2 Pfennig gekauft werden können, ist durch den hohen Prozentsatz an schlechten Eiern der wirkliche Eierpreis ungeheuer hoch. In der Bevölkerung sagt man, dass diese schlechte Ware gehortete Eier sind, die aus der Vorratswirtschaft für die Olympiade stammen. -Der Mangel an Fleisch ist nicht ohne Rückwirkungen auf den Fischmarkt geblieben. Die stärkere Nachfrage nach Fischen hat eine enorme Preissteigerung zur Folge. Während früher ein Pfund Fischilet zum Preise von 40 und 45 Pf. zu kaufen war, stellt sich jetzt der Preis in besonders fleischknappen Wochen bis auf 80 Pf. das Pfund. Lebende Flussfische spielen in der Ernährung der Massen keine Rolle mehr, da sie infolge des hohen Preises von 1,50 Mk. das Pfund von den Massen nicht mehr gekauft werden können.

Schlesien: Aus der Gegend von Ratibor wird berichtet, dass auf den Landstrassen Landjäger die Frauen überwachen, damit sie ihre Waren nicht unterwegs absetzen, sondern in die Stadt auf den Markt bringen. Jetzt ist durch den Oberpräsidenten eine Anordnung ergangen, dass Verkäufe nur auf dem Markt oder bei den Ablieferungsstellen getätigt werden dürfen.

Man greift jetzt, was im oberschlesischen Industriegebiet unbekannt war, auf Ziegen- und Hammelfleisch zurück. Von den Märkten beginnen die Fleischerstände zu verschwinden und was noch ankommt, führt eine sehr schlechte und teure Ware. Dabei wird allgemein behauptet, dass wieder sehr viel geschmuggelte Ware aus Polen über die Grenze kommt, die mit Wissen der amtlichen Stellen zu Preisen verkauft werden kann, die über den amtlichen liegen. Die Fleischer werden gezwungen, ihre Geschäfte offen zu halten und dem Publikum zu sagen, eben sei die letzte Ware verkauft worden, aber wahrscheinlich werde man

gegen Abend wieder frische Ware bekommen, sicher sei das allerdings nicht. Vertraulich wird dann der alten Kundschaft gesagt, dass es nichts gäbe und man in die Wohnungen schicken werde, wenn am anderen Morgen Fleisch ankäme.

Grosses Aufsehen hat bei den Fleischern die Tatsache hervorgerufen, dass die Grossschlächter angewiesen wurden, Ziegen und alles andere einzukaufen, um die Fleischversorgung zu fördern. Diese Ziegenaufkäufe waren auch jetzt zum Winter erfolgreich, aber es sprach sich bald herum, dass das Ziegenfleisch nicht im Industriegebiet verblieben ist, sondern angeblich nach Berlin weitergeleitet wurde. Ausserdem haben die Grossschlächter den Auftrag erhalten, wöchentlich 120 Ziegen für jedes Schlachthaus zu liefern, die, wie es heisst, für Berlin bestimmt sind.

Bei den Arbeiterfrauen steigt die Erregung, die Bergarbeiter selbst werden immer wieder bei den Verwaltungen und den Vertrauensmännern vorstellig, dass man unter diesen Verhältnissen nicht die bisherigen Leistungen erwarten darf.

Aus Industriellenkreisen wird behauptet, dass der Gleiwitzer Arbeitgeber-Verband wiederholt in Berlin vorstellig geworden ist, da sich die Unzufriedenheit im Industriegebiet immer häufiger bemerkbar mache, was auf den Mangel an Nahrungsmitteln zurückzuführen sei. Insbesondere der Fettmangel habe dazu geführt, dass die Leistungen im Bergbau rückgängig sind. Würde man, so heisst es, über die Devisen selbst verfügen, so könnte man aus dem Ausland zusätzliche Fette beschaffen, zumal die Arbeiter ja auch bereit wären, hierfür Uberschichten zu verfahren; diesbezügliche Umfragen wurden auf einigen Gruben bereits von dem Aufsichtspersonal gehalten.

Innerhalb der Kaufmannschaft wird offen zugegeben, dass die Grosshändler grössere Bestellungen, selbst gegen Vorauszahlungen, ablehnen, da sie selbst nicht wissen, ob sie genügend beliefert werden. Dies gilt für alle Artikel; neuerdings wird sogar Knappheit an Sauerkraut verzeichnet. Auch mit Mehlnappheit wird gerechnet und die Kaufleute empfehlen ihrer Kundschaft, sich nach Möglichkeit Vorräte anzulegen.

Die Bäckereien sind gezwungen, für die Backwaren statt frischer Eier, künstliche "Eierpulver" zu verwenden; Butter darf nicht verbacken werden. Die bisherigen Margarine-Zuweisungen wurden um 20% gekürzt, was faktisch gegenüber 1935 eine Verminderung von 50% bedeutet. Die Mehluweisungen an die Bäcker sollen demnächst ebenfalls gekürzt werden. Der freie Einkauf ist unterbunden, die Zuweisung erfolgt durch die Fachschaften. Auch die oberschlesischen Mühlen sind angewiesen, künftig den Verkauf nur durch die Fachschaften zu regeln.

Sachsen, 1. Bericht: (Chemnitz) Die Fleischer sind angewiesen worden, alle ihre Fleischvorräte, einschliesslich des Gefrierfleisches, im Schaufenster aufzuhängen oder auszulegen. Ferner sind sie verpflichtet, Preistafeln sichtbar auszuhängen. Bei Verstössen gegen diese Anweisungen sind besondere

mit dieser Kontrolle beauftragte Polizeibeamte verpflichtet, sofort die Schliessung des betreffenden Ladens vorzunehmen.

Zu dem Fleischmangel kommt die Qualitätsverschlechterung bei den Fleischwaren. Die minderwertige Schmierwurst hält sich keine zwei Tage und muss möglichst sofort verbraucht werden, weil sie bereits nach kurzer Zeit einen säuerlichen Geschmack annimmt. Quarkkäse ist in der Qualität bedeutend schlechter geworden.

Eine planmässige Beobachtung der Lebensmittelknappheit in Chemnitz hat folgende Feststellung ergeben:

4. September: Beim Warenhaus Schocken und auch in anderen Lebensmittelgeschäften sah man Schlangestehen nach Butter (Speck, Schinken und Bratwurst gab es an diesem Tage nicht).

7. September: Eier wurden heute das Stück für 12 1/4 Pf., zwei Stück für 25 Pf., abgegeben. Mehr als zwei Stück pro Haushalt waren nicht zu bekommen. Die Hausfrauen sollten sich gedulden, bis die rotgestempelten Eier auf den Markt kämen.

11. September: Beim Warenhaus Schocken wieder Schlangestehen nach Butter, Fett, Oel und anderen Lebensmitteln. Man konnte vom Publikum Hamsterkäufe beobachten.

16. September: In Chemnitz-Siegnar wurde für 1/2 Kilo Rindfleisch 1,80 Mark verlangt, obgleich der antliche Preis nur 1,20 Mk. beträgt.

21. September: Trotz Warenmangel dürfen die Lebensmittelgeschäfte in der inneren Stadt nicht schliessen.

23. September: Heute hatten die Fleischerläden in den Vororten von Chemnitz bis nachmittags 4 Uhr geschlossen.

10. Oktober: Auch an diesem Tage wurde beobachtet, dass beim Warenhaus Schocken die Käufer nach Lebensmitteln Schlange standen.

In einem Grünwarenladen ist in einer Woche dreimal kontrolliert worden, dass kein Speck in die Wurst verarbeitet wird.

4. November: Speck und Margarine werden nur viertelpfundweise an die Bevölkerung abgegeben. Am letzten Markttage war auf dem Markt nicht ein einziger Eierhändler erschienen. In den Läden werden nur je zwei Eier pro Haushalt abgegeben. Dabei ist die Bevölkerung ganz in die Hände dieser Händler gegeben. Wenn sie nicht gut gesinnt sind, geben sie keine.

2. Bericht: Wie ungleichmässig die Lebensmittelversorgung ist, zeigt ein Vergleich der Lage in den Städten X. und Y. Beide liegen etwa 11 km auseinander, haben wirtschaftlich die gleiche Struktur, die gleichen Interessen und die gleichen Industrien. X. hat 29.000, Y. 21.000 Einwohner. Was man in X. auch nicht für das beste Geld aufreiben kann, ist in Y. noch in jedem Quantum zu haben. Fleisch- und Wurstwaren sind in X. so gut wie ständig ausverkauft. Montag und Dienstag sind alle Fleischergeschäfte fleischlos. Erst am Mittwoch beginnt

wieder langsam der Verkauf in kleinen Rationen. Hausschlächter dürfen überhaupt nicht mehr soviel schlechten wie sie verkaufen könnten, sondern erhalten wöchentlich 1/4 Schwein zugeteilt, welches sie auf Schmierwurst verarbeiten müssen. Wurstfleisch darf nicht mehr verkauft werden. Margarine ist nur in grösseren Geschäften zu haben und auch nur jedesmal 1/2 Pfund. Das Brot und die Semmeln sind kaum zu geniessen. Die Warenhäuser werden geradezu gestürmt. In Y. kennt man das alles nicht. Dort hat man alles, was man braucht.

Seit einiger Zeit gibt es in Leipzig nur mehr Einheitswurst.

3. Bericht: Wenn es in Dresden einmal Wurst gibt, dann ist es eine ganz schlechte, gewöhnlich Blut- oder Leberwurst. Hier kann ja der grösste Dreck verarbeitet werden. Die Blutwurst wird im Volkamund "Gummiwurst" und die Leberwurst "Holzwurst" genannt.

Das Hamstern ist genau wie in den letzten Kriegsjahren in voller Blüte, wer irgend Verwandte oder Bekannte auf dem Lande hat, der begibt sich genau so wie damals am Wochenende auf Hamsterfahrt, oder wenn das als zu gefährlich erscheint, dann schickt man die Frau oder grössere Kinder mitten in der Woche hinaus aufs Land zum Einkaufen. Denn Sonntags wird auf den Bahnstationen, besonders auf den Umsteigestationen der Provinzlinien, eine scharfe Ueberwachung durchgeführt.

4. Bericht: Gespräch mit einem Schmaugler:

"Es gab eine lange Zeit, während der wir mit deutscher Margarine gut verdienen konnten. Damals gingen wir zur deutschen Zollbehörde und liessen uns eine Bescheinigung geben, die uns berechnigte, Margarine zur Ausfuhr einzukaufen. Daraufhin erhielten wir die Haushaltmargarine, für die der deutsche Verbraucher 66 Pf. bezahlen muss, für 30 Pf. pro Pfund und zwar in beliebigen Mengen.

Wir hatten uns zwar verpflichtet, mit Kö einzukaufen, denn Hitlerdeutschland kam es ja bei dem Margarinegeschäft hauptsächlich auf Devisen an, - aber wir zogen es natürlich vor, in der CSR billige Reichsmark zu kaufen, was uns eine zweite Verdienstmöglichkeit bot.

Um dem Risiko zu entgehen, auf tschechischem Boden als Pascher erwischt zu werden, meldeten wir uns zwar auf dem deutschen Zollamt und behaupteten, dass wir mit unserer Margarine in die CSR gingen, gingen aber in Wirklichkeit längs der Grenze, wo wir uns mit reichsdeutschen Arbeitern trafen, die uns die Margarine für 40 Pf. abkauften. Wir hatten am Pfund 10 Pfennig verdient, die Arbeiter aber um 26 Pf. billiger eingekauft. Der Zollbehörde blieb selbstverständlich dieser Trick nicht unbekannt, weshalb sie sehr oft die Margarine-Pascher durch Zollbeamte bis an die Grenze eskortieren liess, damit sie die Margarine auch in die CSR brachten.

Dieses Margarinegeschäft ist seit ungefähr einem drei-

viertel Jahr vorbei, weil die Kaufleute im Grenzgebiet zu wenig Margarine erhalten, als dass sie davon noch an uns abgeben könnten.

Dass in Deutschland die Fettknappheit im Steigen begriffen ist, zeigt auch ein zweites Beispiel: Ein wichtiger Handelsartikel für Schmuggler waren Fischkonserven in Oel. Vor einigen Wochen merkten wir bereits, dass das Oel dieser Konserven mit Wasser und Essig verdünnt war; neuerdings werden Fischkonserven nur noch in Saucen ohne jegliche Oelbeimischung hergestellt.

Ein anderes Paschergeschäft wurde mit Korinthen und Rosinen gemacht. Auch das ist zu Ende, denn auf Grund des Vierjahresplanes sind in den Kaufläden des Grenzgebietes Schildder ausgehängt, dass Korinthen, Rosinen usw. nur für den Inlandsverbrauch abgegeben werden dürfen. Für die Pascher aus der ČSR ist es unmöglich, entgegen dem Ausfuhrverbot Ware zu paschen, weil die Pascher infolge des Margarinegeschäftes den deutschen Zollbeamten gut bekannt sind.

Heute können - abgesehen von kleinen Posten Bücklingen-, die aber auch schon knapp werden, kaum noch Lebensmittel aus Deutschland gepascht werden. Entweder fehlen die Waren oder sie sind zu teuer. Hinzu kommt, dass die deutsche Zollbehörde stärker als bisher darüber wacht, dass die Pascher auch mit K \ddot{O} bezahlen."

Bayern, 1. Bericht: Die Fleischversorgung hat sich im Oktober in München und auch in den Landgebieten - selbst in der bayerischen Ostmark- ausserordentlich verschärft. Die in unserem letzten Bericht geäusserte Ansicht, dass durch den Almabtrieb ein erhöhtes Angebot an Schlachtrindern eintreten werde, hat sich nicht bestätigt. Die Bauern halten das Vieh auf Anraten der Kreisbauernschaft zurück, der nur die Förderung der Aufzucht am Herzen liegt. Für die Sommersaison und die Olympiade wurden die grössten Anstrengungen gemacht, den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Sogar schlachtureife Tiere wurden auf den Markt gebracht. Nunmehr muss die Bevölkerung durch verringerten Fleischkonsum dieses Vakuum wieder ausgleichen.

Es hat sich jetzt wieder eingebürgert, dass sich die Kunden der Metzger auf ihre Fleischration vormerken lassen. Aber auch das nützt nichts, denn die Belieferung an die Metzger erfolgt vom Schlachthof ohne besondere Regelung, sodass es vorkommt, dass einzelne Metzger nicht ein Drittel ihres Fleischbedarfs zugewiesen erhalten. In der Hauptsache werden in erster Linie die Grossbetriebe und ihre Filialgeschäfte wie z.B. Sieber, München, bevorzugt.

Nicht nur Schlachtvieh wird in ganz ungenügender Menge angeliefert, auch das für die Verwertung notwendige "Beindvieh minderer Qualität" ist nur schwer zu erhalten. Die Metzger sehen sich einer ausgewogenen Situation gegenüber. Bei

gleichbleibenden Unkosten sinkt ihr Umsatz ständig und dazu noch die erbitterte Kundschaft, die in erster Linie ihre Missstimmung dem Metzger gegenüber zum Ausdruck bringt. In den Münchner Metzgerläden der Aussenbezirke kann man in diesen Wochen wieder die herrlichsten Schimpforgien hören. Die über die unregelmäßige Fleischverteilung erbitterten Verbraucher rennen zur nächsten Polizeistation, halten den nächst erreichbaren Schutzmann auf und wollen ihn veranlassen, ordnend einzugreifen.

Auf dem Lande ist -entgegen der allgemeinen Annahme- der Mangel an Fleisch noch stärker fühlbar als in der Stadt. In einem kleineren Orte in der Nähe von Augsburg hatten alle 4 Metzger in der ersten Oktoberwoche 5 Tage geschlossen. Am Samstag hackten sie wieder aus und zwar nur Rindfleisch zweiter Qualität und einige Schafe. Die Verknappung trat unvorhergesehen auf. In dem kleinen Ort waren Fische als Ersatz nicht aufzutreiben.

In ländlichen Orten wird jetzt die Kleintierzucht wieder stark gefördert. Die aufgegebenen Kaninchenställe werden wieder neu bevölkert.

Butter ist teilweise wieder in genügenden Mengen zu haben, wird aber trotzdem wieder stark gehamstert, weil man in der nächsten Zeit mit einer länger andauernden Verknappung rechnet.

Erstmalig trat in Oberbayern vor einiger Zeit ein Mangel an Roggen- und Brotmehl auf. In den meisten Mühlen und Grosshandlungen war der Vorrat in diesen Mehlsorten aufgebraucht. Die Bäcker waren gezwungen, dem Brot Weizenmehl beizumengen, um den Vorrat zu strecken. Diese wohl vorübergehende Verknappung gab den Leuten zu denken.

Man kann jetzt öfter hören, dass sich Familien auf den Krieg dadurch vorbereiten, dass sie Lebensmittelvorräte anlegen. So haben Leute zentnerweise das Mehl gekauft und legen es daheim hin. Lange haltbares Fett und Hülsenfrüchte werden gehamstert. Je mehr die Verknappung zunimmt, desto mehr suchen sich die Leute einzudecken. Vor allem Fette, wie Butterschmalz und Schweinefett, sowie Selch- und Rauchwaren sind sehr gesucht. Es werden dafür horrend Preise bezahlt. Diese Hamsterei wird hauptsächlich von bessergestellten Personen betrieben; auch die Frauen der Parteibonzo-kratie sind daran beteiligt. Die Arbeiterschaft, die sich kaum den notwendigen Wochenbedarf auf Vorrat kaufen kann, muss zusehen, wie sich die oberen Schichten auf Monate eindecken.

2. Bericht: Die amtliche Behauptung, dass der Bedarf in Fleisch zu 90%, Eier zu 80% und Fett zu 50% gedeckt sei, ist kaum geeignet gewesen, die Bevölkerung zu beruhigen, da sich jeder sagt, dass das für die Versorgung nicht ausreicht. Die Bekanntgabe dieser Ziffern hatte zur Folge, dass die Kreise, die Geld haben, nun wieder recht stark hamstern. Bei uns ist es so, dass man halt essen muss, was man gerade zu kaufen

kriegt. Am schlechtesten sind die Fleischerläden dran. Da ist auf jeden Fall zu wenig da. Die Ernte ist so ausgefallen dass mit dem Vorrat das Brot gerade bis zur nächsten Ernte ausreichen soll. Was aber werden soll, wenn mehr Brot gegessen werden soll, weil andere Lebensmittel fehlen, sagt niemand von der Regierung.

3. Bericht: Die betriebsame Gauleitung "Bayerische Ostmark" der NSDAP will auch auf diesem Gebiet den Vogel abschiessen und hat nach Bad Steben in Oberfranken 36 Frauen zu einem Kochkurs geholt. Dieser Kursus steht unter der Leitung der Gaufachgruppe Gaststätten. Es ist der erste dieser Art im ganzen Reich. Von den NS-Frauschäften werden Seefischkochvorführungen organisiert. In Weiden z.B. haben solche Kochvorführungen in der Zeit mehrmals von 14 bis 19 Uhr stattgefunden.

Württemberg: Die Lebensmittelknappheit nimmt allmählich den Charakter einer Dauererscheinung an, die fast alle Kategorien der wichtigeren Nahrungsmittel irgendwie berührt. Dabei war Württemberg bisher infolge seiner besonderen Wirtschaftsstruktur um eine Nuance besser dran als manche anderen Gebiete.

Aus Stuttgart wird berichtet: Es ist fast unmöglich, zurzeit noch in den Metzgereien, selbst in den grösseren, das Quantum Schweinefleisch zu bekommen, das man wünscht - sofern man überhaupt welches bekommt. Nicht selten müssen die Hausfrauen mit jedem angebotenen minderwertigen Ersatz zufrieden sein. Die Knappheit drückt sich aber nicht nur unmittelbar beim Fleisch aus. Es ist auch eine unerhörte Qualitätsverschlechterung bei den Fleischprodukten, z.B. bei den Wurstwaren eingetreten. Gewisse Wurstsorten kann man nicht essen, ohne dass Uebelkeiterscheinungen auftreten. Selbst die besseren Wurstsorten machen da keine Ausnahme. Bis zu welchem Grad die Knappheit geht und zu welchen Verzweiflungshandlungen sie die Metzger führt, geht daraus hervor, dass mehrere Metzger auf den Fildern, d.h. also in der ländlichen Umgegend von Stuttgart in ihre Wurstmasse durchgetriebenes Kraut (Filderkraut) mischten. Sie sind natürlich wegen Lebensmittelfälschung zur Rechenschaft gezogen worden, aber sie taten nur in einer besonders auffallenden Weise, was heute jeder Metzger macht, wenn er überhaupt noch seine Kundschaft beliefern will.

Auch die Fischversorgung ist gegenwärtig völlig unzulänglich. So erhielt ein Laden des Konsumvereins, der 15 kg. Fischfilet an seine Kunden zu liefern hatte, statt dessen nur 6 kg. Neuerdings wird in den hiesigen Fischhandlungen Walfilet angeboten.

Fast ebenso schlimm steht es mit der Butterversorgung. Sie war zwar in der letzten Zeit wieder etwas besser, aber erstens wird bereits überall die kommende Knappheit angekündigt und zweitens ist die Qualität derart schlecht, dass man

die Butter oft kaum essen kann. Sie ist nur ganz kurze Zeit haltbar und wird sehr schnell seifig.

Ueber den Ernteausfall wird berichtet: Die amtlichen Mitteilungen über den günstigen Ernteausfall rufen unter unseren Bauern Spott und Aerger hervor. Die amtlichen Zahlen werden einfach nicht geglaubt, weil die eigene Erfahrung das Gegenteil beweist. Das Ernteergebnis ist allgemein recht ungünstig. Infolge der nassen Witterung ist vielfach das Getreide nicht ausgereift und zum Teil auf dem Halm verfault. Ähnlich steht es auch mit der Futterernte, die zwar mengenmässig nicht schlecht ist, aber ebenfalls durch die Witterungseinflüsse an Qualität und Ergiebigkeit stark verloren hat. Sehr schlecht ist auch die Obsternte. Die Obstzufuhr, die in unserem klassischen Mostland eine grosse Bedeutung hat, ist unzureichend und auf dem Stuttgarter Mostobstmarkt am Nordbahnhof spielen sich tagtäglich turbulente Szenen ab, weil die Käufer angesichts des geringen Angebots ungeduldig werden und zudem die Preise stark gestiegen sind. Die geringe Obsternte veranlasst manche Erzeuger, ihr Mostobst auf den Tafelobstmarkt zu bringen. Das wurde selbst im amtlichen Marktbericht bemängelt, ohne dass man dagegen ernsthaft einschreitet.

Baden: Der Schleichhandel mit Butter und Eiern blüht immer mehr. An manchen Orten finden schon Strassenkontrollen statt, wie in der Kriegszeit.

In allen Dörfern hört man die Bauern über die Bonzenwirtschaft im Reichsnährstand schimpfen und viele Bauern geben nur deshalb hintenherum Butter und Eier ab, um diesen Bonzen ein Schnippchen zu schlagen. Andere erklären, sie verfüttern ihre Milch lieber an das Vieh, anstatt die Bonzen zu mästen. Die Handelserlaubnis für Butter und Eier wurde ab 1. Oktober nur noch ganz wenigen Händlern innerhalb eines jeden Bezirks erteilt. Für zwei oder drei Ortschaften immer nur einer und nur durchweg "zuverlässige" Leute.

Die Lieferung von Fleisch ist in Oberbaden in den letzten Wochen wieder etwas besser geworden. Knapp ist zur Zeit aber immer noch das Schweinefleisch. Ganz knapp ist Landbutter, dagegen erhält man in den Molkereien die teure Molkereibutter.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Es gibt neuerdings amerikanisches Schmalz, das mit Tran vermischt worden ist. Amerikanisches Schmalz, das früher keinen Tran enthielt, kostete damals 0,38 bis 0,42 RMk.; heute muss man dafür 1,- RMk. bezahlen. Da das Fett unrein ist, hat es einen üblen Nachgeschmack, allerdings ist es nahrhaft. Es heisst, dass es auf Betreiben der Unternehmer eingeführt worden ist, weil die Arbeitsleistungen erheblich gesunken waren.

Eier und Butter werden tüchtig hintenherum verkauft. Ich kenne einen Fall, in dem ein Austrägerjunge an eine einzige Stelle im "besseren Viertel" 124 Eier und 12 Pfund gute Butter gebracht hat.

Brot gibt es in mehreren Sorten. Der Arbeiter kann das ge-

mischte Graubrot kaufen. Gutes Brot gibt es nur noch für bessere Leute.

Die Menge der Fleisch- und Wurstwaren, die zur Verfügung stehen, beträgt in der Praxis noch etwa ein Drittel der früher vorhandenen. Den Fleischern gestattet man einen höheren Gewinn, bis zu 35%. Zu dieser Konzession musste man sich bereit finden, weil der Absatz immer mehr zusammengeschmolzen ist.

Die NSV hat Schweinefleisch in Büchsen verteilt. Als diese Masse warm gemacht wurde, löste sie sich auf in Fasern, etwas Fett und Gelatine.

Metzger, die früher z.B. 23 Schweine in der Woche verbrauchten, bekommen heute nur noch 5. Ein anderer Metzger, der früher 30 Schweine verbrauchte, bekommt heute 6. In diesen beiden Fällen habe ich mich persönlich von der Richtigkeit dieser Angaben überzeugen können. Das Hamstern von Fett und Fleisch wird immer schlimmer. Leute, die Geld haben, werden bevorzugt. Die Nachbarn passen auf, wenn andere etwas mehr bekommen als sie selber. In der Bevölkerung wächst die Stimmung für die Einführung des Kartensystems. Man verspricht sich davon grössere Gerechtigkeit. Es ist wie im letzten Kriege.

Die Brotversorgung ist durchaus nicht gesichert. In Düsseldorf hat eine Konferenz der Bäcker-Obermeister stattgefunden und hier wurden die Bäckerinnungen verpflichtet, das neue Mehl aus der neuen Ernte früher als sonst zu verwenden. In den Kreisen der Bäcker besteht eine Abneigung dagegen, weil die Qualität des Mehles infolge der frühen Ausmahlung nicht gut ist.

2. Bericht: Die Anlieferung von Mehl, Getreide und Futtermitteln lässt merklich nach. Man sagt, die Stockungen seien nicht auf Mangel zurückzuführen, sondern auf Schwierigkeiten in der Verteilung. Es sei nicht genügend Zeit zum Dreschen vorhanden gewesen. Das Mehl ist übrigens schlechter als sonst, weil es zu früh ausgemahlen wurde. Es fühlt sich wie Griess an. Zum Backen ist dieses Mehl schlecht zu gebrauchen.

Im Rheinland wird sehr über die Kartoffeln geklagt, die übrigens auch knapp sind. Im Handel befindet sich eine Kartoffel, die auf Betreiben von Darré in vielen Gegenden angebaut wurde, weil sie angeblich ausserordentlich ertragreich sein sollte. Sie wurde hauptsächlich in Ostpreussen angebaut und jetzt müssen sie die Rheinländer essen. Diese Kartoffel ist sehr gross, bis zu 3/4 Pfund. Sie wurde an das WHW verkauft und nun werden die ärmeren Bevölkerungsschichten damit beglückt. - Für rheinische Kartoffeln müssen für je 10 Pfund 38 Pfennig gezahlt werden. Früher zahlte man -wenn es zum Frühjahr ging- höchstens 28 bis 30 Pf.

Im vergangenen Jahre hatten die rheinischen Bauern Runkelrüben für das Vieh gebaut. Der Bauer bekam für den Zentner 80 Pf. Weisskohl dagegen war knapp und der Bauer erhielt dafür 9 bis 10 Pf., im Frühjahr sogar 12 bis 15 Pf. für das Pfund.

In diesem Jahre baute man also Kohl. Nun ist Kohl in Mengen da. Er sinkt im Preise und kann für 10 Pf. je 3 bis 4 Pfd. erstanden werden. Darum Göring's Aufforderung: Esst mehr Kohl! Da man trotzdem den Kohl nicht los werden kann, gibt man ihn dem WHW. Dieses leitet ihn an seine Schützlinge weiter. Es sind riesige Köpfe bis zu 8 Pfd. dabei. An den Erzeuger zahlt das WHW für den Zentner 2,- RMk. Die vom WHW bedachten Hilfsbedürftigen können den vielen Kohl nicht verzehren und sie verschenken bzw. verkaufen ihn wieder an andere Leute. Im Übrigen ist der Kohl zum Teil verrottet, er ist also zu Einmachezwecken ungeeignet. Die Sauerkrautfabriken sind auch bereits vollkommen eingedeckt. Der Grosshandel zahlt zum Teil pro Pfund 1 Pfennig.

Die Menschen haben ihre ernstesten Gesichter aufgesetzt. Kleidung können sie bei den jetzigen Löhnen und Preisen doch nicht mehr kaufen, so ist ihr Sinnen und Trachten darauf abgestellt, nach Möglichkeit wenigstens ein bisschen Fett aufzutreiben. Aber auch Fett ist kaum noch zu ergattern. Alle Drohungen der leitenden Nazis nützen nichts: Butter, Eier, Speck und Fleisch gehen durch den "Eingang für Lieferanten" und werden durch diesen den "feinen" Leuten ins Haus gebracht. Zu höheren Preisen selbstverständlich als den vorgeschriebenen. In den letzten Wochen hat das Hintenherumverkaufen so grossen Umfang angenommen, dass sich sogar der "Westdeutsche Beobachter" damit beschäftigen musste. In einem Artikel "Der bessere Kunde" hiess es:

"Vielfach werden diese Art Bestellungen telefonisch aufgegeben, damit die Hausangestellte das verschlossene Paket abholen kann und kein "Unberufener" feststellt, dass mit zweierlei Mass gemessen wird. In gleicher Weise bevorzugt zu werden, verdient der Kunde, der täglich grosse Mengen einkauft. Was dann übrigbleibt, ist für die Kundschaft, die mit ihrem Haushaltsgeld scharf rechnen muss bzw. aus diesen oder jenen Gründen geringere Mengen einkauft."

Auf sie, so meinen sie, wird jetzt die ganze Schwere der Verantwortung abgewälzt. Viele ehemalige Nazis aus diesen Kreisen haben längst die Partei verlassen, andere haben es nur aus Angst noch nicht getan. Keiner will mit den Nazis innerlich noch was zu tun haben. Manchen dämmert auch, warum sie in diese Lage gekommen sind.

Nordwestdeutschland, 1. Bericht: Ostfriesland gehört zu den Gebieten, in welchen man besonders grosse Lager mit Getreidevorräten errichtet hat. Allerdings sind dabei in einer Reihe von Fällen die für die Erhaltung der Vorräte notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllt worden. Im Jahre 1933/34 wurden alle möglichen Schuppen für diese Lagerzwecke gemietet. Auch ein Teil der Hallen des Viehmarktes in Leer sind für diesen Zweck verwendet worden, wobei das hier eingelagerte Getreide

deshalb verdarb, weil die mit der Einschüttung beauftragten Leute es nicht für nötig hielten, sich von der Sauberkeit der Räume zu überzeugen. Dabei hatte die SS-Reiterstandarte Leer noch wenige Tage vorher diese Hallen als Stallung benutzt. Auf die ungesäuberten Stallplätze wurde das Getreide geschüttet.

Ausserdem ist ein grosser Teil der Lagerbestände, der in den 200 gemieteten Kähnen im Emdener Hafen gelegen hat, für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden. Es waren keine Vorrichtungen für Lüftungs- und Temperaturregulierung vorhanden.

Jetzt sind alle diese behelfsmässigen Lagerplätze seit dem Frühsommer geleert. In einer Reihe von Schuppen befinden sich noch eingelagerte Getreidemengen, doch dürfte nach Art der Lagerung und der Behandlung feststehen, -die Aussagen der Kontrolleure darüber decken sich- dass auch hiervon ein grosser Prozentsatz für den menschlichen Gebrauch nicht mehr verwendet werden kann.

2. Bericht: Die Lebensmittel werden knapper, nicht nur Fleisch, Fett, Butter, Margarine und Eier, sondern auch Mehl- und Grützwaren; kriegsmässige Gerichte sind daher wieder an der Tagesordnung.

Bei Tee wird neuerdings eine Beimischung vorgenommen. Die billigste Sorte kostet 4 Mk pro Pfund.

Die Rheinschiffer kaufen jetzt nicht nur für sich, sondern auch für ihre Verwandten und Bekannten Fettwaren in Holland ein, soweit die ihnen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel das zulassen. Teilweise werden den Schiffern hierfür schon Wertsachen zum Verkauf mitgegeben, wie Ringe, Uhren, Medallions, Broschen usw.

Wasserkante. 1. Bericht: Die Fleischknappheit ist augenblicklich nicht so gross wie im vorigen Jahre um diese Zeit. Man versucht anscheinend, wenigstens in den Grossstädten, soviel wie möglich heranzuschaffen. Besonders knapp sind Eier und Fett.

2. Bericht: Die Versorgung ist etwas besser, Bei Schweinefleisch und Rindfleisch gut, Schmalz fehlt. Eierzufuhr aus Ungarn. Diese Eier werden nicht gern gekauft. Ausserdem chinesische Eier. Butterversorgung gut, Käse mangelhaft. Margarine fehlt.

3. Bericht: In Flensburg herrscht augenblicklich ein sehr grosser Lebensmittelmangel. Eier und Butter sind nicht zu haben. Täglich gehen hunderte von Menschen nach K. und Y. in Dänemark, um dort das bisschen Ware zu kaufen, das sie mit rüber nehmen dürfen. Man trifft dort fast in jedem Laden einige Deutsche, die sich satt essen. Sie kaufen sich Eier, lassen sie gleich kochen und essen sie zu einem Stückchen

Brot, das sie sehr oft mitgebracht haben. Beim Schlachter kaufen sie sich ein Stück Wurst oder ein Paar warme Würstchen, die sie auf der Stelle verzehren. Auf den Strassen trifft man viele Deutsche, die dort gekaufte Rundstücke zu einem Stück Wurst oder Wienergebäck essen. Die Restaurationen sind überfüllt. Man trinkt hier Kaffee und isst sich satt. An Sonntagen kommen hunderte von Deutschen, die in den Hotels und Restaurants zu Mittag essen. Ein Beispiel, wie es zugeht: Am Sonntagnachmittag kamen wie gewöhnlich mit dem Zuge von Flensburg die drei begleitenden Kriminalbeamten. Sie haben in X. kurzen Aufenthalt. Alle drei stürzten in die Bahnhofrestauration und bestellten sich Kaffee und für jeden 6 Stück Brot mit Butter. Die Zustände sind mit denen von 1917/18 zu vergleichen.

4) Die Rohstoffknappheit.

In den letzten Monaten ist die deutsche Rohstoff-Zwangsbe-
wirtschaftung ausserordentlich verschärft worden.

Die Wollwirtschaft ist vom 1. Oktober ab neu geregelt worden. Die Bezeichnungen "reine Wollé", "wollgemischt" dürfen nicht mehr gebraucht werden. Auch ein Hinweis auf ausländischen Ursprung eines Fabrikats (z.B. engl. Kammgarn) ist nicht mehr zulässig. Diese Verbote sind ergangen, um eine Differenzierung zwischen den noch vorhandenen alten Beständen an reinen Wollwaren und den neuen durchweg mit Zellwollezusatz hergestellten Fabrikaten unmöglich zu machen. Das Verarbeitungskontingent für wollene Spinnstoffe war zuletzt um 50% des Grundbedarfs (ausgehend vom Bedarf vom 1. April bis 30. September 1934) gekürzt worden. Nunmehr ist für die Zeit vom 1. Oktober 1936 bis 30. September 1937 eine Kürzung um 60% erfolgt. Das bedeutet den Zwang zu erhöhter Heranziehung von Zellwolle (bei Kammgarn wurden schon bisher fast durchweg 30% beigemischt), Reiswolle, Kunstseide usw.

Neuerdings musste auch die Verwendung von Reis-Baumwolle beschränkt werden.

Die Ueberwachungsstelle für Bastfasern hat verschärfte Anordnungen über den Verkehr mit Jutewaren (auch gebrauchte Säcke) und zur Sicherung des Bedarfs an Erntebindegarn für die

Ernte 1937 erlassen.

Die Ueberwachungsstelle für Kautschuk und Asbest hat bestimmte Anordnungen für die Erstbereifung von Kraftfahrzeugen (Reifenbezug nur von Reifenfabriken, Ausliefern neuer Kraftfahrzeuge nur mit "ausreichender" Bereifung) und ein Verwendungsverbot von Kautschuk für zahlreiche Artikel (z.B. Luftballons, Bierteller, Scherz- und Karnevalartikel) erlassen.

Auf dem Gebiet der Metallwirtschaft sind Anordnungen über Höchstpreise für Schrott zu verzeichnen. Ferner ist die Herstellung bestimmter Erzeugnisse aus Grau- Temper- oder Stahlguss für den Inlandsbedarf verboten worden. Die Ueberwachungsstelle für unedle Metalle hat eine Anordnung über Nickel- und Chromüberzüge erlassen. Innerhalb einer Uebergangsfrist von drei Monaten sind für eine Reihe von Erzeugnissen Verwendungsverbote für Ueberzüge aus Nickel, Chrom und Kobalt erlassen worden. Ferner sind Anordnungen über die Verwendung von unedlen Metallen im Bauwesen, im Maschinenbau und auf verwandten Gebieten getroffen worden.

Der Reichswirtschaftsminister hat erneut die strikte Befolgung der Einschränkung der Öelfarbenverwendung verlangt (z.B. dürfen noch nicht gestrichene Mauerflächen innen und aussen nur mit ölfreien Farben gestrichen werden).

Der Reichsbeauftragte für die Lederwirtschaft hat Vorschriften über die Verwendung von synthetischem Gerbstoff erlassen.

Die Ueberwachungsstelle für Tabak hat den Tabakverarbeitern bestimmte Tabakkontingente vorgeschrieben (auch bei Entnahme der Waren aus dem eigenen Lager oder bei Vorgriffen auf spätere Monate).

Die Ueberwachungsstelle für Edelmetalle hat die Genehmigungspflicht für den Handel mit Alt- und Bruchgold ausgedehnt und verschärft.

Zurzeit wird die Zuteilung der Öele und Fette an die Süsswarenindustrie zum Zwecke weiterer Einsparungen überprüft.

Unter dem Vierjahresplan wird der "Kampf dem Verderb" zu einer grossen Sammel- und Propagandaaktion ausgestaltet. Die gewerbsmässigen Altmaterialhändler, Hausierer und Rohproduktenhändler sind in der Fachgruppe Rohproduktengewerbe zwangsorganisiert worden und laufen nun mit grünen Armbinden versehen von Amtswegen den Leuten die Türe ein. Viele Stadtverwaltungen haben Abfalltonnen aufgestellt. In Köln ist eine Ausstellung "Kampf um 1 1/2 Milliarden" veranstaltet worden. Die Behörden sind angewiesen, alle bei ihnen anfallenden Altmaterialien sorgfältig zu sammeln. Die Gemeinden sollen die Abwässer-Ausnützung und Müllverwertung in grossem Stil organisieren. Die Geschäftsgruppe "Ernährung" der NSV ist mit den Vorarbeiten für eine grosszügige Organisation der Abfallverwertung beauftragt worden. Das Amt für Schadensverhütung der NSDAP, das seit Jahren im Verborgenen blüht, hat auf einmal seine grosse Zeit. Die Handwerker werden in Innungsversammlungen auf Möglichkeiten der Materialersparnis und Schadenverhütung aufmerksam gemacht. Die Hausfrauen werden zur Mitarbeit am Vierjahresplan durch sparsames Wirtschaften und sorgfältige Resteverwertung aufgerufen.

Überall und alles wird gesammelt. In den Schulen werden Knochensammlungen veranstaltet. Die Hitler-Jugend hat sich der Sache bemächtigt und schickt die Kinder treppauf - treppab, um Tuben, Flaschenkapseln und Silberpapier zu sammeln. In Schlesien hat das NSKK eine Altgummi-Sammlung durchgeführt. Ferner sollen gesammelt werden: Glühbirnen, Hasen- und Kaninchenfelle, Rosshaare und Schweineborsten, Bucheckern, Eicheln und Heilkräuter (dies auf Anordnung des Reichsapothekerführers!)

Unter den uns zugegangenen Berichten sind besonders auffällig die Meldungen über einen fühlbaren Mangel an Eisen. Die nachstehenden Berichte sind in der Woche vom 26. November bis 4. Dezember eingelaufen.

Südwestdeutschland: Mangel an Eisen macht sich in immer stärkerem Masse bemerkbar. Bei Opel in Rüsselsheim wird seit drei Wochen wegen Eisenmangel in verschiedenen Abteilungen nur noch drei Tage die Woche gearbeitet. In Frankfurt haben verschiedene Firmen aus dem gleichen Grund Kurzarbeit angekündigt. In Karlsruhe sind die Betriebe noch gut beschäftigt, obwohl auch da bereits von Eisenmangel gesprochen wird. Bei der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen Fahr-Gottmadingen wird nur noch 5 Tage in der Woche gearbeitet. In der Betriebsversammlung vom 20. November 1936 wurde durch den Kreisleiter der Arbeitsfront mitgeteilt, dass genügend Aufträge vorhanden sind, dass es aber an Material mangelt. Schuld daran seien die Franzosen, die kein Eisenerz mehr lieferten. Und diese Franzosen seien von den Emigranten aufgehetzt. In fast allen Betrieben Oberbadens ist der Mangel an Eisen verspürbar. Sogar in den reinen Rüstungsbetrieben.

Noch mehr aber verspüren die Kleinhandwerker den Eisenmangel. Grosse Eisenhandlungen in X. und Y., aber auch in dem Industriebezirk Tuttlingen/Württemberg sagen ihren Kunden, dass sie diese oder jene Sorte Stabeisen nicht liefern können.

Rheinland-Westfalen: Die Eisen- und Stahlherstellung macht ebenfalls gewisse Schwierigkeiten. Artikel, wie Schaufeln, Spaten usw. lassen das deutlich erkennen. Die Qualität wird schlechter. Ein Spezialist für Drahtseile erklärte mir, dass Drahtseile, die früher garantiert durchschnittlich 2 Jahre hielten, heute nach $\frac{3}{4}$ bis 1 Jahr verschlissen sind.

Nordwestdeutschland: Nach übereinstimmenden Mitteilungen der Rheinschiffer haben die Erzlager in den verschiedenen Industrieplätzen am Rhein und seinen Nebenflüssen sehr stark abgenommen, teilweise sind sie ganz verschwunden.

Berlin: Aus gut informierter Quelle erfahren wir, dass auf einer Sitzung der Schwerindustriellen unter dem Vorsitz Görings beschlossen worden ist, ab 1. März die Eisen- und Stahlproduktion um 15%, und dann während der Sommermonate um je weitere 5% herabzusetzen. Dieser Beschluss sei zurückzuführen einerseits darauf, dass der steigende Erzbedarf angesichts der deutschen Devisen- und Handelslage aus dem Ausland nicht mehr im bisherigen Umfang befriedigt werden kann, andererseits will man aber auch der Gefahr vorbeugen, dass die jetzige übersteigerte Eisen- und Stahlkonjunktur (20% über der Erzeugung von 1929!) einen plötzlichen Rückschlag erleidet. Im März ist der allerdingste Rüstungsbedarf gedeckt und man hofft, dann in etwas ruhigerem Tempo fortfahren zu können. Ausserdem wird der März gewählt, weil man dann die Einschränkung "saisonmässig" begründen kann. Man kann dann im Oktober 1937 die Produktion wieder etwas

steigern und damit einen Teil der echten saisonmässigen Arbeitslosigkeit aufsaugen.

Im übrigen ordnen wir die Berichte wieder nach Landesteilen:

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Empfindlich macht sich bemerkbar das Fehlen nicht nur von Rohstoffen, die eingeführt werden müssen, sondern auch das von Halbfabrikaten. Die Walzwerke bedingen sich in den letzten Wochen für die Lieferung von Bandeisen und Blechen Lieferfristen von drei, vier und fünf Monaten aus, so dass die Metallfabriken Gefahr laufen, jede organische Berechnungsmöglichkeit zu verlieren und immer wieder bei den Industrie- und Handelskammern, sowie bei den Berliner Stellen dringende Vorstellungen erheben. Was die devisengebundenen Rohstoffe anlangt, so werden die Schwierigkeiten von Tag zu Tag grösser, da die verschiedenen Ueberwachungsstellen sich für die Erledigung selbst dringender Anträge ausserordentlich viel Zeit nehmen; sie bringen durch die verspätete Zustellung der Bedarfsbescheinigungen die Werke immer wieder in grösste Verlegenheit. Betriebsstilllegungen infolge Rohstoffmangels sind bei manchen Industrien keine Seltenheit und treten selbst bei Werken auf, die überwiegend für den Export beschäftigt sind, also eine bevorzugte Versorgung erfahren sollen. Nach der Zustellung der Bedarfsbescheinigungen entstehen nämlich wieder Schwierigkeiten erheblicher Art, da es sehr oft unmöglich ist, die Bescheinigungen unterzubringen. Handelt es sich um Rohstoffe, die eingeführt werden müssen (Kupfer, Blei, Zinn, Zink usw.), so bedarf der Händler, der ja nur aufgrund von Bedarfsbescheinigungen liefern darf, von sich aus ja auch noch einer Devisengenehmigung zur Bezahlung der Einfuhrware. Hierbei treten ebenfalls langwierige Verzögerungen ein, so dass selbst Bedarfsbescheinigungen mit dem Dringlichkeitsvermerk für Export und Behördenaufträge erst mit erheblichen Verzögerungen erledigt werden. Wie gross die Schwierigkeiten sind, erhellt daraus, dass im Rahmen des neuen Vierjahresplanes die Strangulierung des Exports für die Waren geplant wird, für die importierte Rohstoffe verarbeitet sind. Als erstrebenswert bezeichnet man es, künftig nur noch reine deutsche Erzeugnisse auszuführen.

2. Bericht: Ausserordentlich schwer hat die Aachener Textilindustrie zu kämpfen. Bei den reinen Zellwollachen muss eine zweimalige Färbung erfolgen. Das war früher nicht notwendig und dadurch wird naturgemäss heute der Fabrikationsprozess erheblich verteuert. Die Herstellungsdauer ist auch länger. Gewisse Sorten von Stoffen müssen einfach aus dem Produktionsprogramm gestrichen werden, weil ihre Herstellung so teuer wäre, dass ihr Verkauf zur Unmöglichkeit werden würde. Alle schwereren Stoffe, die irgendwie durch leichtere ersetzt werden können, werden ausgeschieden. Das Rohstoffkontingent erlaubt ihre Herstellung nicht. Augenblicklich herrscht noch erheblicher Mangel an Zellwolle. Die alten und neuen Zellwolle-

fabriken können den Anforderungen einfach nicht genügen, teilweise müssen die Webereien bis Februar-März nächsten Jahres warten.

In den Baumwollspinnereien ist infolge der Herabsetzung des Baumwollkontingents eine weitere Einengung der Betriebsmöglichkeiten eingetreten. Es kann den Ansprüchen nach Mischgarnen nicht genügt werden.

Anzugstoffe gibt es nur noch in Qualitäten, mit denen die Schneider ihre Not haben. Durch den Beimischungszwang von Zellwolle wird ein Produkt hergestellt, das keine anständige Fassung ermöglicht. Es sei fast so schlimm wie 1917. Dazu ist der Preis enorm hoch. Der billigste Anzug kostet 100 Mark. Gute englische Stoffe sind natürlich für die "besseren" Kunden auch noch zu haben, dann kostet aber ein Anzug 200 bis 250 Mark.

Die Qualität der Seife lässt merklich nach. Auch hier gibt es noch gute Ware, das Stück zu 50 Pf.

Benzol wird knapper und ist teuer. Man geht dazu über, an jeder Gasanstalt eine Gastankstelle einzurichten.

Beim synthetischen Gummi zeigt sich, dass die Qualität nicht so gut ist, wie die des natürlichen Gummis. Mit Autoreifen aus natürlichem Gummi fuhr man 18 bis 20.000 km; der künstliche Gummi hält nur 6 bis 8.000 km aus. Die Strafen wegen zu scharfer Kurvenbefahrung sind nach Meinung der Fachleute nur zu dem Zweck erlassen, den Verbrauch von Gummi einzuschränken. Doppelte Bereifung, wie früher, ist nicht mehr zulässig, es ist nur Fahrbereitschaft gestattet. Bezugsscheine gibt es nur in den dringenden Fällen und die Belieferung dauert drei bis vier Wochen.

Tabak ist bekanntlich im Kontingent für November um 10, für Dezember um 20% herabgesetzt. Eine grössere Tabakfabrik in Köln, welche jetzt 50 Ballen von Bremen anforderte, bekam 2 Ballen. Die teuren Sorten Zigarren können nur noch sehr wenig hergestellt werden. Da nun diese Zigarren immer einen gewissen Gewinn-Ausgleich gegenüber den billigeren Sorten brachten, bedeutet das einen empfindlichen geschäftlichen Verlust, vor allem im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft. Die Tabakpreise beginnen übrigens trotz Preiskommissar zu steigen. Der "schwarze krause", der Tabak für die Arbeiter, kostete im Januar 1936 das 50-gr-Paket 30 Pf., er stieg später auf 35 Pf. und ist jetzt bei 40 Pf. angelangt. Das ist eine Steigerung um 33%. Dabei ist auch eine Verschlechterung der Qualität eingetreten.

Die Beschaffung von Holz stösst auf gewisse Schwierigkeiten. Man achtet streng darauf, dass jedes Stückchen Holz als Nutzholz verwertet wird. Als Brennholz darf nur der Baumstumpf verwertet werden. Wo noch ein Hammerstiel oder ein Feilen Griff aus einem Ast gemacht werden kann, da besorgt man das. In letzter Zeit wird auch Petroleum knapp.

Nachstehend ein Aufruf der NSDAP-Kreisleitung über die Aktion "Kampf dem Verderb":

„KAMPF DEM VERDERB!“

Wir alle helfen dem Führer

Deutschland in jeder Hinsicht frei und unabhängig zu machen

Um den Vierjahresplan des Führers zu verwirklichen, sind wir verpflichtet, die Werte zu erhalten, die bisher achtlos in den Müllimer geworfen wurden und durch Verderben der Wirtschaft verloren gingen!

Deshalb sammeln wir folgende Abfälle:

Zink, Blei, Zinn, Messing, Kupfer, Aluminium, Stanzol, Flaschenkapfen, Zuden, Blech-Zigaretten-schachteln, Weißblech, Metallabfälle, Konservendbüchsen, Olibbirnensockel, Silberpapier, Altpapier, Flaschen, Gummi, Lederabfälle sowie alle Folierstoffe.

Nachener Hausfrau! Die wertvollste Hilfe

in diesem Kampf mußt Du bringen, indem Du darauf achtest, daß alle Küchen- und Speisereste aufgehoben werden und zum Abholen bereit stehen. Als Viehfutter können alle Küchenabfälle gebraucht werden wie: Kartoffelschalen, Gemüse, Brotabfälle, Speisereste, Obstabfälle sowie alle flüssigen Speisereste. Die Bäckereien müssen aufbewahren: Mehl, Brotabfälle, Packfabrikabfälle. — Die Geschmacksstoffe geben außer den angeführten Abfällen Bierreste und Tropfbier auf. — Obst- und Gemüßgeschäfte wollen ebenso über die angeführten Abfälle hinaus alles das aufheben, was sonst an Futterwerten verloren gehen würde. Durch besondere Sammler werden diese Abfälle drei mal wöchentlich abgeholt. In jedem Hause ist ein Behälter für Metallabfälle und ein Behälter für Küchenabfälle anzustellen. Alle Hausbewohner bringen einmal täglich ihre Abfälle in die Behälter. Der Luftschuhhauswart, sein Stellvertreter oder sonst eine pflichtbewusste Person wird für die Aufstellung der Behälter Sorge tragen.

Montag, den 2. November beginnt das Sammelwerk innerhalb der Ortsgruppe Normaluhr.

Wir helfen alle mit, daß keine Volkswerte ungenützt umkommen, weil jeder Verlust eine Minderung unseres Volkvermögens bedeutet.

Die Kreisleitung der N. S. D. A. P.
Amt für Volkswohlfahrt
Nachen-Stadt

Südwestdeutschland, 1. Bericht (Baden): Im Kabelwerk Rheinau-Mannheim (etwa 300 Arbeiter) erhielten 60 Mann die Entlassung mit der Begründung: Rohstoffmangel.

Die Auto-Werke Benz-Mannheim (Belegschaft 3.500 Mann) arbeiten zur Zeit nur 38 Stunden in der Woche. Grund: Rohstoffmangel.

Bei Daimler-Benz, Stuttgart, wurde die Arbeitszeit ebenfalls auf 38 Stunden die Woche herabgesetzt. Als Grund wird Rohstoffmangel auch dort angegeben.

Ein grosser Teil der Aufträge der Fittingswerke, Singen, sollen im Schwesterwerk in Schaffhausen/Schweiz ausgeführt werden. Grund: einmal die Frankenabwertung, dann aber auch der Materialmangel.

In der Uhrenindustrie im Schwarzwald, sowohl in Villingen, wie in Triberg, wird ebenfalls stark über Materialmangel geklagt. Insbesondere über Mangel an Messing und Zinn.

2. Bericht (Württemberg): Die Textilien erhöhen nicht nur ihre Preise, sondern werden infolge der Verwendung der neuen einheimischen "Werkstoffe" immer schlechter. Ich kaufte z. B. probelhalber ein Hemd, bei dem ausdrücklich auf die Verwendung von Faserstoff hingewiesen wurde. Es war im Preis genau so hoch wie früher ein gutes Hemd und sollte angeblich auch genau so haltbar sein. Leider überstand es die erste Wäsche nicht, ohne völlig aus den Fugen zu gehen.

Der "Kampf dem Verderb" wird gegenwärtig zu einer zentralen Aufgabe aller Naziorganisationen gemacht. Seine Durchführung steht im Mittelpunkt der Schulungsarbeit der einzelnen Gliederungen von der Partei bis zum Jungvolk. Auch die Schulen werden herangezogen. Dabei bezieht sich die Aufklärung generell auf alle Bedarfsgegenstände von der Zinntube bis zu den Lebensmitteln. Die württembergische Hitler-Jugendführung hat, in Ausführung einer Anordnung der Reichsjugendführung, angeordnet, dass jeden Monat einmal am Staatsjugendtag die Pimpfe von Haushaltung zu Haushaltung gehen, um das Altmaterial an Metallen zu sammeln und einer Verwertung zuzuführen.

An anderen Orten haben die Gemeindeverwaltungen die Müllbauern mit der Führung des Kampfes beauftragt. Diese haben die Mülleimer der Hausfrauen auf ihren Inhalt hin zu kontrollieren.

In einem Ort der schwäbischen Provinz hat die Schulverwaltung im Schulhof besondere Behälter aufstellen lassen, in denen die Schüler die zu Hause anfallenden Altmaterialien ablegen können.

Der Gesamteindruck des "Kampfes gegen den Verderb" ist bei der Bevölkerung der, dass man sich bereits mitten in der seligen Kriegswirtschaft befinde. Immerhin darf man nicht verkennen, dass auch auf diesem Gebiet die Nazis auf die Dauer, wenn auch keinen materiellen, so doch einen psychologischen Erfolg erzielen können, weil sie einen grossen Teil

der Aktivität vor allem der Jugend auf ein sichtbares Ziel ablenken können.

3. Bericht: Ueber die Rohstoffschwierigkeiten der Saarpfälzischen Schuhindustrie ist dem offiziellen Bericht zu entnehmen:

Die Beschäftigung wurde im abgelaufenen Monat auch durch Mangel an Bodenleder beeinträchtigt. Die Knappheit ist auf das ärgste gestiegen. In manchen Betrieben mussten Einsparungsmassnahmen durch Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Kleine Betriebe, die schon früher keine Vorräte hatten, sind schwer betroffen und leben nur von der Hand in den Mund. Das bedeutet auch Arbeitsausfall bei den Lederniederlagen und Händlern. Andere Betriebe zehren von ihren Vorräten. Die Beschaffung für die Frühjahrsproduktion stösst allgemein auf Schwierigkeiten und macht die Lage der Schuhindustrie noch schwieriger. Der Schuhverkauf auf lange Sicht zu festen Preisen ist zur Zeit unmöglich, und doch müssen die Frühjahrsordern bei den Schuhhändlern hereingeholt werden.

Seitens der Lederindustrie und des Ledergrosshandels wird auch über die Knappheit des Leders, namentlich des Bodenleders geklagt. In Bodenleder konnte der Bedarf nicht völlig gedeckt werden. Auch Schafleder war stark verknappt. Im Oberleder war hauptsächlich schwarz und braun Boxcalf und schwarz Chevreau begehrt. Es ist klar, dass auch die Lederwirtschaft von dem Vierjahresplan betroffen wird; wurden doch nahezu die Hälfte der Häute und Felle früher aus dem Ausland bezogen, wenn auch ein Teil wieder als Leder zur Ausfuhr gelangte.

Bayern: In ganz München kann kein Geschäft Spielbälle auf-treiben. Die Gumminot macht sich besonders auf dem Autoreifenmarkt bemerkbar. Ein Autoreifenhändler benötigt seit 8 Wochen 400 Reifen und kann sie nirgends bekommen. Die Autobesitzer sind gezwungen, wieder ihre alten Reifen hervorzuholen und sie recht und schlecht auszubessern.

Die Suche nach Altmaterial wird mit aller Energie betrieben. Der Arbeitsdienst Rosenheim hat besondere Trupps abgestellt, die auf den Dörfern herumziehen und in den Abfallgruben nach Alteisen suchen müssen. In Münchner Postämtern hat man jetzt Holzkisten aufgestellt, in die Metallabfälle geworfen werden können. Diese Kisten werden von der NSV entleert. Bei der Müllabladestelle in München wurde Arbeitsdienst eingesetzt, der die aus der Stadt kommenden Müllmassen nach Altmetall zu durchsuchen hat.

Sachsen: Der Rohstoffmangel führt in den Betrieben zu recht sonderbaren Sparmethoden. Bei der Textilfirma X. dürfen die zusammengekehrten Wollfäserchen, die während des Arbeitsprozesses wie Staub unter den Webstühlen liegen, nicht mehr wie früher verfeuert, sondern müssen von einem besonders

dafür eingestellten Arbeiter gereinigt und unter die gute Wolle gemischt werden. Infolge solcher Rohstoffstreckungen klagen die Weber an den Teppichstühlen über das schlechte Material. Sie können durch diese Massnahme nur 65 bis 70% ihrer früheren Akkordleistung erreichen. Ausserdem liefern sie auch durchweg fehlerhafte Teppiche. Die Firma sah sich gezwungen, die Ausnäherrinnenzahl fast zu verdoppeln. (Die Ausnäherrinnen, oder wie man hier sagt, Putzerinnen, haben die Fehler in den Teppichen zu beseitigen).

In den Wanderer-Werken, Chemnitz, die zur Auto-Union gehören, ist wegen Mangel an Gummi Kurzarbeit angekündigt worden. Ausserdem besteht Mangel an Armaturen.

Der Mangel an Gummi wirkt sich jetzt dahin aus, dass man monatelang warten muss, bis man einen Ersatzreifen bekommt.

In der Holzindustrie macht sich ein Mangel an Edelhölzern und Fournieren bemerkbar. Auch Holz aus dem Inland ist, infolge der zu starken Abholzung in der ersten Zeit nach dem Umsturz, schwer zu erhalten. Daher ist auch in den holzverarbeitenden Gewerben und Industrien häufig Kurzarbeit trotz ausreichenden Auftragsbestandes anzutreffen.

Von den Schuhmachern wird Klage darüber geführt, dass sie nur unter grossen Schwierigkeiten Leder für Schuhreparaturen erhalten können, und auch dann immer nur in kleineren Mengen.

In der Jutespinnerei und -Weberei A., die jetzt mit stark vermindelter Belegschaft arbeitet, wird jetzt, wie im Kriege, sehr viel Papiergarn hergestellt und verarbeitet. Die Papiergarnproduktion dürfte etwa zwei Drittel der Gesamtproduktion des Betriebes ausmachen.

Die Samtweberei B. arbeitet jetzt infolge Rohstoffmangel nur noch 2 1/2 Tage in der Woche.

Längs der Grenze gibt es eine grosse Anzahl Holzhändler, die das Holz in der ČSR kaufen und dann als Schleifholz an die Papierfabriken liefern. Jetzt darf das Holz nicht mehr in der ČSR gekauft werden, da vom Reich dafür keine Devisen zur Verfügung gestellt werden, sondern es muss von Oesterreich bezogen werden. Früher sind die Holzhändler selbst über die Grenze gefahren und haben das Holz mit eigenem Fuhrwerk geholt. Jetzt muss das Holz mit der Eisenbahn verfrachtet werden und dadurch kommt oft die Fracht teurer, als das Holz selbst. Auf eine Rückfrage bei der Devisenbewirtschaftungsstelle wurde einem Holzhändler erklärt, dass für Käufe in der ČSR auf keinen Fall Devisen zur Verfügung gestellt werden, und dass alles Holz in Oesterreich gekauft werden muss und dass dafür auch Devisen vorhanden sind, oder der Kaufpreis im Verrechnungsverfahren ausgeglichen wird. Alle Hinweise des Holzhändlers auf die Unrentabilität des Geschäfts haben nichts genützt. Verschiedene Holzhandlungen mussten aus diesem Grunde schon Arbeiter entlassen.

Schlesien: Die Papierfabrik Ziegenhals, die fast ausschliesslich Zeitungspapier herstellt und über 1.000 Arbeits-

kräfte beschäftigt, steht vor dem Brachliegen. Es fehlt an Holz. Angeblich kann die Firma nicht die erforderlichen Devisen durch die Devisenstelle erhalten, um neue Hölzer kaufen zu können. Auch aus dem Inland kann die Firma kein Holz erhalten.

In der Wumag in Görlitz können die Staatsaufträge in Eisenbahnwaggonen und Speisewagen nicht fertiggestellt werden, weil Kupfer- und Metallmangel herrscht.

Die SA ist aufgefordert worden, sich an der Altmaterial-Sammelei zu beteiligen. Diese Aufforderung hat in Gleiwitz zu entschiedenen Ablehnungen geführt. In Hindenburg sagte man dem Kreisleiter Jonas offen, ob denn die Hakenkreuzbinden schon für Lumpensammler bestimmt seien.

Berlin, 1. Bericht: Die Qualitätsverschlechterungen sind, besonders in der Textilindustrie, selbst dem Laien bereits sichtbar. Daneben gibt es aber natürlich noch viel gute Ware; sie kommt jedoch nur langsam auf den Markt, da Fabrikanten und Händler sie zurückhalten.

Klempner können sehr oft kleine Reparaturen nicht ausführen aus Mangel an Material.

Bei Ambi-Bud musste die dritte Schicht wegen Materialmangel entlassen werden. Es fehlen Edelhölzer für Auto-Karosserien.

2. Bericht: Die Verordnung für erhöhten Beimischungszwang von Zellwolle vom 1. Oktober 1936 ab wirkt sich bereits verheerend aus. Die Stoffgeschäfte und Schneidereien halten die bei ihnen noch vorhandenen guten Wollstoffe fest. Hierdurch sind bereits wesentliche Preissteigerungen entstanden. Bei dem Publikum kann man direkt von einer Papierstoffpsychose sprechen, wie sie am Schluss des Weltkrieges zu beobachten war.

Konfektionsgeschäfte und Kürschnereien klagen sehr über Mangel an Rauchwaren und Fellen. Insbesondere fehlt ausländische Ware vollständig und die Preise sind enorm gestiegen.

3. Bericht: Den Schneidermeistern wird empfohlen, die Anzüge nicht mehr zu wattieren. Es wäre eines Deutschen unwürdig, männliche Schultern oder eine starke Brust vorzutauschen, die gar nicht vorhanden wären. Die Mode verlange unwattierte Anzüge. In Wirklichkeit soll das Material zur Wattierung eingespart werden infolge des immer drückender werdenden Rohstoffmangels.

Die Glaser sind bald nicht mehr in der Lage, Kitt anzufertigen, da es an Firnis fehlt. Die Feinmechanik muss auf viele wertvolle Stoffe verzichten. Die Ersatzstoffe taugen einfach nichts. Ich wurde von einem Uhrmachermeister auf die Unterschiede in der Qualität aufmerksam gemacht. Der Kundschaft gegenüber darf er es natürlich nicht tun. Die Uhrmacher dürfen natürlich für die alten goldenen Trauringe keine Propaganda mehr machen. Allerdings muss erwähnt werden, dass die Bevölkerung für diese Lage nicht die Regierung, sondern den

Bolschewismus verantwortlich macht.

In den Metallbetrieben Berlins herrscht starker Materialmangel. In einer bekannten Autofabrik wurden bisher für Militärzwecke jeden Monat 10000 Schleifketten für Autos hergestellt, jetzt können nur noch 1.000 Stück monatlich angefertigt werden, weil das Rohmaterial fehlt.

Wasserkante, 1. Bericht: Bei der Aufstellung von Telefonen grosse Schwierigkeiten. Firmen können nicht liefern. Kupfer fehlt. Firnis und Leinöl schlechteste Qualität. Handwerker klagen sehr. Bevölkerung hat Angst vor Papieranzügen. Man spart Stoffe. Felle, Leder werden immer teurer. Preisplakat der Berliner Schusterinnung teilt mit, dass Reparaturen mit Leder erster Güte nicht gemacht werden können. Aluminium fehlt, sogar Streichhölzer werden schlechter. Auf der ganzen Linie "Kampf dem Verderb".

Auf der Bremerhavener Werft von Blohm & Voss sind 52 Arbeiter wegen Rohstoffmangel entlassen worden.

2. Bericht: Zum "Kampf dem Verderb" gehört z.B., dass alle Eisenteile, die dem Einfluss der Witterung usw. ausgesetzt sind, rechtzeitig mit Rostschutzmitteln behandelt werden. Ein solches Mittel ist ja nun die Oelfarbe. Oelfarbe aber gibt es nicht zu kaufen. Alle sogenannten Oelfarben, die es zu kaufen gibt, dürfen im Höchsthalle nur 40% reines Leinöl enthalten. Der Rest ist irgend ein Ersatzmittel, von denen es verschiedene gibt, die aus Harzen und Teerölen hergestellt werden. Diese Farben haben aber keine Haltbarkeit, weil sie in sich reissen, was ja bei Rostschutzfarben besonders "gut" sein soll. Kluge Leute haben deswegen noch rechtzeitig Leinöl in grösseren Mengen gehamstert. Auch das weiss eine hohe Regierung. Daher ist mit hohen Strafen bedroht, wer reine Leinölfarben verarbeitet.

Da ist z.B. das Eisen, von dem Deutschland allerdings grosse Vorkommen besitzt. Aber zur Herstellung eines guten Werkzeugstahles taugt unser Eisen leider nicht. Auch muss der Verbrauch und der diesen übersteigende Bedarf wohl grösser sein, als unser Bergbau und die Hütten schaffen können. Daher ist eine gewaltige Alteisen- und Altmetall-Sammelaktion im Gange, genau wie im Kriege. Wer einen Metallrest unkommen lässt, der ist ein Volkverräter. So hat jedes Dorf, ja jeder Bauernhof, irgendwo eine Ecke, wo Schutt und Unrat abgeladen wird. Diese Stellen sollen jetzt von der Schuljugend systematisch und regelmässig abgesucht werden und jeder alte Topf, jeder Konservendosendeckel wird zum Nutzen des Vaterlandes wieder ausgegraben.

5) Gold und Kredit

Zum Vierjahresplan gehört auch die Verschärfung der Devisengesetzgebung. Bisher waren ausländische Zahlungsmittel, Goldmünzen und Feingoldbestände nicht ablieferungspflichtig, wenn sie insgesamt den Wert von 200 Mark nicht überschritten und vor dem 3. Oktober 1931 erworben worden waren. Jetzt ist diese Freigrenze beseitigt. Jeder Besitz, der einen Wert von 2 Mark übersteigt, muss jetzt der Reichsbank angeboten werden. Weiter sind die Arbitragegeschäfte mit ausländischen, in Deutschland zum Handel zugelassenen Wertpapiere grösstenteils unmöglich gemacht und schliesslich ist sogar die Todesstrafe für Kapitalflucht eingeführt worden.

Um die Spertätigkeit anzuspornen, wird alljährlich am 30. Oktober ein nationaler Spertag durchgeführt, der diesmal etwa 30 Millionen Mark Neueinlagen gebracht hat. Die allgemeine Einführung eines Jugendsparbuches steht bevor. Auch die Werbung für die neue Reichsanleihe von 500 Millionen ist grösser als bei den früheren. Mitte November hat der Leiter der Reichswirtschaftskammern einen Aufruf zur Anleihezeichnung an die gewerbliche Wirtschaft gerichtet, Anfang Dezember hat Schacht einen Aufruf an das Volk folgen lassen, in dem es heisst:

"Heute gewinnt das weniger Verbrauchen und mehr Sparen auch insofern an nationaler Bedeutung, als es geeignet ist, die auf Verhinderung eines Preisauftriebs gerichtete Politik der Reichsregierung in wirksamer Weise zu unterstützen."

Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die wachsenden Gefahren, die dem Preisgebäude durch die in der Wirtschaft schwimmenden Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungswechsel drohen.

Eine andere Gefahr droht aus dem nach wie vor wachen Misstrauen der Bevölkerung in die Stabilität der Mark, das durch die Abwertung in den Goldblockländern neue Nahrung erhalten hat. Angesichts der lückenlosen Devisengesetzgebung stehen den Kleinen Leuten praktisch nur zwei Auswege offen, um sich vor einer

neuen Geldentwertung zu schützen: des Hamstern und der Grundstückskauf. In welchem Masse von der zweiten Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, lässt sich am Ertrag der Grunderwerbssteuer erkennen. Er betrug jeweils in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres (April-September):

<u>1933</u>	<u>1934</u>	<u>1935</u>	<u>1936</u>	
8,6	9,8	11,4	14,5	Millionen RMk.

Da der Grunderwerb der öffentlichen Hand steuerfrei ist und der Grunderwerb für Miethäuser und industrielle Bauten seit 1933 nur wenig gestiegen ist, sind diese Zahlen ein deutlicher Ausdruck für den immer noch wachsenden "Drang zum Eigenheim". Auch die Berichte über den Grundstücksmarkt zeigen ein weiteres Anwachsen der Nachfrage nach diesen wertbeständigen Anlagen.

Unsere Berichte entnehmen wir:

Rheinland-Westfalen: Die Abwertung der Währungen in den verschiedensten Ländern hat zur Folge, dass auch für die deutsche Währung gefürchtet wird. Auch dem einfachen Mann ist nicht verborgen geblieben, dass alle verantwortlichen Männer Frankreichs, der Schweiz und Hollands bis zur letzten Minute betont haben, dass eine Abwertung nicht beabsichtigt würde, dass aber dann die Abwertung über Nacht kam. Dementsprechend wertet man die Äusserungen der nationalsozialistischen Machthaber. Man glaubt an vielen Stellen an eine unmittelbar bevorstehende Abwertung der Mark. Die Gerüchte um die Abwertung werden noch genährt durch die Tatsache, dass die Sparer beim Abheben von Geld genau angeben müssen, wofür sie das Geld gebrauchen wollen. Gibt dann jemand an, dass er das Geld für Steuerzwecke benötige, dann verlangt man den Steuerzettel oder die Benachrichtigung vom Finanzamt und die Steuern werden direkt überwiesen. Auf Postscheckkonto werden nur Teilbeträge ausgehändigt oder überwiesen. Die Sparer haben Sorge, dass sie umsonst gespart haben könnten.

Südwestdeutschland, 1. Bericht (Baden): Nach der Abwertung der Goldblockländer gewinnt auch in Deutschland die Ansicht immer mehr an Boden, dass früher oder später auch in Deutschland die Abwertung kommen werde. Der Wert der Grundstücke und Häuser ist allgemein gestiegen. Leute, die noch vor wenigen Wochen ihre Grundstücke und Häuser verkaufen wollten, lehnen jetzt einen Verkauf ab.

2. Bericht (Pfalz): Das Schulsparwesen ist nun gründlich organisiert worden, damit auch der letzte noch übrig bleibende Pfennig erfasst werden kann. Man hält den Kindern Vorträge

Über die Rohstoff- und Devisennot und verweist darauf, dass deshalb das ganze Volk zur äussersten Sparsamkeit angehalten werden muss. Die Organisation soll wie folgt durchgeführt werden: Jedes Kind bekommt schon in der ersten Klasse eine Sparbüchse, in die gleich 2 Mark hineingelegt werden unter der Bedingung, dass jährlich mindestens 2 Mark hinzukommen. Die Sparbüchse wird alle 2 Monate geleert und der Betrag in das Sparbuch eingetragen.

3. Bericht: Neben den vielen Abzügen werden jetzt in den Betrieben auch noch Sparbeträge für die Stadt- oder Bezirksparkasse einbehalten. Das geschieht natürlich "freiwillig", aber die Betriebsführer mussten diejenigen aussuchen, die nach ihrer Ansicht "freiwillig" etwas für die Sparkasse erübrigen können. Es ist bereits durchgesichert, dass die Sparkassengelder schon weitgehend für Aufrüstungszwecke verwendet sind und noch werden.

Bayern: Die Sparkasse München hat zum Schulbeginn jedem neu eintretenden Schulkind ein Sparbuch mit einer Spareinlage von 2 RMk. geschenkt. Man will auf diese Weise den Sparsinn der Kinder reizen.

Die Flucht in die Sachwerte äussert sich in der letzten Zeit in einer nicht unerheblichen Umsatzsteigerung der Konfektionsgeschäfte. Von dieser zusätzlichen Belebung profitieren auch die jüdischen Kleidergeschäfte. Von einem jüdischen Kaufmann in X. wissen wir, dass im Monat September der Verkauf an Anzügen, Mähteln und Stoffen, gegenüber dem Vorjahr um 30% gestiegen ist. Der Umsatz dieses jüdischen Geschäfts hat heute wieder die Höhe erreicht, die es vor dem Machtantritt Hitlers hatte.

Von einem Münchner Teppichhändler wurde uns mitgeteilt, dass er in der letzten Zeit so viel Teppiche, und besonders teure, verkauft hat, wie es seit der Inflation nicht mehr der Fall gewesen ist. Der Geschäftsmann berichtet, dass sich unter den Käufern sehr viele höhere Beamte und Parteiangestellte befinden.

Sachsen: Die neuen Hundert-Mark-Scheine mit dem Hakenkreuz stossen auf Misstrauen. Viele Leute versuchen unter irgendwelchen Ausflüchten der Annahme solchen Geldes aus dem Wege zu gehen, weil das Gerücht umgeht, dass dieses Hakenkreuzgeld von einer späteren Regierung als Hitler- oder NSDAP-Partei-Geld natürlich nicht anerkannt werden würde. Jeder, der zwangsläufig solches Hakenkreuzgeld hat annehmen müssen, sucht es schnell wieder los zu werden, damit es sich bei einem plötzlichen Umsturz nicht in seinen Händen befindet.

Wasserkante: Wie in Hamburg das Sparen der Schüler gefördert wird, geht aus dem beiliegenden Merkblatt für Schulsparen hervor. (vgl. Seite A 61).

Merkblatt für Schulsparen

Die öffentlichen Sparkassen in Hamburg stellen in sämtlichen hamburgischen Schulen je einen Sparautomaten auf, der gegen Einwurf eines 10 Pf.-Stückes eine Sparmache auswirft.

Bei dem sogenannten **Einzelsparen**, d. h. wenn das Kind für sich selbst spart, müssen die Sparmachen auf Sparkarten angebracht werden, die aus einem besonderen Behälter am Sparautomaten zu entnehmen sind.

Die mit 10 Sparmachen versehenen vollen Sparkarten sind von den Schülern und Schülerinnen bei der nächstliegenden Sparkasse abzuliefern. Die Sparkasse stellt dafür ein Sparbuch aus, in dem auch die weiteren Ablieferungen von Sparkarten verbucht werden. Die Einlösung eines solchen Sparbuches, das auf den Namen des einzelnen Kindes lautet, erfolgt nur unter Vorlage des Sparbuches nebst der dazugehörigen Kapsel. Für die Verzinsung gilt der allgemein von den Sparkassen für die Sparbücher festgesetzte Zinssatz.

Auch für das sogenannte **Gemeinschaftsparen** für besondere Zwecke, wie z. B. Klassenreisen, Schulheimaufenthalte usw. können die Sparmachen benutzt werden. Die Verwendung von Sammelkarten ist allerdings nicht unbedingt erforderlich, sondern die einzelnen Sparmachen können gebündelt mit einem entsprechenden Begleitordruck — gewissermaßen als Bargeld — bei den öffentlichen Sparkassen zur Gutschrift auf ein Sparkassenbuch eingereicht werden, das auf den Namen der Schule und des Klassenlehrers ausgestellt wird. Es bleibt dem Klassenlehrer freigestellt, die Einzahlung für das Gemeinschaftsparkassenbuch mittels des Begleitordruckes in bar oder durch Sparmachen vorzunehmen.

Jeder Klassenlehrer kann also für einen beabsichtigten Heimaufenthalt, eine Fahrt oder für sonstige Zwecke ein Gemeinschaftsparkassenbuch einrichten lassen, auf dem durch ihn fortlaufend sämtliche Beträge für diesen Zweck eingezahlt werden. Er kann auch daneben auf einem besonderen Sparbuch Spenden sammeln z. B. für eine Freistelle.

Die Freigabe der Sparbeträge beim Gemeinschaftsparen erfolgt ebenfalls nur gegen Vorlage des Sparbuches nebst der dazugehörigen Kapsel. Aus Gründen der Zinsgewährung ist es zweckmäßig, möglichst nach jedem Sammeltag der Schulklasse die erhaltenen Gutscheine sofort bei der Sparkasse zur Gutschrift einzureichen.

Für die Verzinsung beim Gemeinschaftsparen gilt ebenfalls der allgemein von den Sparkassen für die Sparbücher festgesetzte Zinssatz.

Den einzelnen Klassen werden für das Gemeinschaftsparen Listenordrucke zur Verfügung gestellt, in die der Klassenlehrer die Einzahlungen der Kinder eintragen kann. Diese Listen sind erforderlich, damit den Schülern und Schülerinnen, die vorzeitig aus einer Klasse ausscheiden, ihr Sparanteil ausgezahlt werden kann.

Ganz allgemein wird empfohlen, Sparbuch und Kapsel stets getrennt — unter Verschluss — aufzubewahren. Die Schulleitungen werden gebeten, den Bestand an Sparkarten, Merkblättern, Listen für das Gemeinschaftsparen und Begleitordrucke für Einzahlung auf Gemeinschaftsparkbücher fortlaufend zu ergänzen.

Für Rückfragen sind die Fernsprechanschlüsse der öffentlichen Sparkassen des hamburgischen Staates gebietetes hierunter angegeben:

Hamburger Sparcasse von 1827.
Sernruf: 28 10 10 u. 31 10 27.

Neue Sparcasse von 1864.
Sernruf: 32 18 84.

Sparkasse des Amtes Ritzebüttel.
Sernruf: Cuxhaven 710 u. 922.

Sparkasse der Gemeinde Ohlsenhörner.
Sernruf: 30 02 23.

Sparkasse der Stadt Bergedorf.
Sernruf: 33 06, Sammel-Nummer 29 72.

Wie bei der letzten Konsolidierungsanleihe des Reiches sind auch bei der neuen in den Grossbetrieben Zeichnungslisten in Umlauf gebracht worden, auf denen sich die Angestellten einzeichnen sollen. Die Unternehmer müssen sich bereit erklären, einen Betrag des Gehaltes ratenweise einzubehalten und abzuführen.

6) Aus der Exportindustrie.

Einen aufschlussreichen Einblick in die Gestaltung der deutschen Exportförderung nach der Abwertung in den Goldblockländern gewährt das nachstehende vertrauliche Rundschreiben aus der Lederindustrie:

Prüfungsstelle für den Bereich der Wirtschaftsgruppe Lederindustrie.

Berlin, W.9., den 8. Oktober 1936
Potsdamer Str. 22
Fernruf: B 1 - 9041 - 43.

An
alle exportierenden Firmen.

Dr. G./Fr.

Rundschreiben Nr.: 35/36

STRENG VERTRAULICH!

I) Betrifft: Abwertung.

Wie bereits mit meinem Rundschreiben Nr. 34/36 vom 2. ds. Mts. mitgeteilt, wird ein erhöhter Verlustausgleichsatz für die bisher abgeschlossenen Aufträge nach den abgewerteten Ländern definitiv nicht gewährt. Weitere Vorstellungen in dieser Angelegenheit sind zwecklos. Der Verlustausgleichsatz wird von derjenigen Reichsmarksumme, die die Reichsbank dem Ausführer nach Abzug sämtlicher Nebenkosten gutschreibt, ausbezahlt.

Eine generelle Heraufsetzung der Verlustausgleichsätze nach den abgewerteten Ländern in Höhe der erfolgten Abwertung kommt nicht in Betracht. Eine Anpassung der Normalsätze an die veränderten Konkurrenz-Verhältnisse in den direkt oder indirekt von der Abwertung betroffenen Ländern wird vielmehr nur von Fall zu Fall und je nach der künftigen Gestaltung der Preisverhältnisse für die einzelnen Artikel und Länder erfolgen können. Abschliessende Massnahmen können im Augenblick noch nicht getroffen werden, da erst die Auswirkungen der Abwertung und die damit zusammenhängenden Änderungen auf dem Gebiet der Kontingente, Zölle, Preisverordnungen, Ausfuhrförderungsmassnahmen usw. in den einzelnen Ländern übersehen werden müssen und sich einstweilen ein neues Preisniveau noch

nicht herausgebildet hat.

Grundsätzlich kommen für die Heraufsetzung der Normalsätze Fertigerzeugnisse in Betracht, während für rohstoffnahe Waren eine Aenderung der Sätze vorerst nicht vorgesehen ist. Die für die Gestaltung der Normalsätze massgebende Preisentwicklung im Ausland wird von der Prüfungsstelle aufs genaueste verfolgt. Die sich als notwendig herausstellenden Erhöhungsanträge werden von der Prüfungsstelle unverzüglich beim Reichswirtschaftsministerium gestellt und mit der nötigen Beschleunigung vertreten werden.

Den exportierenden Firmen wird hiermit empfohlen, alle diesbezüglichen Wünsche, sowie einschlägigen Feststellungen und Informationen den für die Arbeitsgebiete der einzelnen Fachgruppen zuständigen Vertrauensmännern zuzuleiten.

Mit sofortiger Wirkung sind folgende Aenderungen eingetreten:

1.) Schweiz.

Nach der Schweiz werden neu zugelassen und gefördert Leder- und Täschnerwaren der Positionen 485a, 485b, 517e, 518d, 519g, 520, 521a, 522c, 560b - f, 592, 640b, 670 (sowie diejenigen Koffer, die unter die Positionen 518, 521, 522, 671, 679, 849 fallen) und 920 mit einem Verlustausgleichsatz

bis zu 20%.

Schuhe, Hausschuhe und Einlegesohlen aus den Positionen 513, 514, 518, 519, 526, 527, 555, 556a - e, 508a, 522c, 560e, 579, 590c, 592, 638c, 649b mit einem Verlustausgleichsatz

bis zu 15%.

Diese vorstehenden 20 bzw. 15% gelten als Höchstsätze.

Die exportierenden Firmen müssen bestrebt sein, mit niedrigeren Sätzen auszukommen.

2.) Holland.

Für sämtliche Positionen, die vorstehend unter Punkt 1) (Schweiz) genannt sind, wird ein Normalsatz von 35% gewährt.

3.) England.

Nach England werden gefördert Lederhandschuhe der Positionen 562-c, mit einem Normalsatz von 38%.

II.)

Mit Wirkung vom 5. Oktober 1936 wird die mit meinem Rundschreiben vom 21. Januar 1936 (1/36) bekanntgegebene Kürzung der für Italien festgesetzten Verlustausgleichsätze, um ein Viertel, aufgehoben. Es wird also ab 5. ds. Mts. die Ausfuhr nach Italien mit den zur Zeit für Europa geltenden Normalsätzen gefördert.

III.) Betrifft: Russland.

Im Anschluss an die Ihnen bereits bekanntgegebenen Sonderkonten der Handelsvertretung der U.d.S.S.R. in Deutschland bzw. der Staatsbank der U.d.S.S.R. in Moskau kommt als weiteres hinzu:

Das Sonderkonto der Bank für den Auswärtigen Handel, Moskau bei der Garantie- und Kreditbank für den Osten, A.-G., Berlin.

IV.) Registerguthaben-Sammelgenehmigungsverfahren.

Die Inanspruchnahme des Registerguthaben-Sammelgenehmigungsverfahrens für Lieferungen nach Neufundland scheidet aus.

PRÜFUNGSSTELLE FUER DEN BEREICH DER
WIRTSCHAFTSGRUPPE LEDERINDUSTRIE
DER LEITER ALS REICHSBEAUFTRAGTER.

gez.: Dr. Conradi.

Im übrigen wird uns über die Auswirkung der Abwertung auf die deutsche Exportwirtschaft berichtet:

Westfalen: Die Abwertungsmaßnahmen in den Goldblock-Ländern haben den meisten Exporteuren, die nach alten Abschlüssen ohne die Möglichkeit der Preiserhöhungen Bestellungen auszuführen haben, empfindliche Verluste gebracht. Die Bestrebungen, für diese alten Verkäufe erhöhte Zusatzausführvergütungen zu erhalten, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, da das Reichswirtschaftsministerium sich ausserstande erklärt, diese Verluste auf das Reich zu übernehmen und lediglich für neue Abschlüsse erhöhte Zusatzausgleichsätze festlegen zu können behauptet. Dies hat zu einer ausserordentlich starken Verärgerung der Exporteure geführt, die sich in Vorstellungen und Eingaben an alle möglichen Instanzen Luft macht und in vielen Gauen bereits die Treuhänder der Arbeit beschäftigt. Die Exporteure erklären für den Fall, dass das Reich seine ablehnende Haltung nicht ändert, ausserstande zu sein, diese erhöhten Verluste auf sich zu nehmen und drohen mit Betriebsstillegungen oder Arbeiterentlassungen. Bezeichnend ist auch, dass sich die Unwilligkeit über die hemmende Bürokratie des deutschen Wirtschaftsaufbaues (Fachgruppe, Wirtschaftsgruppe, Prüfungsstelle) in Gesprächen, die man mit industriellen Kreisen führt, immer wieder Luft macht. Meist sind die verschiedenen Stellen, die, wie die Prüfungsstelle weitgehende Kontrollfunktionen in amtlicher Eigenschaft auf die Werke ausüben, in Händen allmächtiger Syndicis. Da die Leiter der Wirtschaftsstellen in der Mehrzahl der Fälle selbst Fabrikanten sind, empfinden die übrigen Fabrikanten den derzeitigen Zustand, der dem Leiter der Wirtschaftsgruppe -ihrem Konkurrenten- weitgehende Einblicke in die Betriebe gestattet, als unhaltbar.

Rheinland, 1. Bericht: Auf einer am 8. Oktober abgehaltenen Gautagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Textil, stellte der bekannte Aachener Textilindustrielle Croon, der im Dritten Reich Pg. geworden ist, ausdrücklich fest, dass die Lage sehr ernst sei und dass die Sorgen für die Zukunft nicht geringer,

sondern grösser werden würden. Der Export sei heute fast unmöglich. Durch die neuen Abwertungen sei die Lage besonders erschwert worden. Die Konkurrenz Englands, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Belgiens und Italiens sei von Deutschland nicht zu schlagen.

Auf dieser Tagung wurde u.a. auch berichtet, dass nach dem Kriege die Zahl der Textilarbeiter im Aachener Bezirk in den günstigsten Zeiten 8.000 betragen habe, während vor dem Kriege 12.000 beschäftigt worden wären. Diese Behauptung ist falsch. Gewiss wurden zur Zeit der grössten Krise, nach dem Ruhrkampf, nur 6.000 Leute beschäftigt. Dann aber stieg die Beschäftigtenzahl auf 13.200 an und hielt sich mit geringen Schwankungen immer auf dieser Höhe. Selbst 1931/32 betrug sie noch 12.000. Erst als Hitler kam, fiel die Zahl so gewaltig ab. Wie gross in der "Systemzeit" die Aufnahmefähigkeit in der Textilindustrie war, zeigt die Tatsache, dass in den Jahren 1928/29 mehrere hundert Metallarbeiter für die Textilindustrie umgeschult wurden. Die Sache kostete damals die Reichsversicherungsanstalt 80.000 RMk. Jetzt soll es umgekehrt gemacht werden; jetzt sollen Textiler für die Rüstungsindustrie umgeschult werden. - Im Jahre 1933 betrug die Belegschaft der Aachener Textilindustrie immerhin noch 6.000. Die meisten Betriebe arbeiteten mit Rücksicht auf die Lieferfristen 48 Stunden, ein Teil arbeitete 4 Tage in der Woche und 2 Betriebe arbeiteten 3 Tage in der Woche. Heute ist die Beschäftigtenzahl auf rund 4.000 gesunken, kein Betrieb arbeitet mehr als 32 Stunden. Der grössere Teil arbeitet noch weniger, ein Teil sogar nur 1 Tag in der Woche. Die grösste Aachener Textilfabrik, Josef Königsberger (Belegschaft 650), arbeitet 1 Woche 48 Stunden und legt die zweite Woche aus Ersparnisgründen den Betrieb still. Der Pg. Croon ist übrigens ein bezeichnender Fall. Croon hat, wie auch andere Textilindustrielle, sich bereits in Holland einen Betrieb zugelegt. Früher arbeiteten viele Vaalser (Holländer) in Aachen, heute gehen bereits viele Aachener Textiler nach Holland zum arbeiten. Bis nach Holland reicht eben die Hand des geliebten Führers nicht. Ausserdem ist die Kontrolle über den Beimischungszwang nicht möglich und man macht gute Geschäfte; im Ausland natürlich. Dafür kann man dann auch noch kräftig Auslandspropaganda für Hitler machen und so geht das kaufmännische wie auch das politische Geschäft ausgezeichnet.

2. Bericht: Es machen sich Anzeichen dafür bemerkbar, dass die Abwertung der holländischen Währung die Reste des Aussenhandels bei uns zu vernichten droht. Eine Firma, die einen Auftrag auf Lieferung von 40 Opelwagen hatte, musste diesen Auftrag zurücknehmen. Auch eine Nadelfabrik in Aachen hat einen grösseren Auftrag nicht ausführen können.

Südwestdeutschland: Die Musikinstrumentenfabriken in Trossingen und Umgebung haben teilweise Kurzarbeit eingeführt. Das ist die Folge der Abwertungen. Es sind sogar einige Waggons Waren wieder zurückgekommen, da die Empfänger sich weigerten, die Abwertungs Differenz zu tragen.

III. Die Lohnentwicklung.

=====

Ueber die Entwicklung der Löhne in Deutschland sind drei allgemeine Feststellungen zu treffen:

1. Es handelt sich, was das gesamte Lohnniveau angeht, nicht nur um eine Senkung der Reallöhne infolge des Steigens der Preise, sondern auch um eine Senkung der Nominallohne durch Lohnabbau in der verschiedensten Form. Dem Regime liegt daran, den Eindruck zu erwecken, dass die Nominallohne stabil gehalten werden. Deshalb werden nach wie vor die Stundenlohnsätze in den meisten grossen Tarifverträgen unverändert beibehalten. Aber der Lohnabbau vollzieht sich in anderer, nicht weniger wirksamer Form, vor allem durch Verschlechterung der Akkordverdienste, der Ueberstundenbezahlung, durch Einreihung in tiefere Leistungs- oder Ortsklassen usw. Wir haben in unseren Uebersichten über die deutsche Lohnentwicklung (zuletzt im Oktober 1935 und im Mai 1936) umfangreiches Material über diese Methoden des Lohnabbaus zusammengetragen. Die nachstehende neue Materialzusammenstellung über die Entwicklung in den letzten sechs Monaten bestätigt, dass sich an der Gesamttendenz der deutschen Lohnpolitik, an dem Bestreben, auch die Nominallohne zu senken, nichts geändert hat.

2. Die Fortsetzung dieser Politik muss dem Regime gerade im Hinblick auf den Vierjahresplan am Herzen liegen. Für die Erfüllung dieses Planes, d.h. vor allem für die Abwendung der aus der bisherigen Kreditinflation drohenden Gefahren, ist die Vermeidung genereller Lohnerhöhungen von entscheidender Bedeutung. Je problematischer das Festhalten der Preise ist, umso wichtiger wird das Festhalten der Löhne. Je mehr bei den Preisen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nachgegeben werden muss, umso mehr muss der Versuch gemacht werden, dieses Nachgeben durch erhöhten Druck auf die Löhne in seiner volkswirtschaftlichen Wirkung wieder auszugleichen. Gelingt das

nicht, kommt das Preis- und Kostengebäude der Wirtschaft von zwei Seiten, von den Preisen und den Löhnen her, ins Wanken, so wird die unmittelbare Gefahr heraufbeschworen, dass die Kreditinflation zu einer offenen Geldentwertung führt, bei der es dann nur schwer ein Aufhalten gibt. Das Regime kennt diese Gefahr sehr gut. "Der beste Rohstoff", sagte kürzlich der Beauftragte für Rohstoffverteilung, der badische Ministerpräsident Köhler, "ist die Treue unserer Arbeiter".

3. Damit wird auch die politische Bedeutung der Lohnfrage sichtbar. Es hängt jetzt viel von der Haltung der deutschen Arbeiter ab, ob dem Regime die Ueberwindung der wirtschaftlichen Gefahren gelingt oder nicht. Machen die Arbeiter willig mit, unterwerfen sie sich durch Hinnahme weiterer Real- und Nominallohnsenkungen dem Gebot des Zwangssparens, so helfen sie damit dem Regime wirtschaftlich und politisch über den Berg. Tun sie es nicht, so können sie den heutigen Machthabern sehr schwer zu schaffen machen. Wir haben in unserer letzten Betriebsübersicht (September, Seite A 75 ff.) festgestellt, dass der Umfang der von uns beobachteten Widerstandsbewegungen in den Betrieben sich vermehrt hat. Das inzwischen eingegangene Nachrichtenmaterial bestätigt diese Auffassung. Es ist auch nicht zu verkennen, dass über Lohnerhöhungen in grösserer Zahl als früher berichtet werden kann, aber es ist noch nicht deutlich sichtbar, ob es sich hier nur um Einzelercheinungen oder um die ersten Anfänge einer Entwicklung handelt, die für die Zukunft Ausdehnung und Vertiefung verspricht. Bemerkenswert ist, dass das Regime den Versuchen, Lohnerhöhungen durchzusetzen, eine neue Taktik entgegengesetzt. Es lässt solche Erhöhungen von Fall zu Fall zu, weil es nur an einer Aufrechterhaltung oder Senkung des Gesamtlohniveaus interessiert ist. Innerhalb dieses Niveaus sind aber Differenzierungen durchaus möglich und vom nationalsozialistischen Standpunkt sogar erwünscht, weil sie die Bildung eines neuen Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern erschweren.

Es ist wichtig, die deutsche Lohnentwicklung besonders unter diesen beiden Gesichtspunkten zu verfolgen: 1. Lohnbewegungen unter den Arbeitern und 2. Differenzierungsbestrebungen des Regimes. Wir stellen daher unserer diesmaligen Lohnübersicht zwei Abschnitte über Lohnbewegungen und Lohn differenzierung voran.

1.) Lohnbewegungen.

Es ist selbstverständlich, dass es sich bei den Lohnbewegungen in Deutschland nicht um Bewegungen in dem Sinne handeln kann, wie sie die deutsche Arbeiterschaft vor dem Umsturz zu führen gewohnt war und wie sie von den organisierten Arbeitern in den demokratischen Ländern noch heute geführt werden können. In Deutschland gibt es keine organisierte Arbeiterbewegung in diesem Sinne und deshalb kann es auch keine solchen Lohnbewegungen geben. Trotzdem ist es wichtig, jede kleine Einzelregung zu verfolgen, die sich unter den deutschen Arbeitern für Lohn-erhöhungen oder gegen Lohnsenkungen -mit oder ohne Erfolg- bemerkbar macht.

Auch Feststellungen der deutschen Presse bestätigen, dass Einzellohnerhöhungen vielfach erfolgt sind, während gleichzeitig das Gesamtlohniveau der Arbeiterschaft "gehalten" wird. Die häufiger werdenden individuellen Lohnaufbesserungen und der fühlbarer werdende Druck der Facharbeiter gegen das starre Lohnsystem haben neuerlich zu Gegenmassnahmen des Regimes geführt. Die Anordnung Görings, dass ab 1. Dezember mehr als 9 Metallarbeiter im Vierteljahr nur noch mit Genehmigung des Arbeitsamtes eingestellt werden dürfen und das Verbot der Kennwortanzeigen, haben u. a. den Sinn, dem Wettlauf der Unternehmer um den Facharbeiter einen Riegel vorzuschieben, weil hierin mit Recht die Ursache für die steigende Tendenz der Facharbeiterlöhne gesehen wird. In einem Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 11. November 1936 "Arbeitseinsatz und Vierjahresplan" wird zu dem Problem der individuellen Lohnaufbesserungen

der Facharbeiter geschrieben:

"Die Folge des Facharbeitermangels war häufig ein Kampf der Unternehmer um den einzelnen Arbeiter, der nicht nur zu Lohnerhöhungen und zur Zusicherung langfristiger Arbeitsverträge führte, sondern auch ein unerfreuliches wechselseitiges Wegengagieren zur Folge hatte, das nicht selten mit Vertragsbruch verbunden war. Gewiss haben die Facharbeiter einen Anspruch darauf, die Aufstiegsmöglichkeiten, die ihnen die Lage bietet, auszunützen, aber der Rahmen des volkswirtschaftlich Vertretbaren darf dabei nicht überschritten werden. Die neuen Anordnungen erstreben auch nichts anderes als eine Klarlegung dieser Grenze."

Unsere Berichte entnehmen wir über Versuche, Lohnerhöhungen durchzusetzen oder Lohnsenkungen abzuwehren:

Berlin, 1. Bericht: In den Mauser-Waffenwerken, Wittenau, gingen Anfang Oktober 12 Laufriecher gemeinsam zum Betriebsführer und verlangten Lohnzulage. Der Betriebsführer warf sie aus dem Büro hinaus. Einige Wochen später gingen sie nochmals zusammen hin mit derselben Forderung. Dieses Mal alarmierte der Betriebsleiter die Gestapo, die einen von den Laufriechern verhaftete. Den anderen passierte nichts. Kurz darauf wurden die Akkordé verbessert. Die Betriebskollegen führen die Tatsache, dass nur ein Mann verhaftet wurde, darauf zurück, dass die Laufriecher im Betrieb völlig unentbehrlich sind.

Ein Einrichter, der bisher im Stundenlohn gearbeitet hatte, wurde auf Akkord gesetzt. Er hat darauf der Firma gekündigt mit dem Erfolg, dass die Firma ihn zu den bisherigen Bedingungen weiterbeschäftigt.

2. Bericht: Das Sinken der Kaufkraft der Mark führt in einzelnen Betrieben zu dem Bestreben, einen höheren Verdienst zu erreichen. Es kommt öfters vor, dass die Arbeiter in den Betrieben Lohnerhöhungen anstreben. Dies erfolgt jedoch keineswegs in der Form einer Kollektivverhandlung, indem eine ganze Belegschaft gemeinsame Forderungen stellt. Die Sache spielt sich vielmehr so ab, dass ein einzelner qualifizierter Arbeiter einer Abteilung vorprellt und die Forderung stellt, in die nächsthöhere Lohnstufe zu kommen. Hat er dies erreicht, dann kommt der Nebenarbeiter und fordert unter Hinweis auf seinen Kollegen ebenfalls die Höherstufung. Es stützt sich also einer auf den anderen, ohne jede geschlossene Handlung für die gesamte Abteilung. So spielte sich der Vorgang einer Lohnerhöhung auch in der Firma Henschel Flugzeugwerke A.-G. ab. Hier existiert eine Lohnskala, beginnend mit 75 Pfg. Grundlohn und dann steigend 79, 84, 89, 95 Pfg. und 1,- RMk. als Höchstlohnsatz für den qualifizierten Facharbeiter. Die nächste Lohnstufe ist dann 1,05 RMk. und darüber, dies ist aber dann

schon der Lohnsatz für Vorarbeiter. Das Rennen geht nun so vor sich, dass derjenige, der sich in der Stufe zu 79 Pfg. befindet, versucht, sich in die Gruppe mit 84 Pfg. einzuschalten usw.

3. Bericht: Da die Arbeitsfront nichts unternimmt, um die Löhne den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, muss der einzelne Arbeiter versuchen, sich selbst zu helfen. Es ist zur allgemeinen Erscheinung geworden, dass die Spezialisten, aber auch gute Durchschnittsarbeiter, an die Betriebsleitungen herantreten und eine Lohnregelung für sich verlangen. Auf diese Weise haben einzelne Arbeiter bis zu 6 Pfg. Stundenlohnerhöhung durchsetzen können. Es hat aber den Anschein, als wenn die Grossfirmen unter sich eine Vereinbarung über die Maximalerhöhungen getroffen hätten. Ueber eine bestimmte Lohnhöhe scheint man nicht hinauszugehen. Manche Firmen, die sich dem Druck auf Lohnerrhöhung nicht entziehen zu können glauben, helfen sich durch Gewährung von Prämien. So gewährt z.B. die Metallwarenfabrik X. einigen Spezialisten, aber auch nur diesen, auf nachdrücklichstes Verlangen, eine monatliche Prämie von 10 Mark, die jedoch nicht ausbezahlt wird, sondern als Weihnachtsgeld zurückbehalten wird.

Die Lohnerrhöhungen gehen meist so vor sich, dass ein Arbeiter, der sich stark genug fühlt, und überzeugt ist, dass er gebraucht wird, wegen Lohnzulage vorstellig wird. Wird ihm die Forderung bewilligt, so spricht sich das natürlich im Betrieb herum und das Ergebnis ist, dass dann auch der eine oder andere seinem Beispiel folgt. Arbeiter mit Unterdurchschnittsleistung können natürlich auf diese Weise nicht auf Lohnerrhöhungen rechnen. Wenn sie überhaupt den Versuch machen, werden sie abschlägig beschieden.

Norddeutschland: In der Abteilung eines Betriebes, der nicht näher bezeichnet werden kann, hat die Betriebsleitung sich auf mehrfaches Drängen der Arbeiterschaft nach Lohnerrhöhung bereit erklärt, einigen Arbeitern, darunter auch unserem Gewährsmann, eine Leistungszulage von 6 Pfg. zuzubilligen. Unser Gewährsmann hat die mit ihm bedachten Kollegen davon überzeugen können, dass es sich nicht um eine Besserstellung Einzelner handeln dürfe. Sie haben daher gemeinsam diese Zulage abgelehnt und erklärt, dass sie ohne Ausnahme eine Verbesserung erhalten wollen, sei es auch nur von 3 Pfg. die Stunde. Leistungszulagen und andere Sonderstellungen von Einzelnen widersprechen der Volksgemeinschaft. Bisher ist jedoch die allgemeine Besserstellung nicht erreicht worden.

Lohnbewegung der deutschen Rheinschiffahrt: Kapitäne, Schiffsführer, Maschinisten und Matrosen erhielten bisher 75 holländische Cents pro Tag vom Gehalt bzw. Lohn in Devisen für die im Ausland zugebrachten Tage. Die Schiffsjungen

bekamen 50 Cents pro Tag. Nach vielen Klagen der Betroffenen haben die massgebenden Stellen jetzt einer Erhöhung dahin zugestimmt, dass Verheiratete künftig holländ. Gulden 1,50, Ledige holländ. Gulden 1,- und die Schiffsjungen 75 Cents erhalten, doch wird diese Erhöhung amtlicherweise als Devaluationszulage bezeichnet.

Die Kapitäne und Motorschiffsführer agitieren jetzt lebhaft für die Bezahlung der von ihnen geleisteten Ueberstunden, die ihnen als Gehaltsempfängern nach der Tarifordnung bisher nicht zusteht. Auf Grund der Lohnunruhe in der Rheinschiffahrt haben die Reedereien sich veranlasst gesehen, den Gehaltsempfängern eine Zulage zu gewähren, welche als "Familienzulage" firmiert, die aber in Wirklichkeit ein Ausgleich für Ueberstundenleistungen sein soll. Mit dieser Zulage, die in allen Fällen ca. 5% des Monatsgehalts, aber in keinem Fall mehr als 20,- Rmk. im Monat beträgt, sind die Kapitäne und Schiffsführer aber nicht zufrieden und verlangen nun neben der "Familienzulage" eine regelrechte Ueberstundenbezahlung.

Bisher erhielten die Wochenlohneempfänger auf Grund der jetzt gültigen Tarifordnung Ueberstundensätze von 25, 30 und 40 Pfg. pro Stunde, die sich nach Abend- und Nachtstunden staffelten. Mit dieser geringen Bezahlung waren die Mannschaften nicht zufrieden. Nach wiederholten Beschwerden der Besatzungen hat der Treuhänder der Arbeit einen Nachtrag zu der Tarifordnung herausgegeben, worin die Ueberstundensätze erhöht wurden. Die "Gefolgschaftsmitglieder" haben die Beschwerden einzeln, zum Teil mündlich und zum Teil schriftlich an die DAF gerichtet, und als die Klagen allzu zahlreich wurden, hat die DAF eine Untersuchung und eventuell eine bessere Regelung der Sätze zugesagt. Einige Beauftragte der DAF haben dann auf den Rheinschiffen verschiedene Berg- und Talfahrten als Inspektionsreisen mitgemacht, und das Resultat ist die Erhöhung der Ueberstundensätze für Matrosen und Heizer von 25, 30 und 40 Pfg. auf 70 und 80 Pfg. pro Stunde. Die DAF erklärte, die Tarifordnung sei durch die Reedereien "falsch ausgelegt" worden!

Rheinland: Um die unter den Bauarbeitern herrschende Unzufriedenheit mit den stark gesunkenen Löhnen abzulenken, hat die Arbeitsfront folgenden Aufruf erlassen:

"Bauarbeiter erhören!

Das Gerücht über Herabsetzung der Löhne für Bauarbeiter ist gänzlich unwahr und frei erfunden. Es ist lediglich eine Zusammenfassung der bisherigen Ortsklassen 8 und 9 zu einer Lohnklasse erfolgt. Die Ortsklassen 8 und 9 umfassen aber nur kleinste ländliche Ortschaften, wo bisher ein tariflicher Lohn von 42 bzw. 44 Pfg. je Stunde gezahlt wurde. Nach dem Wortlaut der Abänderung wird in diesen nunmehr in einer Ortsklasse zusammengefassten Ortschaften ein Stundenlohn von 47 Pfennigen gezahlt, was

immerhin eine

Lohnherabsetzung

von rund 10 % bedeutet. Von einer Verschlechterung kann also hier nicht die Rede sein. Wir warnen alle diejenigen, die in unsere Bauarbeiterschaft durch unwahre Behauptungen Unruhe hineinzutragen versuchen.

Weil Hitler!

gez. Prinz, Kreisorganisationsleiter. "

Bayern: In den grossen Steinbrüchen bei Ulm arbeiteten die Arbeiter für einen Stundenlohn von 68 Pfennigen. Im heurigen Sommer wurde eine Lohnherabsetzung auf 65 und zwei Monate später auf 60 Pfg. vorgenommen. Bei der zweiten Lohnherabsetzung haben die Arbeiter bei der Arbeitsfront Beschwerde erhoben, aber die DAF erreichte in den Verhandlungen nichts. Als bald darauf eine neuerliche Lohnherabsetzung auf 55 Pfg. erfolgen sollte, hat ein grosser Teil der Beschäftigten -etwa zwei Drittel- die Arbeit niedergelegt. Es gab erregte Auseinandersetzungen mit der Bauleitung, wobei es auch zu Tätlichkeiten gekommen ist. 27 Arbeiter wurden in Schutzhaft genommen. Sodann wurden lauter österreichische Arbeiter eingestellt, die für 55 Pfg. arbeiten.

Sachsen: Aus einem feinmechanischem Grossbetrieb: Der frühere Tarifvertrag gilt noch als Tarifordnung. Es wird viel im Akkord gearbeitet, wobei sich ausserordentliche Unterschiede im Verdienst ergeben. Die Männer kommen in der Spitze jetzt auf 1,04 RMk. bis auf 1,05 RMk. die Stunde, während sie 1935 nur auf 98 Pfg. kamen. Das gilt aber nur für die besonders gut eingearbeiteten Leute. Ein klares übersichtliches Akkordberechnungssystem gibt es nicht. Die Belegschaft ist in den letzten Monaten ausserordentlich stark gewachsen. Infolgedessen sind sehr viele neue Kalkulatoren eingesetzt, die sich einfach nicht durchfinden. Die Meister machen infolgedessen sehr vieles nach Gutdünken; wenn z.B. neue Modelle herauskommen, sagt der Meister den Leuten: schreibt aber nicht mehr als 1,05 RMk. an. Wenn einzelne Leute bei bestimmten Modellen mit den Akkordpreisen nicht zurechtkommen, erhalten sie den Durchschnitt des Akkordlohnes der letzten Woche abzüglich 5%. Auch das wird ziemlich nach Gutdünken gemacht. Im Tarifvertrag sind auch Altersklassen a bis c vorgesehen, auch diese werden nicht eingehalten.

Bei den Frauen stimmen die Akkordpreise grösstenteils. In der Montageabteilung kommen die Frauen erst nach längerer Zeit und gründlicher Einarbeitung auf 60 Pfg. Manche erreichen diesen Satz nie. In der Maschinenarbeit werden hier und da jetzt schon 61 oder 62 Pfg. Akkordstundenlohn erreicht. Es gibt übrigens auch Frauen bei uns, die Männerlöhne bekommen.

Auch im Zeitlohn sind die Verdienste ausserordentlich verschieden. Bei den Einrichtern z.B. beträgt der Spitzenlohn 1,05 RMk. Daneben verdienen aber andere nur 90 Pfg. Die Unterschiede erklären sich daraus, dass es sich durchweg um Spezialisten handelt. Diese Spezialarbeiter gehen alle paar Wochen an den Meister heran und fragen an, ob er nicht eine Lohnerhöhung durchsetzen könnte. Wenn der Meister es glaubt vertreten zu können, schreibt er ein entsprechendes Formular aus, auf dem er eine Lohnerhöhung vorschlägt, ohne eine weitere Begründung dafür zu geben. Diese Vorschläge der Meister werden dann oft von der Betriebsleitung ohne weitere Rückfrage angenommen. Es zeigt sich hier, dass der Mangel an qualifizierten Facharbeitern, der in der Feinmechanik besonders gross ist, den eingearbeiteten Arbeitern schon wieder gewisse Möglichkeiten der Lohnaufbesserung sichert. Im grossen ganzen kann man sagen, dass bei den Spezialarbeitern schon in den meisten Fällen über Tariflohn gezahlt wird. Anders ist es bei den Ungelernten oder Angelernten, sie haben nur den Tariflohn und erhalten keine Zulagen.

Bei der Textilfabrik X. in Y. traten die Arbeiter Ende Oktober in den Streik. Die Firma hatte neue schnelllaufende Maschinen aufgestellt. Ehe sich die Arbeiter an den neuen Maschinen einrichten konnten, sollten 30% vom Lohn abgezogen werden. Die gesamte Belegschaft, einschliesslich der Amtswalter der DAF, erklärte, lieber stempeln zu gehen, als billiger zu arbeiten. Am Tage darauf erschien der Treuhänder der Arbeit und ein Vertreter der DAF, diktierten einen Abbau von 10% und erklärten, wer nicht am folgenden Tage zur Arbeit erscheinen würde, käme ins Konzentrationslager oder wegen Sabotage gegen den Vierjahresplan ins Gefängnis. Der Widerstand der Arbeiter wurde damit gebrochen, aber in dem Betrieb ist alles andere als Ruhe eingekehrt.

Wasserkante: Die Löhne in der Lübecker Maschinenbaugesellschaft betragen für Schiffbauer 93 Pfg. plus 2 Pfg. Zulage für die Frau und 1 Pfg. für jedes Kind. Nun haben einige Leute ohne die DAF 6 Pfg. Leistungszulage durchgesetzt. Sofort aber werden die Abzüge höher und es bleibt nicht viel von der Lohnerhöhung übrig.

Bei Blohm & Voss ist es den Arbeitern in der Schiffbauabteilung durch Androhung der Arbeitseinstellung gelungen, eine geringfügige Lohnerhöhung durchzusetzen.

Einige --allerdings unbedeutende-- Lohnerhöhungen ergeben sich auch aus den in den letzten Monaten von den Treuhändern erlassenen Tarifordnungen.

Eine kleine Aufbesserung haben die Zigarrenmacher im Wirt-

schaftsgebiet Südwestdeutschland erhalten; übrigen in einer für die Lohnpolitik des Regimes charakteristischen Form: Sie betrifft nämlich nicht die Löhne, sondern die Familienzulagen. Diese betragen nach der Tarifordnung vom 14. Juli 1936 (RABl VI S.676):

für Haushaltungsvorstände, die bis zu 2 Kinder unter 15 Jahren zu versorgen haben	2,50 RMk wöchentlich		
für Haushaltungsvorstände, die 3 und 4 Kinder unter 15 Jahren zu versorgen haben	3,50 "	"	"
für Haushaltungsvorstände, die 5 und 6 Kinder unter 15 Jahren zu versorgen haben	4,50 "	"	"
für Haushaltungsvorstände, die 7 und mehr Kinder unter 15 Jahren zu versorgen haben	5,50 "	"	"

Nach der Tarifordnung vom 11. 3. 36 (RABl VI S.214) betragen diese Zulagen nur 2,00, 3,00, 4,00 und 5,00 RMk.

Eine zwar nicht erhebliche, aber im Rahmen der deutschen Lohnpolitik recht auffallende Verbesserung erfuhren die Gehälter des technischen Personals der "Molkerei und Käseereibetriebe des Wirtschaftsgebiets Brandenburg ausser Berlin" durch die Tarifordnung vom 17. 9. 36 (RABl VI S. 932), die anstelle der Tarifordnung vom 27.9. 35 (RABl VI S. 748, 1935) getreten ist. Die Gehälter betragen monatlich:

	jetzt RMk.	früher RMk.
Für Molkerei- und Käseereihilfen	130,-	120,-
im 1. bis 3. Gehilfenjahr	130,-	120,-
im 4. und 5. " " ab	140,-	140,-
vom 6. " " ab	170,-	160,-

Die Erklärung für diese Lohnerhöhung dürfte in dem Mangel an Nachwuchs für Molkereipersonal liegen. Deshalb sind auch gleichzeitig die Lehrlingsentgelte für kaufmännische Lehrlinge erhöht worden. Sie betragen:

	jetzt RMk.	früher RMk.
im 1. Lehrjahr monatlich	20,-	10,-
" 2. " "	30,-	15,-
" 3. " "	45,-	25,-

Daneben finden sich noch vereinzelt "Verbesserungen" wie die Heraufsetzung des Stundenlohnes für Bauhilfsarbeiter, Schlepper, Tiefbauarbeiter, Platzarbeiter, Maschinisten III. Klasse in Braunschweig (RABl VI S. 936) von 46 Pfg. auf 48 Pfg. Sie bedeuten in Wahrheit nur, dass das Lohnniveau dieser Arbeiter derart gedrückt war, dass es selbst im Dritten Reich nicht mehr "gehalten" werden konnte.

2.) Die Lohndifferenzierung.

Ueber das System, die Löhne zu differenzieren und gleichzeitig das Gesamtlohniveau zu "halten", äussern sich zwei Berichterstatter aus Berlin:

1. Bericht: Während diejenigen Betriebe, die nicht mit Hochdruck arbeiten, Lohnsenkungen von 5 bis 12% vorgenommen haben, konnten in der Metallindustrie, in Betrieben mit guter Konjunktur, Lohnerhöhungen bis zu 10% und darüber erzielt werden. Diese Erhöhungen werden jedoch nicht durch Verhandlungen zwischen Vertrauensrat oder Arbeitsfront und Betriebsleitung erreicht. Einige Qualitätsarbeiter verhandeln mit dem Kalkulator um höhere Akkordsätze und diese werden dann auch später von der übrigen Belegschaft verlangt. Aber wohl gemerkt, es handelt sich dabei immer um Verhandlungen im Rahmen des Einzel-Arbeitsvertrages. Bei irgendwelchen Lohnfestsetzungen in allen Industriebetrieben gilt für Arbeitgeber und Arbeitsfront das gleiche Prinzip: Entgegen dem Bestreben der früheren Gewerkschaften versucht man heute die Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern ständig zu vergrössern. Man hofft damit, eine zufriedene, staatstreue Facharbeiterschaft heranzubilden. Den Wünschen dieser Arbeitergruppe zeigen die Unternehmer sich auch geneigter, als gegenüber denen der ungelernten Arbeiter. Von einheitlichen Lohn- und Akkordsätzen kann jetzt nicht mehr die Rede sein. Die niedrigsten Facharbeiterlöhne in der Berliner Metallindustrie sind mir bekannt mit 68 Pfg. in der Stunde. Die höchsten bewegen sich zwischen 1,10 RMk. und 1,40 RMk. Dabei haben wir auch wenige Spitzenlöhne bis zu RMk 1,75 die Stunde. Die Löhne der Ungelernten liegen zwischen 0,40 RMk. und 0,90 RMk. pro Stunde.

2. Bericht: Die Löhne sind nach wie vor ausserordentlich unterschiedlich. So differiert bei den Schlossern in Berlin beispielsweise der Stundenlohn zwischen 78 Pfg. und 1,15 RMk. Bei den Henschel-Flugzeug-Werken hat die Werksleitung drei Lohnklassen eingeführt, in die die einzelnen Arbeiter einge-

reht werden. Zwischen jeder Lohnklasse besteht eine Differenz von 5 Pfg. pro Stunde.

Demgegenüber hält die amtliche Lohnstatistik starr an der Fiktion der unveränderten Durchschnittslöhne fest. Daran hat sich gegenüber unserem Mai-Bericht (Seite A 15) nichts geändert. Nach wie vor wird der Durchschnittslohn für männliche Facharbeiter mit 78,3 Pfg. pro Stunde angegeben. Ebenso unverändert sind die anderen Durchschnittslöhne. Diese Zahlen haben jedoch nicht den geringsten Wirklichkeitswert, da sie sogar zu den Lohnerhebungen des Statistischen Reichsamtes für eine Reihe von Gewerbebezügen in Widerspruch stehen. Diese Lohnerhebungen werden seit 1935 nach einer neuen Methode durchgeführt, die jede Vergleichung mit den vorherigen Jahren unmöglich macht. (Vgl. unsere Ausführungen im Oktober 1935 und Mai 1936). Immerhin spiegeln auch die nach der neuen Methode der "summenmässigen Nachweisungen für die wichtigsten Arbeitergruppen" gewonnenen Ergebnisse eine Entwicklung wider, die mit anderen Beobachtungen übereinstimmt. Die Gegenüberstellung der Bruttostundenverdienste vom März und Juni 1936 nach dieser Statistik (RABl 1936, II. S. 465) ergibt eine Erhöhung der Stundenlöhne für folgende Industriegruppen und Arbeiterkategorien:

Metallverarbeitende Industrie: Insgesamt von 85,2 auf 85,7 Pfg.; männliche Facharbeiter von 97,4 auf 98,3 Pfg.; männlich angelehrte Arbeiter von 86,0 auf 86,9 Pfg.; weibliche Arbeiter von 50,9 auf 51,1 Pfg.

Chemische Industrie: Insgesamt von 81,7 auf 81,8 Pfg.; männliche gelernte Arbeiter von 103,6 auf 104,0 Pfg.; männliche angelehrte und ungelehrte Arbeiter von 87,5 auf 88,0 Pfg.

Säge-Industrie: Insgesamt von 54,2 Pfg. auf 54,4 Pfg.; männliche Facharbeiter von 58,0 Pfg. auf 58,5 Pfg.

Bautischler und Möbelherstellung: Insgesamt von 70,2 Pfg. auf 70,5 Pfg.; Facharbeiter von 75,7 Pfg. auf 76,2 Pfg.; angelehrte Arbeiter von 63,9 Pfg. auf 64,0 Pfg.

Papiererzeugende Industrie: Insgesamt von 63,3 Pfg. auf 63,5 Pfg.; männliche gelernte und angelehrte Arbeiter von 70,7 Pfg. auf 71,0 Pfg.; männliche ungelehrte Arbeiter von 64,5 Pfg. auf 64,7 Pfg.

Buchdruckgewerbe: Insgesamt von 106,5 Pfg. auf 106,7 Pfg.; männliche Gehilfen von 120,2 Pfg. auf 120,5 Pfg.

Schuhindustrie: Insgesamt von 62,6 Pfg. auf 63,4 Pfg.; männliche Fabrikarbeiter von 76,8 Pfg. auf 77,6 Pfg.; weibliche von 50,2 Pfg. auf 50,7 Pfg.

Textilindustrie: Insgesamt von 55,5 Pfg. auf 55,6 Pfg.; männliche Facharbeiter von 69,2 Pfg. auf 69,4 Pfg.

In der papierverarbeitenden Industrie sind die Stundenverdienste insgesamt gefallen, dagegen die der männlichen Facharbeiter von 92,8 Pfg. auf 93,3 Pfg. gestiegen, die der männlichen Hilfsarbeiter von 63,2 Pfg. auf 64,1 Pfg. Das Fallen der durchschnittlichen Gesamtstundenverdienste geht also ausschliesslich auf Kosten der weiblichen Arbeiter.

Im Braugewerbe sind bei insgesamt fallenden Stundenverdiensten die Verdienste des Fahrpersonals gestiegen von 104,4 Pfg. auf 104,8 Pfg.

Diesen gestiegenen Stundenverdiensten stehen folgende gesunkenen Stundenverdienste gegenüber:

In der metallverarbeitenden Industrie sind die Stundenverdienste der männlichen Hilfsarbeiter von 66,9 Pfg. auf 66,8 Pfg. gefallen; in der papiererzeugenden Industrie die der Arbeiterinnen von 42,3 Pfg. auf 42,0 Pfg.; im Buchdrucker-gewerbe die des weiblichen technischen Hilfspersonals von 50,7 auf 50,4 Pfg.

Insgesamt und in allen Kategorien sind die Stundenverdienste im Baugewerbe gefallen; insgesamt von 72,8 Pfg. auf 70,1 Pfg.; für Maurer von 83,6 Pfg. auf 80,9 Pfg.; für Zimmerer von 86,8 Pfg. auf 84,1 Pfg.; für Bauhilfsarbeiter von 70,7 Pfg. auf 69,0 Pfg.; für Tiefbauarbeiter von 62,3 Pfg. auf 62,1 Pfg.

Lithographie-, Offset- und Steindruckgewerbe: insgesamt von 81,6 Pfg. auf 81,4 Pfg.; für männliches technisches Hilfspersonal von 77,1 Pfg. auf 76,8 Pfg.; für weibliches technisches Hilfspersonal von 44,5 Pfg. auf 44,0 Pfg.

Bekleidungs-gewerbe: insgesamt von 54,3 Pfg. auf 54,0 Pfg.; männliche Arbeiter von 80,1 Pfg. auf 79,9 Pfg.; weibliche von 46,0 auf 45,7 Pfg.

Süss-, Back- und Teigwarenindustrie: insgesamt von 50,6 Pfg. auf 50,5 Pfg.; männliche Facharbeiter von 86,2 Pfg. auf 85,2 Pfg.; männliche Hilfsarbeiter von 67,0 Pfg. auf 66,2 Pfg.; weibliche Facharbeiter von 51,0 Pfg. auf 47,7 Pfg.; weibliche Hilfsarbeiter von 43,2 Pfg. auf 42,7 Pfg.

Braugewerbe: insgesamt von 101,0 Pfg. auf 100,8 Pfg.; gelernte Arbeiter von 104,8 Pfg. auf 104,4 Pfg.; ungelernte Arbeiter von 91,2 Pfg. auf 90,7 Pfg.

Papierverarbeitende Industrie: insgesamt von 57,6 Pfg. auf 57,0 Pfg.; weibliche Facharbeiter von 53,0 Pfg. auf 52,7 Pfg.; weibliche Hilfsarbeiter von 40,1 Pfg. auf 39,9 Pfg.

Textilindustrie: männliche Hilfsarbeiter von 53,6 Pfg. auf 53,4 Pfg.; weibliche Facharbeiter von 49,5 Pfg. auf 49,4 Pfg.; weibliche Hilfsarbeiter von 37,7 Pfg. auf 37,5 Pfg.

Das Statistische Reichsamt bemerkt zu den Ergebnissen seiner Lohnerhebungen:

"Entsprechend der Lohnpolitik der Regierung haben sich die Stundenverdienste nur verhältnismässig geringfügig verändert. Soweit sich Abweichungen ergaben, sind sie auf eine Zunahme von Ueberstundenzuschlägen zurückzuführen oder erklären sie sich aus einer Aenderung in der Zusammensetzung der Gefolgschaften nach Alter oder Leistung."

Hierin sind zwei wichtige Eingeständnisse enthalten: erstens die Zunahme der Ueberstunden auf die auch die seit Mai erlassenen Tarifordnungen schliessen lassen und zweitens die zunehmende Anwendung des "Leistungsprinzips" nach oben und unten, die gleichfalls ihre Bestätigung in den Tarifordnungen findet. Im Baugewerbe entfielen nach den Erläuterungen des Statistischen Reichsamts:

"..beispielsweise von den erfassten Maurern im März 1936 10,1 % auf die Gemeinden über 1 Million Einwohner, im Juni dagegen nur 7,9 %, während für die Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern der Anteil im März 26,9 v.H. und im Juni 33,0 v.H. ausmachte. Da sich die Lohnsätze in den kleineren Gemeinden im allgemeinen niedriger stellen als in den grösseren Orten, wirkte sich die Beschäftigungszunahme in den unteren Ortsgrössenklassen in einem leichten Rückgang des durchschnittlichen Stundenverdienstes aus. Berechnet man nämlich die Lohnveränderungen für die Maurer für März und Juni unter Annahme einer gleichartigen Verteilung auf die einzelnen Ortsgrössenklassen, so ergibt sich statt einer Lohnsenkung um 3,2 v.H. nur ein Rückgang um 0,5 v.H.. Dieser Rückgang dürfte damit zu erklären sein, dass im Juni eine grössere Zahl von Jugendlichen und von Arbeitskräften von geringerer Leistungsfähigkeit zusätzlich beschäftigt worden ist."

Damit wird die Tendenz zur Lohnsenkung bestätigt, die mit der Verlagerung der Industrie im allgemeinen von der Stadt aufs Land verbunden ist, wenn auch die Lohnsenkungen im Baugewerbe nur zum Teil auf diese Verlagerung, die ja erst in den Anfängen steht, zurückzuführen ist. Die Hauptursache für den Rückgang des Stundenverdienstes ist in dem weiteren Anwachsen der Strassen-, Befestigungs- und Kasernenbauten in vornehmlich ländlichen

Gegenden und in Kleinstädten zu suchen. Zu beachten ist aber, dass die auf diesen Baustellen beschäftigten Bauarbeiter zum Teil in Grossstädten wohnen, dort ihre Familie haben und daher mit den erhöhten Kosten einer doppelten Haushaltsführung belastet sind. Aber die Stundenverdienste sind auch gesunken, wenn man die Ortsklassenverschiebungen durch Umrechnung eliminiert. Die Erklärung des statistischen Reichsamts, dass die Ursache dafür in der Zunahme der jugendlichen und der "weniger leistungsfähigen" Arbeiter zu suchen ist, bestätigt das immer deutlicher in Erscheinung tretende Bestreben, unvermeidliche Lohnaufbesserungen für Spezialarbeiter auszugleichen durch stärkere Heranziehung billigerer Arbeitskräfte oder durch stärkeren Druck auf ihre Löhne. Deutlich wird das z.B. bei der papierverarbeitenden Industrie, in der insgesamt die Stundenverdienste gesunken sind, obwohl die der männlichen Arbeiter stiegen. Bei den Lithographen sind die Gesamtstundenverdienste gefallen, die der Gehilfen konnten sich aber halten, - auf Kosten der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter.

Weitaus wichtiger für die Beurteilung der Lohnentwicklung in Deutschland als die amtliche Statistik sind auch für die Zeit vom Mai bis November die Tarifordnungen der Treuhänder der Arbeit - soweit sie veröffentlicht worden sind. Sie lassen sehr deutlich das Streben nach Differenzierung erkennen, das immer verbunden ist mit dem Streben, den Zulagen auf der einen Seite Minderungen auf der anderen Seite entgegenzustellen.

3.) Aufhebungen von Tarifverträgen.

Ein wichtiges Mittel dafür ist nach wie vor die ersatzlose Aufhebung von Tarifverträgen, wodurch der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet wird. Soweit das Reichsarbeitsblatt darüber berichtet, sind in der Berichtszeit folgende Tarifverträge ersatzlos aufgehoben worden:

Tarifvertrag (Ordnung) vom:	Berufszweig	Geltungs- bereich:	aufgehoben ab:	RABl.VI Seite:
15.11.35.	Baugewerbe	Kasernenbauten Verden/Aller	1. 9.36.	1074
16. 7.36.	Spinnstoffge- werbe, Flach- strumpfstrick.	Heimarbeit, Reich	24. 9.36.	1047
22. 9.21.u. 4. 4.23.	Angestellte, Drogenklein- handel	Reichstarif	20. 8.36.	867 ⁺⁾
11.10.35.u. 4. 4.36.	Glaswarenher- stellung und Bearbeitung	Tasten u. Sicher- heitsstöpselglä- ser, Heimarbeit	25. 6.36.	658
16. 9.35.	Mindestentgelte für Anfertigung von Damen-, Kinder- und Herrenwäsche in Heimarbeit		1. 5.36.	599
25. 3.36.	Maler- und Lackierer- Reichstarif aufgehoben für	Badische Amtsbez. Wertheim, Tauber- bischofsheim, Mosbach, Sinsheim, Bretten.	18. 5.36.	525
16. 8.35.	Rasierklingen- schleifer	Westfalen	25. 5.36.	525
29. 8.30.	Anwaltsange- stellte	Düsseldorf	1. 7.36.	686
Okt.35/ April36	Baugewerbe	Strassenbauten, Hessen	25. 7.36.	688

4.) Offene Tarifverschlechterungen.

Soweit die Möglichkeit gegeben war, haben wir im folgenden wieder die neuen tariflichen Löhne mit den Tariflöhnen von Ende 1932 auf Grund der Statistik des ADGB in Vergleich gesetzt. In den meisten Fällen ergibt sich, dass die Parole von der Stabilität der Löhne, auch was die Nominallohne betrifft, eine Phrase

+) "Mit der Massgabe, dass die gemäss § 6 erster Absatz des Reichstarifvertrages für die Angestellten des Drogenkleinhandels abgeschlossenen örtlichen Lohnvereinbarungen weiter bestehen bleiben, bis der zuständige Treuhänder der Arbeit die Aufhebung der örtlichen Lohnvereinbarungen anordnet."

ist. In Wirklichkeit werden auch die Nominallöhne gegenüber 1932 systematisch gesenkt.

Berufsgruppe	Geltungsbereich	Tarifordnung		Stundenlohn	
		vom	RABL VI	in RPfg.	neu: Ende 32:
Metallind. (Dreher usw.)	Frankfurt/Main	13.10.36.	1105	90	72
Metallind. (ohne Zulagen) (mit Zulagen)	Dortmund	12. 6.36.	683	70	70
				80,5 - 87,5.	76
Metallind.	Stettin	5. 8.36.	811	68	67
Metallind.	Stuttgart	18. 5.36.	606	74	76
Metallind.	Rostock	30. 5.36.	655	63	63
Metallind. (ohne Zulagen) (mit Zulagen)	Halle	12. 6.36.	683	62	69
				71,3 - 77,5	78
Bäcker	Frankfurt/Main	26. 5.36.	723	91,7 - 95,8	95,8
Bäcker	Berlin	28. 6.36.	1162	97,9	104,2
Bäcker	Dresden	29. 8.36.	930	70,7	85,7
Bäcker	Chemnitz	29. 8.36.	930	70,7	88,5
Bäcker	Leipzig	29. 8.36.	930	79,2	93,7
Bäcker	Zwickau	29. 8.36.	930	66,7	72,9
Bäcker	Köln	15. 8.36.	955	88,5	97,9
Bäcker	Aachen	15. 8.36.	955	81,3	86,5
Bäcker	Hamburg	3. 8.36.	801	95,8	95,8
Bäcker	Stettin	8. 8.36.	862	85,4	101,2
Maler	Magdeburg	24.10.36.	1147	80	87
Maler	Frankfurt/Main	21. 8.36.	960	85	92
Maler (Holzgew.)	Dresden	18. 7.36.	754	80	90
Maler (Holzgew.)	Leipzig	18. 7.36.	754	80	96
Maler "	Chemnitz	18. 7.36.	754	78	89
Maler "	Zwickau	18. 7.36.	754	78	85
Maler "	Stuttgart	29. 7.36.	790	82	92
Maler "	Karlsruhe	29. 7.36.	790	82	86

Berufs- gruppe	Geltungsbereich	Tarifordnung		Stundenlohn	
		vom	RABL VI	in neu:	RPfg. Ende 32
Maler (Holzgew.)	Mannheim	29. 7.36.	790	82	88
Maler (Möbelind.)	Essen	11. 8.36.	856	80	86
Maler "	Dortmund	11. 8.36.	856	80	86
Maurer (Autob.)	Karlsruhe	5. 9.36.	1051	84	89
Maurer	München	24. 6.36.	618	95	97
Maurer	Nürnberg	24. 6.36.	618	94	97
Zimmerer	München	24. 6.36.	618	95	97
Zimmerer	Nürnberg	24. 6.36.	618	94	97
Bauhilfsarbeit.	München	24. 6.36.	618	79	80
Bauhilfsarbeit.	Nürnberg	24. 6.36.	618	78	80
Tischler (Möbelind.)	Köln	6. 6.36.	793	80	100
Tischler	Magdeburg	24.10.36.	1147	80	87
Klöpner	Frankfurt/Main	13.10.36.	1096	90	90
Böttcher	Dresden	18. 7.36.	754	80	85
Böttcher	Leipzig	18. 7.36.	754	80	85
Böttcher	Chemnitz	18. 7.36.	754	78	85
Böttcher	Zwickau	18. 7.36.	754	78	85

Nach dieser Uebersicht sind Lohnerhöhungen gegenüber den Tariflöhnen von 1932 nur in der Metallindustrie vorgekommen. Das besagt allerdings noch nicht, dass auch die tatsächlich gezahlten Löhne 1936 höher lagen als 1932, denn vor allem bei Akkordarbeit lagen die Löhne früher wesentlich höher über den Tariflöhnen als heute. Offene Senkungen der Tarife sind --zum Teil in sehr beträchtlichem Mass-- bei den Bäckern vorgekommen worden (mit Ausnahme einiger Städte wie Hamburg). Beachtlich sind auch die Versuche, die tariflichen Löhne für ganze Industriezweige zu nivellieren und die Unterschiede in den Berufen verschwinden zu lassen. So sind im Holzgewerbe die früher unterschiedlichen Tariflöhne der Maler, Tischler und Böttcher angeglichen worden. Ebenso wird eine gebietliche Nivellierung ver-

sucht. Chemnitz und Zwickau, in denen die Lebenshaltungskosten keinesfalls gleich sind, sind auf eine Stufe gestellt worden, wodurch für Chemnitz eine grössere Lohnsenkung eingetreten ist als für Zwickau.

Diese Nivellierungsbestrebungen stehen nicht im Widerspruch zu der gleichzeitigen Tendenz der Differenzierung. Erstens sind die Tarifverträge heute meist nicht mehr verbindlich, sondern enthalten sehr häufig eine Klausel, die eine Unterschreitung der Tarife ermöglicht und zweitens stehen die Stundenlohntarife einer individuellen Differenzierung durch das Akkordsystem, das ja für die wirklich gezahlten Löhne entscheidend ist, nicht im Wege.

Neben diesen nachweisbaren Verschlechterungen der Tariflöhne gegenüber 1932 liegen auch wieder eine Anzahl von Fällen vor, in denen seit 1934 erlassene Tarifordnungen der Treuhänder inzwischen durch neue mit niedrigeren Löhnen ersetzt worden sind. So ist die Entgeltordnung des Sondertreuhänders der Heimarbeit für das Deutsche Spinnstoffgewerbe für die Lohnstricker und Hauggewerbetreibenden vom 1. Februar 1936 bereits zum 15. August 1936 (RABl VI 646) wieder wie folgt geändert worden:

Die Entgelte betragen für ab 15.8. 1.2.
1936 in RMk.

1. Socken mit Längen
- | | | |
|---|------|------|
| a) von der 5er und 6er Maschine (Maschinennaht) | 3,25 | 3,70 |
| b) " " 7er " 8er " | 3,58 | 3,90 |
| c) " " 9er " 10er " | 4,50 | 4,40 |
| d) " über 10 bis 13er " | 5,70 | 5,70 |

Die Entgelte der Strumpflohnstrickerei sind durch neue Unterteilungen verschlechtert worden, wie die folgende Gegenüberstellung aus den Tarifordnungen vom 27. Juni 1936 (RABl VI. S. 670) und vom 10. Juli 1935 (RABl 1935, VI. S. 576) zeigt. Es wurden gezahlt für:

- d) Mako oder Flor plattiert, Wolle:

	1936			1935	
6- bis 8er	1,25	RMk.	6- bis loer	1,35	RMk.
9- " ller	1,35	"			
e) Wolle plattiert					
6- bis 8er	1,35	"	6- bis 10er	1,45	RMk.
9- " ller	1,45	"			

e) Wolle plattiert

1936		1935	
12- bis 14er	1,75 RMk.	12- bis 14er	1,75 RMk.
15- und 16er	1,90 "	15- und 16er	1,80 "
17- " 18er	2,10 "	17- " 18er	2,-- "
19- " 20er	2,45 "	19- " 20er	2,35 "

Die Aenderung bedeutet, dass das Schwergewicht der Produktion sich auf die schlechteren Qualitäten verlagert hat und entsprechend untere Lohnstufen eingeführt worden sind. Die Beibehaltung der Entgelte für die besseren Waren oder gar die Erhöhung dieser Entgelte fällt demgegenüber nicht ins Gewicht.

Am 17. Juli wurden für die Wuppertaler Lohnbandwebereien folgende Lohnverschlechterungen (Sondertreuhänder der Heimarbeit für das Spinnstoffgewerbe, RABl VI. S. 695) als Ergänzung der Tarifordnung vom 30. April 1935 durchgeführt:

§ 2

1. In Abschnitt B erhält Liste 1, Baumwoll- und Leinenbänder, folgenden Abschnitt IV:

"IV. Die Entgelte nach Abschnitt II ermässigen sich um 7 1/2 v.H., wenn einem Lohnweber ein in sich geschlossener Auftrag erteilt wird, dessen Gesamtentgelthöhe 300 RMk. übersteigt."

2. In Abschnitt B erhält Liste 1a, Baumwollene Bänder mit starker Kette, folgende neue Ziffer 8: (wie zu 1)

3. In Abschnitt B erhält Liste 1b, Baumwollene Bänder für elektrotechnische Sonderzwecke (Isolierband) folgende Ziffer 12: (wie zu 1)

Ähnliche Mengenabschläge hat der Sondertreuhänder der Heimarbeit für die Feinrips- usw. -Lohnstrickerei in Sachsen (Tarifordnung 9. 10. 36, RABl VI. 1112) und für die Standard-Strumpf-Lohnstrickerei (Tarifordnung vom 9. 10. 1936 RABl VI. 1113) eingeführt.

Daneben sind auch vereinzelte Verbesserungen festzustellen. So sieht die Abänderung der Tarifordnung vom 22. Juli 1935 durch Tarifordnung vom 16. Juli 1936 (RABl VI. 697) vor:

"..Die Mindestentgelte für die Ampullen von 1 und 2 cm Inhalt der Tarifnr. 6 "Ampullen beiderseitig mit Kugel" werden dahingehend abgeändert, dass das Mindestentgelt

einschliesslich Gas
 für die 1 ccm Inhalt Ampulle 7,75 RMk. und
 " " 2 ccm " " 9,05 "
 beträgt (vorher 7,05 bzw. 8,25 RMk.)

Im ganzen lässt sich natürlich gerade in der Heimarbeit die wirkliche Lohnentwicklung am schwersten feststellen. Viele der überaus zahlreichen Tarifänderungen, die von dem Sondertreuhänder vorgenommen werden, sind einfach eine Folge der Bürokratisierung, der Ausschaltung jeder Möglichkeit, durch Verhandlungen mit unabhängigen Vertrauensleuten der Arbeiter die Lohnverhältnisse laufend an veränderte Arbeitsbedingungen anzupassen.

Eine einschneidende Verschlechterung der Mindestlöhne der jugendlichen Arbeiter erfolgte in den Montagebetrieben der Eisen- und Metallindustrie Westfalens. Die Sätze der Tarifordnung vom 12. Juni 1936 (RABl VI. 683) wurden durch Tarifordnung vom 8. 10. 36 (RABl VI. S. 1055) wie folgt geändert:

Jüngere Gefolgschaftsmitglieder erhalten:

Im Alter von über 20 Jahren	90 v.H., vorher	95 v.H.)	der Sätze
" " " " 19 "	80 v.H. "	90 v.H.)	der Arbei-
" " " " 18 "	70 v.H. "	85 v.H.)	ter über
" " " " 17 "	55 v.H. "	80 v.H.)	21 Jahre
" " " unter 17 "	45 v.H. "	70 v.H.)	

Vorstehende Aenderung der Tarifordnung tritt rückwirkend mit dem 1. August 1936 in Kraft. Beträge, die auf Grund der Tarifordnung vom 12. Juni 1936, veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt Nr. 21 vom 25. Juli 1936, gezahlt worden sind, können jedoch nicht zurückverlangt werden.

Eine Reihe von Lohnverschlechterungen sind auch in der Zeit vom Mai bis November wieder durch Aenderung der Ortsklassen-einteilung erfolgt. So wurde die Tarifordnung für das Speditionsgewerbe, Rheinland vom 19. 9. 35 (RABl VI 1936 S. 23) am 1. Juli 1936 (RABl VI. S. 678) dahin geändert, dass Neuwied von der Ortsklasse II in die Ortsklasse IV, Engelskirchen-Hardt von der Ortsklasse III in die Ortsklasse V und Düren von der Ortsklasse IV in die Ortsklasse V versetzt werden. Für die Neuwieder Speditionsarbeiter bedeutet das einen wöchentlichen Lohnverlust von durchschnittlich 4,- RMk., ebenso für die Spedi-

ditionsarbeiter von Engelskirchen und Hardt, für die von Düren wöchentlich durchschnittlich 2,- RMk. In der Tarifordnung für die Schuhindustrie in Südwestdeutschland wurde am 16. 5. 1936 der Ort Buchen von der Ortsklasse IV in die Ortsklasse V versetzt, und zwar rückwirkend ab 1. April (RABl VI, 1936, S.553). Diese Aenderung bedeutet eine Verschlechterung der Löhne um 4,5%. Da sie rückwirkend vorgenommen wird, muss angenommen werden, dass die Unternehmer sich dort schon vorher nicht an die Tarifordnung gehalten haben.

Wir haben wiederholt (zuletzt im Mai-Heft, Seite A 23) darauf hingewiesen, dass die Rechtskraft der von den Treuhändern erlassenen Tarifordnungen nicht mehr von der Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt abhängt. Zwei Beispiele für eine offene Tarifverschlechterung, die nicht veröffentlicht worden ist, bringen die nachstehenden Berichte:

Schlesien: Die bekannte Glasfabrik Josefinenhütte in Schreiberhau und Petersdorf im Riesengebirge hat seit dem 1. Oktober die Glasarbeiterlöhne um 10% abgebaut, ebenso alle Akkordlöhne. Es wird in Gruppen von vier Mann gearbeitet: ein Meister, ein erster, ein zweiter Gehilfe und ein Lehrling. Der Meister darf bis 42 Mark, der erste Gehilfe bis 31 Mark, der zweite Gehilfe bis 24 Mark und der Lehrling bis 5 Mark pro Woche verdienen. Anfangs nächsten Jahres sollen die Löhne um weitere 15% gesenkt werden. Die neue Tarifordnung wurde, ohne die Arbeiter auch nur zu hören, von dem Treuhänder der Arbeit für Schlesien erlassen. In einer Betriebsversammlung verteidigte der Amtswalter der DAF die Lohnsenkung mit dem Hinweis darauf, dass die Löhne gegenüber dem Ausland zu hoch seien.

Sachsen: Für die Musikinstrumentenbranche wurde eine neue Tarifordnung erlassen, aber nicht veröffentlicht, weil die Vertrauensräte, denen der Tarif in einer Versammlung bekannt gemacht wurde, die einen stürmischen Verlauf nahm, gegen die Neuregelung protestierten. Trotz der seit über einem Jahr anhaltenden Hochkonjunktur ist eine Lohnsenkung von fast 10% erfolgt. Bisher war der tarifliche Spitzenlohn 54 1/2 Pfg., der neue Tarif sieht aber nur eine Spitze von 50 Pfg. vor. Dabei erhalten seit dem Einsetzen der Hochkonjunktur fast in allen Betrieben die guten Arbeiter übertarifliche Löhne von 60 bis 65 Pfg. die Stunde.

In einem Betrieb in X. wurden die Mitgliedsbücher der DAF gesammelt und auf der Dienststelle mit der Drohung abge-

liefert, keinen Pfennig mehr für Beiträge zu zahlen, wenn der Tarif so eingeführt werde, wie er den Vertrauensräten vorgelegt wurde.

So wichtig diese zahlreichen kleineren und grösseren offenen und versteckten amtlichen Lohnverschlechterungen insgesamt auch sind, so geben sie doch nur einen winzigen Ausschnitt aus der deutschen Lohnentwicklung. Die einschneidenden Lohnverschlechterungen vollziehen sich durch Aushöhlung der Tarife und sonstigen Lohnabmachungen. Diese Aushöhlung erfolgt vor allem im Namen des sogenannten "Leistungsprinzips".

5.) Das Leistungsprinzip.

Die Mehrzahl der neuen Tarifordnungen enthält heute bereits jene Formel über den Leistungslohn, auf die wir bereits in unserem Mai-Bericht (Seite A 27) hingewiesen haben. Es hat sich dabei in der Hauptsache folgende Fassung durchgesetzt:

Die in der Lohnordnung festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne und gelten für Gefolgschaftsmitglieder, die die ihnen zugewiesene Arbeit nach den fachüblichen Regeln sauber und in angemessener Zeit ausführen können. Gefolgschaftsmitglieder mit höherer oder besserer Leistung sollen entsprechend höher entlohnt werden.

Gefolgschaftsmitglieder, die infolge ihrer körperlichen oder geistigen Beschaffenheit für die ihnen übertragenen Arbeiten minderleistungsfähig sind, können unter den tariflichen Lohnsätzen entlohnt werden. Die Minderentlohnung richtet sich nach dem Grade der Minderleistungsfähigkeit. Sie wird auf Grund einer Beratung im Vertrauensrat festgesetzt und ist in jedem Falle sofort dem Treuhänder der Arbeit schriftlich anzuzeigen. Die Festsetzung ist unwirksam, wenn ihr der Treuhänder der Arbeit widerspricht.

In Betrieben, in denen kein Vertrauensrat besteht, wird die aus dem gleichen Anlass durch den Betriebsführer festzusetzende Minderentlohnung nur mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit wirksam.

Dem betreffenden Gefolgschaftsmitglied ist die erfolgte Festsetzung durch den Betriebsführer schriftlich mitzuteilen.

Wörtlich oder mit unwesentlichen Abweichungen findet sich diese Formel in folgenden Tarifordnungen aus der Berichtszeit:

Tarifordnung vom:	Berufsgruppe	Geltungsbereich	NABl VI S.
10. 9.36.	Sitzmöbel	Niedersachsen	1076
13.10.36.	Klempner, Instal- lateure etc.	Frankfurt/Main	1096
13.10.36.	Elektroinstal- lateure	Frankfurt/Main	1098
13.10.36.	Kupferschmiede	Frankfurt/Main	1100
13.10.36.	Schlosser	Frankfurt/Main	1101
13.10.36.	Metalldreher	Frankfurt/Main	1103
13.10.36.	Mechaniker	Frankfurt/Main	1105
13.10.36.	Nähmaschinen- mechaniker	Frankfurt/Main	1107
13.10.36.	Metallschleifer	Frankfurt/Main	1108
25. 6.36.	Wäschereien und Plättereien	Frankfurt/Main	743
26. 5.36.	Brotfabriken	Hessen	723
11. 7.36.	Kachelofenfabr.	Schlesien	720
23. 6.36.	Holzhandwerk	Hessen	702
28.10.36.	Elektroindustr.	Mecklenburg	1173
8. 9.36.	Metallindustr.	Mitteldeutschland	950
21. 8.36.	Holzindustrie	Hessen	960
11. 9.36.	Metallhandwerk	Niedersachsen	965
5. 9.36.	Schuhmacher	Württemberg	970
25. 6.36.	Fleischwarenind.	Sachsen	1059
18. 7.36.	Holzgewerbe	Sachsen	754
18. 7.36.	Sitzmöbelind.	Sachsen	776
29. 7.36.	Holzgewerbe	Südwestdeutschland	790
29. 7.36.	Kraftfahrzeug- reparatur	Hessen	806
5. 8.36.	Eisengiessereien.	Pommern	811
6. 8.36.	Möbelindustrie	Westfalen	854 u. 856
16. 7.36.	Wäschereien	Hamburg	903
28. 8.36.) 12. 9.36.)	Klempner	Hessen) Offenbach)	914/16 1022/1028
27. 8.36.	Wäschereien	Kreis Hanau	920

Tarifordnung vom:	Berufsgruppe	Geltungsbereich	RABL VI S.
10. 9.36.	Holzindustrie	Schlesien	1016
16. 4.36.	Angestellte im Grosshandel und Industrie	Saarland	647
25. 5.36.	Pflastersteine- industrie	Mitteldeutschland	567
14. 5.36.	Wäschereien	Gross-Wiesbaden	538
16. 9.36.	Landwirtschaft	Schleswig-Holstein	1117

Daneben finden sich aber auch noch weitergehende oder noch kautschukartigere Formulierungen des Leistungsprinzips als "körperliche oder geistige Beschaffenheit". So heisst es in den Tarifordnungen für das Holzhandwerk im Regierungsbezirk Magdeburg vom 24. 10. 36 (RABL VI S. 1147):

Die Entlohnung soll nach den Leistungen des einzelnen Gefolgschaftsmitgliedes erfolgen, jedoch dürfen die in der als Anhang beigefügten Lohnordnung verzeichneten Löhne (mit Ausnahme von Abs. 2) nicht unterschritten werden.

Die in der Lohnordnung festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne und gelten für Gefolgschaftsmitglieder, die die ihnen zugewiesene Arbeit nach den fachüblichen Regeln sauber und in angemessener Zeit ausführen können. Gefolgschaftsmitglieder mit höherer oder besserer Leistung sollen entsprechend höher entlohnt werden. Mit nachweislich minderleistungsfähigen Gefolgschaftsmitgliedern kann mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit ein von den Tariflöhnen abweichendes Arbeitsentgelt vereinbart werden.

In der Tarifordnung für die Elektroindustrie in Mecklenburg vom 28. 10. 1936 (RABL VI S. 1173) lautet die Formel:

Gefolgschaftsmitglieder, die infolge eines geistigen oder körperlichen Gebrechens minderleistungsfähig sind, können notfalls unter den Mindestlöhnen dieser Tarifordnung beschäftigt werden. Die Minderentlohnung wird in Betrieben, in denen kein Vertrauensrat besteht, nur mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit wirksam. Im übrigen wird sie auf Grund einer Beratung im Vertrauensrat festgesetzt und ist sofort dem Treuhänder der Arbeit schriftlich anzuzeigen. Die Festsetzung wird unwirksam, falls der Treuhänder der Arbeit ihr widerspricht.

Hier ist schon nicht mehr die Rede davon, dass die Festsetzung des geringeren Lohnes dem betreffenden "Gefolgschafts-

mitglied" schriftlich mitzuteilen ist, sondern nur dem Treuhänder.

In der Tarifordnung für die Metallindustrie in Württemberg (RABl VI S. 606) wird einfach gesagt:

Offenbar minderleistungsfähige Arbeiter können ihren Leistungen entsprechend mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit abweichend von den tariflichen Mindestsätzen entlohnt werden.

Noch knapper ist der Treuhänder für Württemberg in der Tarifordnung für die Gipswerke vom 31. 7. 36 (RABl VI S. 784):

Die Vereinbarung besonderer Löhne für minderleistungsfähige Gefolgschaftsangehörige ist zulässig. Sie bedarf in jedem Falle der Genehmigung des Treuhänders der Arbeit.

In den Tarifordnungen für das Holzhandwerk in Thüringen (RABl VI S. 900) und für die Granitsteinwerke in Bayern (RABl VI 745) lautet die Formel:

Mit nachweislich minderleistungsfähigen Gefolgschaftsmitgliedern kann mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit ein von den Tariflöhnen abweichendes Arbeitsentgelt vereinbart werden.

Von besonderer Bedeutung ist das "Leistungsprinzip" für die Lohnregelungen bei Akkordarbeit. Früher enthielten die Tarifverträge regelmässig einen Garantielohn für Akkordarbeiter, der durchweg über dem Stundenlohn lag (meist Stundenlohn und 15%, oft aber auch mehr). Diese Vorschriften sollten die Arbeiter vor allem vor einem Antreibersystem durch übermässig scharfe Akkordkalkulation schützen. Häufig werden diese Vorschriften auch in die Tarifordnungen der Treuhänder übernommen, aber sie haben keinen praktischen Wert mehr, weil der Arbeiter der Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist und ihm weder eine Gewerkschaft noch eine Lohnkommission zur Seite steht. Dass er auch vor den Arbeitsgerichten kein Recht findet, geht aus einem Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 7. Oktober (77/36) hervor, das von grundsätzlicher Bedeutung ist. Mit diesem Urteil hat das Reichsarbeitsgericht entschieden, dass ein Anspruch eines Akkordarbeiters, mindestens den tariflichen Stundenlohn zu verdienen, (von

Akkordzuschlägen wird überhaupt nicht gesprochen!), nicht besteht. Damit ist der Akkorddrückerei vollends freie Bahn gemacht, was umso wichtiger ist, als sich aus der Verwendung von Ersatzstoffen im wachsenden Masse Akkordeinbussen ergeben.

Dem Bestreben, das Leistungsprinzip bei der Entlohnung zur Geltung zu bringen, dienen auch die Versuche, die Löhne und Gehälter möglichst zu individualisieren und aus besonderem Anlass Sondervergütungen zu gewähren. So hat der Rhenus-Fendel-Konzern durch seinen Betriebsführer am 4. September 1936 ein Rundschreiben an seine Schriftführer gerichtet, in dem es heisst:

"Im Einklang mit den Bestrebungen der Regierung zur Besserung der sozialen Lage der in der Wirtschaft tätigen Volksgenossen haben wir die Einkommens-Verhältnisse der Gehaltsempfänger (Kapitäne, Schiffsführer und erste Maschinisten) generell einer Prüfung unterzogen.

Es ist unser Wille, die in der Tarifordnung vorgesehenen Gehaltssätze in der Folge nach Massgabe der Leistung und des Dienstalters jedes einzelnen von Zeit zu Zeit revidieren.

Voraussetzung hierfür ist, dass die Wirtschaftlichkeit unseres eigenen Betriebes die Durchführung dieses Vorsatzes gestattet. Dies ist uns nur möglich bei einer interessevollen Zusammenarbeit und Mitarbeit der gesamten Gefolgschaft, insbesondere der auf den einzelnen Fahrzeugen das Kommando führenden und die Interessen der Firma wahrnehmenden Kapitäne, Schiffsführer und ersten Maschinisten.

In Verfolg dieser Gehaltsrevision beträgt vom laufenden Monat (1. September 1936) ab Ihr Gehalt einschliesslich der Leistungszulage bzw. der Pauschale für Sondervergütungen..."

Trotz der allgemeinen Parole, die Löhne zu "halten", appelliert die Arbeitsfront auch in diesem Jahre wieder an die Betriebsführer, Weihnachtsgratifikationen - möglichst höher als im Vorjahre - zu geben. Zwei Binnenschifffahrtsreedereien (im westdeutschen Kanalgebiet und auf dem Rhein) und ein Düsseldorfer Walzwerk haben aus Anlass eines günstigen Geschäftsabchlusses ihren Gefolgschaftsmitgliedern Sondervergütungen ausbezahlt.

Wie sich das Leistungsprinzip in der Praxis, insbesondere bei den Akkordlöhnen, auswirkt, geht aus den folgenden Betriebsberichten hervor:

Berlin: In der Werkstarifordnung eines Metallwerkes heisst es:

"Bei vorübergehender Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz erhält der Arbeiter den Lohnsatz seines Stammarbeitsplatzes. Bei besonderer Bewährung kann, falls die vorübergehende Tätigkeit in eine höhere Lohngruppe fällt, der Lohnsatz dieser höheren Lohngruppe gezahlt werden."

Ebenso ist von "besonderer Bewährung" in der dazu gehörenden Lohn tafel die Rede:

"Die nachstehenden Tarifsätze gelten als Grundlage für die Entlohnung. Bei Stücklohnarbeitern kommen auf diese Tarifsätze die jeweils bekanntzugebenden Akkordzuschläge. Bei Zeitlohnarbeitern wird auf diese Tarifsätze je nach Bewährung ein Akkordausgleich bezahlt."

In dem Abschnitt über Akkordarbeit finden sich folgende Bestimmungen:

"3. Werden Stücklohnarbeiter in Einzelfällen mit Stücklohnarbeiten beschäftigt, die einer tieferen Lohngruppe angehören, so erhalten sie für diese Arbeit den Stücklohner satz, der dafür vorgesehen ist.

Bei vorübergehendem Aussetzen der Stücklohnarbeit infolge Störung, Umstellung oder Materialmangel usw. (vgl. III. 2a) erhalten sie den Zeitlohn der betreffenden niedrigeren Lohngruppe, sofern die Versetzung an den Arbeitsplatz mit niedrigerer Entlohnung infolge Arbeitsmangel erfolgt ist.

....

7. Entsteht über die Angemessenheit eines Stücklohnpreises Streit und wird eine Einigung nicht erzielt, so wird der Stücklohnpreis vom Führer des Betriebes oder von einem von ihm Beauftragten unter Hinzuziehung eines sachverständigen Vertrauensrats- oder Gefolgschaftsmitgliedes nach den vorgenannten Grundsätzen ordnungsmässiger Stücklohnbe rechnung nachgeprüft. Ergibt sich bei dieser Nachprüfung Uebereinstimmung über die Höhe des Stücklohnpreises, so ist dieser Preis für die Ausführung der Arbeit auch rückwirkend massgebend."

Was zu geschehen hat, wenn eine Einigung über den Akkordpreis nicht erzielt wird, ist leider nicht gesagt.

Sachsen: Eine Arbeiterin aus einer grossen Kartonnagenfabrik berichtet: Bei uns werden meist Maschinen-Kartonnagen hergestellt. Dabei verdienen wir im Durchschnitt 5,10 RMk. am Tage bei 8-stündiger Arbeitszeit. Kürzlich erhielten wir einen neuen Artikel als Handarbeit. Ich musste von der Maschine weg, um bei dieser Partie mitzuarbeiten, weil ich früher bereits solche Arbeiten gemacht hatte. Die ersten vier Tage zahlte man uns zum Einrichten den Akkordmindestlohn, d.i. 15% über

dem Stundenlohn, und dann hiess es, dass der Artikel in Akkord gemacht werden müsste. An diesem Artikel arbeiten 6 Mädchen, jedes macht einen bestimmten Teil und schon aus diesem Grunde kann niemand in der Arbeit nachlassen, weil sonst die anderen nicht sofort weiterkönnen. Trotz grösster Anstrengungen kamen wir mit diesem Artikel nur auf 4,- RMk. pro Tag, während wir an der Maschine 5,10 RMk. hatten. Daraufhin wurden wir beim Chef vorstellig. Zu dieser Verhandlung wurden auch der Vertrauensrat und die zwei Direktrizen hinzugezogen. Der Chef erklärte, dass dieser Artikel so kalkuliert sei und es unmöglich wäre, dafür einen besseren Preis zu zahlen. Wem es nicht passe, der könne ja gehen. Und die eine Direktrice meinte, man solle nur etwas flinker sein. Wir mussten also den ganzen Posten für diesen Lohn aufarbeiten.

Aus einer Textilfabrik: Bis zu der Machtübernahme Hitlers war bei uns folgendes Akkordsystem vorherrschend: Stundenlohn plus 15% Akkordzuschlag. Dieser Lohn wurde auf die Schusszahl umgerechnet und war ständig garantiert. Wir erhielten pro 1.000 Schuss 7 Pfennige, damit kamen wir auf ca. 20% über den Tarif. Anders wurde dies im Jahre 1934: Nach dem Umbau der Stühle zu Automatenstühlen wurde der Lohn pro 1.000 Schuss auf 5 Pfg. ermässigt mit dem Ergebnis, dass wir um ungefähr 10% unter dem bisher verdienten Lohn blieben. Im Januar 1936 wurde eine nochmalige Lohnsenkung auf 3 Pfg. pro 1.000 Schuss ohne Begründung durchgeführt. Dazu kam die Einführung von Kurzarbeit auf 36 Stunden, so dass wir jetzt 7,- bis 11,- RMk. in der Woche verdienen. Höher kommt zur Zeit niemand. Alles wurde mit Duldung des Nazi-Vertrauensrats vorgenommen. Kein Mensch wagt dagegen anzugehen, da der Chef mit Entlassungen schnell zur Hand ist.

In dem Wissmuth-Bergwerk in X. beträgt der Lohn pro Schicht 5,52 RMk. Es besteht aber neben diesem Lohnsatz noch eine Art Prämiensystem, wodurch die Möglichkeit besteht, noch eine Prämie von 1,30 RMk. pro Tag zu verdienen. Alle mehr geförderten Kubikmeter werden seit dem Umsturz nicht mehr bezahlt.

Bei der Spinnerei und Weberei Y. klagen alle Arbeiter, sowohl Spinner als auch Weber, über das schlechte Material. Sie können infolge des schlechten Materials nur noch zwei Drittel ihres früheren Lohnes verdienen. Vorstellungen beim Betriebsleiter deswegen waren erfolglos.

Feinmechanischer Grossbetrieb: Früher hatten Akkord- und Stundenlöhner bei vorübergehender Beschäftigung mit geringerer Arbeit Anspruch auf Fortzahlung ihres bisherigen Verdienstes für einen Tag. Jetzt gehen sie sofort in die entsprechende niedrigere Lohnklasse über. Allerdings wird auch das nicht in allen Fällen durchgeführt, sondern hängt oft vom Meister ab.

Schlesien: Im Drachtwerk Z. wurden die Solleistungen im Akkord heraufgesetzt, aber die Löhne sind die gleichen geblieben, so dass auf diese Weise eine Lohnkürzung von etwa 20,- Mark monatlich erfolgte. Bei den "Maschinen"-Metallarbeitern auf den Gruben um Hindenburg und Beuthen wurden die Akkordsätze bei bestimmten Artikeln herabgesetzt, aber die gleiche Stückleistung wie bisher gefordert. Auf der Sosnitzagrube bei Gleiwitz wurde ebenfalls eine Lohnherabsetzung durch Erhöhung der Solleistung geplant. Da sich die Belegschaft weigerte, die höhere Solleistung innerhalb des Achtstundentages zu erfüllen, wird sie jetzt unter Drohung sofortiger Entlassung gezwungen, 9 Stunden zu arbeiten, um das Soll herauszufördern.

Das Arbeitsgericht Hindenburg hat die Klage einer im Gedingelohn stehenden Kolonne der Borsig-Kokowerke, den Lohn eines neu der Kolonne zugewiesenen Haspelwärters nicht auf das Kolonnen-Gedinge anzurechnen und für Nebenarbeiten und Warten am Schacht Ausgleichszulagen zu zahlen, grundsätzlich abgewiesen. Die Entscheidung hat für den Oberschlesischen Bergbau allgemeine Bedeutung.

Auf dem Haydschacht in Hermsdorf (Waldenburger Bergland) wurde durch den neu eingestellten Betriebsleiter der Schichtlohn um 35 Pfg. gekürzt. Darüber herrscht unter der Belegschaft starke Verärgerung. Aber niemand hat den Mut, sich zu beschweren. Man versuchte, einen SS-Mann zu einer Beschwerde bei der DAF zu veranlassen. Er lehnte ab mit der Begründung, dass eine solche Beschwerde dem Betriebsleiter zur Kenntnis gebracht werden würde und er dann bald arbeitslos sei.

Bayern: In einer gut beschäftigten Glasfabrik im bayerischen Wald werden die Tariflöhne ebensowenig wie in den anderen Glasfabriken dort eingehalten. Es gibt keine bindenden Vereinbarungen und die Akkordsätze werden von Fall zu Fall ausgehandelt. Das erbitterte Feilschen um jeden Pfennig endet meist damit, dass die Arbeiter gezwungen sind, das Angebot der Firma anzunehmen oder die Arbeit aufzugeben. Der Vertrauensrat kümmert sich überhaupt nicht um die Gefolgschaft, die ihn auch dementsprechend einschätzt. Jeder weiss, dass der Betriebsobmann immer zu Arbeiten kommt, die ihm den doppelten Lohn einbringen. Durch vollständige Passivität dankt dieser dem Betriebsführer für diese Bevorzugung. Die Arbeiter sind ganz auf das Wohlwollen des Unternehmers angewiesen und sehen immer erst bei der Lohnauszahlung, welche Akkordsätze ihnen bewilligt worden sind. Es kommt auch vor, dass ihnen ein höherer Akkordsatz verrechnet wird, als sie zu bekommen geglaubt haben. Der Betriebsführer versäumt keine Gelegenheit, sich vor den Arbeitern als armer Teufel auszugeben, der genau so schuftet muss wie sie und auch nicht mehr hat wie das notdürftige Auskommen.

In der Kristallglasfabrik B (500 Arbeiter), die seit dem Frühjahr ausschliesslich für den Export nach Südwestafrika und England arbeitet, werden Akkordsätze bezahlt, die jeder Beschreibung spotten. Der Stücklohn wird zwischen Meister und Betriebsleitung ausgehandelt. Bei den Verhandlungen wird auch oft die Arbeitsfront angerufen. Dann erscheint der Amtswalter X. und benimmt sich so, als ob er von dem Unternehmer bezahlt wäre. So wurden z.B. die Akkordsätze für Li-körgläser ausgehandelt. Die Meister verlangten 6 Pfg. pro Stück als mindeste Forderung, die Direktion wollte nur 4 Pfg. bieten. Nach längerem Hin und Her machte sich der Amtswalter X. zum Helfer des Unternehmens und redete den Arbeitern zu, doch mit 4 Pfg. zufrieden zu sein: "Seid doch nicht so kleinlich und probiert's halt einmal; kommt ihr nicht zu-recht, dann kann man ja vielleicht noch einmal reden." Als aber die Akkordsätze einmal eingeführt worden waren, änderte sich nichts mehr und niemand redete darüber und fragte, ob die Arbeiter überhaupt auskommen.

Die Lohnsätze der Arbeiter in der Fabrik errechnen sich nach einem ganz bestimmten Hundertsatz. Alle Arbeiter einer Werkstatt werden als eine Lohngruppe angesehen. Der Meister der Werkstatt verhandelt mit dem Unternehmer über den Akkord-stücklohn. Am Schluss der Woche wird der Gesamtlohn der Werk-statt nach folgendem Schlüssel an die Arbeiter aufgeteilt:

Meister	100%
1 alter Stengelzieher	95%
Glasbläser	77%
Bodenanfänger	50%
Glasanfänger	40%
Kübelmacher	36%
Einträger	29%

Gewöhnlich arbeiten bei einer Arbeitspartei 1 Meister, 1 Stengelzieher, 2 Glasbläser, 1 Bodenanfänger, 1 Glasanfänger, 1 Kübelmacher und 3 Einträger. Wenn z.B. der Meister einen Grundlohn von 22,- RMk. bekommt, erhält der Bodenanfänger 11,- RMk., der Einträger nur 6,38 RMk. Versprochen wurde den Glasanfängern 18,- RMk., tatsächlich kommen sie nicht höher als auf 8,80 RMk. in der Woche.

Südwestdeutschland: In einer grossen Lederfabrik (über 5.000 Arbeiter) sind die Löhne nominell nicht gesenkt worden. Doch herrscht im Betrieb eine ausserordentlich entwickelte Akkordschinderei. Besonders auffällig ist, dass in der letzten Zeit die Qualität des zur Verarbeitung gelangenden Leders immer schlechter wird. Das "Deutsche Chevreaux", das in Ermangelung von Devisen die australische Qualitätsware ersetzen muss, ist mit dem früheren Material nicht vergleichbar. Das verursacht natürlich auch eine nicht unbeträchtliche Akkordeinbusse. Die Stimmung der Belegschaft ist daher nichts weniger als gut. Aber von irgendwelchen selbständigen

Regungen ist keine Rede.

Für das Industriegebiet Mannheim kann ganz allgemein festgestellt werden, dass die Tarifverträge noch überall in Geltung sind. Bei der Festsetzung der Akkorde geht es natürlich scharf zu. Einzelne Verschlechterungen sind aber dabei sehr schwer festzustellen, da das Ziel der Akkordherabsetzungen meistens durch Zerlegung des Arbeitsganges zu erreichen versucht wird.

Grosser Metallbetrieb: Es ist nicht nur in diesem Betrieb, sondern überall in der Metallindustrie üblich, dass den Arbeitern, wenn sie über einen bestimmten Verdienstsatz hinauskommen, die Akkorde abgebaut werden. Durch irgend einen Zufall hatte der Personalchef unseres Betriebes gehört, dass ein Arbeiter diese Erfahrung, die alle Spatzen von den Dächern pfeifen, offen ausgesprochen hatte. Der Mann wurde vor die Betriebsführung zitiert und dort wurde ihm gesagt, dass seine Behauptung unwahr sei. Er blieb zunächst bei seiner Behauptung und nun erteilte ihm die Betriebsleitung den strikten Auftrag, durch das Zeugnis von Kollegen den Nachweis für seine Behauptung zu erbringen. Natürlich konnte er keinen einzigen Mann finden, der bereit gewesen wäre, sich selbst durch eine Aussage auf die schwarze Liste zu setzen. Und nach 6 Wochen musste der Mann in der Werkzeitung, in der die ganze Sache ausführlich und breit behandelt wurde, eine Erklärung abgeben, dass seine Behauptung unwahr gewesen sei.

Wasserkante: In den Metallwerken X. betrug die Löhne der Nieter bisher 65 Pfg. die Stunde mit 20% Zulage, zusammen also 78 Pfg. 800 Nieter am Tage waren die Leistung. Jetzt hat man wieder Akkord eingeführt, dabei sind die 20% weggefallen. Es mussten jetzt 1.200 Nieter pro Tag geleistet werden, um den gleichen Lohn zu erhalten. Von der Betriebsführung wurden diese 1.200 Nieter als Mindestleistung verlangt. Darauf setzte Widerstand ein. Die Nieter schlugen höchstens 500 bis 600 Nieter täglich ein. Ihr Wochenlohn war 21,-RMk. Jetzt wurden 4 Leute entlassen und gleichzeitig bekanntgegeben, dass, wenn nicht 1.200 Nieter am Tage geschafft würden, die Belegschaft wegen Sabotage der Gestapo übergeben werde. Die DAF hat sich in diesem Fall für nicht zuständig erklärt. Schliesslich haben die Arbeiter erklärt, dass sie nicht mehr als 1.000 Nieter am Tage schaffen könnten. Hierbei ist es geblieben.

Die Flugzeugwerke Y. beschäftigen nur hochqualifizierte Metallarbeiter. Der Stundenlohn betrug bis zum Januar 1936 82 Pfg. die Stunde und 2 Pfg. Familienzulage. Seitdem hat man ein Akkordsystem eingeführt. Das Normalarbeitstempo betrug 150 bis 160 Stunden pro Arbeitsstück. Nun hat man den Akkord auf 120 Arbeitsstunden festgesetzt und für die Uebergangszeit 10 Stunden in der Woche extra zugegeben. Jetzt beträgt der Akkordgrundlohn 75 Pfg. und 2 Pfg. Familienzulage.

Es ist aber unmöglich, das Arbeitsstück in 120 Stunden fertigzustellen, so dass eine erhebliche Herabsetzung des Lohnes erfolgt ist. Gearbeitet wird 8 bis 10 Stunden durchschnittlich am Tage.

6.) Unverbindlichkeit und Abdingbarkeit der Tarifverträge.

Bereits das "Leistungsprinzip", das die Unterschreitung der Tarifsätze gestattet, macht die Tarife unverbindlich, da es jede willkürliche Auslegung zulässt. Aber die Allgemeinverbindlichkeit und Unabdingbarkeit der Tarife, die früher das Kernstück des Tarifvertragsrechts waren, wird noch auf andere Weise aufgehoben. In dieser Richtung wirkt insbesondere heute auch die Tätigkeit der Arbeitsgerichte. So hat das Reichsarbeitsgericht z.B. in einer Entscheidung vom 21. März 1936 (RAG 275/35) folgenden bezeichnenden Grundsatz aufgestellt:

"Bestimmt der Tarif, "dass bessere Anstellungsbedingungen durch den Tarif nicht verschlechtert werden dürfen", so schliesst das nicht aus, dass günstigere Arbeitsverhältnisse durch fristgemässe Kündigung beendet und durch neue ersetzt werden.

In der Weiterarbeit liegt die stillschweigende Annahme eines mit der Kündigung verbundenen neuen Vertragsangebots auch dann, wenn das Gefolgschaftsmitglied zunächst gegen die neue Entgeltregelung Einspruch erhoben hat. "

Diese Entscheidung ist von grosser praktischer Bedeutung, weil die zitierte Formulierung in den meisten Tarifordnungen der Treuhänder zu finden ist.

Die Treuhänder selbst aber haben das Recht, die Verbindlichkeit einer Tarifordnung ganz oder teilweise aufzuheben und eine solche Entscheidung braucht nicht einmal veröffentlicht zu werden. Es sind aber auch in den letzten Monaten wieder eine Reihe von Tarifordnungen mit einem Sonderparagrafen erschienen, der es ermöglicht, jede Tarifordnung örtlich oder betrieblich von heute auf morgen oder gar rückwirkend aufzuheben. In der Tarifordnung für die Sitzmöbelindustrie Sachsens heisst es z. B. kurz und umfassend (RABl VI S. 776):

"Für einzelne Fälle oder auf Grund örtlicher oder betrieblicher Besonderheiten bleiben dem Treuhänder der Arbeit Sonderregelungen vorbehalten."

Aehnlich formuliert der Treuhänder in der Tarifordnung für das sächsische Holzgewerbe (RABL VI S. 444):

"Für einzelne Fälle oder auf Grund örtlicher Besonderheiten, sowie zur Vermeidung von unbilligen Härten bei der Durchführung dieser Tarifordnung nebst Lohnordnung bleiben dem Treuhänder der Arbeit Sonderregelungen vorbehalten."

Wie aber die Treuhänder die Institution der Tarifordnungen unter dem Gesichtspunkt der Verbindlichkeit überhaupt betrachten, geht aus einem Rundschreiben des Treuhänders für Westfalen hervor, über das in "Arbeit und Staat" vom 11. November 1936 mitgeteilt wird (Unterstreichungen im Original gesperrt):

"In einem Rundschreiben an die Betriebsführer der Rheinschiffahrts-Unternehmungen weist der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen, Essen, als Sonderbeauftragter für die Rheinschiffahrt und westdeutsche Kanalschiffahrt darauf hin, dass eine Tarifordnung angesichts der Mannigfaltigkeit im Wirtschafts- und Arbeitsleben Härten und teilweise auch Unrichtigkeiten enthalten könne, und dass es Aufgabe der Schiffahrtsunternehmungen selbst sei, in diesen Fällen Abhilfe zu schaffen, wie überhaupt der Standpunkt nicht genügend betont werden könne, dass die reine buchstabemässige Beachtung der Tarifvorschriften oft unerwünschte Folgen zeitigen könne.

Aus diesen Gründen möchte der Sondertreuhänder auch davon Abstand nehmen, die Tarifordnungen wiederholt abzuändern, und gibt anschliessend einige Anregungen, die das Ergebnis einer monatelangen eingehenden Prüfung und Beobachtung der Arbeitsverhältnisse in der Rheinschiffahrt darstellen. Dieselben sollen den Zweck verfolgen, die Schiffahrtsunternehmungen aus freien Stücken zu veranlassen, entsprechend seinen Anregungen unabhängig von den Vorschriften der Tarifordnung zu verfahren."

Wie es in der Praxis um die Verbindlichkeit der Tarifordnungen steht, zeigen folgende Beispiele:

Bayern: In der Damenwäschefabrik X. werden Löhne gezahlt, die weit unter dem Branchentarif liegen. Bei einer letzthin vorgenommenen Tarifkontrolle stellte sich der Betriebsobmann auf die Seite des Unternehmers und machte falsche Angaben. Die Arbeiterschaft wurde nicht gefragt, da ja der Obmann als allein zuständig betrachtet wird. Als die Belegschaft von diesem Schwindel erfuhr, machte sie die Anzeige an die Arbeitsfront, die aber nicht einmal beantwortet wurde.

Porzellanfabrik Y. Der bereits angekündigte Lohnabbau (vgl. Mai-Bericht, Seite A 42) ist inzwischen für die Abteilungen zur Herstellung des Rohporzellans in der Höhe von 5 bis 30% --verschieden, je nach dem Artikel-- durchgeführt worden. Begründet wurde die Lohnsenkung damit, dass es sich um einen italienischen Auftrag handele, der nur ausgeführt werden könne, wenn die Lohnkosten vermindert würden. Die alten Artikel lässt man zu den alten Löhnen herstellen. Aber alte Artikel werden ja immer weniger benötigt und die neuen Artikel sind eben "italienischer Auftrag". Bei einer Sorte Porzellansachen, für die es nach dem geltenden Tarif für 100 Stück 7,50 RMk. Arbeitslohn hätte geben müssen, werden jetzt z.B. nur 6,30 RMk. bezahlt. Die DAF, der die Sache gemeldet wurde, hat auf der ganzen Linie versagt.

Sachsen: Obwohl die Führer der DAF in der Presse in letzter Zeit wiederholt versichert haben, dass keinerlei Abzüge innerhalb der Betriebe vorgenommen würden, ist doch bei der Textilfabrik in X. in der Abteilung: Vorbereitung und Wäschelei, ein Abbau von ungefähr 2% erfolgt. Auch die anderen Abteilungen befürchten einen baldigen Abbau der Löhne.

Wasserkante: Im Gegensatz zu den hohen Verdiensten der Facharbeiter stehen in unserem Betrieb (Metallwerk) die geringen Löhne der weiblichen Arbeiter. Ihre Verdienste bewegen sich zwischen 12 und 16 RMk. die Woche. Es kommt hinzu, dass sie keine Stelle haben, an die sie sich bei irgend welchen Streitigkeiten wenden können. Sie sind vollkommen recht- und schutzlos, jeder Willkür ausgesetzt. Sie sind ja nicht unersetzliche, hochqualifizierte Facharbeiter. Das hören sie bei jeder Gelegenheit, wenn sie beim "Vertrauensrat" Klage führen. In ihrer Verzweiflung suchen sie dann sehr oft den früheren Betriebsratsvorsitzenden auf und bitten ihn um Rat und Hilfe.

Rheinland: In der Aachener Textilindustrie schaffte man nach dem Machtantritt der Nazis auf der ganzen Linie das Doppelstuhlsystem ab. Lange hat die Sache nicht gedauert. Jetzt ist die Methode des Doppelstuhlsystems wieder in vollem Gang, trotz der allgemeinen Krise in der Textilindustrie. Kein Unternehmer lässt sich noch durch die Anordnungen des Treuhänders der Arbeit stören. Tarifbestimmungen auch anderer Art werden nicht eingehalten. Sowohl die Arbeitsmethode wie auch die Löhne werden völlig willkürlich gehandhabt. Im Aachener Bezirk sind z.B. die Akkorde seit 1933 effektiv um 30% gesunken.

Ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer, liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Hier hat der Treuhänder der Arbeit Bürger von vornherein darauf verzichtet, Tarifordnungen zu erlassen, sondern hat sich mit dem Erlass von "Richtlinien" begnügt, an die sich die Landwirte halten sollen. Vor kurzem musste Bürger in einem Aufruf an die rheinische Landwirtschaft feststellen:

"Im Laufe der Zeit hat sich aber nun herausgestellt, dass ein grosser Prozentsatz der landwirtschaftlichen Betriebsführer es nicht für notwendig befunden hat, die Bestimmungen der Richtlinien einzuhalten, obwohl deren Betriebe es tragen könnten. Die Unternehmer fordere ich hiermit zum letzten Mal nachdrücklichst auf, die Entlohnung nach den Bestimmungen der Richtlinien vorzunehmen. Spätestens im Oktober werde ich umfangreiche Ermittlungen anstellen, um festzustellen, dass einige landwirtschaftliche Betriebsführer diesen Aufruf unbeachtet lassen, so werde ich für diese eine Tarifordnung erlassen, während für alle anderen Betriebe weiterhin die Richtlinien gelten sollen."

Bei dieser Ankündigung (für deren Stil wir nicht verantwortlich sind) ist es bis jetzt geblieben!

7.) Die Arbeitszeit.

Vor allem ist es die Arbeitszeitregelung, die sich in fast allen Tarifverträgen durch einen besonderen Mangel an Präzision auszeichnet. Das braucht nicht einmal in der einzelnen Tarifordnung zum Ausdruck zu kommen, da bereits die Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934, die im Mai-Bericht eingehend behandelt wurde, die vielseitigsten Möglichkeiten zur willkürlichen Verlängerung der regulären Arbeitszeit eröffnet. In zahlreichen Tarifordnungen wird aber noch besonders auf die Dehnbarkeit des Arbeitstages hingewiesen. So heisst es z.B. in der Tarifordnung für die Angestellten des Grosshandels und der Industrie im Saarland, vom 14. 4. 1936 (RABl VI S. 647):

"Eine geringfügige Ueberschreitung der Arbeitszeit bis zu 30 Minuten täglich in Ausnahmefällen bleibt zuschlagsfrei. Desgleichen entfällt der Zuschlag, wenn die Mehrarbeit nicht durch den Betriebsführer oder seinen Beauftragten angeordnet wurde."

In der Tarifordnung des Treuhänders für Südwestdeutschland für das Flaschner- und Installationshandwerk in Württemberg (RABl VI S. 795) wird bestimmt:

"Bei einer Ueberschreitung der täglichen Arbeitszeit zum Zwecke der Zuendeführung einer begonnenen Arbeit kann von der Zahlung des Mehrarbeitszuschlages Abstand genommen werden, sofern die Ueberschreitung nicht mehr als 1/2 Stunde beträgt. Diese Bestimmung darf nicht zu einer regelmässigen Ueberschreitung der täglichen Arbeitszeit führen."

Aehnliche Beispiele lassen sich aus vielen Tarifordnungen beibringen. Da es unter den Bedingungen, unter denen in Deutschland gearbeitet werden muss, eine Kleinigkeit ist, Mehrarbeit ohne ausdrückliche Anordnung des Betriebsführers zu erzwingen, bietet ein solcher Zusatz ohne weiteres die Möglichkeit, die Zahlung von Ueberstundenzuschlägen überhaupt zu unterlassen.

In der Tarifordnung für die Metallindustrie in Württemberg (RABl VI S. 606) werden die Möglichkeiten der Verlängerung des Arbeitstages besonders ausführlich erörtert und zugleich die Bezahlung der Ueberstunden besonders ungünstig geregelt:

2. Mehrarbeit.

Mehrarbeit kann für den Betrieb, eine Betriebsabteilung, eine Gruppe oder einzelne Gefolgschaftsangehörige im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, wobei 10 Stunden täglich nicht überschritten werden dürfen, angeordnet werden. Wo ein Vertrauensrat besteht, hat in der Regel, insbesondere bei längerer Mehrarbeit, zuvor die Beratung im Vertrauensrat zu erfolgen. Mehrarbeit soll nur angeordnet werden:

a) wenn der verstärkte Arbeitsanfall trotz Mehreinstellung -soweit dies möglich ist- in der regelmässigen Arbeitszeit nicht bewältigt werden kann,

b) wenn die Mehrarbeit der Hereinholung von Verdienstausschlag dient. Als Aussetztage in diesem Sinne kommen in Betracht: der Karsamstag, die Werktage zwischen Weihnachten und Neujahr, zwischen einem Sonntag und dem Weihnachtsfest, zwischen Neujahr und einem Sonntag, sowie die Werktage, an denen infolge von Betriebsstörung nicht gearbeitet werden kann. Betriebsferien gelten nicht als Aussetztage.

3. Zuschläge für Mehrarbeit.

Der Zuschlag beträgt:

a) in der Regel bei einer Ueberschreitung der in Ziffer 1a festgesetzten regelmässigen Wochenarbeitszeit:

bis zu 3 Wochenstunden	15 v.H.
für die weitere Mehrarbeit	25 v.H.
für Mehrarbeit über 60 Wochenstunden hinaus	50 v.H.

b) für Mehrarbeit, welche der Hereinholung von Verdienstausschlag -vgl. oben Ziffer 2b- dient, sofern diese Mehrarbeit in der Zeit von 3 Wochen vor Beginn oder nach Ende der Aussetztage geleistet wird und betrieblich nicht etwas anderes festgelegt wird, 5 v.H.

c) für Mehrarbeit in den Betrieben, in denen regelmässig

zu bestimmten Zeiten des Jahres verstärkt, zu anderen verkürzt gearbeitet wird und die Arbeitszeit im Durchschnitt des Jahres nicht mehr als 48 Stunden beträgt, 10 v.H.

Für welche Zeitabschnitte dieser Mehrarbeitszuschlag Geltung hat, regelt die Betriebsordnung.

Der Sondertreuhänder für den Güterfernverkehr hat folgende Arbeitszeiten festgelegt (RABl VI S. 1171):

1. Die Arbeitszeit einschliesslich Bereitschaftsdienst und Vorbereitungszeit, jedoch ausschliesslich der Pausen, darf 132 Stunden innerhalb von 2 Wochen nicht überschreiten, jedoch darf in keiner der beiden Wochen mehr als 72 Stunden gearbeitet werden.

5. Arbeitsschichten über 12 Stunden sind nur zulässig, wenn das Kraftfahrzeug mit 2 Mann besetzt ist.

6. Innerhalb einer Arbeitsschicht beträgt der reine Dienst des Fahrers am Steuer höchstens 10 Stunden.

Mit dieser Tarifordnung wird die Tarifordnung des Treuhänders für Ostpreussen vom 20. Juli 1935 (RABl VI S. 634, 1935) aufgehoben, in der die zweiwöchige Arbeitszeit auf 120 Stunden begrenzt war.

In der Tarifordnung für das sächsische Holzgewerbe (RABl VI S. 754) wird bestimmt:

Heizer und Maschinisten, sowie deren Helfer, ferner Kraftwagenführer haben über die jeweils für den Betrieb geltende Arbeitszeit hinaus täglich bis zu einer Stunde zuschlagsfreie Mehrarbeit zu leisten. Diese Mehrarbeit gilt als regelmässige Arbeitszeit im Sinne von § 8 AZO.

Für die Brotfabriken in Hessen und Hessen-Nassau wird kurzerhand eine Arbeitszeit von 102 Stunden in der Doppelwoche festgelegt. Darüber hinaus ist Mehrarbeit zulässig, aber zuschlagspflichtig. (RABl VI S. 723).

Für das Friseurgewerbe in Württemberg wurde eine zeitlich und örtlich differenzierte Regelung angeordnet (RABl VI S. 1134):

Die regelmässige werktägliche Arbeitszeit darf einschliesslich der Arbeitsbereitschaft, jedoch ausschliesslich der Pausen, während des Sommerhalbjahres (1. April bis 30. Sept.) 57 Stunden, während des Winterhalbjahres (1. Oktober bis 31. März) 54 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Sie kann in den Orten unter 5.000 Einwohnern bis auf 60 Stunden

ausgedehnt werden. Hierbei darf die reine Arbeitszeit 10 Stunden täglich nicht übersteigen.

Die Tarifordnung für die mitteldeutschen Pflasterstein-, Packlage- usw. Betriebe und dazugehörigen Steinbrüche vom 25. 5. 36 ordnet an:

§ 2 Arbeitszeit

2. Die regelmässige Arbeitszeit kann für den ganzen Betrieb oder einzelne Betriebsabteilungen bzw. Gruppen von Gefolgschaftsmitgliedern durch den Betriebsführer auf 9 Stunden am Tage ausgedehnt werden, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes erfordern.

... In den Fällen des § 2 Abs. 3 ist ein Zuschlag nicht zu zahlen. Das gleiche gilt für folgende Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, wenn eine Vertretung des Beschäftigten durch andere Beschäftigte des Betriebes nicht möglich ist und die Heranziehung betriebsfremder Beschäftigter dem Unternehmer nicht zugemutet werden kann:

1. Bedienung von Kraft-, Beleuchtungs-, Heizungs- und Auszugsanlagen, Öfen und...

2. Vorbereitung von Hilfsstoffen und Instandsetzung von Hilfsgeräten und sonstigen Betriebseinrichtungen...

3. Reinigung und Instandhaltung von Betriebsräumen, Maschinen, Öfen und anderen Betriebseinrichtungen..

4. Arbeiten von Vorarbeitern, Werkführern und sonst bei Beaufsichtigung der Beschäftigten oder des Arbeitsvorganges Beteiligten...

Die unter Nr. 1 bis 4 angeführten Arbeiten sind nur insoweit als Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten anzusehen, als sie insgesamt die Dauer von einer Stunde täglich oder, sofern es sich um Arbeiten auf Grund der Nummern 1 oder 2 allein oder im Zusammentreffen mit Ausnahmen auf Grund einer der übrigen Nummern handelt, die Dauer von 2 Stunden täglich nicht überschreiten.

Falls in Betrieben in Schichten gearbeitet wird, die von der regelmässigen Arbeitszeit abweichen, ist ein Zuschlag nur für Sonntagsarbeit zu zahlen.

Für die Gastwirtsbetriebe des Rheinlandes wird eine 60-stündige Arbeitswoche festgelegt (RABl VI S. 644). Bei kürzeren Arbeitszeiten erfolgen Lohnabschläge in Höhe von

5 v.H.	bei weniger als 54 Stunden wöchentlich
10 v.H.	" " " 48 " "

Ueber die 60-Stundenwoche hinaus ist zuschlagspflichtige Mehrarbeit zulässig.

Für Kraftfahrer, Kutscher und Mitfahrer in den Taschereien Oberhessens wird eine Arbeitszeit von 108 Stunden in zwei Wochen festgesetzt (RABl VI S. 743). Ebenso in Wiesbaden (RABl VI S. 538).

Für die Angestellten des Fleischerhandwerks in St. Goar, Kreuznach, Simmern bestimmt die Tarifordnung vom 24. 7. 36 (RABl VI S. 741):

Vorbereitungs- und Abschlussarbeiten der Angestellten brauchen nicht als Mehrarbeit bezahlt zu werden. Jedoch ist den Angestellten zum Ausgleich hierfür zweimal monatlich ein halber Tag Freizeit von 13 Uhr ab zu gewähren.

Eine gleichlautende Bestimmung enthält die Tarifordnung für das Bäckerhandwerk im Rheinland (RABl VI S. 955).

In der Tarifordnung für das Fuhrgewerbe in Schleswig-Holstein (RABl VI S. 1177) heisst es kurz und bündig:

Bei Vorliegen besonderer betrieblicher Notwendigkeiten kann der Betriebsführer die Arbeitszeit auf 9 Stunden am Tage bzw. 54 Stunden in der Woche festsetzen (Diese Mehrarbeit ist nicht zuschlagspflichtig).

...

Für die Molkereien in Pommern wurden folgende Arbeitszeiten bestimmt (RABl VI S. 725):

In der Zeit vom 1. Oktober bis 15. April beträgt die regelmässige werktägliche Arbeitszeit einschliesslich der Vor- und Nacharbeiten bis zu 54 Stunden wöchentlich, in der Zeit vom 16. April bis 30. September bis zu 60 Stunden wöchentlich, ausschliesslich der Pausen. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht überschreiten.

Darüber hinaus ist zuschlagspflichtige Mehrarbeit zulässig.

Sehr ungünstig ist auch die Regelung für das Speditionsgewerbe in Saarland-Pfalz (RABl VI S. 556):

Für Gefolgschaftsmitglieder, bei denen Arbeitsbereitschaft regelmässig vorliegt, wie für Fuhrleute, Kraftwagen- und Zugmaschinenfahrer und Begleitleute, beträgt die Arbeitszeit einschliesslich der Aus- und Einfahrtszeit 60 Stunden wöchentlich. Als Aus- und Einfahrtszeit gilt die notwendige Arbeitszeit für das Fertigmachen der Geräte und Tiere vor und nach dem Fahren und die Fahrt von und zur Arbeitsstätte. Für die Pflege von Arbeitstieren ist die notwendige Zeit über die angeführte Zeit hinaus zugelassen.

Der Treuhänder für Westfalen traf am 25. 7. 36 (RABl VI S. 762) folgende allgemeine Arbeitszeitregelung:

Tarifordnung als Zusatz zu sämtlichen in meinem Wirtschaftsgebiet als Tarifordnung weitergeltenden Tarifverträgen der Textilindustrie.

Nach Beratung im Vertrauensrat kann der Betriebsführer in notwendigen Fällen bis zu 6 Stunden in der Woche Mehrarbeit anordnen.

Für jede dieser Stunden ist ein Zuschlag von 25 v.H. zu zahlen.

Für das Droschkengewerbe in Westfalen ist die tägliche Arbeitszeit auf

8 Stunden zuzüglich 4 Stunden Vorbereitungs- und Abschlussdienst einschliesslich Dienstbereitschaft und der Pausen festgesetzt worden. Darüber hinaus ist "Mehrarbeit nach Möglichkeit zu vermeiden" (RABl VI S. 626).

Für die Fleischwarenindustrie in Niedersachsen bestimmt die Tarifordnung vom 5. 3. 36 (RABl VI S. 594):

a) Die regelmässige wöchentliche Arbeitszeit beträgt für gewerbliche Arbeitskräfte 48 Stunden, für das Verkaufspersonal 54 Stunden ausschliesslich der Pausen.

Das Verkaufspersonal darf über die regelmässige Arbeitszeit hinaus nach Ladenschluss Aufräumungsarbeiten von höchstens 1/2stündiger -Sonnabends einstündiger- Dauer verrichten; hierfür ist ihm zweimal monatlich 1/2 Tag Freizeit zu gewähren.

Für ausschliesslich im Fahrdienst beschäftigte Gefolgschaftsmitglieder beträgt die Arbeitszeit 54 Stunden wöchentlich einschliesslich Arbeitsbereitschaft (Wagen- und Pferdepflege).

Für das Fleischerhandwerk in Pommern (RABl VI S. 848) wird angeordnet:

..Nicht mehrarbeitszuschlagspflichtig sind ferner Vorbereitungs- und Transportarbeiten, Viehpflege und Aufräumungsarbeiten bis zu einer Höchstdauer von 6 Stunden wöchentlich. Insoweit ist die Mehrarbeitsvergütung bereits in dem Wochenlohn enthalten.

Für die meisten Industrien, in denen Maschinisten, Heizer usw. beschäftigt sind, ist für diese Kategorien eine Arbeitszeit von 54 Stunden festgelegt. (Holzhandwerk in Thüringen - RABl VI S 900-, Brauereigewerbe in Sachsen -RABl VI S 1034-,

Gipswerke in Württemberg -RABl VI S. 784-, Metallindustrie in Thüringen -RABl VI S. 950-, Holzbearbeitende Industrie im Rheinland -RABl VI S. 638-, Feldspatindustrie in Bayern -RABl VI S. 850).

Die Tarifordnung für die Korsettindustrie in Württemberg (RABl VI S. 584) ist bis jetzt die einzige, die eine Arbeitszeitverlängerung mit dem Mangel an geeigneten Arbeitskräften begründet:

Zur Erledigung stossweise einsetzender Aufträge und mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Arbeitskräften kann an 12 Wochen im Jahre über die regelmässige Arbeitszeit von 48 Wochenstunden hinaus Mehrarbeit bis zu 54 Wochenstunden unter Zahlung eines Zuschlages von 5 v.H. in Anspruch genommen werden. Die hierfür in Frage kommenden Zeitabschnitte sind vom Führer des Betriebes nach Beratung im Vertrauensrat festzusetzen.

Für die Molkereien Westfalens wird differenziert zwischen städtischen und ländlichen Betrieben. Für erstere gilt die 48-Stundenwoche, für letztere die 60-Stundenwoche (RABl VI S. 1031).

Eine echt faschistische Lösung hat das Problem des Ausgleichs der Saisonschwankungen in der Tarifordnung des Treuhänders für Westfalen für eine Reihe von Firmen der Beleuchtungskörperindustrie des Kreises Iserlohn gefunden (RABl VI S. 565):

Die regelmässige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, ausschliesslich aller Pausen und Wege. Um besonderen Arbeitsverhältnissen Rechnung zu tragen, kann darüber hinaus während der Saisonzeit eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit bis zu 60 Stunden erfolgen mit der Massgabe, dass die sich dadurch über die sonst tariflich zulässige Arbeitszeit ergebenden Mehrarbeitsstunden während der stillen Zeit innerhalb eines Jahres eingespart werden müssen. Als Stichtag gilt der 1. August. Der Lohn für die im Rahmen dieser Sonderregelung über 50 Stunden wöchentlich hinaus geleistete Arbeitszeit wird in Teilbeträgen bis zum jeweiligen Gegenwert bis zu 48 Stunden Arbeitszeit wöchentlich, erst nach Einführung von Kurzarbeit in der stillen Zeit bzw. mit evtl. Restbeträgen einschliesslich der anteiligen Zinsen am Schluss eines Verrechnungsjahres (das ist am 31. Juli) fällig.

Der Führer des Betriebes ist verpflichtet, zur Sicherung der Ansprüche der Gefolgschaftsangehörigen diese später fällig werden Beträge am Schluss einer jeden Lohnperiode einem bei einer öffentlichen Sparkasse anzulegenden Sperrkonto zu überweisen. Der dem Sperrkonto überwiesene Lohnanteil wird sofort

fällig:

1. wenn dem Gefolgschaftsmitglied gekündigt wird;
2. wenn das Gefolgschaftsmitglied aus wichtigen Gründen gemäss § 124 der GO austritt.

Vor der Zeit können dem Gefolgsmann in sonstigen Ausnahmefällen (z.B. Heirat, Krankheit, Unfall, Tod) nach Beratung im Vertrauensrat Zahlungen aus dem Sperrkonto bis zur Höhe seines Gesamtguthabens geleistet werden.

Die Liste der vom Treuhänder festgesetzten Mehrarbeitszuschläge, die unter dem von der Arbeitszeitordnung als angemessen betrachteten Satz von 25% des Stundenlohns liegen, hat sich seit Mai wieder beträchtlich verlängert. Dabei ist zu bemerken, dass die Bezahlung immer nur für einen kleinen Teil der tatsächlich in Deutschland geleisteten Ueberstunden tariflich geregelt wird.

Die Zusammenstellung nach den im Reichsarbeitsblatt vom Mai bis November erschienenen Tarifordnungen ergibt folgende statistische Liste:

Ueberstundenzuschläge in Tarifordnungen

Gewerbe- zweig:	Geltungs- bereich:	Tarif- ordn.vom:	RABl VI:	Ueberstundenzu- schlag bis zur
Hart- und Kalk- sandsteinind.	Niedersachsen	8.10.36.	1086	54.Stunde 20%
Molkereien	Schlesien	17. 9.36.	1092	55.-60." 10%
Klempner, In- stallateure	Frankfurt/Main	13.10.36.	1096	54.Stunde 20%
Küstenschiffs- werke	Nordmark	30. 5.36.	731	60. " 20%
Forstarbeiter	Westfalen	17. 7.36.	722	54. " 20% ¹⁾
Kachelofenfabr.	Schlesien	11. 7.36.	720	54. " 20%
Speditionsgew.	Westfalen	22. 5.36.	716	60. " 15%
Kiesbaggereien	Minden	15. 7.36.	683	54. " 20%
Elektroinstall.	Frankfurt/Main	13.10.36	1098	54. " 20%
Kupferschmiede	Frankfurt/Main	13.10.36.	1100	54. " 20%

1) Wenn die Ueberstunden nicht innerhalb der Kulturzeit (Pflanzzeit) abgefeiert werden.

Gewerbe- zweig:	Geltungs- bereich:	Tarif- ordn.vom:	RABl VI:	Ueberstundenzu- schlag bis zur	
Schlosser	Frankfurt/Main	13.10.36.	1101	54.Stunde	20%
Metalldreher	Frankfurt/Main	13.10.36.	1103	54. "	20%
Steinwerke, -brüche	Bayern	25. 7.36.	745	54. "	20%
Töpfereien	Westfalen	29. 7.36.	781	54. "	15%
Gipswerke	Württemberg	31. 7.36.	784	54. "	10%
Installation	Württemberg	27. 7.36.	795	51. "	15%
Autoreparatur	Hessen	29. 7.36.	806	54. "	20%
Eis- engiesse- reien	Pommern	5. 8.36.	811	51. "	20%
Kalkwerke	Niedersachsen	20. 8.36.	912	54. "	15%
Klempner	Hessen	28. 8.36.	914	54. "	20%
			u. 916		
Installateure etc.	"	12. 9.36.	1027	54. "	20%
			u. 28		
Flachs-u.Hanf- bearbeitung	Bayern	12. 6.36.	919	54. "	10%
Brauereien	Sachsen	1. 8.36.	1034	54. "	20%
Fuhrgewerbe	Schlesw.Holst.	8.10.36.	1177	54. "	15%
Elektroindustr.	Mecklenburg	28.10.36.	1173	54. "	15%
Metallindustr.	Mitteldeutschl.	8. 9.36.	950	51. "	15%
Metallhandwerk	Niedersachsen	11. 9.36.	965	54. "	10%
Schuhmacher	Württemberg	5. 9.36.	970	54. "	10%
Gipswerke	Bayern	24. 7.36.	973	54. "	10%
Fleischerind.	Sachsen	25. 6.36.	1059	52. "	15%
Metallindustr.	Mecklenburg	30. 5.36.	655	60. "	15% ¹⁾
Spedition	Saarland-Pfalz	11. 5.36.	556	53.bzw.65.	10% ²⁾
Musikinstru- mentenind.	Sachsen	15. 5.36.	560	54.Stunde	15%

1) Wenn der ganze Betrieb oder eine Betriebsabteilung Mehrarbeit leistet. Sonst 25%.

2) In der Tarifordnung heisst es: "Für Gefolgschaftsmitglieder, bei denen Arbeitsbereitschaft regelmässig vorliegt, beträgt die Arbeitszeit .60 Stunden wöchentlich." Erst die folgenden Stunden sind für diese Kategorie zuschlagspflichtig.

Gewerbebezweig	Geltungs- bereich:	Tarif- ordn.vom:	RABl VI.	Ueberstundenzu- schlag bis zur	
Beleuchtungs- körper	Iserlohn	3. 6.36.	565	60.Stunde	10%
Feinmechanik	Hamburg	4. 6.36.	566	60. "	15%
Pflastersteine	Mitteldeutschl.	25. 5.36.	567	54. "	10%
Gaststätten	Sachsen	29. 6.36.	529	60. "	15% ¹⁾

Es ist kein Wunder, dass die kautschukartigen Bestimmungen der Tarifordnungen die Ausbreitung einer rücksichtslosen Ueberstundenwirtschaft begünstigt haben. Besonders grossen Umfang hat sie im Baugewerbe angenommen, vor allem bei Wehrmachtsbauten, weil hier die Arbeitgeber durch unglaublich kurze Herstellungsfristen zu wilder Antreiberei veranlasst werden. Anfang September hat sich der Treuhänder für Hessen genötigt gesehen, die Bauunternehmer seines Bezirkes zur Einhaltung der Arbeitszeitvorschriften zu ermahnen, und kurze Zeit darauf hat der Treuhänder für die Nordmark eine gleichlautende Warnung erlassen. In den Rüstungsbetrieben führt das mit allen Mitteln gesteigerte Tempo der Aufrüstung zu den gleichen Erscheinungen.

Es ist aber auch nicht zu verkennen, dass sehr oft die Arbeiter selbst nach Kräften "Ueberstunden schieben", um ihren Lohn aufzubessern.

Wie wenig in Deutschland in der Praxis von dem 8-Studentag noch übrig geblieben ist, lassen die nachstehenden Berichte erkennen:

Berlin: Die Arbeitszeitvorschriften werden in der letzten Zeit immer häufiger durchbrochen. In den meisten Betrieben wird einfach erklärt, heute wird zwei Stunden länger gearbeitet und die Arbeiter haben sich zu fügen. Zum Teil ist es auch so, dass die Arbeiter ganz gern Ueberstunden machen, weil sie dann mehr verdienen.

In den Flugzeugwerken X. wird sehr gut verdient. Es gibt Arbeiter, die wöchentlich 90 bis 120 Mark mit nach Hause nehmen, dafür dann allerdings auch wahnsinnig viel Ueberstunden

- 1) "Mehrarbeit von über 10 Stunden täglich ist grundsätzlich unzulässig. Wird in Ausnahmefällen Mehrarbeit nach § 11 der AZO vom 26. 7.34 geleistet, so ist sie je Arbeitsstunde mit 1/200 des Mindestlohnes zu vergüten". Sie ist also zuschlagsfrei.

schinden müssen. 76-stündige Arbeitszeit in der Woche ist durchaus keine Seltenheit. Trotz des hohen Verdienstes sind die Arbeiter wegen der Ueberstunden sehr verärgert. Die Indifferenten schimpfen: Wir haben nichts davon, vor lauter Ueberstunden kommt man nicht dazu, das Geld richtig zu verwenden, man hat keinen freien Abend und kein Glas Bier kann man trinken. Was nützt das Geld, wenn man nichts davon hat. Diese Meckereien werden aber vorsichtshalber immer nur unter Nazi-Gesichtspunkten geführt. Es ist die Frage, ob es Taktik oder Ueberzeugung ist. Jedenfalls erklärt man immer, dass der Führer Wert auf die Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess legt und dass es aus diesem Grunde nicht richtig ist, wenn hier soviel Ueberstunden geschunden werden.

Schlesien: Aus einer Reihe von Baubetrieben wird berichtet, dass man systematisch versucht, die Arbeitszeit zu verlängern, wobei die Mehrarbeitszuschläge nicht mehr gezahlt werden. Will einer nicht mitmachen, so wird ihm mit Entlassung gedroht und ihm klar gemacht, dass er dann auch keine Arbeitslosenunterstützung erhalte.

In den Steinbruchbetrieben von X. hält die Hochkonjunktur weiter an. Es gibt im ganzen Gebiet keine erwerbslosen Steinarbeiter und auch andere Arbeitslose haben noch in den Steinbrüchen Arbeit gefunden. Die Arbeiter erzielen Löhne von 60 und 70 RMk. die Woche; der Durchschnittswochenlohn beträgt 40 RMk. Eine feste Arbeitszeit gibt es nicht mehr. Nur die Steinbrecher arbeiten in drei Schichten. Vom Tagesgrauen an bis zum Einbruch der Dunkelheit wird geschuftet. Irgendwelche Schutzbestimmungen werden nicht eingehalten.

Auf den staatlichen Delbrück-Schächten bei Hindenburg hat eine Eisenkonstruktionsfirma die Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden heraufgesetzt und hierbei 6 Arbeiter entlassen. Als der Vertrauensrat wegen der Entlassung vorstellig wurde, hat man ihn von der Betriebsleitung mit dem Hinweis abgewiesen, dass ihn das nichts angehe.

Bei der Firma Deichsel - Hindenburger Drahtwerke wurde die Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden heraufgesetzt, und zwar im Grob- und Mittelzug-Betrieb. Im Feinzug und Speichenzug wurde ebenfalls mit der Beseitigung des 8-Stundentags gedroht und als die Belegschaft protestierte, wurde der Lohn herabgesetzt. Jetzt wird im Akkord nur 5,- bis 5,50 RMk. am Tage verdient und den Arbeitern wird anheimgestellt, länger zu arbeiten, um auf den früheren Verdienst zu kommen. Die Angestellten dieser Firma mussten sich "freiwillig" -unter Androhung von Entlassungen- verpflichten, auf einen Gehaltsabbau von 2 bis 8% einzugehen. Die hohen Gehälter sollen noch mehr abgebaut worden sein. Die Betriebsleitung ging auch gegen den Vertrauensrat vor, obwohl er den Abbau des Lohnes und die Verlängerung der Arbeitszeit nach Kräften unterstützte. Sie beseitigte seine Freizeit, so dass der Vertrauens-

rat Jehnke, der in den letzten drei Jahren freigestellt war, wieder mitarbeiten muss.

Sachsen: In Grossenhain werden riesige Kasernenanlagen errichtet. Beim Bau herrschen die schlechtesten Arbeitsbedingungen und ein raffiniertes Antreibersystem. Es werden ständig Ueberstunden verlangt, ohne dass dafür Zuschläge gezahlt werden. Ueberhaupt kann und soll jeder so viel Ueberstunden wie nur möglich leisten. Dem indirekten Zwang, Ueberstunden zu leisten, kann sich niemand entziehen. Ueberstunden bis zu 30 in der Woche sind keine Seltenheit. Ein grosser Teil der Arbeiter, besonders die ungelernten, drängen sich sogar zur Ueberstundenarbeit, um genügend Geld nach Hause zu bringen, da der Tariflohn weder bei den gelernten noch bei den ungelerten Arbeitern eingehalten wird. Vertrauensleute sind nie geduldet oder überhaupt nicht aufgestellt worden. Beschwerden gegen die Arbeitsordnung sind unmöglich. Die Unfallverhütungsvorschriften, besonders beim Gerüstbau, werden fast nie eingehalten; es würde zu viel Zeit mit dem Auf- und Abbau vertrödelt werden. Die ehemals organisierten sind über diese Zustände empört, jedoch machtlos.

Eine Spielwarenfabrik in A. zahlt den Lohn 5-Mark-weise aus, ohne dass die Arbeitsfront eingreift. Die Jugendlichen müssen 10 bis 12 Stunden arbeiten für 15 bis 20 Pfg. pro Stunde. Die höherbezahlten Kräfte leisten Kurzarbeit.

Die Firma B., Radiogehäuse, hat sehr viel Aufträge. Von früh 6 bis 7 Uhr arbeiteten die Leute für eine Fahrt mit Kfz nach Berlin und abends leisten sie von 5 bis 6 Uhr eine direkte Ueberstunde, für die sie aber nach einer Verordnung den Verdienst nicht ausgezahlt erhalten, weil er ihnen als Ausgleich für eine eventuell später einsetzende Minderbeschäftigung aufgehoben wird.

Mitteldeutschland: In einem Grossbetrieb der Feinmechanik beträgt die Arbeitszeit noch grundsätzlich 48 Stunden. Es sind aber bis in die letzte Zeit sehr viele Ueberstunden gemacht worden und zwar durchwegs täglich 2 Stunden mehr (ausser Sonnabends), so dass die Leute auf 58 Stunden in der Woche kamen. Jeder macht das aus freien Stücken, ohne vorher den Meister zu fragen. Vor einiger Zeit ist dann eine Anordnung der Betriebsführung herausgekommen, dass Ueberstunden nur noch mit Erlaubnis der Betriebsleitung gemacht werden dürfen. Die Leute müssen also den Meister fragen und eine Zeit lang ging das Ueberstundenwesen auch erheblich zurück. Es dürfen jetzt auch nur noch höchstens 1 1/2 Stunden täglich mehr gearbeitet werden. In der Zwischenzeit haben nur die Einrichter Ueberstunden gemacht. Neuerdings nimmt aber die Ueberstundenleistung wieder zu. In einer Abteilung, die Schicht arbeitet (auch Sonntags) kommen die Leute manchmal sogar auf 70 Stunden. Der Ueberstundenzuschlag beträgt 15%

pro Stunde. Das ist insofern eine Verschlechterung, als früher für die zweite Ueberstunde und auch für Ueberstunden an Sonnabenden mehr gezahlt wurde. Im allgemeinen kann man sagen, dass die Arbeiter soviel wie möglich Ueberstunden aus freien Stücken machen.

Die bei Polte, Maschinenbau- und Waffenfabrik in Magdeburg beschäftigten Frauen müssen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen jede zweite Woche Nachtschicht machen. Sie halten sich nur mühselig unter Verwendung von starkem Kaffee, Kölnischem Wasser usw. munter. Sie verdienen ungefähr 23,- bis 30,- RMk. die Woche. d.h. 30,- RMk. haben nur jene, die ausgesprochen lebensgefährliche Arbeit verrichten.

Bayern: Die Führung in den Betrieben ist weiterhin auf den Befehlston abgestimmt und die Ueberheblichkeit der Unternehmer nimmt weiter zu. Wiederholt musste die DAF hier "mildernd" eingreifen, um ausgesprochene Provokationen zu vermeiden. In einigen Betrieben hingegen zeigt sich, dass die Unternehmer die Taktik der solidarischen Verbundenheit gemeinsam vom Schicksal betroffener und ausgebeuteter Menschen anwenden, um sich eine willfähige Belegschaft zu erhalten. In einem kleineren Betrieb haben die Arbeiter Beschwerde bei der DAF geführt, dass ihnen vom Unternehmer nicht der ordentliche Lohnsatz für ihre Ueberstunden ausbezahlt wird. Der Unternehmer wurde von der DAF aufgefordert, mit den Arbeitern zu verhandeln. Er berief die Arbeiter zu sich und hielt ihnen einen Vortrag über die schlechte Lage des Betriebes und dass er nichts mehr habe, um sich ein richtiges Essen kaufen zu können. Er konnte sich so stark erregen, dass er vor den Arbeitern zu weinen begann. Diese, durch das Verhalten ihres Chefs gerührt, haben von ihren Forderungen zwei Drittel nachgelassen.

Die Telephonwerke in Z. arbeiten in Tag- und Nachtschichten auf Feldtelephon. Das Antreibersystem ist noch gesteigert worden. Die Hälfte der Belegschaft macht wöchentlich 7 Ueberstunden, die nur mit dem Normallohn bezahlt werden, obwohl tariflich Ueberstundenzuschuss vorgesehen ist. Unter der ganzen Belegschaft wagt niemand, dagegen aufzutreten. Nicht einmal eine Anzeige bei der DAF wird vorgebracht, weil jeder fürchtet, dann als Schädling gemassregelt zu werden. Der Ton, den die Betriebsführer anschlagen, ist durchaus kassernenhofmässig.

Südwestdeutschland: In Donaueschingen wird ein neues grosses Armeekorps-Lazarett errichtet. Hier wird ebenfalls in Tag- und Nachtschicht und ebenso an Sonntagen gearbeitet. Ein Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit wird nicht gezahlt. Die Arbeiter machen bis zu hundert Stunden die Woche ohne einen Pfennig Zuschlag.

In den Metall- und Aluminiumbetrieben in Oberbaden herrscht nach wie vor Hochkonjunktur. Die X-Werke in Y. haben eine neue Gleisanlage gebaut. An einem Samstag mussten die daran beschäftigten Arbeiter von morgens 7 Uhr bis zum Sonntag Morgen früh 6 Uhr arbeiten. Ein Arbeiter, der am Samstag nachts um 10 Uhr nach Hause ging, wurde am Montag früh entlassen. Grund: Arbeitsverweigerung. Als er am Dienstag auf das Arbeitsamt kam, wurde ihm mitgeteilt, dass er vier Wochen Sperrfrist habe.

Die Dienstauervorschriften der Reichsbahn werden in einer Weise überschritten, dass 14- bis 16-stündige Dienstzeiten auch im Rangier-, Lokomotiv- Zugsbegleit- und Stellwerksdienst herauskommen. Diese Vorschriften waren schon vor dem Umsturz der Zankapfel zwischen Verwaltung und allen Verbänden, obwohl sie damals lange nicht so rigoros ausgelegt wurden, wie jetzt. Jetzt wetteifern die Dienstvorstände in der Einsparung von Personal.

Das Hüttenwerk Z. hatte für den ... einen Betriebsausflug nach Konstanz in Aussicht gestellt. Der Beitrag des Einzelnen war auf 2,80 RMk. festgesetzt worden. Am .. aber wurde jedem Teilnehmer noch ein Betrag von 4,- RMk. vom Lohne abgezogen mit dem Bemerkten, dass dies für Besichtigungen und eine Dampferfahrt auf dem Bodensee sei. Die Firma selbst hat pro Teilnehmer 1,50 RMk. gespendet. Aber nicht auf eigene Kosten, sondern sie hat die Zinsen aus einem Fonds genommen, der seit dem Januar 1936 den Lohn der 49. und 50. Arbeitsstunde erfasst, der den Arbeitern nicht ausgezahlt, sondern gutgeschrieben worden ist. Die Arbeiter, welche diese Fahrt nicht mitmachen, erhalten auch diese Zinsen nicht, sondern es ist ihnen vom Vertrauensrat gesagt worden, dass sie doch auch einmal etwas für die Allgemeinheit tun könnten. Da die Arbeiter auch den Grund nicht kennen, weshalb ihnen die Auszahlung der Löhne für die beiden Ueberstunden verweigert wird, befürchten sie nun auch den Verlust dieses Geldes.

Wasserkante: In dem Metallbetrieb von B. sind Ueberstunden und Sonntagsarbeit an der Tagesordnung. Anstatt 48 Stunden müssen gerade die Facharbeiter wöchentlich bis zu 64 Stunden und mehr arbeiten. Ausserdem muss jeden Sonntag gearbeitet werden. Das hat dazu geführt, dass die ledigen Kollegen wegen des erhöhten Verdienstes besonders hohe Abzüge haben, die fast den Verdienst des Sonntags ausmachen. Daher weigern sie sich nunmehr, noch Sonntagsarbeit zu leisten. Und da es sich um hochqualifizierte Arbeiter handelt, kommen sie damit durch.

8.) Die Verlängerung der Kündigungsfristen.

Nach wie vor spielt die Verlängerung der Kündigungsfristen eine grosse Rolle in der nationalsozialistischen Lohnpolitik.

Der Leiter des Organisationsamtes der DAF Claus Selzner hat die Aufgabe, die erfüllt werden soll, folgendermassen formuliert:

"Es muss erreicht werden, dass nicht nur der festbesoldete Beamte als Begriff gefestigte Existenz zu gelten hat, sondern man muss in einigen Jahren sagen können, dass der im Musterbetrieb beschäftigte Hand- und Kopfarbeiter zu den gesicherten Volksgenossen gehört, die unsere Sozialordnung aufzuweisen hat."

Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Nationalsozialisten mit der auf erhöhte Sicherheit des Arbeitsplatzes abgestellten Arbeitspolitik sehr geschickt dem Sicherheitsbedürfnis entgegengekommen sind, das seit der Krise die Arbeiter stärker beherrscht als die Lohnfrage. Die Sache hat aber, wie sich jetzt immer mehr herausstellt, noch eine andere Seite: verlängerte Kündigungsfristen liegen nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern mindestens ebenso sehr im Interesse der Unternehmer und der nationalsozialistischen Lohnpolitik.

Das Bedürfnis nach Sicherheit des Arbeitsplatzes ist bei den Arbeitern eine Krisenfolge, die umso mehr überwunden werden wird, je mehr die Angst vor erneuter Arbeitslosigkeit schwindet. Bei den gesuchten Facharbeitern, bei denen das schon jetzt der Fall ist, zeigt sich denn auch seit längerer Zeit das Bestreben, durch Wechsel der Arbeitsstelle zu besseren Löhnen zu kommen. Dabei wird dieser Wechsel durch die Versuche der Unternehmer begünstigt, sich gegenseitig die Arbeitskräfte wegzugewinnen. Die Verlängerung der Kündigungsfristen ist ein wirksames Mittel dagegen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn auch im letzten halben Jahr wieder sehr viele Tarifordnungen mit langen Kündigungsfristen erlassen worden sind. Die Mehrzahl der Tarifordnungen hat heute schon eine regelmässige Kündigungsfrist von vierzehn Tagen, die sich häufig nach längerer Betriebszugehörigkeit auf drei und vier Wochen erhöht. Dadurch wird einerseits dafür gesorgt, dass die Stammarbeiterschaft sich stärker an den Betrieb gebunden fühlt, da für sie natürlich auch Kündigungsfristen von drei bis vier Wochen eine er-

höhte Sicherheit bedeuten, andererseits, dass die Unternehmer gegen plötzliches Aufgeben der Arbeit gerade bei der eingearbeiteten Belegschaft gesichert ist.

Im folgenden stellen wir die Tarifordnungen zusammen, in denen eine Kündigungsfrist von mindestens vierzehn Tagen festgelegt ist. Sie umfasst die überwiegende Mehrzahl aller von Mai bis November veröffentlichten Tarifordnungen.

Kündigungsfristen in Tarifordnungen.

Tarifordnung vom	RABl VI.S.	Gewerbe	Geltungsbereich	Kündigungsfrist von	2 3 4	
					Wochen,	nach..jähriger Betriebszugehörigkeit
10. 6.36.	1076	Sitzmöbel- industrie	Niedersachsen	sofort nach Probezeit	5	10
2.10.36.	1080	Tüten-und Beutel-Ind.	"	"	5	10
25. 9.36.	1084	Schmiede- handwerk	Sachsen	1/2	-	-
8.10.36.	1086	Hart-und Kalksand- steinind.	Niedersachsen	sofort nach Probezeit	5	10
17. 9.36.	1092	Molkereien	Schlesien	"	-	10 ¹⁾
13.10.36.	1096	Klempner	Frankf./Main	"	-	-
13.10.36.	1098	Elektro- installat.	Frankf./Main	"	-	-
13.10.36.	1100	Kupfer- schmiede	Frankf./Main	"	-	-
13.10.36.	1101	Schlosser	Frankf./Main	"	-	-
13.10.36.	1103	Metall- dreher	Frankf./Main	"	-	-
13.10.36.	1105	Mechaniker	Frankf./Main	"	-	-
13.10.36.	1107	Nähmaschi- nenmecha- niker	Frankf./Main	"	-	-

1) Nach 15 Jahren 2 Monate, nach 25 Jahren 3 Monate.

Tarifordnung vom	RABL VI S.	Gewerbe	Geltungsbereich	Kündigungsfrist von		
				2 Wochen, nach..	3 jähriger	4 Betriebszugehörigkeit
13.10.36.	1104	Metall- schleifer	Frankf./Main	sofort nach Probezeit	-	-
25. 7.36.	745	Steinwerke	Bayern r.d.Rh.	"	-	-
24. 7.36.	741	Fleischer	St.Goar, Kreuz- nach, Simmern	"	5	10
25. 6.36.	743	Wäsche- reien	Prov.Oberhessen	1	-	5
6. 6.36.	739	Sitzmöbel- industrie	Rheinland	1	5	10
11. 7.36.	720	Kachelofen- fabriken	Schlesien	1/2	-	-
22. 5.36.	716	Spedition	Westfalen	1/2	-	-
23. 6.36.	702	Holzhand- werk	Hessen	3	5	10
15. 7.36.	693	Kies- baggereien	Minden	1	-	-
12. 6.36.	683	Eisen- und Metallind. Montage	Westfalen	1	-	-
15. 5.36.	679	Küfer	Baden	1	-	-
30. 6.36.	666	Gaststät- ten	Ritzbüttel, Hamburg	sofort nach Probezeit	-	3
8.10.36.	1177	Fuhrgewerbe	Schlesw.Holst.	2	-	-
29. 9.36.	1179	Mühlenbe- triebe	Ostpreussen	sofort nach Probezeit	-	1
28.10.36.	1173	Elektroind.	Mecklenburg	1	-	5
15.10.36.	1171	Güterfern- verkehr	Reich	1	5	10
28.10.36.	1162	Bäcker	Brandenburg	sofort nach Probezeit	5	-
4. 9.36.	1134	Friseure	Württemberg	"	-	-
12.10.36.	1142	Milchbe- triebe	Schlesw.Holst.	"	-	3 ¹⁾

1) Nach 10 Jahren 6 Wochen zum Quartalschluss.

Tarifordnung von	Gewerbe RABl VI.S.	Geltungsbereich	Kündigungsfrist von		
			2 Wochen,	3 nach..	4 jähriger Betriebszugehörigkeit
12.10.36.1144	Milchbe- triebe	Mecklenburg	sofort nach Probezeit	-	3 ¹⁾
24.10.36.1147	Holzhandw.	Magdeburg	1	5	10
1. 9.36. 926	Uniform- herstellung	Reich	sofort nach Probezeit	-	-
17. 9.36. 932	Molkereien	Brandenburg ohne Berlin	"	-	-
19. 8.36. 942	Kraftomni- bus	Niedersachsen	"	-	4
1. 9.36. 945	Gaststätten	Westfalen	"	-	-
8. 9.36. 950	Metallind.	Mitteldeutsch- land	"	5	10
31. 8.36. 952	Putzmache- rinnen	Rheinessen	"	-	-
12. 9.36. 953	Brauer	Hessen	"	-	2
15. 8.36. 955	Bäcker	Rheinland	"	5	10
21. 8.36. 960	Holzindu- strie	Hessen	"	5	-
11. 9.36. 965	Metallhand- werk	Niedersachsen	1	-	-
24. 7.36 973	Gipswerke	Bayern r.d.Rh.	sofort nach Probezeit	-	-
1. 9.36. 975	Salinenind.	Niedersachsen	"	-	3
15. 9.36.1057	Putzmacher	Glatz,Habel- schwerdt,Franken- stein	"	-	-
18. 7.36. 754	Holzgewerbe	Sachsen	"	5	10
1. 8.36. 769	Gaststätten	Essen	"	-	-
18. 7.36. 776	Sitzmöbelind.	Sachsen	"	5	10
29. 7.36. 781	Töpfer	Westfalen	1	-	-
3. 8.36. 801	Bäcker	Nordmark	1	-	5 ¹⁾

1) Nach 10 Jahren 6 Wochen zum Quartalschluss.

Tarifordnung vom	Gewerbe RABl VI.S.	Geltungsbereich	Kündigungsfrist von		
			2	3	4

			Wochen, nach... jähriger Betriebszugehörigkeit		
29. 7.36. 806	Kraftfahr- zeugrepar.	Hessen	sofort nach Probezeit	-	-
5. 8.36. 811	Eisengies- sereien	Pommern	1	-	12
29. 7.36. 827	Gaststät- ten	Südwest- deutschland	sofort nach Probezeit	3	5
5. 8.36. 848	Fleischer	Pommern	"	3	-
20. 7.36. 850	Feldspat- etc.-Werke	Bayern	"	-	-
6. 8.36. 854 u. 856	Möbelind.	Westfalen	"	5	10
8. 8.36. 862	Bäcker	Pommern	"	3	-
13. 8.36. 900	Holzhandw.	Thüringen	1	5	10
20. 8.36. 912	Kalkwerke	Niedersachsen	sofort nach Probezeit	5	10
28. 8.36. 914	Klempner	Offenbach, Wiesbaden	"	-	-
27. 8.36. 920	Wäsche- ereien	Kreis Hanau	1	-	5 ¹⁾
10. 9.36. 1016	Holzindu- strie	Schlesien	sofort nach Probezeit	5	10
12. 9.36. 1027	Klempner	Alzey, Worms	"	-	1)
12. 9.36. 1028	"	Kreise Eder, Eisenberg, Fulda usw.	"	-	-
1. 8.36. 1034	Brauerereien	Sachsen	"	-	10
29. 5.36. 593	Tüten- und Beutelind.	Westfalen	1	-	-
5. 3.36. 594	Fleischwa- renindustr.	Niedersachsen	-	1	-
21. 3.36. 612	Landwirt- schaft	Thüringen	sofort nach Probezeit	2	4
7. 4.36. 626	Autover- mietung	Westfalen	1	-	-

1) Nach 10 Jahren 3 Monate

Tarifordnung vom	RABl VI.S.	Gewerbe	Geltungsbereich	Kündigungsfrist von			
				2 Wochen,	3 nach..	4 jähriger Betriebszugehörigkeit	
25.	5.36.	629	Gaststätten	Pommern	sofort nach Probezeit	-	3
12.	6.36.	638	Holzindu- strie	Rheinland	"	10	-
1.	7.36.	644	Gaststätten	Rheinland	"	-	-
23.	6.36.	653	Tonpfeifen- industrie	Unterwester- wald	-	-	-
30.	5.36.	655	Metallind.	Mecklenburg	2	3	-
25.	5.36.	560	Musikin- strumenten	Sachsen	sofort nach Probezeit	-	-
4.	6.36.	566	Feinmecha- nik	Hamburg	2	5	-
29.	6.36.	529	Gaststätten	Sachsen	sofort nach Probezeit	3	5 ¹⁾
15.	4.36.	532	Gaststätten	Niedersächs. Bäder	"	-	-
14.	5.36.	538	Wäschereien	Gross-Wies- baden	1	-	5
19.	5.36.	541	Klebsand- betriebe	Dillenburg und Altenkirchen	1	-	-
18.	5.36.	606	Metallindu- strie	Württemberg	3	-	- ²⁾

Die Kündigungsbestimmungen für die Molkereien in Württemberg (RABl VI S. 642) sind nur eine "Sollvorschrift" und lauten:

Die Kündigungsfristen sollen betragen

1. Für Ledige (Gehilfen, sonstiges gelerntes Fachpersonal und ständig beschäftigte Hilfsarbeiter): 14 Tage auf Monatsende.
2. Für Verheiratete (Gehilfen, sonstiges gelerntes Fachpersonal und ständig beschäftigte Hilfsarbeiter): 1 Monat auf Monatsende.
3. Für Betriebsleiter: 6 Wochen auf Schluss eines Kalender-
vierteljahres.

1) Nach 10 Jahren drei Monate

2) Bei verheirateten Arbeitern mit einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 1 Jahr beträgt die Kündigungsfrist 2 Wochen.

Nachstehend teilen wir aus zwei Werkstarifordnungen der Metallindustrie die Kündigungsvorschriften mit:

Berlin: Der Abschnitt über "Kündigungsfristen in der Werkstarifordnung der ...Metallwerke lautet:

1. Das Arbeitsverhältnis kann innerhalb der ersten 8 Wochen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, auch vor Fertigstellung einer bereits angefangenen Stücklohnarbeit, zum Schichtschluss gelöst werden.

2. Von der neunten Woche an kann das Beschäftigungsverhältnis nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einer Woche zum Lohnwochenschluss, nach einer ununterbrochenen Beschäftigungszeit von mehr als 6 Monaten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Wochen zum Lohnwochenschluss gelöst werden.

Württemberg: Die Automobilwerke Daimler-Benz, Untertürkheim haben für ihre Betriebe eine neue Betriebsordnung erlassen, in der die Kündigungsfristen neu geregelt worden sind. Die Kündigungsfristen betragen

bei 1-jähriger Beschäftigung	für ledige Arbeiter	1 Woche
	" Verheiratete	2 Wochen
nach einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 15 Jahren	steigert sich die Kündigungsfrist auf	4 Wochen.

Zur Beurteilung dieser Neuregelung sei bemerkt, dass in der württembergischen Metallindustrie früher eine Kündigungsfrist nicht üblich war. Ausnahmen wurden durch betriebliche Arbeitsordnungen geregelt, waren aber selten.

Zu gleicher Zeit, in der die Arbeiter von den Treuhändern durch Verlängerung der Kündigungsfristen stärker an den Betrieb gebunden werden, entwickeln die Arbeitsgerichte eine Auslegungspraxis bei Entscheidungen über fristlose Entlassung von Arbeitern, die den Unternehmern die Handhabe bietet, um sich jederzeit unliebsamer Arbeiter sehr schnell zu entledigen. Für diese Praxis sind die folgenden beiden Landesarbeitsgerichtsurteile charakteristisch, weil die dort gegebenen Begründungen für eine fristlose Entlassung die Einhaltung der Kündigungsfristen praktisch in das Belieben der Unternehmer stellen.

Die bisherige Rechtsprechung, dass die Gewerbeordnung und das allgemeine Berggesetz in den PAR. 123 und 62 die Entlassungsgründe erschöpfend aufzähle, lässt sich nicht aufrecht erhalten. Es kann dem Betriebsführer nicht zugemutet werden, einen Arbeiter zu beschäftigen, der sich in seiner Einstellung

zum Staat, zum Volk und zur Betriebsgemeinschaft als Schädling erweist.

Anstössiges Benehmen eines Arbeiters bei einer Fahrt der N.S.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" rechtfertigt die fristlose Entlassung.

Auch ein Angehöriger der polnischen Minderheit muss, wenn er sich an einer ausgesprochen nationalen Feier beteiligt, sich so benehmen, dass er keinen Anstoss erregt.

(Urteil des Landesarbeitsgerichtes Gleiwitz vom 9. Januar 1936 - 9 Sa. 126/35.- ArbRSamml. Bd. 27 LAG.S. 67).

Ein Angestellter, der während einer Erkrankung Gehalt bezieht, ist verpflichtet, alles zu vermeiden, was die Wiederherstellung der Gesundheit beeinträchtigen kann. Eine Zuwiderhandlung kann die fristlose Entlassung rechtfertigen.

(Urteil des Landesarbeitsgerichtes Leipzig vom 16. Dezember 1935- Sa. 135/35 - ArbSamml. Bd. 27. LAG.S. 81).

9.) Der Urlaub.

Nicht weniger deutlich als in der Verlängerung der Kündigungsfristen tritt das Streben, die Arbeiter möglichst an ihren Betrieb zu binden, in den Bestimmungen über den Urlaub hervor. Die Urlaubsbestimmungen sind, soweit es sich übersehen lässt, durchweg gegen früher verbessert worden. Es gibt nur wenige Tarifordnungen, in denen ein kürzerer Anfangsurlaub als sechs Tage angeordnet worden ist. Viele Urlaubsbestimmungen sind nicht nur gegenüber den alten Tarifverträgen, sondern auch gegenüber den Tarifordnungen von 1934 und 1935 und sogar Anfang 1936 verbessert worden. Im folgenden stellen wir einige Urlaubsregelungen aus den Jahren 1934 und 1935 den neuen Urlaubstarifen gegenüber:

Sächsisches Holzgewerbe

(RABl 1934, VI S. 444 und RABl 1936, VI S. 547)

1934			1936		
Nach Beschäftigung von	4 Tage	Urlaub	Nach Beschäftigung von	6 Tage	Urlaub
4 Monaten	4	" "	6 Monaten	6	" "
1 Jahr	5	" "	3 Jahren	7	" "
2 Jahren	7	" "	" "	9	" "
3 Jahren	8	" "	10	12	" "

Wäschereien und Plättereien, Hamburg

(RABl 1935, VI S.960 und RABl 1936, VI S. 903)

	1935		1936	
im 1. Beschäftigungsjahr	5	Tage	6	Tage
" 3.	6	"	8	"
" 6.	8	"	10	"
" 10.	10	"	12	"

Holzindustrie, Pommern

(RABl 1934, VI S.210 und RABl 1936, VI S.924)

1934			1936		
Nach Beschäftigung von			Nach Beschäftigung von		
4 Monaten	4	Tage Urlaub	4 Monaten	4	Tage Urlaub
1 Jahr	4	" "	1 Jahr	6	" "
2 Jahren	5	" "	3 Jahren	7	" "
3 "	7	" "	4 "	8	" "
4 "	8	" "	6 "	9	" "
			8 "	10	" "
			10 "	12	" "

Holzgewerbe, Sachsen

(RABl 1934, VI S.368 und RABl 1936, VI S.754)

1934			1936		
Nach Beschäftigung von			Nach Beschäftigung von		
1 Jahr	5	Tage Urlaub	1/2 Jahr	6	Tage Urlaub
2 Jahren	7	" "	1 "	7	" "
3 Jahren	8	" "	2 Jahren	8	" "
			3 "	9	" "
			4 "	10	" "
			9 "	12	" "

Installateurhandwerk, Württemberg

(RABl 1934, VI S.289 und RABl 1936, VI S.795)

1934			1936		
Nach Beschäftigung von			Nach Beschäftigung von		
1 Jahr	3	Tage Urlaub	1 Jahr	6	Tage Urlaub
2 Jahren	4	" "	5 Jahren	8	" "
3 "	5	" "	8 "	10	" "
5 "	6	" "	10 "	12	" "
7 "	7	" "			
10 "	9	" "			

Herren-Bekleidung, Deutsches Reich

(RABl 1934, VI S.461 und RABl 1936, VI S. 977)

19341936

Nach Beschäftigung von				Nach Beschäftigung von			
1/2 Jahr	3 Tage	Urlaub		1/2 Jahr	3 Tage	Urlaub	
1	"	6	"	1	"	6	"
2	Jahren	7	"	3	Jahren	8	"
3	"	8	"	4	"	10	"
4	"	9	"	5	"	12	"
5	"	10	"				

Bäckereien und Brotfabriken, Nordmark

(RABl 1935, VI S.292 und RABl 1936, VI S.801)

19351936

Nach Beschäftigung von			
1/2 Jahr	3 Tage	6 Tage	Urlaub
1	"	9	"
3	Jahren	12	"
5	"	14	"
8	"	14	"

Lederindustrie, Mitteldeutschland

(RABl 1935, VI S.542 und RABl 1936, VI S. 662)

19341936

Nach Beschäftigung von				Nach Beschäftigung von			
3/4 Jahr	4 Tage	Urlaub		1 Jahr	6 Tage	Urlaub	
3	Jahren	5	"	3	Jahren	7	"
6	"	7	"	6	"	9	"
9	"	9	"	9	"	10	"
				12	"	11	"
				15	"	12	"

Speditionsgewerbe, Westfalen

(RABl 1935, VI S.553 und RABl 1936, VI S. 716)

19351936

Nach Beschäftigung von				Nach Beschäftigung von			
1/2 Jahr	3 Tage	Urlaub		1/2 Jahr	6 Tage	Urlaub	
1	"	6	"	1	"	9	"
				5	Jahren	12	"
				20	"	14	"

Die am 30. 3. 1936 erlassene Tarifordnung zur Regelung des Urlaubs im Holzgewerbe des Wirtschaftsgebietes Mitteldeutschland (RABl VI S. 359) wurde schon am 12. Juni 1936 wieder geändert (RABl VI S. 584). Der Urlaub nach der neuen Tarifordnung beträgt:

nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer im Betrieb					
von					
1 Jahr seit Eintritt in den Betrieb	6	Arbeitstage	(wie vorher)		
3 Jahren "	7	"	(neu)		
5 Jahren "	8	"	(vorher 7 Tage)		
10 Jahren "	9	"	(wie vorher)		
15 Jahren "	12	"	(wie vorher)		

Die am 17. 6. 36 erlassene Urlaubsregelung für die Uniformmassschneiderei ist bereits am 1. 9. 36. wieder verbessert worden (RABl VI S. 676 und 926), vgl. Tabelle.

Die Tendenz aller hier aufgeführten Änderungen der tariflichen Urlaube ist offensichtlich: Verlängerung der Urlaubszeit allgemein, insbesondere aber des Urlaubs der langjährig im Betrieb tätigen Arbeiter. Nicht die Dauer der Berufs-, sondern der Betriebszugehörigkeit ist massgebend!

Eine Verschlechterung hat lediglich der 1935 erlassene Urlaubstarif für die kaufmännischen Angestellten des Baugewerbes in Bayern (RABl 1935, VI S. 784) durch eine Tarifordnung vom 18. 5. 36 (RABl VI S. 537) erfahren. Aber auch diese Verschlechterung trifft nur die jeweils neu eingestellten Angestellten. Die Bestimmung lautet:

Im 1. Kalenderjahr der Beschäftigung im Betriebe haben die kaufmännischen Gefolgschaftsangehörigen Anspruch nur auf die Hälfte des jeweils einschlägigen Urlaubs, und auch nur dann, wenn der Eintritt vor dem 1. Juli erfolgte.

In der folgenden Tabelle sind die Urlaubsbestimmungen der von Mai bis November 1936 veröffentlichten Tarifordnungen zusammengestellt. Sie zeigt deutlich, wie sich allmählich eine Norm für die Urlaubsgestaltung herausbildet. Für die ersten Beschäftigungsjahre sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Tarifordnungen bereits sehr gering. Die Differenzierung wächst mit der Beschäftigungsdauer.

Urlaubsregelung in Tarifordnungen.

Tarifordn. vom RAB1 (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
			Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehör- igkeit von ... Jahren										
10. 9. 1076	Sitzmöbel- industrie	Nieder- sachsen											
2. 10. 1080	Tüten und Beutelind.	Nieder-1) sachsen		$\frac{1}{2}$	3	5	7	9					
25. 9. 1084	Schmiede- handwerk	Sachsen ²⁾	1	3		5		8					
8. 10. 1086	Hart-und Kalksand- stein	Nieder-1) sachsen		$\frac{1}{2}$	3	5	7	9		11			
28. 8. 1088	Tüten und Beutelind.	Rhein-1) land		$\frac{1}{2}$	4	6	9	12					
17. 9. 1092	Molkerei- en	Schle-1) sien ²⁾	1		3		5			8			
24. 9. 1094	Gips-und Kalkwerke	Saarland ¹⁾ Pfalz	1		5		10			15			
13. 10. 1096	Klempner, Installa- teure etc.	Frank-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			
13. 10. 1098	Elektro- installa- teure	Frank-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			
13. 10. 1100	Kupfer- schmiede	Frank-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			
13. 10. 1101	Schlosser	Frankf-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			
13. 10. 1103	Metall- dreher	Frank-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			
13. 10. 1105	Mechaniker	Frank-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			
13. 10. 1107	Nähmaschi- nenmecha- niker	Frank-1) furt a. Main		$\frac{1}{2}$	3		5			10			

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

2) Nach 6 Monaten 4 Tage.

Tarifordn. vom RABl (1936 VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
			Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehör- igkeit von ...Jahren										
13.10. 1108	Metall- schleifer	Frank- ¹⁾ furt a. Main	$\frac{1}{2}$			3		5		10			
25. 7. 745	Granit- Basaltw. u.Quarz- steinbr.	Bayern ³⁾	5	6									
24. 7. 741	Fleischer	St.Goar, ¹⁾ Kreuznach Simmern	1				3				5		
25. 6. 736	Wäscherei u.Plätte- reien	Oberhessen	1	4	8			10		12			
20. 7. 738	Gastwirts- gewerbe	Mecklen- burg	$\frac{3}{4}$			1		2		3			4
6. 6. 739	Sitzmöbel- industrie	Rheinland ¹⁾	1			3		5		7			
15. 7. 736	Gerber	Sachsen ²⁾	1	3	5			10	15				
20. 7. 733	Holzgew.	Saarland ¹⁾ Pfalz	1			3		7					10
30. 5. 731	Küsten- schiffsw.	Nordmark ¹⁾ Ortskl.I. ²⁾	$\frac{1}{4}$	1	4			7		8	11		
2. 4. 726	Filmthea- ter	Branden- burg	1				2				3		
17. 7. 722	Forstar- beiter	Westfalen ¹⁾	1					3			5		
26. 5. 723	Brotfabri- ken	Frankfurt ¹⁾ a.Main	1			2		4		6			8
15. 7. 725	Molkereien	Pommern ²⁾	1			2		4		6			8
11. 7. 720	Kachelofen- fabriken	Schlesien	1	3	7								
22. 5. 716	Spedition	Westfalen ¹⁾	$\frac{1}{2}$					1			5		20
23. 6. 702	Holzhand- werk	Hessen ¹⁾	1	2	3	4		7	10	12			

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitler jugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

2) Nach 6 Monaten 4 Tage

3) Nach 1 Jahr 4 Tage.

Tarifordn. vom RABl (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehörig- keit von ... Jahren													
			5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15			
15. 7. 693	Kiesbag- gereien	Minden ¹⁾	1	3	5	7	9									
13. 7. 691	Schiefer- industrie	Mittel- ¹⁾ deutsch- ⁴⁾ land	5	8	12											
15. 5. 679	Küferhand- werk	Baden ¹⁾	1	3	5	12										
17. 6. 676	Uniformmass- schneiderei	Reich	$\frac{3}{4}$	2	4	7	9									
30. 6. 666	Gaststät- ten	Ritze- ⁵⁾ büttel, Hamburg	$\frac{3}{4}$	1	2	3	4									
24. 6. 662	Lederind.	Mittel- ¹⁾ deutsch- land	1	3	6	9	12	15								
8.10.1177	Fuhrgewer- be	Schleswig- Holstein	$\frac{1}{2}$	2	4	6	8	10	12							
29. 9.1179	Mühlen- betriebe	Ostpreus- ¹⁾ sen	$\frac{1}{2}$	3	5	7										
28.10.1173	Elektro- industrie	Hamburg ¹⁾	$\frac{1}{2}$	3	6	10										
15.10.1171	Güterfern- verkehr	Reich ¹⁾	$\frac{3}{4}$	2	5	8	12									
28.10.1162	Bäcker	Branden- ¹⁾ burg	$\frac{1}{2}$	2	4	6	10									
13.10.1130	Hartstein- industrie	Saarland- ¹⁾ Pfalz	$\frac{1}{2}$	3	5	7	9	11	14							
22. 9.1133	Metallind.	Ostpreus- ¹⁾ sen	$\frac{1}{2}$	3	5	7										
4. 9.1134	Friseur- gewerbe	Württem- ¹⁾ berg	1	3	5	10										
12.10.1142	Milchbe- triebe	Schleswig- ⁶⁾ Holstein	1	2	3	4										

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem HJ-Lager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

4) Nach 1/2 Jahr 2 Tage, 1 Jahr 3 Tage; 2 Jahren 4 Tage.

5) Lehrlinge und Jugendliche unter 18 Jahren 14 Tage.

6) Jugendliche und Lehrlinge 18 bis 10 Tage

Tarifordn. vom RABl (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
			Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehör- igkeit von .. Jahren										
12.10.1144	Milchbe- triebe	Mecklenburg ⁶⁾	1		2		3		4				
9.9.924	Holz- industrie	Pommern ⁷⁾	1	3	4	6	8		10				
1.9.926	Uniform- schneider	Reich ⁸⁾	1		3		4		5				
11.9.932	Molkereien	Brandenburg ¹⁾ ohne Berlin	$\frac{1}{2}$		3		5		7				
29.8.935	Sägewerke	Harzgebiet	$\frac{1}{2}$	3	5	6	7	8	9				
22.8.937 u.945	Gaststät- ten	Westfalen ¹⁾	$\frac{3}{4}$	1	2	3	4	5	6			8	
19.8.942	Kraftomni- bus	Nieder- ¹⁾ sachsen	$\frac{1}{2}$	1	2	3	4	5	6				
31.8.952	Putzma- cherinnen	Rheinessen ¹⁾	1		5		10						
12.9.953	Brauer	Hessen	1			3			7				
15.8.955	Bäcker	Rheinland ⁹⁾¹⁾	$\frac{1}{2}$			3			5				
11.9.965	Metallhand- werk	Nieder- ¹⁾ sachsen	$\frac{3}{4}$	5	6	7	8	9	10				
5.9.970	Schuhma- cher	Württem- ¹⁾ berg	1		5		10		15				
24.7.973	Gipswerke	Bayern r.d.Rh.	1		5		10		15				
1.9.975	Salinen- industrie	Niedersach- sen	1	3	5	6	7	8	9				
21.8.977	Herrn- Oberbekl.	Reich ³⁾	1		3		4		5				
15.9.1057	Putzma- cherinnen	Glatz, Habel- ¹⁾ schwerdt u. Frankenstein	$\frac{1}{2}$	1	3	5	7		9				
25.6.1059	Fleisch- warenind.	Sachsen ⁸⁾	1	4	6	7	8						

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

3) Nach 1 Jahr 4 Tage

6) Jugendliche und Lehrlinge 18 bis 10 Tage

7) Nach 1/2 Jahr 4 Tage

8) Nach 1/2 Jahr 3 Tage

9) Bei Teilnahme an KdF-Fahrten nach Möglichkeit höherer Urlaub

Tarifordn. vom RABl (1938 VI.	Gewerbe	Zeitungs- bereich	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
25. 9. 1061	Sandstein- industrie	Rheinland ¹⁾	1			4		8		12			
18. 7. 754	Holzgewer- be	Sachsen	$\frac{1}{2}$	1	2	3		4		9			
1. 8. 774	Metall- schmuckw.	Rheinland ¹⁾	$\frac{3}{4}$		5			10		15			
1. 8. 769	Gaststät- ten	Essen ¹⁾	$\frac{3}{4}$	1	2	3		4	5	6	7	8	
18. 7. 776	Sitzmöbel	Sachsen ⁸⁾	$\frac{1}{2}$	1	2	3		4		9			
29. 7. 781	Töpfereien	Westfalen ⁸⁾ ¹⁾	1	3	5	7		8	9	10			
31. 7. 784	Gipswerke	Württemberg ¹⁾	1		5			10		15			
29. 7. 790	Holzgewerbe	Südwest- ¹⁾ deutschland ¹⁾	1		5			10		15			
27. 7. 795	Installation	Württemberg ¹⁾	1		5			8		10			
3. 8. 801	Bäcker	Nordmark	$\frac{1}{2}$				1			3		5	
4. 8. 806	Eisenstein- bergbau	Lahn-und ¹⁰⁾ Dillgebiet	$\frac{1}{2}$	9	14	19							
29. 7. 806	Kraftfahr- zeugrepara- tur etc.	Hessen ¹⁾	1		5			10					
29. 7. 810	Schuhmacher	West- ¹⁾ falen	1		3			6		10			
5. 8. 811	Eisen- glessereien	Pommern	$\frac{1}{2}$	2	5	8		25					
29. 7. 825	Herrenmass- schneider	Reich	$\frac{3}{4}$	2	4			7		9			
29. 7. 827	Gaststät- ten	Südwest- ¹⁾ deutschland ¹¹⁾	1	2				3				5	
29. 7. 833	Hafenar- beiter	Hamburg ¹⁾	1	4	6			8		10			
5. 8. 848	Fleischer	Pommern	$\frac{1}{2}$	1	2			4		5			

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)
 8) Nach 1/2 Jahr 3 Tage
 10) Unter Tag Beschäftigte
 11) Nach 6 Jahren 16 Tage

Tarifordn. vom RABl. (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehör- igkeit von .. Jahren														
			5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15				
20. 7. 850	Feldspat- werke	Bayern ¹²⁾	3	4	7	15											
	Untertags- arbeiter		3	4	7	10	15	20									
8. 8. 862	Bäcker	Pommern	1/2	1	2		4		5								
18. 7. 903	Wäsche- reien	Hamburg ¹⁾		1	3		6		10								
18. 8. 906	Fleischer	Trier ¹⁾		1/2		3			5								
10. 8. 909	Kiesgru- ben	West- falen ¹⁾		1/2	3	5	7	9	11	13							
20. 8. 912	Kalkwer- ke	Nieder- sachsen ¹⁾		1/2	3	5	7	9		11							
28. 8. 914/16	Klempner	Hessen ¹⁾		1/2	5		10										
12. 9. 1027																	
12. 6. 919	Flachs- bearbeitg.	Bayern ¹⁾		1	3		6		10								
10. 9. 1016	Holzind.	Schlesien ¹⁾		1/2	3		6		10								
27. 8. 920	Wäsche- reien	Kreis ¹⁾ Hanau		1/2	4	8		10		12							
16. 9. 1018	Holzhand- werk	Hessen		1	2	3	4	8	10	12							
22. 8. 1025	Kiesgru- ben	Ostpreus- sen		1/2	2		3		4								
15. 9. 1031	Mölke- reien	Westfalen ¹⁾			7/2		2		4								
1. 8. 1034	Braue- reien	Sachsen ¹³⁾		1	3		5		8	9	10	11					
24. 9. 1044	Basalt- industr.	Hessen ¹⁾		1/2	3	5		8		12							
1045	Kalkwerke)	"															
1045	Kieswerke)	"															
12. 6. 584	Holzge- werbe	Mittel- deutschl.		1	3	5	10		15								
27. 4. 584	Korsett- industr.	Württem- berg ¹⁾		1	5		10		15								

- 1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)
 12) Nach 1 Jahr 3 Tage, nach 2 Jahren 4 Tage
 13) Für Betriebe mit Jahres-Ausstoss bis zu 5000 hl Höchstdauer 10 Tage.

Tarifordn. vom RABl (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehör- igkeit von .. Jahren												
			5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
22. 5. 586	Lederwaren- industrie	Thüringen, Reg. Bez. Erfurt, 1) Kassel, 1)	1	2	3	4	5								
3. 6. 589	Zelluloidwa- renindustrie	Hessen 1)	1	2	3	4	7	10	12						
29. 5. 593	Tüten- und Beutelind.	Westfalen 1)	1	3	5									10	
5. 3. 594	Fleischwaren- industrie	Nieder- sachsen 8)	1			2			3						
18. 5. 606	Metallind.	Württem- berg 15)	1		5		8		10						
21. 3. 612	Landwirt- schaft	Thüringen	1	3	5	8	12								
23. 6. 624	Metallind.	Westfalen	1	3	6	7	12	16	20						
7. 4. 626	Droschen- u. Autover- mietung	Westfalen 8)	1	2	3	4	5	6	7						
25. 5. 629 u. 632	Gaststätten	Pommern 14)	3/4			1			3				5		
12. 6. 638	Holzindustr.	Rheinland 1)	3/4		3		6		10						
19. 6. 642	Molkereien	Württem- berg	1		5		8		12						
1. 7. 644	Gaststätten	Rheinland 1)	3/4		2		4						6		
16. 4. 647	Angestellten Grosshandel u. Industrie	Saarland 1)	1/2			4			8						
3. 6. 650	Schlosser	Gr. Hamburg 1)	3/4		3		6		10						

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

8) Nach 1/2 Jahr 3 Tage.

14) Nach 10 Jahren 16 Tage, nach 16 Jahren 18 Tage.

15) Gelernte und angelernte Arbeiter der Gruppen A und B der Lohnordnung B III erhalten nach 5jähriger Betriebszugehörigkeit und 10jähriger Berufszugehörigkeit sowie nach 8jähriger Betriebszugehörigkeit und 15jähriger Berufszugehörigkeit einen Zusatzurlaub von 2 Tagen zu den 8 bzw. 10 Urlaubstagen. Die Dauer der Betriebs- und Berufszugehörigkeit errechnet sich vom vollendeten 18. Lebensjahr ab.

Tarifordn. vom RABl (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
			Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehörig- keit von ... Jahren										
8. 6.652	Lampenschirm-herstellung	Nordmark ¹⁾				2		4		9			
23.6.653	Tonpfeifen-industrie	Unterwe-sterwald ¹⁾											
3.6.654	Metallind.	Köln	1	5	7			9		20			
30.5.655	Metallind.	Mecklen-burg ¹⁾	1		3	6		10		12			
26.5.547	Holzindustr.	Sachsen ¹⁾	$\frac{1}{2}$	3		6				10			
25.5.554	Lederhand-schuhind.	Sachsen	$\frac{1}{2}$	3	5			10					
11.5.556	Spedition	Saarland-Pfalz ¹⁾	1		9			15					
25.5.560	Musikinstru-mentenind.	Sachsen	$\frac{1}{2}$		4								
15.5.562	Seidenind.	Krefeld ¹⁾	$\frac{1}{4}$										
30.5.562	Friseure	Ostpreus-sen ¹⁾	1		3			5		7			
4.6.566	Feinmechanik	Hamburg ¹⁾	$\frac{3}{4}$		3			6		10			
29.6.529	Gaststätten	Sachsen	1		2			3		4		5	
15.4.532	Gaststätten	Niedersächs-Bäder ¹⁾	$\frac{1}{4}$		1					2		3	
14.5.538	Wäschereien	Gross-Wies-baden	1	4	8			10		12			
20.5.540	Salinenind.	Mittel- 1) deutschl.	1	4	7	10	15			20			
15.5.540	Textilind.	Saarland-Pfalz ¹⁾	1		5			10		15			
19.5.541	Klebsandbe-triebe	Altenkir-chen und Dillenburg ¹⁾	1	3	5	7							
23.4.542	Elfenbein-schnitzer	Hessen ⁸⁾	1		5			10					

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmen, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

3) Nach 1 Jahr 4 Tage.

8) Nach 1/2 Jahr 3 Tage.

Tarifordn. vom RABl (1936) VI.	Gewerbe	Geltungs- bereich	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
			Tage Urlaub werden gewährt nach einer Betriebszugehö- rigkeit von ... Jahren										
22. 5. 543	Ziegelind.	Mittel- ⁸⁾ deutschl.	2		6			10			15		
9. 4. 429	Sägewerke	Nieder- sachsen	1	4	6	7	8	9	10				
19. 9. 1117	Landwirt- schaft	Schleswig ³⁾ Holstein	1	3	5	7	10						
30. 6. 707	Landwirt- schaft	Sachsen ¹⁾	2		4		8			12			
19. 9. 1028	Klempner, Rohrleger, Schlosser, etc.	Kreise Eder, Eisenberg, ¹⁾ Eschwege, Frankenberg u.a. in Hessen	$\frac{1}{2}$		3		5			10			

Fast einheitlich ist die Regelung des Urlaubs für Lehrlinge und Jugendliche, beginnend mit 12 und endend mit 8 oder 6 Tagen bei drei- oder vierjähriger Lehrzeit. Einige Tarife gehen darüber hinaus und geben den Jugendlichen bis zu 15 und sogar bis zu 18 Tagen Urlaub. So hat der Sondertreuhänder für das Baugewerbe im Deutschen Reich durch Tarifordnung vom 1.9.36 (RABl VI S. 824) angeordnet:

Die Lehrlinge erhalten einen bezahlten Urlaub

im 1. Lehrjahr von	15	Arbeitstagen
" 2. "	" 12	"
" 3. "	" 10	"
" 4. "	" 8	"

Die Tarifordnung für die Angestellten der Berliner Metallindustrie trifft folgende Regelung (RABl VI S. 573):

1) Jugendliche und Lehrlinge, die an einem Hitlerjugendlager teilnehmern, erhalten den Höchsturlaub für Jugendliche (12 Tage)

3) Nach 1 Jahr 4 Tage.

8) Nach 1/2 Jahr 3 Tage.

a) Die Dauer des Urlaubs beträgt für alle jugendlichen Angestellten...

bis zum vollendeten 16. Lebensjahr	18 Arbeitstage
" " " 17. " "	12 "
" " " 18. " "	10 "

b) Angestelltenlehrlinge...erhalten die gleichen Urlaubstage wie jugendliche Angestellte... Beginnen sie die Lehrzeit aber erst nach vollendetem 16. Lebensjahr, so beträgt der Urlaub:

in 1. Lehrjahr	12 Arbeitstage
" 2. " "	10 "
" 3. " "	8 "

Abschnitt 2 c dieser Tarifordnung bestimmt ausserdem:

Wird Teilnahme an einem Lager der HJ (auch Jungvolk und BDM) oder an einem Jungarbeiterlager der Deutschen Arbeitsfront nachgewiesen, so sollen die unter a und b genannten jugendlichen Urlaub für die Dauer des Lagers, jedoch nicht mehr als 18 Arbeitstage erhalten.

Fast alle Tarifordnungen enthalten heute einen solchen Abschnitt, allerdings beziehen sie sich meist nur auf die Teilnahme an einem Lager der HJ, nicht dagegen an einem Lager der DAF.

Durchweg wird auch für Schwerkriegsbeschädigte und Arbeitsinvaliden ein Sonderurlaub von 3 Tagen festgesetzt. Einige Tarifordnungen erstrecken diese Vergünstigung auch auf die "schwerbeschädigten Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung". So z.B. die Tarifordnung für die Holzindustrie in Schlesien (RABl 1936 VI S. 1016):

Schwerbeschädigte im Sinne der §§ 3, 8 und 20 des Gesetzes über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten vom 12. Januar 1923 - Reichsgesetzblatt I S.57 - und schwerbeschädigte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung mit mehr als 30 v.H. Arbeitsunfähigkeit sollen einen jährlichen Zusatzurlaub von 3 Arbeitstagen erhalten.

Die Tarifordnung für die Salinenindustrie im Gebiet Niedersachsen (RABl 1936, VI S.975) und die Tarifordnung für die Sägewerke im Harzgebiet (RABl 1936, VI S.935) enthalten folgende Vergünstigung:

Schwerbeschädigte (durch Krieg, Unfall, im Heeresdienst, im Kampf ums Dritte Reich) erhalten, sofern sie zum Bezug einer Rente von 50 v.H. oder mehr berechtigt sind, zu dem ihnen zustehenden Urlaub weitere 4 Urlaubstage.

In der Tarifordnung für die Korsettindustrie in Württemberg (RABl VI S.584) heisst es:

Frontkämpfern (Inhabern des Ehrenkreuzes) wird für die Berechnung des Urlaubs die Zeit ihres Kriegsdienstes in die Betriebszugehörigkeit eingerechnet ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihres Eintritts. Gefolgschaftsangehörigen, die anschliessend an die Ableistung des Wehr- oder Arbeitsdienstes in den Betrieb zurückkehren, ist die Zeit des Wehr- bzw. Arbeitsdienstes als Betriebszugehörigkeitsdauer anzurechnen, sobald der Anspruch auf Urlaub nach Ziffer 1 wieder erworben ist.

Der Treuhänder für das Rheinland schlägt in vier Tarifordnungen für das Fleischer- und Bäckerhandwerk (RABl VI S. 741, 906, 955 und 1130) auch für Teilnehmer an KdF-Fahrten verlängerten Urlaub vor:

Gefolgschaftsmitgliedern, die sich nachweislich an einer Ferienfahrt der NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" beteiligen, ist nach Möglichkeit ein erweiterter Urlaub zu gewähren.

In der Tarifordnung für die Tonpfeifenindustrie, Unterwesterwald (RABl VI S. 653) wird auch in die Urlaubsbestimmungen das Leistungsprinzip eingefügt. Die Bestimmung lautet:

Der jährliche Urlaub beträgt:

- a) für Gefolgschaftsmitglieder im Alter von mindestens 18 Jahren mindestens 6 Arbeitstage jährlich.

Darüber hinaus staffelt sich der Urlaub je nach Leistung und Dauer der Betriebszugehörigkeit.

Ähnlich in der Tarifordnung für die Angestellten des Grosshandels und der Industrie im Saarland (RABl VI S.647):

Nach vollendetem 30. Lebensjahr und nach mindestens 5jähriger Betriebszugehörigkeit soll der Urlaub nach der Leistung und dem Alter des Angestellten bis zu 18 Arbeitstagen erhöht werden.

Dass es der nationalsozialistischen "Urlaubspolitik" nicht allein auf die Bindung des Arbeiters an den Betrieb, sondern auch darauf ankommt, Urlaubsverbesserungen als Ersatz für Lohn-

erhöhungen (oder als sehr bescheidene Entschädigung für Lohnsenkungen und Verlängerung der Arbeitszeit) zu gewähren, ergibt sich aus der neuen Urlaubsregelung für das Baugewerbe. Durch die 16. Durchführungsverordnung zum Arbeitsordnungsgesetz vom 20. Mai 1936 (RGBl I S. 454) ist der Treuhänder der Arbeit ermächtigt worden, im Baugewerbe und in den Bau-Nebengewerben, in denen kurzfristige Arbeitsverhältnisse üblich sind, durch Tarifordnung zu bestimmen, dass von den Unternehmern in bestimmten Zeitabschnitten Urlaubsmarken in Höhe eines Teilbetrages des Lohnes in Urlaubskarten eingeklebt werden. Dieses Urlaubsmarkensystem hat den Zweck, dem Bauarbeiter auch dann einen Urlaubsanspruch zu sichern, wenn er seine Arbeitsstelle wechseln muss, bevor er die bisherige Wartezeit von 30 Wochen erreicht hat. Die daraufhin erlassene Tarifordnung vom 2. Juni 1936 (RABl VI S. 548), die am 1. September in Kraft getreten ist, sieht folgendes vor:

Die Urlaubsdauer beträgt nach einer Arbeitszeit von mindestens 32 Wochen 4 Tage, oder von mindestens 48 Wochen 6 Tage.

Nach einer Beschäftigungszeit von mindestens 32 Wochen erhalten Schwerbeschädigte 6 Tage, Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr 8 Tage, nach einer Beschäftigungsdauer von mindestens 48 Wochen Schwerbeschädigte 9 Tage, Jugendliche 12 Tage Urlaub. Für jeden Arbeiter hat der Betriebsführer eine Urlaubskarte auszustellen. In diese Karte hat er bei jeder Lohnzahlung als "zusätzliche Leistung zum Lohn" für jede Lohnwoche Urlaubsmarken in Höhe von 2 Prozent, bei Schwerbeschädigten von 3 Prozent und bei Jugendlichen von 4 Prozent des Bruttolohnes der Woche einzukleben und zu entwerfen.

Die Reichspost verkauft die Urlaubskarten und Urlaubsmarken. Sie zahlt auch das Urlaubsgeld aus (an den Unternehmer!).

Damit ist ein ähnliches System eingeführt worden, wie es vor dem Umsturz für das Steinsetz- und das Parkettlegergewerbe bestanden hat und wie es noch heute die Bauarbeiter in Oesterreich haben. Technisch entspricht das Urlaubsmarkensystem dem Verfahren bei der Invalidenversicherung. Materiell bedeutet es -in der Theorie- eine Lohnerhöhung um etwa 2%. Wie sich die Neuregelung in der Praxis auswirkt, zeigt das nachfolgende Beispiel:

Württemberg: Aus einem Baubetrieb wird berichtet, dass die Stammarbeiter sehr empört sind über die mit grossem Aufwand an Propaganda eingeführte Ferienregelung für die Bauarbeiter. Diese Regelung entpuppt sich immer mehr als eine Benachteiligung der ständig Beschäftigten, die es beim heutigen Stand der Bautechnik in viel grösserer Zahl gibt als früher. Diese Stammarbeiter hatten sich auf Grund ihrer langen Betriebszugehörigkeit natürlich schon längst auf Grund der bisherigen Ferienordnung einen Anspruch auf mindestens 6 oder 7 Tage Ferien erworben. Jetzt sind sie mit ihren Ferien völlig abhängig vom Entschluss der Betriebsführung, die nach freiem Ermessen und "nach den Betriebsnotwendigkeiten" die Ferien ansetzen kann. In der Regel werden die Ferien wohl auf die Schlechtwettertage fallen, an denen die Betriebsnotwendigkeiten sowieso die Einstellung der Arbeit verlangen. Auch der Umfang der Ferien erfährt für die Kategorie der Stammarbeiter eine Verkürzung. Während in diesem Jahr noch die bisherige Regelung gilt, tritt erstmalig 1937 die neue Regelung in Kraft und sie bringt eine Reduktion des Ferienanspruchs auf 4 oder 6 Tage.

Wie auch aus den nachstehenden Betriebsberichten hervorgeht, haben einzelne Unternehmungen die allgemeine Regelung der Tarifordnungen durch günstigere Sonderregelungen ersetzt, die offensichtlich den Zweck verfolgen, langjährige Werkszugehörigkeit zu prämiieren. So gewährt z.B. das Leunawerk Belegschaftsmitgliedern, die dem Werk 10 Jahre angehören, einen 4-wöchigen Sonderurlaub in einem werkseigenen Erholungsheim.

Berlin: Die Urlaubsbestimmungen in der Werkstarifordnung der ..Metallwerke lauten:

a) Der Urlaub im Kalenderjahr beträgt:

bis zum vollendeten	16. Lebensjahr	18 Arbeitstage
" " "	17. " "	12 "
" " "	18. " "	10 "
" " "	22. " "	6 "
" " "	26. " "	7 "
" " "	29. " "	8 "
in den folgenden Lebensjahren		10 "

b) Der vorstehende Urlaub erhöht sich nach einer ununterbrochenen fünfjährigen Zugehörigkeit zum gleichen Unternehmen um 1 Arbeitstag, nach zehnjähriger Zugehörigkeit zum gleichen Unternehmen um 2 Arbeitstage, nach 25jähriger Zugehörigkeit zum gleichen Unternehmen auf 18 Arbeitstage. Bei Berechnung dieser Treueprämie wird die Lehrzeit eingerechnet.

Es bleibt der betrieblichen Festsetzung überlassen, inwieweit hierüber hinaus eine längere oder auch frühere

Betriebszugehörigkeit bei der Gewährung des Urlaubs berücksichtigt werden soll.

c) Schwerbeschädigte im Sinne des Gesetzes vom 12. Januar 1933 erhalten einen zusätzlichen Urlaub von 5 Arbeitstagen.

Besonders günstig ist der Urlaub für Jugendliche bei Ullstein geregelt. Er beträgt für Lehrlinge:

im 1. Lehrjahr	24	Arbeitstage
" 2. "	18	"
" 3. "	12	"
" 4. "	6	"

Bei nachgewiesener Teilnahme an einem HJ-Lager wird regelmäßig der erforderliche Sonder-Urlaub -meist 3 Wochen- gewährt.

Mitteldeutschland: Grossbetrieb für Feinmechanik, Optik usw.: Der Urlaub ist gegenüber 1932 wesentlich verbessert. Der Urlaubsanspruch entsteht aber erst nach einjähriger Betriebszugehörigkeit. Man ist in diesem Punkte sehr kleinlich. Kündigt jemand nach der Wartezeit mitten im Jahre, so erhält er auch nur die Hälfte des Urlaubs, wobei die Urlaubsdauer bis auf die Stunde genau ausgerechnet wird. Gegenüber 1935 sind kleine Verschlechterungen eingetreten. Schwerbeschädigte und Opfer der Arbeit erhielten damals durchweg 18 Tage Urlaub. Jetzt erhalten sie nur 3 Tage mehr als die übrigen Arbeiter. Das bedeutet für manche einen Urlaubsausfall von 4 Tagen.

Im vorigen Jahre erhielten alle Leute, die mit "Kraft durch Freude" wegfahren, 14 Tage Urlaub. Wenn sie z.B. nur 8 Tage Anspruch hatten erhielten sie weitere 8 Tage bezahlten Urlaub extra. Dabei stellte sich heraus, dass von dieser Vergünstigung durchweg nur der hochverdienende Spezialarbeiter Gebrauch gemacht hatte, so dass die Firma ziemlich viel zahlen musste. In diesem Jahr hat man deshalb die Sache geändert. Die Firma sucht jetzt die Leute, die mit "Kraft durch Freude" wegfahren sollen, selbst aus und zahlt von sich aus die Unkosten. Dabei wählt man nur die besonders wenig Verdienenden aus, so dass der Ausfall der Firma geringer ist. Der Höchsturlaub für diese "Kraft-durch-Freude"-Fahrer ist dazu von 14 auf 8 Tage herabgesetzt. Diese ganze Neuerung wurde natürlich als eine soziale Massnahme dargestellt, bedeutet aber praktisch für die Firma eine wesentliche Ersparnis.

Sachsen: In der Vomag (Vogtländische Maschinenfabrik) erhält ein Arbeiter, wenn er 3 Jahre hintereinander im Betrieb gearbeitet hat, 8 Tage Ferien. Hat er während dieser Zeit einmal ausgesetzt, dann erhält er nur 6 Tage.

Ogleich allen Arbeitern nach der Tarifordnung Urlaub zusteht, bekommen in den Konfektionsbetrieben von X. nur die Arbeiter Urlaub, die bei der Firma besonders um Urlaub ansuchen. Vor allem handelt es sich in diesem Falle um die Arbeiter, welche noch kein Jahr in Arbeit stehen und denen nur 3 Tage Urlaub zustehen.

Ein Unternehmen im Kreis Löbau gewährt den langjährigen Gefolgschaftsmitgliedern ausser dem tariflichen Urlaub noch einen zusätzlichen Treueurlaub.

Rheinland-Westfalen: Eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand sind die bezahlten Ferien für Heimarbeiter. Es handelt sich hier um Heimarbeiter, die z.B. Schleifarbeiten nicht zuhause, sondern im Betrieb eines Unternehmers machen. Sie sind an sich selbständig, sie benutzen nur gegen Entgelt die Maschinen in den Fabriken. Früher bekamen sie keine Entschädigung, wenn der Betrieb der Ferien wegen im Sommer geschlossen wurde. Jetzt erhalten sie einen Ausgleich, der es ihnen ermöglicht, wenigstens 1 Woche Ferien machen zu können. Von dieser Sache, die wir nicht unterschätzen wollen, wird heute ständig viel Aufhebens gemacht und darüber werden oft die unerhörten Verschlechterungen vergessen.

Bayern: Grosses Aufheben wird in der Tagespresse damit gemacht, dass Studenten freiwillig und ohne Lohn in ihren Semesterferien in Fabriken arbeiten und dadurch der gleichen Anzahl von Arbeitern ein aussertariflicher, zusätzlich bezahlter Urlaub von 14 Tagen gewährt werden kann. Arbeiter, die in diesen Genuss kommen wollen, müssen aber bedürftig und würdig sein. (Jedenfalls "alte Kämpfer".) Tatsächlich sind im vorigen Sommer im Gau Franken ganze 30, im Gau Bayerische Ostmark sogar nur 25 Arbeiter auf diese Weise begünstigt worden.

10.) Einzelberichte.

Zum Schluss bringen wir aus unseren Betriebsberichten noch eine Reihe von Beiträgen, die interessante Aufschlüsse über die Lohnverhältnisse in einzelnen Betrieben vermitteln:

Berlin: Die Bewag (Berliner Elektrizitätswerke) beschäftigt etwa 3.500 Arbeiter und Angestellte. Davon sind nach dem Umsturz etwa 1.200 aus politischen Gründen entlassen und durch "alte Kämpfer" ersetzt worden. Früher hatte die Bewag einen mustergültigen Tarifvertrag, der unter anderem vorsah, dass nur 40 Stunden gearbeitet, dafür aber 42 Stunden bezahlt wurden. Nach dem Umsturz wurde eines Tages eine Betriebsver-

sammlung veranstaltet, in der erklärt wurde, es sei mit der Ehre des Arbeiters im Dritten Reich nicht vereinbar, sich mehr Arbeitsstunden bezahlen zu lassen, als wirklich geleistet werden. Es wurden also von da an nur 40 Stunden bezahlt. Nach einiger Zeit kamen aber die neuen in den Betrieb gekommenen SA-Leute dahinter und machten nun in ihren Organisationen Krach und schliesslich kam es dazu, dass die Arbeitszeit auf 44 Stunden erhöht und dann auch voll bezahlt wurde. Diese Regelung ist bis heute beibehalten worden.

Während der Tariflohn unverändert geblieben ist, sind zahlreiche Nebenvergünstigungen beseitigt worden. So sind z.B. die Zuschläge für Sonntagsarbeit wesentlich vermindert und die für die Nachtschicht überhaupt beseitigt worden. Früher wurden für alle Aussenarbeiten besondere Dienstaufwandschädigungen, sogenannte Auslösungen, gezahlt. Diese Auslösungen sind seit dem Umsturz wesentlich gesenkt worden und gleichzeitig wurde der Kreis der Empfänger erheblich verkleinert. Früher erhielt jeder Arbeiter in jedem Jahre einen Dienstanzug, für den er in 26 Wochen 26,- RMk. Abzug hatte. Auch diese Vergünstigung ist wesentlich eingeschränkt worden. Es gibt nicht mehr alle Jahre einen neuen Dienstanzug, sondern der Anzug wird nur erneuert, wenn der alte völlig abgetragen ist.

Die Arbeiter standen früher im Wochenlohn. Seit dem Frühjahr 1934 sind für die Arbeiter Monatslöhne eingeführt worden. Dabei sind durch Schaffung neuer Gruppen wesentliche Verschlechterungen erfolgt und ausserdem hat man sich bemüht, das Prinzip des Leistungslohnes möglichst stark zur Geltung zu bringen. Der Lohn ist z.B. nach dem Dienstalter (5, 10 oder 15 Jahre Betriebszugehörigkeit) gestaffelt (sogenannte Treueprämie). Früher bekam z.B. ein Monteur sofort den Höchstlohn; jetzt erst nach 15 Jahren. Dazu soll es noch eine Leistungszulage geben, deren Höhe der Verhandlung mit der Direktion vorbehalten ist. Aber diese Zulage steht völlig auf dem Papier, denn bis heute ist sie noch nicht ausbezahlt worden. Der Uebergang zu den Monatslöhnen hatte bei den Arbeitern zuerst den Eindruck erweckt, sie seien Angestellte (die Nazis hatten auch alles getan, um diesen Eindruck zu fördern), bald aber merkten die Arbeiter, dass sie keineswegs an den Vergünstigungen der Angestellten teilhaben. So bekommen z.B. die Angestellten nach wie vor eine monatliche Kinderzulage von 20,-RMk., die Arbeiter dagegen nur eine solche von 5,-RMk. Auch die grossen Unterschiede in der Leistung der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherung kamen jetzt den Arbeitern erst voll zum Bewusstsein. Das Ergebnis war eine grosse Verärgerung und die Leute nahmen sich vor, in einer der Betriebsversammlungen einen Vorstoss zu machen. Aber als es dann soweit war, hielt ein Referent einen langen Vortrag über die Kolonialfrage und die Leute hatten überhaupt keine Gelegenheit, ihre Klagen anzubringen. Ähnlich lief es in späteren Versammlungen, und in der letzten Zeit hat

man überhaupt keine Betriebsversammlungen mehr veranstaltet. Die Enttäuschung im Betrieb ist allgemein. Am deutlichsten tragen sie die SA-Leute zur Schau, die es fertigbringen, den Nazi-Vertrauensräten zu sagen: "Holt man lieber die roten Betriebsratsmitglieder wieder, ihr versteht ja doch nichts von der Sache!" - Unsere Leute, soweit sie noch im Betrieb sind, sind dagegen zurückhaltend und schicken nach Möglichkeit die anderen vor.

Sachsen: Bei der Dresdner Strassenbahn A.G. hat sich der Lohn seit 1933 fast um $\frac{1}{3}$ vermindert. Vor 1933 brachte ein Strassenbahner wöchentlich 45,- RMk bis 48,- RMk. nach Hause, heute nur noch 30,- RMk. bis 32,- RMk. Die Kinderzulage beträgt pro Stunde nur noch 2 Pfg. Zahlreiche Nebenvergünstigungen sind weggefallen, so z.B. Freifahrkarten für Angehörige, Zulagen für Arbeiten am Streckenbau usw.

In Dresden sind bei vielen Grosshandelsfirmen die Gehälter insbesondere der jüngeren Angestellten um 15% gekürzt worden.

In der Maschinenfabrik X. bestanden bis Anfang 1933 ziemlich günstige Arbeitsverhältnisse. Bei voller Arbeitszeit wurden von den Facharbeitern damals (nach Einbehaltung der Abzüge) 40,- bis 45,- RMk. pro Woche verdient. Heute ist der Betrieb mit Heeresaufträgen voll beschäftigt. Bei 48-stündiger Arbeitszeit verdienen Facharbeiter nur noch netto 30,- RMk. Durch Ueberzeitarbeit, die früh und abends geleistet wird, kommen die Facharbeiter auf netto 34,- RMk.

Die Stundenlöhne der Darmsaitenmacher in Markneukirchen betragen jetzt 69 Pfg. gegen 85 Pfg. vor dem Umsturz.

In der Handschuh-Industrie Burgstädt-Limbach betrug der Näherinnen-Lohn für ein Dutzend Handschuhe 1933 1,80 RMk., heute für dieselbe Sorte nur noch 1,28 RMk. Seit 1934 arbeiten die Näherinnen in der Regel nur 4 - 7 Stunden in der Woche. Die Unternehmer dürfen niemand entlassen, weil sonst die Arbeitslosenzahl steigt.

In der Maschinenfabrik in .. betrug der Stundenlohn bis 1932 87 Pfg. Bei Akkordarbeit wurde ein Zuschlag von 10% gezahlt, so dass der Akkordmindestlohn 97,4 Pfg. betrug. Jetzt kommt ein qualifizierter Facharbeiter im Akkord nur auf 65 - 66 Pfg. Stundenlohn.

Schlesien: Für die schlesischen Schuhfabrikerarbeiter besteht neben dem Reichstarif noch ein besonderer schlesischer Tarif, der bedeutend geringere Löhne enthält. Neueinstellungen erfolgen nur zum schlechteren schlesischen Tarif. In einem Betrieb erhielt die alte Stammelegenschaft eine Leistungszulage. Diese wurde mit der Begründung abgebaut, dass die nach dem schlesischen Tarif geringer entlohnten Arbeiter eine Aufbesserung erhalten sollten. Der Treuhänder gab seine

Zustimmung. Die Zusage wurde vom Unternehmer nicht eingehalten.

Bei zahlreichen Tiefbauunternehmungen, die zum Teil im Wasser arbeiten und hierfür bisher einen Lohnzuschlag von 25% zahlten, ist jetzt diese Zulage auf 10% herabgesetzt worden. Einige Gleiwitzer und Hindenburger Firmen haben diese Zulage ganz abgeschafft. Die Arbeiter haben das Arbeitsgericht angerufen; die Entscheidung steht noch aus.

Nordwestdeutschland: Bei den Notstandsarbeiten werden durchschnittlich Stundenlöhne von 52 Pfg. gezahlt. Dabei kommen natürlich auch Fälle vor, in denen diese Sätze nicht erreicht werden. So hat eine Gruppe von 20 Arbeitern aus einer nordwestdeutschen Stadt eine Arbeitsvermittlung zum Torfstechen in einem Oldenburger Moorgebiet bekommen. Die Arbeit wurde im Akkord gemacht. Nur geübte Torfstecher konnten bei angestrengter Arbeit auf einen Stundenlohn von 50 Pfg. kommen. Bei den städtischen Arbeitern war das ausgeschlossen. Schließlich hat eine Gruppe von 20 Arbeitern die Arbeit niedergelegt und ist nach Hause marschiert. Man hat dabei die Entfernung von 80 km zu Fuss zurückgelegt, um das Fahrgeld zu sparen.

Der unsoziale Charakter der Tarifordnungen für die Seeschifffahrt geht besonders deutlich aus den Abzügen hervor, die von der Heuer für Verpflegung an Bord gemacht werden. Während bei Offizieren und Ingenieuren dieser Verpflegungsabzug durchweg 35,- RMk. monatlich beträgt, beläuft er sich bei den Mannschaften bis auf 62,- RMk. Einige Beispiele:

	Durchschnittsheuer einschl. Verpflegung	Heuer ohne Verpflegkosten	Abzug für Verpflegung
<u>Schiffs-offiziere in Grosser Fahrt</u>			
	RMk.	RMk.	RMk.
I. Offizier	335,-	300,-	35,-
II. "	280,-	245,-	35,-
III. "	220,-	185,-	35,-
<u>Ingenieure in Grosser Fahrt</u>			
I. Ingenieur	485,-	450,-	35,-
II. "	335,-	300,-	35,-
III. "	280,-	245,-	35,-
1. Boots- und Zimmermann	170,-	124,-	46,-
Segelmacher, Steurer,	156,-	110,-	46,-
Vollmatrosen	153,-	103,-	50,-
Leichtmatrosen	89,-	50,-	39,-
Heizer	157,-	113,-	44,-
Trimmer	133,-	96,-	37,-
Köche	186,-	124,-	62,-
I. Stewards	151,-	109,-	42,-

T e i l B

(Abgeschlossen am 2. Dezember 1936.)

Aussenpolitische Uebersicht

Seit dem Frühjahr 1936 ist eine völlige Umwälzung der europäischen Machtlage eingetreten. Wenn heute die Rechtsbrüche und Provokationen der Hitlerpolitik von den Regierungen der demokratischen Länder mit äusserer Ruhe aufgenommen werden, so nicht, weil sie sie für ungefährlich hielten. Hinter jeder dieser Provokationen lauert heute der Krieg. In rasend schnellem Tempo geht das Wettrüsten vor sich. Die beiden Diktaturländer -Deutschland und Italien- sind in ein festes Bündnisverhältnis zueinander getreten. Sie erstreben eine Neuverteilung der Welt. Die braune Diktatur hat mit dem neuen Vierjahresplan das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft vollkommen unter das Kriegsgesetz gestellt. Die Totalität, mit der die deutsche Wirtschaft für die Zwecke des Krieges erfasst wird, ist der sichtbarste Beweis für die Angriffspläne des deutschen Militarismus.

Zwei Richtungen dieser Angriffspläne sind erkennbar. Die eine folgt der Tradition der Kontinentalpolitik, die über den Balkan, der alten Linie Berlin-Bagdad folgend, bis nach Asien reicht. Die andere wendet sich gegen die demokratischen Mächte Westeuropas, gegen die Besitzer der grossen überseeischen Kolonialreiche. Beide Richtungen stehen nicht im Widerspruch miteinander. Das Ziel ist das gleiche: Neuverteilung der Welt, Neuverteilung insbesondere des überseeischen Kolonialbesitzes, Vergewaltigung schwächerer Länder. Es handelt sich um eine Eroberung in Etappen. Ehe der deutsche Militarismus zum Generalangriff schreitet, mit der Front gegen Westen, muss er seine Herrschaft über Mittel- und Osteuropa aufgebaut haben. Deshalb ist

sein nächstes Ziel, die Bündnisse zwischen Ost- und Westeuropa zu entwerten und zu sprengen, Sowjetrußland aus dem europäischen Staatensystem herauszudrängen, den Status quo im Osten zu zerstören und die Völker Mittel- und Osteuropas seiner Hegemonie zu unterwerfen. Während er systematisch daran arbeitet, betreibt er gemeinsam mit Italien eine Politik der Abenteuer und der Provokationen. Er hat seine Hand im spanischen Bürgerkrieg wie in allen Versuchen, rund um das Mittelmeer eine panarabische Bewegung zu entfachen, die die Stellung Englands und Frankreichs schwächen und für den kommenden Angriff Deutschlands und Italiens sturmreif machen soll. Im Osten wie im Westen wie im Mittelmeer bereitet die deutsche Politik systematisch einen neuen Weltkrieg vor, dessen offener Ausbruch bisher nur durch eine Politik der Westmächte hintangehalten worden ist, die den Frieden um den Preis grosser und gefährlicher Zugeständnisse erkaufte haben.

Das Bewusstsein der drohenden Kriegsgefahr lebt in allen Völkern und ohne Zweifel werden alle friedliebenden Völker eines Tages die Schuld an einem neuen Weltkrieg Deutschland zuschieben, und das mit Recht! Die deutsche und die italienische Regierung spielen eindeutig die Rolle der Rechtsbrecher und der Angreifer.

I. Die Politik der Volksfront.

In wenigen Monaten ist jene Politik völlig zusammengebrochen, die das faschistische Italien gegen das nationalsozialistische Deutschland ausspielen wollte, statt sich ohne Vorbehalt auf den Boden der Völkerbundsidee zu stellen. Die französische und die englische Politik, die Abessinien geopfert hat, statt die Sanktionspolitik gegen Italien entschlossen durchzuführen, bezahlt diesen Zusammenbruch ihrer Konzeption mit völliger Direktionslosigkeit und Schwäche. Für die internationale Arbeiterbewegung ist es verhängnisvoll, dass dieser Zusammenbruch eingetreten ist, nachdem in Frankreich die Regierung der Volksfront an die Macht gekommen ist.

In Frankreich hatte die Kammer den Pakt mit der Sowjetunion ratifiziert. Die Wahlen gaben der Volksfront eine starke Kammernmehrheit. Unter der Führung Léon Blums übernahm eine sozialistisch-radikalsozialistische Regierung die Geschäfte. Sie wurde von allen Volksfrontparteien, so auch von den Kommunisten, gestützt. Sie wandte ihre Aktivität zunächst vor allem wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu. Was die Aussenpolitik anbelangt, so lag in der Zusammensetzung wie in der Entstehungsgeschichte der Volksfront ein gewisses Programm. Die Volksfront hatte in langem Kampfe Laval gestürzt. Sie hatte Laval entgegengehalten, dass er die Idee der kollektiven Sicherheit durch den Handel mit Mussolini verraten habe. Sie hatte in diesem Kampfe der Opportunitätspolitik Lavals eine grundsätzliche europäische Konzeption im Geiste des Völkerbündnisses entgegengesetzt. Man hätte also eine entschiedene Abkehr von der Lavalpolitik erwarten müssen. Die Volksfront war ausserdem, namentlich durch die Teilnahme der Kommunisten, in gewissem Sinne zur Erbin der Politik Barthous geworden. Sie hielt an dem französisch-sowjetrussischen Vertrag fest zu einer Zeit, als reaktionäre Militärs und die reaktionäre Presse eine lebhaftige Agitation gegen ihn begannen. Nach der ganzen inneren Struktur und nach der Herkunft der Volksfront musste man erwarten, dass der französisch-sowjetrussische Vertrag im Mittelpunkt ihrer auswärtigen Politik stehen würde. Dieser Vertrag war recht eigentlich die politische Konzeption der Radikalsozialistischen Partei gewesen. Die auswärtige Politik der Volksfrontregierung ist indessen in andere Bahnen eingelenkt. Sie stand vor der Entscheidung, ob sie im Gegensatz zu Laval an einer grundsätzlichen Politik in der abessinischen Frage festhalten, oder ob sie bei der Liquidation der Sanktionspolitik mitwirken sollte. Sie hat sich für die Liquidation entschieden.

Eine andere entscheidende Kursbestimmung lag in folgendem: Es war zur Zeit des Amtsantritts der Volksfrontregierung bereits völlig klar, dass die von England versuchte Versöhnung mit Deutschland gescheitert war, und dass Deutschland -nachdem

die Rheinlandbefestigung gesichert war - keinerlei Interesse daran hatte, sich Frankreich gegenüber tatsächlich vertraglich zu binden. Sollte die Regierung der Volksfront nun entschlossen auf diesen unmöglichen Versuch verzichten, dafür den französisch-russischen Vertrag in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, ihr Vertragssystem in Osteuropa stärken und die englische Politik zu einer klaren Stellungnahme veranlassen? Oder sollte sie die englische Konzeption annehmen, die den Wunsch nach einem neuen Westpakt in den Mittelpunkt stellte, weil sie davon Verständigung mit Deutschland, vor allem aber auch die Vermeidung einer klaren Frontenbildung in Europa erhoffte? Die Regierung der Volksfront hat in der praktischen Führung ihrer Politik sich der zweiten Alternative so stark zugeneigt, dass sie in weitgehende Abhängigkeit von der englischen Politik geraten ist.

Die praktische Politik der Volksfrontregierung begann mit einer Abschwächung der Haltung der französischen Politik, wie sie zur Zeit der Londoner Beratungen und der Rheinlandbesetzung geführt worden war. Léon Blum erklärte, dass alle Friedensangebote erprobt werden müssten. Die Bedingungen, die Frankreich im März für Verhandlungen mit Deutschland gestellt hatte, wurden stillschweigend fallengelassen. Auf der Völkerbundsversammlung in den ersten Julitagen, die die Sanktionen gegen Italien aufhob, vereinbarten die drei Locarnomächte Frankreich, England und Belgien eine neue Zusammenkunft der Unterzeichner der Londoner Vereinbarungen vom 19. März. Es konnte der Eindruck entstehen, dass die Volksfrontregierung auf die offene Feststellung dränge, dass Deutschland für das Scheitern der Versöhnung verantwortlich sei, weil es die Vorbedingungen für Verhandlungen nicht angenommen hatte. Aber der Gang der diplomatischen Unterhandlungen zwischen Frankreich, England und Belgien, in denen England im voraus diese Konferenz sorgfältig von allem reinigte, was die deutsche Politik als Unfreundlichkeit hätte ansehen können, hat diesen Eindruck bald zerstreut. Schon vor dem Zusammentritt dieser Konferenz war von den Vereinbarungen

vom 19. März nicht mehr viel übrig. Die englische Politik war zum äussersten Entgegenkommen an Deutschland bereit. In Belgien zeigten sich bemerkenswerte Tendenzen zu einer realistischen Politik im Mussolinischen Sinne.

Am 23. Juli fand die englisch-französisch-belgische Konferenz in London statt. Sie lud Deutschland und Italien zu einer Fünfmächtekonferenz ein, auf der die Voraussetzungen für die Sicherung des europäischen Friedens besprochen werden sollten. Die Diskussionen dieser geplanten Fünfmächtekonferenz sollten mit der Prüfung der Frage eines neuen Westpakt an Stelle des von Deutschland zerrissenen Locarnopakt beginnen. Sie sollten sich allmählich auf den gesamten europäischen Komplex erstrecken. Zu diesem Zweck sollten in einem späteren Stadium der Konferenz andere interessierte Mächte, vor allem Sowjetrußland, zugezogen werden. Die französische Regierung ging auf diesen Plan ein. Diese Zustimmung bedeutete, dass Frankreich nicht nur alle Vorbedingungen für Verhandlungen mit Deutschland fallen gelassen, sondern sich auch mit der Tatsache abgefunden hatte, dass die Befestigung des Rheinlandes im vollen Gange war. Die Volksfrontregierung hatte gegenüber der englischen Politik, die Deutschland auf Kosten der französischen Machtstellung besänftigen wollte, vollkommen kapituliert. Sie tauschte dafür das Phantom einer europäischen Konferenz ein, auf der der Friedenswille Hitlers geprüft werden sollte.

Dieser vor allem von der englischen Regierung betriebene Konferenzplan barg Keime einer gefährlichen europäischen Spaltung in sich. In der zeitlichen Gliederung: erst Westpakt, dann die anderen europäischen Probleme, lag der Keim zum Entgegenkommen an alle Tendenzen, die auf eine Ausschaltung und Isolierung Sowjetrußlands hinarbeiteten. Die deutsche Regierung stimmte dem Plan prinzipiell zu. Die englische Regierung suchte ihn in den Besprechungen, die Sir Robert Vansittard während der Olympiade in Berlin führte, vorwärtszutreiben. Das weitere Geschick des Planes aber, auf den sich nun die französische Politik konzentrierte, wurde entscheidend beeinflusst durch

die Schwäche, die die Volksfrontregierung im Verlauf des spanischen Bürgerkriegs zeigte.

II. Die spanische Tragödie.

Die Wahlen vom 16. Februar in Spanien hatten den Versuchen ein Ende gemacht, die Spanien zur Beute des katholischen Faschismus machen wollten. Nach dem Wahlsieg der spanischen Volksfront übernahm eine Regierung der republikanischen Linken die Geschäfte. Sie wurde von Anfang an von der gegenrevolutionären Propaganda in Deutschland und Italien als eine bolschewistische Regierung bezeichnet. In Wahrheit war sie alles andere als das. Innerhalb der sozialistischen Partei bestimmte der gemässigte Flügel den Kurs und die Taktik des vorsichtigen Vorgehens wurde auch von den Kommunisten vertreten. Diese Regierung hatte vor sich die grosse Aufgabe, die Agrarreform durchzuführen, Spanien endlich von der Ausaugung und Verelendung durch die Latifundienbesitzer zu befreien und der Arbeiterbewegung freie Bahn zum Kampfe gegen die Unternehmersdiktatur zu verschaffen. Sie war entschlossen, den Boden der Legalität nicht zu verlassen. Gegen diese Politik der Legalität griff die spanische Reaktion zum blutigen Terror, dem Republikaner und Sozialisten in grosser Zahl zum Opfer fielen. Der Terror sollte den gegenrevolutionären Ausbruch vorbereiten. Alle reaktionären Kräfte in Spanien arbeiteten gemeinsam an der Organisation eines Staatsstreiches. Der Grossgrundbesitz, die Generäle --Spanien hatte 850 Generäle und 20.000 Offiziere für ein Heer von 100.000 Mann, also auf 120 Mann je einen General-- und der ausbeuterisch-schmarotzende Klerus, diese Dreieinigkeit, die seit Jahrhunderten Spanien am Aufstieg verhindert und das unglückliche Land bedrückt hatte, bereitete das blutige Verbrechen des Bürgerkrieges vor. Sie erhielt dabei die Hilfe Italiens und Deutschlands.

Der Wahlsieg der Linken hatte die Pläne Mussolinis empfindlich gestört. Für ihn bedeutete ein faschistisches Regime in

Spanien einen wichtigen Bundesgenossen im Kampfe um die Umwälzung der Machtverhältnisse im Mittelmeer. Mit Gibraltar hält England den Schlüssel zum Mittelmeer in der Hand. Zwischen Marseille und Algier, Toulon und Bizerta hält die französische Flotte die Wege zwischen Frankreich und seinem nordafrikanischen Kolonialreich offen, die für die Machtstellung Frankreichs lebenswichtig sind. Ein mit Italien verbündetes Spanien würde dem italienischen Faschismus die Möglichkeit geben, die englisch-französischen Machtpositionen im Kriegsfall entscheidend zu schwächen. Wenn die Balearen, die auf dem Wege von Marseille nach Algier liegen, zu einem Stützpunkt für die italienische Flotte und Luftwaffe gemacht werden könnten, so könnten die Verbindungen Frankreichs mit seinem Kolonialreich unterbrochen werden. Wenn Spanien in einem Kriege, in dem Italien gegen England steht, an die Seite Italiens tritt, so ist Gibraltar gegen einen Angriff von der Landseite nicht zu halten, und die Durchfahrt der englischen Flotte durch die Strasse von Gibraltar mit den grössten Gefahren verknüpft. Spanien hat deshalb von Anfang an in den Plänen der Mussolinischen Machtpolitik eine Rolle gespielt. Im Jahre 1926 wurde zwischen Mussolini und Primo de Rivera ein Geheimvertrag geschlossen, der Italien einen Flottenstützpunkt auf den Balearen einräumte. Der Sturz Primo de Riveras machte einen Strich durch diese Rechnung. Das republikanische Spanien suchte die Freundschaft Frankreichs und Englands. Das Vordringen der faschistisch-katholischen Reaktion in Spanien im Jahre 1935 belebte indessen diese Pläne wieder, die durch den italienisch-ethiopischen Krieg aktuellste Bedeutung erhielten. Während die offizielle spanische Politik dem Völkerbund treu blieb, überschwebten die spanischen Faschisten das Land mit der Parole, Spanien müsse von der Schande von Gibraltar befreit werden. In den Staatsstreichplänen des spanischen Faschismus spielte von vornherein die italienische Bundesgenossenschaft die entscheidende Rolle. Der Wahlsieg der Linken vom 16. Februar gab diesen Staatsstrichtenden neue Antriebe. Am Wahl-

tag selbst berieten sich die spanischen Faschisten unter Zuziehung italienischer und portugiesischer Faschisten unter Vorsitz des Erzbischofs von Lissabon in Lissabon.

Auch die deutsche Gegenrevolution hatte seit langem ihre Hand in Spanien. Der neue deutsche Militarismus hat dort wie überall an die Traditionen des wilhelminischen Imperialismus angeknüpft. Im Weltkriege hatte sich der deutsche Militarismus die Korruptheit der spanischen Monarchie zunutze gemacht, um die spanische Küste als Basis für die Verproviantierung der deutschen Unterseeboote zu erkaufen. Deutsches Gold rief in den herrschenden Schichten Spaniens eine stark deutschfreundlich betonte Neutralität hervor. Diese Beziehungen zwischen dem deutschen Militarismus und der spanischen Reaktion lebten nach dem Machtantritt Hitlers wieder auf. In der spanischen Republik nisteten sich die deutschen Propaganda- und Spionageorganisationen ein, die das Land schliesslich mit einem dichten Netz überzogen. Zwischen ihnen und den spanischen Faschisten bestanden die engsten Beziehungen. Ein verbündetes Spanien bedeutet für den deutschen Militarismus eine wertvolle Ergänzung der Rheinlandbefestigung. Es zwingt Frankreich im Kriegsfall zur Aufstellung einer besonderen Armee zur Deckung der Pyrenäengrenze.

Die strategisch-machtpolitische Bedeutung, die die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Spanien für die beiden Vormächte der Gegenrevolution haben würde, wird noch übertroffen durch die ideologische Bedeutung. Die Errichtung dieser Diktatur würde einen schweren Schlag gegen die Wiederbelebung des Freiheitswillens der westeuropäischen Völker, einen neuen wesentlichen Schritt zur Herrschaft der Gegenrevolution über Europa bedeuten. In Spanien führte die europäische Gegenrevolution einen weiteren, bewussten, wohlgezielten Schlag gegen die europäische Demokratie wie gegen die Grundidee des Völkerbündspaktes und gegen die Nachkriegsordnung in Europa. Die Rebellion der spanischen Generäle war von allem Anfang an nicht eine innerspanische Angelegenheit, sondern ein Komplott der

der spanischen Generäle mit den beiden gegenrevolutionären Vormächten, dazu bestimmt, nicht nur die innere Verfassung Spaniens, sondern auch seine aussenpolitische Orientierung im Sinne der europäischen Gegenrevolution zu verändern. Der Vorstoss der Gegenrevolution in Spanien enthüllte die reaktionäre und gegenrevolutionäre Zielsetzung des Nationalismus, er zeigte, dass der Eroberungskrieg der gegenrevolutionären Mächte sich keineswegs nur in der klassischen Form von Eroberungskriegen abzuspielen braucht, dass seine Erfolge keineswegs an die Verrückung von Grenzpfählen, an die einen Sieg äusserlich symbolisierenden Landgewinne gebunden zu sein brauchen. Er ist das klassische Beispiel dafür, dass die Ideen einer Herrschaft der Gegenrevolution über Europa sich längst zu konkreten Plänen und Handlungen verdichtet haben, während die demokratischen Mächte sich scheuen, ihre Politik nach der demokratischen Idee auszurichten.

Die Rebellion der faschistischen Generäle begann am 19. Juli 1936 in Spanisch-Marokko. Die Ereignisse vollzogen sich mit atemberaubender Geschwindigkeit. Die gegenrevolutionären Mächte führten ihre Unterstützung für die Rebellen, die notwendig von langer Hand vorbereitet gewesen sein muss, mit solcher Geschwindigkeit durch, dass die Erkenntnis, dass es sich um einen deutsch-italienischen Angriffskrieg gegen die spanische demokratische Republik handelte, den Tatsachen nur sehr langsam nachfolgte. Am 30. Juli aber wurde der wahre Charakter des spanischen Bürgerkrieges durch eine unbestreitbare Tatsache erhärtet. Drei italienische Bombenflugzeuge, bewaffnet und mit italienischen Offizieren und Unteroffizieren bemannt, stürzten über französischem Gebiet in Nordafrika ab. Es wurde durch Auffinden von Dokumenten und durch eingehende Untersuchung festgestellt, dass diese Flugzeuge für die Rebellen bestimmt waren. Die Vermutung, dass ein ganzes Geschwader italienischer Flugzeuge bereits in Spanisch-Marokko gelandet sei, wurde dadurch bestätigt.

Die Regierung Léon Blum stand damit vor einer entscheidenden Frage. Es war die Frage, ob sie ihre Politik im Geiste der europäischen Demokratie oder im Geiste des traditionalistischen Konservatismus führen wolle. Für die geistige Einheit der Demokratie in Europa, für das Wiederaufleben des Freiheitswillens der Völker war die Entscheidung dieser Frage von grundlegender Bedeutung. Die Regierung Léon Blum hat sich gegen die Idee der Freiheit für den europäischen Konservatismus entschieden. Alsbald nach der Aufdeckung der italienischen Intervention beschloss sie, alle Waffenausfuhr nach Spanien --sowohl für die Regierung als auch für die Rebellen-- zu verbieten, bereits bestehende Verträge mit der spanischen Regierung über die Lieferung von Waffen und Munition zu inhibieren, und allen Mächten, auch Italien und Deutschland, vorzuschlagen, dass sie sich diesem Vorgehen anschliessen möchten. Diese Politik ist konsequent durchgeführt worden. Die französische Waffensperre beraubte die verfassungsmässige spanische Regierung der Möglichkeit, sich gegen die faschistischen Rebellen Waffen zu verschaffen, während die Rebellen von den gegenrevolutionären Mächten bewaffnet wurden.

Der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges hat die Schleier vor den grossen ideellen Gegensätzen in Europa weggerissen. In jedem Lande schieden sich an der Stellungnahme zum spanischen Bürgerkrieg die Kräfte der Demokratie von den Kräften der Gegenrevolution in leidenschaftlicher Erregung. Die gesamte europäische Reaktion verkündete laut ihre Sympathie mit der spanischen Rebellion. Mächtige Strömungen der englischen konservativen Partei und der englischen Presse kamen den Rebellen zu Hilfe. In Frankreich stand ihnen jene Presse bei, die einst Laval gegen die Politik der Sanktionen aufgehetzt und unterstützt hatte. Mit wildem Geheul, mit den Mitteln des offenen Landesverrates, führte diese Presse den Feldzug gegen die spanische legale Regierung und für die Rebellen. Die gegenrevolutionäre Presse Deutschlands blies in das Feuer mit der antibolschewistischen Parole. Die verbrecherischen Generale, die

den Bürgerkrieg entfesselt hatten, wurden zu den Rettern der Kultur vor dem Bolschewismus. Die gegenrevolutionären Kräfte in den demokratischen Ländern warfen die Maske ab. Hinter dem europäischen Konservatismus trat der Faschismus hervor. Es wurde sichtbar, wie die gegenrevolutionäre Idee in Europa um sich gegriffen hatte. Besonders in England zeigte sich, dass der Hass gegen eine Demokratie, die sich auf die Arbeiterschaft stützt, stärker ist als die imperialistischen Interessen. Der "Daily Herald" hielt dem Ministerpräsidenten Baldwin entgegen: "Vom Chef der grössten und ältesten Demokratie Europas haben wir beredete Ansprachen gehört, und nun, wo eine junge Demokratie um ihre Existenz kämpft, hören wir nicht ein Wort der Sympathie und der Ermutigung für ein Volk, das sich mutig für seine Freiheit schlägt." In tiefster und leidenschaftlichster Erschütterung erhoben sich aber auch alle wahrhaft demokratischen Kräfte Europas für die spanische Freiheit. Sie rangen mit dem Problem, wie sie ihre Sympathien in materielle Hilfe für den spanischen Freiheitskampf umsetzen sollten. Die Regierung Léon Blum hat ihnen den wichtigsten Weg dazu verschlossen.

Die französische Volksfront ist eine Koalition von Parteien, die bei der Wahl die Parteien der Rechten geschlagen hatte, und die nach der Wahl die Koalitionsregierung Blum gebildet und gestützt hat. Diese Koalition hatte den Anspruch erhoben, ein Ausdruck der Wiederbelebung des Freiheitswillens zu sein. Nun stellte sich heraus, dass die ideale Strömung des neuen Freiheitsgefühls sich keineswegs mit jener parteipolitischen Konstellation deckte, die die französische Volksfront bildet und dass die geistig-politische Einheit der Volksfrontkoalition nicht vorhanden war. Die sozialistische und die kommunistische Partei Frankreichs setzten sich leidenschaftlich für die Sache der spanischen Freiheit ein. Aber bei den Radikalsocialisten stellten sich die konservativen Elemente einer eindeutigen Parteinahme entgegen. Zwischen der Stellungnahme der sozialistischen Partei und ihrem praktisch-politischem

Ausdruck in der Regierung Blum entstand eine jähe Spaltung. Es zeigte sich, dass von allen Motiven, die die äussere Politik der Regierung Léon Blum bestimmten, die Idee der kämpfenden Demokratie und die Idee der Einheit der europäischen Demokratie gegen die europäische Gegenrevolution die geringste Bedeutung hatten. Der Entschluss, die Waffensperre gegen die spanische Regierung zu verhängen, war eher eine Kapitulation vor der gegenrevolutionären Welle in Europa, als ein Ausdruck des Willens, der Sache der Freiheit kraftvoll beizustehen.

Der französische Ministerpräsident Léon Blum und der französische Aussenminister Delbos haben diesen Entschluss in grossen Reden begründet. Léon Blum hat drei Hauptmotive angegeben. Er hat die Rechnung aufgestellt, dass das Rüstungsverhältnis zwischen Regierung und Rebellen durch eine allgemeine Waffensperre gegen beide Teile am günstigsten für die Regierung gestaltet werden könne. Diese Rechnung ging von der Voraussetzung aus, dass die Waffensperre allgemein und loyal durchgeführt werden würde. Sie vernachlässigte die Tatsache, dass die Rebellen durch die gegenrevolutionären Mächte in dem Stadium vor einem allgemeinen Abkommen nach Kräften bewaffnet wurden, während die Regierung entscheidend dadurch geschwächt wurde, dass die französische Waffensperre praktisch schon lange vor dem Abkommen durchgeführt wurde. Wie grundfalsch diese Rechnung war, hat sich alsbald erwiesen. Blums zweites Motiv war, dass eine andere Haltung der französischen Regierung einen allgemeinen europäischen Brand hätte herbeiführen können. Darin lag die Kapitulation vor jeder gegenrevolutionären Erpressung. Das dritte Motiv war das allgemeine Motiv der Blumschen Politik: alles zu tun, um das Risiko eines unmittelbar bevorstehenden Krieges auszuschalten, sich bis zum Ende -jusqu'au bout- zu weigern, am Frieden und an der Sendung der französischen Nation zur Befriedung Europas zu zweifeln, bis zur letzten Grenze seiner Kraft und zum letzten Hauch seines Lebens alles zu tun, um den Krieg von Frankreich abzuhalten. Dies letzte Motiv, Ausdruck einer ethisch fundier-

ten pazifistischen Ueberzeugung, liess eine Frage erkennen, über die Léon Blum niemals Klarheit geschaffen hatte: die Frage, ob es überhaupt einen äussersten Preis für die Aufrechterhaltung des Friedens gäbe, über den er nicht hinausgehen würde, oder ob er bereit wäre, um des Friedens willen den Sinn des Friedens preiszugeben, den Sinn, der in der Freiheit Europas besteht.

Indessen liess die Begründung, die Blum für seine Politik gab, nicht alle Motive der französischen Rechnung erkennen. Die Motive, mit denen er seine Politik vor sich selbst und vor seiner Partei rechtfertigte, waren nicht die gesamten und nicht die entscheidenden Motive der französischen auswärtigen Politik. Für die bürokratischen Kräfte des Quai d'Orsay, die seinen aussenpolitischen Kurs entscheidend mitbestimmten, war nicht die Friedensethik Léon Blums, sondern eine Machtrechnung das wirkliche Motiv. Eine bemerkenswerte Lücke in der Argumentation Blums enthüllt dies Motiv. Wenn die Aktion der gegenrevolutionären Mächte in Spanien eine so unmittelbare und so gefährliche Bedrohung des europäischen Friedens war -warum rief Frankreich dann nicht den Völkerbund an und verlangte, dass er nach Artikel X oder XI eingreife? Das aber ist gerade der Punkt, der erweist, dass die Volksfrontregierung die Politik Laval's fortsetzte. Es war der Gedanke, dass Italien um jeden Preis gewonnen werden müsse, um die Rheinlandbefestigung zu paralysieren, der die französische Politik von aktiver Hilfe für die spanische Freiheit, von aktivem Widerstand gegen die italienische Interventionspolitik, von einer Anrufung des Völkerbundes gegen Italien abhielt. Die Volksfrontregierung kapitulierte vor der Erpressung der Gegenrevolution, weil auch sie die Hilfe des einen gegen den anderen gegenrevolutionären Staat erkaufen wollte.

Zu diesem Grundmotiv der Politik der französischen Ministerialbürokratie kam ein anderes. Die Lavalpolitik hatte immer eine reaktionäre Komponente. Sie wurde jetzt verstärkt durch das Grauen, das alle konservativen und reaktionären Elemente

angesichts des furchtbaren Kampfes in Spanien vor den Folgen eines Sieges der Freiheit, vor den innerpolitischen Konsequenzen in Frankreich und ganz Europa überfiel. Dies Grauen liess diesen Elementen das Bündnis mit Sowjetrussland in einem ganz anderen Lichte erscheinen. Es verstärkte alle schon vorhandenen Abneigungen gegen dies Bündnis. Eine entschlossene Parteinahme für die spanische Regierung hätte mit der Volksfront auch das Bündnis mit Russland gestärkt, also wandten sie sich mit Entschiedenheit gegen eine aktive Politik. So stand schliesslich die Absicht, eine Konferenz der Westmächte zustande zu bringen und dafür Mussolinis Hilfe zu gewinnen, über allen ideologischen Erwägungen, die dem Programm der Volksfront entsprangen. Im ganzen Verlauf dieser Krise hat die offizielle französische Politik durch den Mund ihres Aussenministers immer wieder verkünden lassen, dass sie jede Zerteilung Europas in Ideenparteien ablehnt - und hat damit den ideellen und politischen Sinn der französischen Volksfront verneint, auf den sie sich stützte.

Die Mächte der Gegenrevolution haben sehr gut begriffen, welche Waffe ihnen der Entschluss der französischen Regierung, Spanien die Waffenzufuhr zu sperren, in die Hand gab. Es begann alsbald ein Zusammenspiel zwischen Rom und Berlin, um aus dem Angebot eines allgemeinen Nichtinterventionspaktes durch die französische Regierung soviel politisch-propagandistisches Kapital wie möglich zu schlagen. Die deutsche Regierung, die das Gros ihrer Kriegsflotte in die spanischen und marokkanischen Gewässer schickte, begann eine Politik der schamlosesten Erpressungen gegen die spanische Regierung. Sie machte die Auslieferung eines in Madrid beschlagnahmten Flugzeuges zur Vorbedingung für ihre Teilnahme am Nichtinterventionspekt, sie schickte gleichzeitig Flugzeuge, Tanks, Waffen und Munition, Flieger und Instruktionsoffiziere zu den Rebellen. Sie drohte mit bewaffnetem Eingreifen, als spanische Regierungsschiffe den Dampfer Kamerun aufbrachten, der Flugzeuge und Tanks für die Rebellen nach Portugal gebracht hatte.

Deutschland erreichte es, dass die französische Regierung die schimpfliche Aufgabe übernahm, auf die spanische Regierung einen diplomatischen Druck auszuüben, damit sie den deutschen Forderungen nachkomme. Der Uebermut der deutschen Regierung ging soweit, dass sie einige Sympathieerklärungen französischer Minister für die spanische Regierung als Hemmnis für die Annahme des Nichtinterventionspaktes zu bezeichnen wagte.

In diesem Zeitraum der diplomatischen Verhandlungen bis zum ersten Zusammentritt des sogenannten Koordinationsausschusses zur Durchführung der Nichtintervention in London am 9. September 1936 machten die gegenrevolutionären Mächte die militärischen Anfangserfolge der verfassungsmässigen spanischen Regierung zunichte. Sie liehen den Rebellen ihren politischen Beistand, sie rüsteten sie mit dem modernsten Kriegsmaterial aller Art, mit Fliegern, Artilleristen, Tankmannschaften und Instruktoren aus, sie ermöglichten ihnen den Transport farbiger marokkanischer Truppen nach Spanien, sie machten Portugal mit Hilfe der faschistischen portugiesischen Regierung zur politischen und militärischen Basis der Rebellen, so dass Portugal sich bis in den Oktober hinein, gestützt auf die italienische und deutsche Ermunterung, von dem Koordinationsausschuss in London fernhielt. Der Zeitgewinn, den die gegenrevolutionären Mächte durch ihre Politik der diplomatischen Verschleppung erzielten, machte sich in der militärischen Lage in Spanien schon gegen Ende August geltend. Das deutsche und italienische Kriegsmaterial verschaffte den Rebellen billige Erfolge über die schlecht bewaffneten Milizen der Regierung. Der Fall Irun enthüllte den schreienden Unterschied in der Bewaffnung zwischen Rebellen und Regierungsmilizen.

Die schreiende Ungerechtigkeit des Nichtinterventionspaktes, seine Unvereinbarkeit mit dem Völkerrecht, mit dem Geiste der kollektiven Sicherheit und des Völkerbundpaktes sprang in die Augen. Die sogenannte Neutralität --"die schimpfliche Komödie der einseitigen Neutralität" nannte sie die französische sozialistische Presse-- war eine vollkommene Neuerung. Als zur

Zeit des Dollfuss-Putsches in Oesterreich die Möglichkeit bestand, dass die nationalsozialistischen Putschisten Hilfe von Deutschland erhalten könnten, hatte Mussolini am Brenner mobilisiert und damit verhindert, dass die deutsche Regierung zugunsten der Rebellen intervenierte. Jetzt lag eine ähnliche Situation vor. Deutschland und Italien spielten in Spanien die gleiche Rolle, die Deutschland im Frühjahr 1934 in Oesterreich gespielt hatte --aber diesmal bestand die Antwort nicht in einer französischen Mobilmachung an den Pyrenäen, sondern in der Verweigerung jeder legalen Hilfe für die angegriffene Regierung. Der spanische Ministerpräsident Giral hatte am 15. August in der französischen Presse dagegen protestiert:

"Ich gestehe Ihnen, dass die gegenwärtige Haltung der französischen Regierung und ihre Konzeption der Neutralität uns schwer verständlich erscheint. Wir verstehen sehr gut die ungeheure Verantwortung Frankreichs, seine Sorge, um jeden Preis internationale Komplikationen zu vermeiden, aber diese Sorge ist auch die unsere. Wir wünschen nicht, dass ein Weltbrand das Lösegeld unserer Freiheit werde. Wir verlangen nicht, dass man uns hilft. Wir verlangen nur, dass man uns nicht bestraft, weil wir uns gegen eine Rebellion wehren. Warum wird, wenn Militärs das Vaterland und die Republik verraten, eine reguläre Regierung zu einem Ausnahme-regime verdammt? Warum werden unsere Käufe in Frankreich, die schon vor dem 18. Juli abgeschlossen sind, plötzlich untersagt, nachdem die Rebellen uns angegriffen haben? Ist es ein Vergehen, dass eine rechtmässige Regierung in der Lage sein will, die Ordnung wieder herzustellen? Die Haltung der Mächte uns gegenüber wird einen Präzedenzfall schaffen. Der rechtmässigen Regierung eines Landes untersagen, sich die Mittel zu ihrer Verteidigung und zur Wiederherstellung der Ordnung zu verschaffen, heisst jenen eine schreckliche Ermunterung zukommen lassen, die um ihren politischen oder territorialen Ehrgeiz zu befriedigen, Staatsstreiche in diesen oder jenen Ländern hervorrufen. Es besteht die Gefahr, dass der Staatsstreich im Innern ein Mittel der internationalen Politik wird. Welche friedliebende Regierung kann sich rühmen, dass die Gefahr, mit der wir heute kämpfen, nicht eines Tages auch sie bedroht?"

Der Widerspruch zwischen dem Rechtsgefühl und dem Freiheitswillen der französischen Arbeiter und der Politik der Volksfront-Regierung rief nach dem Fall von Irun eine offene Rebellion in der Arbeiterschaft Frankreichs hervor. Der französi-

sche Gewerkschaftsverband kritisierte offen die Politik Blums. Gewerkschafter, Kommunisten und Linkssozialisten bestürmten Blum, von der Politik der Waffensperre gegen die spanische Regierung abzugehen. Blum stellte sich dem Drängen entgegen. In einer grossen Rede vor der sozialistischen Seineföderation gab er am 6. September eine Uebersicht über seine Motive und Anschauungen. Er erklärte, dass er eher zurücktreten als diese Politik ändern würde. Er stellte der Volksfront gegenüber die Kabinettsfrage - aber er konnte nicht verhindern, dass die Arbeiter der Pariser Metallindustrie mit einem kurzen Demonstrationstreik gegen seine Politik protestierten. Diese Rebellion in der französischen Arbeiterschaft war nur ein Ausdruck der allgemeinen Verwirrung, die die Politik der französischen Volksfrontregierung in den Reihen der europäischen Demokratie hervorrief. Die Empörung wurde allgemein, als die Folgen des Nichtinterventionspaktes sichtbar wurden, als es sich zeigte, dass Deutschland und Italien nicht daran dachten, ihr Wort zu halten, und dass mit Hilfe des deutschen und italienischen Kriegsmaterials die Rebellen von der portugiesischen Basis aus den Angriff gegen Madrid vortrugen.

Die Wirkungen der französischen Politik des Nichtinterventionspaktes blieben nicht auf Spanien beschränkt. Diese Politik riss vielmehr die Regierung Blum immer weiter auf der gefährlichen Bahn, die sie mit ihrer Zustimmung zu der von England gewünscht Konferenz der fünf europäischen Mächte beschränkt hatte. Sie riss sie in ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und Forderungen der europäischen Gegenrevolution hinein. Das entscheidende Merkmal dieser Politik war die ausgesprochene Schwäche gegen alle Erpressungsmanöver; der Versuch, durch Ermahnung und Ueberredung, durch Konzessionen an illegale Forderungen die gegenrevolutionären Mächte von der konsequenten Verfolgung ihrer machtpolitischen Pläne abzuhalten; die Bereitschaft, die Prinzipien der kollektiven Sicherheit, des Völkerbündpaktes, der Unteilbarkeit des Friedens preiszugeben, um der Illusion willen, ein Friedens- und Sicher-

heitsversprechen von Hitler und Mussolini zu erhalten; die Loslösung aller darauf abzielenden Verhandlungen vom Völkerbund; die Konzentrierung der Politik auf die Westkonferenz, die alle Gedanken der englischen Politik absorbierte und die Bereitwilligkeit, das ursprüngliche Programm dieser Konferenz den Wünschen Deutschlands und Englands entsprechend Stück für Stück preiszugeben. Die englische Politik hatte ihre Hand auf die Regierung Blum gelegt.

Es war indessen nicht die englische Politik allein, die ihre Konsequenzen aus der Haltung der Regierung Blum zog. Die deutsche Politik verstärkte ihren Druck auf Frankreich. Die offenkundige Furcht, die die französische Politik gezeigt hatte, ermutigte die deutsche Politik zu neuen gewaltsamen Einschüchterungsversuchen, die Bereitschaft, die Sache der Demokratie in Spanien preiszugeben, ermutigte sie zu der Zumutung, dass die französische Politik noch weit mehr, nämlich ihre gesamt-europäische Stellung, preisgeben solle. Nach einem Hetzfeldzug gegen Sowjetrußland, in dem sich der deutsche Militarismus als Retter Europas vor der bolschewistischen Weltrevolution anpries, führte Deutschland am 25. August 1936 die zweijährige Dienstzeit ein. Das bedeutete die Verdoppelung des stehenden Heeres auf einen Stand von rund 1.100.000 Mann; es war die Proklamation des deutschen Anspruchs auf die Vorherrschaft in Europa; es war ein eklatanter Beweis dafür, dass eine Politik der Schwäche und des Nachgebens den Angreifer nur zu neuen Vorstößen ermutigt.

Der Drohung durch die Verdoppelung des stehenden Heeres folgte in einem systematischen Propagandafeldzug die Zumutung an die französische Politik, das Prinzip der Unteilbarkeit des Friedens preiszugeben und sich der politischen Konzeption des deutschen Militarismus zu unterwerfen. Der deutsche Militarismus forderte von Frankreich die Zustimmung zur Wiederausschaltung Sowjetrußlands aus der europäischen Politik. Er machte sich zum Sprachrohr englischer Wünsche, indem er behauptete, dass die Engländer eine Abschwächung der bisherigen Allianz-

politik Frankreichs begrüßen würden. Er legte der französischen Politik nahe, über den Vertrag mit Sowjetrußland soweit hinwegzuleben, dass nicht mehr viel von ihm übrig bleibe, und diese Absicht deutlich erkennen zu lassen. Würden diese deutschen Wünsche erfüllt, so könnten Abrüstungsbesprechungen nähergetreten werden, könnten Deutschland, Frankreich, England, Belgien und Italien, die tatsächlich den politischen Kern Europas bilden, auf einer europäischen Konferenz, die auf sie beschränkt bliebe, einen neuen Locarnopakt schließen. Der Preis, den Deutschland für einen Locarno-Ersatz verlangte, war offen genannt: er hieß Hinausdrängung Sowjetrußlands aus Europa, freie Hand für Deutschland im Osten. Diese Forderung wurde unterstrichen durch die rasenden Reden die auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP gegen Sowjetrußland und gegen die Idee der europäischen Demokratie gehalten wurden.

Die Gefahr lag darin, dass mächtige Kreise in England mit der Politik der Hinausdrängung Sowjetrußlands und der Entwertung der französischen Allianzen einverstanden waren. Der Trade-Union-Kongress in Plymouth warnte am 7. September ausdrücklich und energisch vor einer Politik, die einen Westpakt schließen und dem deutschen Militarismus gleichzeitig freie Hand im Osten geben wolle. Dennoch ist die englische Politik in dieser Richtung zunächst weitergeschritten. Eine Sondierung Englands unmittelbar nach dem Nürnberger Parteitag, ob die geplante Fünfmächtekonferenz gegen Ende Oktober stattfinden könne, zeigte, dass Deutschland nicht daran dachte, die Vorteile aus der Hand zu geben, die ihm die Schwäche Frankreichs und der Verhandlungswille Englands im Vorbereitungsstadium der Konferenz boten. Die Folge dieser Ablehnung war, dass neue Abstriche am ursprünglichen Programm der Fünfmächtekonferenz erfolgten. Am 18. September wurde den Locarnomächten ein geheimes englisches Memorandum über die Konferenz überreicht, in dem ausdrücklich festgestellt war, dass die Westfragen die Priorität vor allen anderen europäischen Fragen

haben sollten. Dies Memorandum ist nach vorheriger Verständigung zwischen der englischen und der französischen Regierung verfasst worden.

Angesichts der unverkennbaren Bereitschaft mindestens der englischen Politik, auf die von Deutschland geforderte Ausschaltung Sowjetrusslands einzugehen, erhielt die Frage der Erneuerung des Locarnopaktes ein ganz besonderes Gesicht. Das Dritte Reich verknüpfte sie mit einem zentralen europäischen Problem, mit der Frage: soll Sowjetrussland zur europäischen Gemeinschaft gehören oder nicht?

III. Der Status quo im Osten.

Die Frage, ob Sowjetrussland zu Europa gehören soll oder nicht, führt ins Zentrum der deutschen Machtpolitik. Die Weimarer Republik hatte seit Rapallo mit Sowjetrussland in einem friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis gelebt. Die deutsche Reichswehr stand in freundschaftlichen Beziehungen zur Roten Armee. In der Debatte um die Frage, ob Deutschland sich nach Osten oder Westen orientieren sollte, die in der deutschen Rechten lange Zeit geführt worden ist, hatte sich die Reichswehr für die Freundschaft mit Russland entschieden. Diese Freundschaft hatte unter dem Gesichtspunkt militärischer Machtpolitik ihren guten Sinn. Sie diente den deutschen Militärs zur Aufrüstung und zur Deckung der Aufrüstung. Sie war gedacht als Risikoausgleich in der Gefahrenzone der geheimen Rüstung. Die noch schwache deutsche Militärmacht hat sich in dieser Periode an die starke russische Militärmacht angelehnt. Die nunmehr stark gewordene deutsche Militärmacht hat dies Verhältnis brüsk abgebrochen, nachdem sie die Gefahrenzone der Kriegsrüstung durchschritten hatte. Die Aussenpolitik eines Staates nach vollzogener Aufrüstung ist eine andere als vor der Aufrüstung. Jetzt, nachdem der neue deutsche Militarismus die europäischen Machtverhältnis-

se umgewälzt hat, gilt für seine Politik die Regel Hitlers, die dieser als das "politische Testament der deutschen Nation" bezeichnet:

"Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jeglichem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch nur in der Form der Bildung eines zur Militärmacht fähigen Staates einen Angriff gegen Deutschland und erblickt darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln bis zur Anwendung von Waffengewalt die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern, bzw. einen solchen, wenn er schon entstanden, wieder zu zerschlagen." (Mein Kampf, S.754)

Das ist die Regel des freien Machtstaates, wie ihn die Staatslehre der deutschen Reaktion von jeher aufgefasst hat. Sie enthüllt den Sinn der Hegemonie, die der deutsche Militarismus anstrebt. Gegen Westeuropa gerichtet, bedeutet die deutsche Vorherrschaft die Ausschaltung der Westmächte von jeder Einflussnahme auf die Gebiete, die Deutschland allein beherrschen will. In Osteuropa aber liegen die eigentlichen Objekte für den Herrschaftswillen des deutschen Militarismus in Europa. Die Traditionen der deutschen Gegenrevolution und des deutschen Militarismus --Imperialismus, Alldeutschtum und Romantik-- liefern die ideellen Grundlagen und die Zielsetzungen dieses allgemeinen Expansionsdranges nach dem Osten und Südosten. So wie die Ideologie des Nationalsozialismus nichts anderes ist, als die Wiederbelebung der alldeutschen Vorkriegsideologie, so ist auch die Politik der deutschen Diktatur nichts anderes als die Wiederaufnahme der Politik des deutschen Militarismus der Vorkriegszeit. Es ist für die neue wie für die alte Politik des deutschen Militarismus typisch, dass sie nicht auf fest umrissene, konkret fassbare Kriegsziele hingeführt wird, seien sie nun territorialer oder ökonomischer Natur, sondern auf allgemeine Macht, auf Vorherrschaft hin, die in sich die Möglichkeit zur Realisierung aller irgendwie denkbaren Kriegsziele birgt.

Im Osten aber wird deutlicher als im Westen konkret sichtbar, was die Hegemonie des deutschen Machtstaates bedeuten

soll und kann. Die Ereignisse lehren, dass deutscher Einfluss gleichbedeutend ist mit gegenrevolutionärem Einfluss, mit Vergewaltigung demokratischer Verfassungen - Bulgarien und Griechenland sind Beispiele dafür. Der deutsche Machtstaat will die kleineren Völker im Südosten Europas seiner Herrschaft unterwerfen. Gleichgültig, ob diese Herrschaft zu territorialen Veränderungen, zu offenen Annexionen und staatlichen Neukonstruktionen führt oder nur zu einem Vasallenverhältnis, ihr Sinn ist immer, diese Völker gegenüber Deutschland in die Rolle von geduldeten Minderheiten zu versetzen, die der Ausbeutung durch das Herrenvolk unterworfen sind. Der Machtstaat will vor allem die ökonomischen Vorteile dieses Herrschaftsverhältnisses ausnützen, er will die Bedürfnisse und die Entwicklung der beherrschten Völker den Bedürfnissen des Herrenlandes unterordnen, oder genauer: den Interessen, die im Herrenland von den herrschenden Kräften als die immanenten Interessen der Nation bezeichnet werden. Dieser Herrschaftswille ist vor dem Weltkrieg als Drang nach dem Balkan in konkrete Erscheinung getreten, seine ins Unbestimmte greifenden, auf die Weltherrschaft gerichteten Machtziele sind durch das Schlagwort Berlin-Bagdad symbolisiert worden. Seine ideologische Begleiterscheinung im deutschen Gross- und Kleinbürgertum war die masslose Ueberheblichkeit, mit der man auf die Völker Südost-Europas herabsah als auf Völker, die von Natur aus zur Beherrschung durch die Kultur des deutschen Militarismus bestimmt seien.

Dies Herrschaftsverhältnis aber, das der deutsche Machtstaat anstrebt, ist unvereinbar mit dem selbständigen Kultur- und Freiheitswillen der Völker des Südostens, die in mehreren historischen Absätzen --zuletzt mit dem Ende des Weltkrieges-- sich von solchen Herrschaftsverhältnissen befreit haben: von der Herrschaft der Türken, der Magyaren und der Habsburgischen Monarchie. Diese neue ausbeutende Herrschaft ist nur zu verwirklichen, wenn die europäische Demokratie der Gegenrevolution

unterliegt, wenn sie von jeder Intervention zugunsten der Freiheit im Südosten Europas abgehalten werden kann. Der ideelle Kreuzzug der Gegenrevolution gegen die Demokratie und die materiellen Zielsetzungen ihrer Politik greifen ineinander. Die Mächte aber, an die sich die Völker des Südostens anlehnen könnten und tatsächlich anlehnen, wenn sie ihre Freiheit bedroht fühlen, sind Frankreich im Westen und Sowjetrusland im Osten. Die Generallinie der Politik des neuen deutschen Militarismus richtet sich deshalb sowohl gegen Frankreich als auch gegen Sowjetrusland. Je stärker die Anteilnahme Sowjetruslands an den europäischen Problemen und das Anwachsen seiner industriellen und militärischen Kraft sichtbar geworden ist, desto lauter ist die ingrimmige Feindschaft der deutschen Diktatur gegen Sowjetrusland verkündet worden.

Gegen die Machtpolitik des deutschen Imperialismus in Südosteuropa sind drei grosse Gegenwirkungen erfolgt. Die erste ist der Eintritt Sowjetruslands in den Völkerbund, die zweite der festere Zusammenschluss der Kleinen Entente. Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei sind die drei Nachfolgestaaten der Habsburger Doppelmonarchie, gegen die sich die Ansprüche des ungarischen Revisionismus richten. Ihr Zusammenschluss in der Kleinen Entente war eine gegenseitige Versicherung gegen diese Ansprüche - aber auch gegen die italienische Politik, die diese Ansprüche unterstützte. Die Politik des italienischen Faschismus zielte darauf ab, unter den Nachfolgestaaten Zwietracht zu säen, um ihren Zusammenschluss zu verhindern. Die besondere Feindschaft des Faschismus richtete sich gegen Jugoslawien. Ein starker südslawischer Staat steht dem Streben des Faschismus im Wege, die Adria zu einem geschlossenen italienischen Meer zu machen, um damit eine Basis für weitergehende und ehrgeizigere Pläne, die auf die italienische Vormacht im Mittelmeer abzielen, zu gewinnen. Der Faschismus hat es deshalb als seine Hauptaufgabe betrachtet, jeder Beruhigung und Konsolidierung im Südosten Europas entgegenzuarbeiten. Er hat den ungarischen Revisionismus ebenso geför-

dert und unterstützt wie die mazedonischen Terroristen und die kroatischen Separatisten. Er hat Albanien zu einem Vasallenstaat gemacht und Bulgariens Rachegelüste künstlich angestachelt. Er hat die Atmosphäre des Terrors künstlich genährt, die die äussere und auch die innere staatliche Konsolidierung im Südosten Europas erschwerte, und der schliesslich in einem entscheidenden Zeitpunkt König Alexander von Jugoslawien und der französische Aussenminister Barthou zum Opfer gefallen sind. Gegenüber dieser Zersetzungsarbeit bildete die Kleine Entente einen festen Kern. Nach dem Machtantritt Hitlers wurde sehr rasch erkennbar, dass auch der neue deutsche Militarismus Herrschaftspläne im Südosten Europas verfolgt, die wie die italienischen Absichten Besitzstand und Existenz der Staaten der Kleinen Entente bedrohen - vor allem die staatliche Existenz der Tschechoslovakei. Die Kleine Entente, bisher im wesentlichen eine Versicherung gegen den ungarischen Revisionismus und die italienischen Pläne, wurde bewusst zu einem Verteidigungsbündnis auch gegen den alldeutschen Revisionismus gestaltet.

Als dritte dieser Gegenwirkungen kann man die Politik ... Barthous auffassen. Sie machte die Kleine Entente und den Eintritt Sowjetrusslands in den Völkerbund zur Grundlage eines Planes, durch gegenseitige Beistandsverpflichtungen Sicherheiten gegen den voraussichtlichen Angreifer zu schaffen. Dieser Plan hat einen Niederschlag in dem Projekt eines Ostpaktes gefunden, wie es im Juni 1934 von der französischen Regierung vorgelegt wurde. Es war zugleich ein Teil dieses Projektes, dass Sowjetrussland in die Locarnogarantie mit eintreten sollte. Schon im Februar 1934 hatte die französische Politik den Zusammenschluss der restlichen Balkanstaaten zur sogenannten Balkanentente erreicht.

Diese Entwicklung beleuchtet deutlich den Zusammenhang zwischen der Frage, ob Sowjetrussland zu Europa gehören soll oder nicht, mit dem Status quo im Osten und Südosten Europas, und der Aktivität der europäischen Gegenrevolution aller Schattie-

rungen im Südosten Europas. Der Kampf um die Erhaltung des Status quo in Ost- und Südosteuropa ist heute ein Kampf gegen die Herrschaftspläne der deutschen und der italienischen Gegenrevolution und ihres ungarischen Ablegers, er ist ein Kampf gegen den italienischen und den deutschen Imperialismus. Die europäische Demokratie kann deshalb der Frage des Status quo im Osten nicht gleichgültig gegenüberstehen; diese Frage ist für sie vielmehr eine zentrale Frage im Kampf gegen die europäische Gegenrevolution.

In diesem Kampf hat die europäische Demokratie schon sehr früh eine wichtige Position verloren: Oesterreich. Oesterreich ist als Vasall in die Hände Mussolinis gefallen - mit allen Konsequenzen für die Sache des Revisionismus. Am 17. März 1934 schloss Mussolini einen Konsultativpakt mit Dollfuss und dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös und legte damit den Grundstein zu einer revisionistischen Blockbildung. Die demokratischen Westmächte aber begingen im April 1935 in Stresa die unglaubliche Torheit, Mussolini hinfort die Ordnung der österreichischen Frage selbständig zu übertragen. Diese Auslieferung Oesterreichs hat Italien erst die Möglichkeit gegeben, den abessinischen Krieg gegen den Völkerbund zu führen. Als Mussolini wenige Wochen nach Stresa erklärte, dass er nicht daran dächte, am Brenner zu versteinern, erhielten die demokratischen Mächte die erste Quittung für die Preisgabe Oesterreichs. Es stellte sich heraus, dass sie nur einen schwelenden Unruheherd geschaffen hatten.

Auch die deutsche Gegenwirkung blieb nicht aus. Während durch den französisch-sowjetrusischen Beistandspakt und den ihn ergänzenden tschechoslovakisch-russischen Beistandspakt der Status quo gesichert werden sollte, mühte sich die deutsche Politik um die Schaffung neuer Unsicherheitsfaktoren. Diese Versuche wurden dadurch erleichtert, dass die italienische Politik um ihrer afrikanischen Pläne willen es für opportun hielt, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Der Angriff des deutschen

Imperialismus richtete sich auf Zentral- und Osteuropa, ohne dass die Ziele dieser Politik klar erkennbar wurden. Es handelte sich für ihn zunächst darum, bestehende Stabilität nach Möglichkeit aufzulösen, alle Elemente, die den Status quo gewährleisten, zu schwächen, das Vertragsrecht zu unterwühlen, kurz darum, dem Status quo die imperialistische "Dynamik" entgegenzustellen. Diese Bestrebungen gingen in derselben Zeit vor sich, in der die englische Diplomatie Monate damit erfolglos zubrachte, in Berlin Verhandlungen über den im Londoner Abkommen vorgesehenen Ostpakt in Gang zu bringen. Die deutsche Diplomatie verschleppte ihre Stellungnahme, während sie gleichzeitig in Südosteuropa Bedingungen zu schaffen suchte, die der Zweckbestimmung des Ostpaktes entgegengesetzt waren. Ihre Wühlversuche gegen den Status quo waren die Nutzenanwendung der Erklärungen Hitlers, dass das Prinzip der kollektiven Sicherheit durch die Methode der Lokalisierung von Konflikten und durch Einzelverträge ersetzt werden müsste.

Nachdem die Besetzung des Rheinlandes ohne Komplikationen geglückt war, fühlten Deutschland und Italien politische Erleichterung. Sie benutzten sie zu verstärkter Aktivität im Osten. Die deutsche Politik versuchte, sich mit der Methode der wirtschaftlichen Durchdringung den Weg zur politischen Kontrolle über Mittel- und Südosteuropa zu eröffnen. Sie wollte durch handelspolitische Abmachungen die Länder dieses Gebietes dazu zwingen, ihre Produktion ausschliesslich auf den Bedarf des deutschen Machtstaates einzustellen. Das Mittel zur Erreichung solcher Abmachungen sollten die Handelsschulden sein, die Deutschland bei diesen Ländern hatte. Mit dieser Absicht bereiste Schacht Budapest, Belgrad, Sofia und Athen. Gleichzeitig wurden geheime Verhandlungen zwischen Deutschland und Italien geführt, deren Ergebnis das Abkommen über Oesterreich vom 11. Juli 1936 war.

Diese Vereinbarung zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung, hinter der unbekannt Abreden zwischen

Deutschland und Italien standen, folgte in der grossen Linie den Papenschen Plänen. Oesterreich wurde gemeinschaftliche Einflussphäre der beiden gegenrevolutionären Mächte Deutschland und Italien. Im österreichischen Bundesheer wurde eine grössere Anzahl von Offizieren durch ausgesprochene Parteigänger der Nationalsozialisten ersetzt. Dieses Abkommen hat rein interimistischen Charakter. Die Erklärungen über die künftige aussenpolitische Orientierung Oesterreichs liessen dies alsbald erkennen. Italien und Oesterreich verwiesen darauf, dass die römischen Protokolle nach wie vor in Kraft bleiben und die Grundlage der österreichischen Aussenpolitik bilden würden. Deutschland dagegen versicherte, die österreichische Aussenpolitik werde künftig von dem Grundsatz ausgehen, dass Oesterreich ein deutscher Staat sei. Das Abkommen war aber vor allem eine Demonstration gegen den Völkerbund und die Westmächte. Es kündigte an, dass nach Auffassung Deutschlands und Italiens die Entscheidung über das Schicksal Oesterreichs nicht in der Hand des Völkerbundes liegen sollte, sondern bei der Machtpolitik der beiden interessierten Mächte. Diese Politik hat mit der Friedensidee des Völkerbundes und mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit nicht das mindeste mehr zu tun. Es ist die gegenrevolutionäre Alternative der europäischen Politik, es ist bereits die Politik der freien Hand für die beiden gegenrevolutionären Mächte.

Diese Politik der freien Hand ist in Bulgarien und Griechenland fortgesetzt worden. Die deutsche Politik benutzte die Olympiade in Berlin, um mit den Königshäusern der beiden Länder zu verhandeln. Bulgarien, das bisher im wesentlichen ein Vasall Italiens gewesen war, gab nun auch dem deutschen Einfluss nach. In Griechenland unternahm der Ministerpräsident Metaxas einen Staatsstreich nach nationalsozialistischem Muster und machte sich daran, eine Militärdiktatur in den Formen der deutschen zu organisieren. Immer deutlicher zeichnete sich als nächstes Ziel der deutschen Aussenpolitik ab, die Gruppierung der Mittelmächte im Weltkriege wiederherzustellen.

Das systematische Vordringen der gegenrevolutionären Mächte ist indessen nicht ohne Rückschläge geblieben. Erschreckt durch das ungeheure Anwachsen der deutschen Kriegsrüstung lehnte sich die polnische Politik wieder entschieden an Frankreich an. Zwischen Polen und Frankreich besteht ein Militärbündnis. Die polnische Politik hatte sich jedoch seit 1933 so verhalten, als ob das Bündnis nicht bestehe. Als im Frühjahr 1933 Hitler Polen eine zehnjährige Garantie des Korridors anbot, griff die polnische Politik zu. Sie machte das deutsch-polnische Abkommen zu einem Hauptbestandteil ihrer Politik. Gemeinsam mit Deutschland sabotierte sie alle Pläne zur Organisation der kollektiven Sicherheit im Osten Europas. Der polnische nationale Egoismus ordnete sich niemals den Gesichtspunkten der Sicherheitspolitik unter, er war der stärkste Unsicherheitsfaktor im Osten Europas, auf den die deutsche Gegenrevolution ihre Hoffnung setzte. Die zweideutige Politik Polens die ein Hauptelement der europäischen Unruhe war, ist von ihren Führern mit der gefährlichen Lage Polens zwischen Deutschland und Sowjetrußland begründet worden, die Polen von einer klaren Stellungnahme gegen Deutschland abhalten müsse. Im Hintergrunde jedoch lag dieser Politik die Vorstellung zugrunde, dass auch Polen -ebenso wie es die Rosenbergsche Schule für Deutschland in Anspruch nimmt- die Möglichkeit einer grossen Machtexpansion auf Kosten Sowjetrußlands habe. Diese Politik hat Polen zeitweilig so stark an die Seite Deutschlands gebracht dass die deutsche Politik schon fest mit Polen glaubte rechnen zu können. Seither aber haben sich Ziele und Wesen des neuen deutschen Imperialismus geklärt und die neuen Machtverhältnisse sind erkennbar geworden. Im Vergleich zu den gewaltigen Rüstungen in Deutschland und Sowjetrußland sind die polnischen Rüstungen stark zurückgeblieben. Polen ist heute im Verhältnis zu seinen beiden grossen Nachbarn nicht entfernt mehr der gleiche militärische Faktor wie im Jahre 1933. Je mehr der Rüstungswettlauf letzte wirtschaftlichen Kraftanstrengungen erfordert, umso fühlbarer wird die geringe finanzielle und in-

dustrielle Kapazität Polens. Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit würde vielmehr Polen in ein Vasallenverhältnis bringen und dem deutschen Imperialismus ausliefern. Wesentliche Ziele der deutschen Revisionsbestrebungen und des deutschen imperialistischen Machtwillens aber liegen auf polnischem Boden. Die polnische Politik entschloss sich daher, an das französisch-polnische Bündnis wieder anzuknüpfen und politische wie finanzielle Hilfe in Frankreich zu suchen. In der Führung der polnischen Politik trat der Aussenminister Beck in den Hintergrund gegenüber dem "Staatschef" General Rydz-Smigly. Mitte Juli 1936 war das italienisch-deutsche Abkommen über Oesterreich geschlossen worden. Ende Juli unternahm der nationalsozialistische Senat in Danzig einen kleinen Staatsstreich. Anfang August traten die Erfolge der deutschen Wählerarbeit in Bulgarien und Griechenland hervor. Am 25. August führte Deutschland die zweijährige Dienstzeit ein. Am 31. August traf Rydz-Smigly in Paris Vereinbarungen mit der französischen Regierung über eine künftige politische und militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen.

Im Osten und Südosten Europas liegen die grossen politischen Unsicherheitsfaktoren, auf die die gegenrevolutionären Mächte mit aller Macht einwirken. Hier soll die Freiheit der Völker dem Machtwillen Deutschlands und Italiens untergeordnet werden. Dieser Machtwille hat bereits wieder den Balkan in ein gefährliches politisches Dschungel verwandelt. Die Frage nach dem Status quo im Osten ist die Frage, ob auch die festen Kerne der europäischen Ordnung in diesen Prozess des Anfaulens und der Zersetzung hineingerissen werden sollen. Die Auflösungs- und Zersetzungsarbeit der gegenrevolutionären Mächte ist weit vorgeschritten. Statt des geplanten Ostpaktes gibt es im Osten Europas einen gefährlichen Zersetzungsprozess. Die Kerne der Ordnung gegen diese Zersetzung sind die Kleine Entente und der tschechoslovakisch-russische Beistandspakt. Solange der deutsche Imperialismus weiss, dass die Kerne der Ordnung und der Demokratie im Osten im Falle eines Angriffs auf gemeinsamen

Beistand des Westens und des Ostens rechnen können, solange bleiben alle seine Erfolge in der Zerstörung des Status quo nur Stückwerk.

IV. Das Bündnis der Diktaturen.

Die Tendenzen, die auf eine Teilung Europas in eine westliche und eine östliche Sphäre hinarbeiteten, fanden ihren äussersten Ausdruck, zugleich aber auch ihre Grenze, auf der 17. Völkerbundsversammlung. Sie begann Ende September mit einem neuen Vorstoss der englischen Hinhalte-Politik und der französischen Lavalpolitik, sie endete mit dem Verzicht der Westmächte auf die Fünfmächtekonferenz. Die Westmächte konnten sich keinem Optimismus mehr hingeben. Am 19. September 1936 hatten die "Times" aus Berlin berichtet:

"Die Deutschen fahren fort, mit grosser Festigkeit darauf zu bestehen, dass eine Fünfmächtekonferenz mit ihnen nicht möglich sein werde, auf der auch Ostfragen herangezogen werden sollen. Wenn ein Westpakt abgeschlossen wird, und das übrige offen bleibt, so kann mit Sicherheit angenommen werden, dass Deutschland, falls sich in der Zwischenzeit nichts unvorhergesehenes ereignen sollte, dafür sorgen wird, dass das übrige nicht zur Erörterung kommt. Mit dem Westpakt würde Deutschland ein wichtiges Ziel erreicht haben: Regelung und Wiederbefestigung (refortification) im Westen und freie Hand im Osten."

Angesichts dieser Haltung der deutschen Politik bemühte sich die französische Politik darum, die Zusage Mussolinis zur Fünfmächtekonferenz und die Rückkehr Italiens zur Völkerbundsversammlung, vielleicht sogar die Wiederbelebung der Front von Stresa zu erreichen. Gemeinsam mit der englischen Politik leitete sie eine hässliche politische Intrige in der abessinischen Frage ein.

Auch das Schicksal Spaniens sollte der Kulissenpolitik der Westmächte geopfert werden, die den Völkerbund zum Instrument ihrer Westpaktpläne machen wollten. Der Präsident der Völkerbundsversammlung, M. Saavedra Lamas, versuchte durch den

Hinweis auf die Tagesordnung den spanischen Aussenminister Del Vayo zu verhindern, die spanische Frage vor der Völkerbundsversammlung aufzurollen. Erst nach einem Eingreifen des russischen Aussenministers wurde es Del Vayo möglich, vor der Völkerbundsversammlung zu sprechen. Del Vayo erinnerte die europäische Demokratie daran, welches Lebensinteresse sie am Ausgang des spanischen Bürgerkrieges hat, er wandte sich gegen die konservativ-reaktionäre Haltung der Westmächte, namentlich gegen die Ablehnung eines Ideenkrieges, wie sie Léon Blum und Delbos ausgesprochen hatten. Diese Stelle seiner Rede lautete:

"Die schmerzliche Erfahrung, die wir gemacht haben, führt uns zu der Frage, ob in Zukunft die Kriege in klassischer Form - der Angriff eines Staates auf den anderen - noch auftreten werden. Die gegenwärtige Realität, die harte Realität meines Landes, zeigt, dass dies schon nicht mehr der Fall ist und auch in Zukunft nicht sein wird. Der zukünftige Krieg, der seiner Erscheinungsform nach der Zusammenstoss zweier Staaten sein kann, wird der Zusammenstoss, der Konflikt, der in der Geschichte immer dramatische Widerspruch von zwei Ideologien, zwei Geisteshaltungen, zwei bestimmten Weltanschauungen sein. Der Zyklus der nationalen Kriege verschwindet allmählich. So wie im 16. Jahrhundert Europa sich um zwei religiöse Ideale gruppierte, den Katholizismus und den Protestantismus, so kann man sagen, dass jetzt die Menschen sich um zwei politische Ideale sammeln: die Demokratie und das Regime der Unterdrückung.

Da die Dinge so liegen, muss man sich fragen, ob es richtig ist, immer noch vom Kriege als von einer zukünftigen Eventualität zu sprechen, und ob es nicht ehrlicher wäre, den Krieg als eine schon unter unseren eigenen Augen existierende Realität anzusehen. Die blutigen Schlachtfelder von Spanien sind in der Tat schon die Schlachtfelder des Weltkrieges."

Gleichzeitig überreichte der spanische Aussenminister den Signatarmächten des Nichtinterventionsabkommens Noten, in denen umfangreiches Beweismaterial für den fortgesetzten Bruch dieses Abkommens durch Deutschland, Italien und Portugal beigebracht wurde. Unter dem Druck der englischen und französischen Politik weigerte sich das Völkerbundssekretariat, diese Noten, die ihm von Spanien zur Mitteilung an die Völkerbundsmitglieder übergeben worden waren, weiterzugeben. Die spanische Regierung machte schliesslich den Intrigen dadurch ein Ende, dass sie

ihre Anklagen als Weissbuch veröffentlichte.

Die französische und die englische Politik stiessen endlich in der Frage der Völkerbundsreform auf eine entscheidende Schranke. Der englische Aussenminister Eden bemühte sich, die absichtsvolle Unklarheit der englischen Politik über die Frage des Status quo im Osten aufrechtzuerhalten. Seine Rede zeigte, dass die englische Diplomatie die Fünfmächtekonferenz in einem Zwielficht vorbereiten wollte. Sie benutzte zu diesem Zwecke den Artikel 19 des Völkerbundpaktes und führte in der Frage der Revision der Verträge eine Sprache, die wie eine Rechtfertigung des Revisionismus wirkte. Sie sprach von der "Dynamik" des menschlichen Lebens, von der Notwendigkeit, Deutschland in den Völkerbund einzubeziehen, von der Möglichkeit, Revisionsfragen im Völkerbund zu diskutieren, sie bot die Trennung des Völkerbundpaktes von den Friedensverträgen an. Dieser Rede sekundierte der französische Aussenminister Delbos mit einer ungewöhnlich schwachen Rede, die die französische Politik durchaus in der Gefolgschaft der englischen Politik zeigte. Seine Erklärung, dass Frankreich den Regionalpakten treu bleiben werde, war so auffällig schwach, dass sie einer Entwertung gleichkam. Die Zweideutigkeit der englisch-französischen Erklärungen wurde noch dadurch unterstrichen, dass der Vertreter Ungarns sich in aggressiver Form gegen die Regionalpakete wandte, und gestützt auf Edens Ausführungen, die Forderungen des ungarischen Revisionismus verkündete.

Gegen diese vom Westen ausgehenden Spaltungstendenzen erklärten sich nun mit grosser Bestimmtheit die Kerne der Ordnung im Osten, Sowjetrussland und die Kleine Entente. In einer Rede, die alle Gesichtspunkte einer Politik im Geiste der europäischen Demokratie zusammenfasste, wandte sich Litwinow gegen die Fiktionen der englischen und französischen Politik: "Besser den Völkerbund ohne Universalität, als Universalität um den Preis der Aufgabe der Prinzipien des Völkerbundes." - "Man muss sich dem widersetzen, dass die aggressiven Länder die

Verhandlungspunkte diktieren und dass man ihnen Prämien zahlt dafür, dass sie sich zu Verhandlungen herbeilassen." - Er forderte, dass unverzüglich die Kommission zusammentrete, die über die Anwendung der Bestimmungen des Völkerbündpaktes beraten solle. "Diese Massnahmen haben den Vorteil" - so führte er aus - "eine unmittelbare Aktion in sich zu schliessen, zum Unterschied von der Politik des "Wartesaals", die gegenwärtig vorherrscht, von der Politik der Spekulation über den Geisteszustand der dem Frieden feindlichen Elemente, von der Politik, die all ihre Hoffnungen auf eine Konferenz setzt, die immer wieder entschlüpft gleich dem unergreifbaren blauen Vogel, von der Politik, die im Fatalismus und in der Kapitulation vor dem Angreifer endet." Der tschechoslovakische Aussenminister Krofta erklärte sich mit Festigkeit für die Regionalpakete und für den Artikel 16 des Völkerbündpaktes. Mit scharfer Zuspitzung gegen Edens Ausführungen zu Artikel 19, wie gegen den ungarischen Revisionismus sagte er: "Keine Aenderung ist möglich ohne die freie und ausdrückliche Zustimmung der interessierten Parteien. Wer eine territoriale Frage vor den Völkerbund trägt, ist weit davon entfernt, der Sache des Friedens zu dienen, er stört auf das tiefste das gute Einvernehmen zwischen den Völkern, von dem der Frieden abhängt." Der Rat der Kleinen Entente hat diese Erklärungen als Willensausdruck der Kleinen Entente bestätigt. Der jugoslawische Ministerpräsident unterstrich, dass ein Vertrauensverhältnis zwischen den zentral-europäischen Staaten und Sowjetrussland bestehe.

Die Vorgänge auf der Völkerbundstagung zeigten, welcher Unterschied in der Stellung zur kollektiven Sicherheit zwischen den demokratischen Westmächten und den Staaten Mittel- und Osteuropas besteht. Eine Krise des französisch-sowjetrussischen Verhältnisses schien in nächster Nähe zu sein. Die Erklärungen Litwinows liessen keinen Zweifel über die kritische Haltung Sowjetrusslands zu dem englisch-französischen Manöver mit dem Fünferpakt. Die Verwirrung wurde dadurch erhöht, dass die später durchgeführte Absicht Belgiens bekannt wurde, keine

aktive Locarnogarantie mehr zu übernehmen, und sich auf die Neutralität zurückziehen - was auf eine Ablehnung der Völkerbundsverpflichtung aus Artikel 16 hinausläuft. Die französische Politik stand vor der Aussicht, um der Fünfmächtekonferenz und um der Unterstützung der englischen Politik der Zweideutigkeit willen das Vertrauen ihrer Bundesgenossen im Osten zu erschüttern. Die deutsche Propaganda stellte bereits frohlockend die völlige Isolierung Sowjetrusslands, die innerliche Loslösung der französischen Politik von dem Vertrag mit Sowjetrussland fest.

Diese kritische Lage zwang Léon Blum nach Genf. Nach Beratungen mit Eden, Litwinow und den Vertretern der Kleinen Entente erklärte er entschieden, dass Frankreich seinen Bündnisverträgen unbedingt treu bleibe, und dass es keine Trennung der Ostfragen von den Westfragen zulassen werde. Praktisch war damit die Spekulation auf die Fünfmächtekonferenz zu Ende. Eines der wesentlichsten Motive für die von der Regierung Blum eingeleitete Politik der Blockade gegen die spanische Regierung hatte sich als trügerische Spekulation erwiesen. Ebenso stand die englische Politik vor einem neuen Misserfolg. Die diplomatischen Bemühungen um einen neuen Westpakt wurden zwar fortgesetzt, aber auch der englische Aussenminister sah sich zu einer Erklärung gegen die Teilung des Friedens genötigt. Dennoch verblieb der Eindruck des Zwielfichts, der Schwäche und der Direktionslosigkeit, die die englische und die französische Politik hervorgerufen hatte - während Sowjetrussland und die Kleine Entente mit grosser Entschiedenheit die Linie der kollektiven Sicherheit vertraten. Diese Direktionslosigkeit der Politik der Westmächte wurde noch unterstrichen durch das Vorgehen Sowjetrusslands in der spanischen Frage, das die Anklagen Spaniens gegen die Interventionmächte vor den Londoner Koordinationausschuss trug und mit dem Austritt aus dem Nichtinterventionensabkommen drohte.

Diese Direktionslosigkeit ermutigte aber auch die Diktaturen zu neuen Vorstössen, sie ermunterte sie, die Zeit zu nutzen.

Dass England rüstet, ist offenkundig. Der konservative Parteikongress in Margate hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass das aufgerüstete England ingrimmig und bis zum letzten kämpfen wird, wenn eine Grossmacht an den Lebensnerv des Empire rühren wird. Die feste Absage an alle deutschen Hoffnungen, die deutschen Kolonien oder Kolonialmandate aus englischem Besitz zurückzuerhalten, die von diesem Kongress ausging, hat der deutschen Politik gezeigt, dass England keinerlei Konzessionen zu machen bereit ist, die es selbst bezahlen müsste. Aber ebensoklar war auch, wie sich England in der Frage Spaniens zu verhalten gedachte. Es wollte dieses Feuer ausbrennen lassen. Es war ihm gelungen, das spanische Problem aus dem Völkerbund in den sogenannten Koordinationsausschuss von London zu bringen, in dem die ungeheuerlichsten diplomatischen Lügen über die einfachsten und unbestreitbarsten Tatsachen fabriziert werden. Es fühlte sich der unbedingten Gefolgschaft der französischen Regierung in dieser Frage sicher. Man konnte Anfang November mit beiden Händen greifen, dass die englische Politik sich vorsichtig auf den Sieg der Rebellen und ihre Anerkennung vorbereitete, dass sie nach dem Ausbrennen des spanischen Feuers darauf rechnete, alle europäischen Fragen in der Schwebe halten zu können. Aber diese Hoffnung auf eine Politik des "wait and see" war trügerisch.

Der Vormarsch Francos blieb vor Madrid stecken, und die Dauerschlacht vor der spanischen Hauptstadt zerfetzte alle die heuchlerischen Schleier, mit denen auch die englische Politik den Krieg der Generale zu umgeben wünschte. Die Hinmetzelung von Hunderten von Frauen und Kindern in Madrid durch deutsche und italienische Flieger, die Dauerbeschiessung der Stadt, der Einsatz farbiger Truppen - alles trug dazu bei, die Schande der Nichtinterventionspolitik zu entlarven, hinter der sich der Krieg Deutschlands und Italiens gegen die spanische Demokratie verbirgt. Die aktive Sympathie der Sowjetregierung mit dem Abwehrkampf der spanischen Regierung hat die amtliche englische und französische Politik in entschiedenem Widerspruch

zu den wahrhaft demokratischen Volksschichten ihrer Länder gebracht. Seit dem 28. September verurteilen die Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf das entschiedenste die Politik der Nichtintervention - aber die Regierung der französischen Volksfront besitzt gegenüber den konservativen Kräften in Frankreich nicht die Kraft, diese Politik aufzugeben.

Umsomehr konnten Deutschland und Italien es wagen, die sogenannte Regierung der spanischen Nationalisten, den Rebellen Franco, anzuerkennen. Die Anerkennung Francos bedeutet eine unmittelbare Bedrohung der Mittelmeerstellung Englands, die für das Empire von entscheidender Bedeutung ist. Das augenblickliche Ziel ist die Erleichterung der Blockade Barcelonas, die endgültige Einreihung Spaniens in den italienisch-deutschen Block gegen England und Frankreich. Eine Regierung Franco bedeutet die Herrschaft Italiens und Deutschlands an beiden Küsten des Westausgangs aus dem Mittelmeer, ganz gleichgültig, ob Landabtretungen erfolgen oder nicht. Spanien, durch den Bürgerkrieg entsetzlich geschwächt, wird zur Einflusssphäre Deutschlands und Italiens, Franco zum Vasallen Hitlers und Mussolinis. Vervollständigt wird das Bild durch den Anschluss Portugals, des bisherigen Bundesgenossen Englands.

Aber noch hat Franco nicht gesiegt - und darum ist die spanische Frage die Lunte am Pulverfass Europas. Aus dem Treiben der Francoleute, aus der Hilfe der deutschen und italienischen Flotten und Flugzeuge für sie, aus dem Vorgehen der Deutschen und Italiener in Nordafrika kann jeden Tag ein Konflikt entstehen, der einen Weltkrieg heraufbeschwört.

Nicht minder trügerisch hat sich die Hoffnung der französischen Politik erwiesen, die den Spuren Laval's folgend, Mussolini von einem Bündnis mit Hitler fernzuhalten hoffte. In langen Besprechungen in Berlin und Berchtesgaden kam ein deutsch-italienischer Block zustande, der von Mussolini am 1. November in Mailand in einer provokatorischen Rede verkündet wurde. Mussolini hat seine Position gewählt. Das Communiqué

Über die Berchtesgadener Besprechungen des italienischen Aussenministers Ciano mit Hitler war die erste, die Mailänder Rede die zweite Etappe auf dem Wege, den er nun anscheinend mit derselben Konsequenz gehen will, mit der er den Abessinienfeldzug vorbereitet hat.

Diese Mailänder Rede lässt erkennen, wie unheimlich viel an demokratischen Positionen in Europa im Laufe des Jahres 1936 zertrümmert worden ist. Die schwache Haltung der französischen Regierung im Falle Spanien hat die Tendenzen zur Zerstörung aller Grundlagen einer friedlichen Ordnung aufs bedenklichste gestärkt. Die Ablehnung eines Ideenkrieges durch die französische Volksfront-Regierung wird von Mussolini mit einer Kriegserklärung gegen die demokratische Grundidee des Völkerbundes und des Friedens beantwortet. Er nennt die Wilsonsche Ideologie: Anmassung, Illusion, konventionelle Lüge; die Kollektive Sicherheit: eine Illusion; den unteilbaren Frieden: einen zurückzuweisenden Gemeinplatz; er spottet über den Völkerbund: auf unmöglichem Grundsatz ruhend und "da es für ihn äusserst schwierig ist, sich zu erneuern, kann er, was uns betrifft, ruhig sterben."

Ein jeder Satz dieser programmatischen Bekenntnisse ist ein Faustschlag ins Gesicht der Prinzipien, die die Regierungen der demokratischen Völkerbundsmächte als die Grundlagen ihrer Politik ausgeben. Jeder Satz ist eine Verhöhnung des internationalen Rechtsgedankens, eine Kriegserklärung gegen die europäische Demokratie. Das reine Machtprinzip und den Willen zum Kriege dem internationalen Rechtsgedanken entgegenzustellen, das ist das Programm der europäischen Gegenrevolution, das Mussolini und Hitler gemeinsam ist. Für die europäische Lage von heute ist es bezeichnend, dass dieser zerstörende Angriff auf die geistigen Grundlagen einer friedlichen Ordnung Europas von den Regierungen der demokratischen Länder mit Schweigen hingenommen wird. Sie wollen keinen "Ideenkrieg".

Die französische Regierung hat sich während der letzten Völkerbundstagung bemüht, die italienische Delegation in die

Völkerbundsversammlung zu bringen. Sie hat noch in letzter Minute Mussolini die Vergewaltigung der abessinischen Delegation angeboten. Sie hat mit der sogenannten Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien diese Politik fortgesetzt. Mussolinis Antwort lautet: "Haltung kühlen Abwartens gegenüber Frankreich".

Gegenüber England hält Mussolini an der Politik aus der Zeit des Abessinienkrieges fest. Diese Politik ist am 16. Oktober auf dem nationalen Kongress zum Studium der auswärtigen Angelegenheiten in Mailand, der von dem italienischen Außenminister Ciano eröffnet wurde, klar umrissen worden: Italien werde die Machtverteilung im Mittelmeer, die es erstrebe, wahrscheinlich nur durch einen Krieg erlangen können, entweder durch ein Duell mit England oder als Bundesgenosse Englands auf dem Wege der Kompensation oder als Teilnehmer einer siegreichen Mächtegruppe gegen England. Angesichts dieser Möglichkeiten habe Italien alles Interesse, gute Beziehungen zu den arabischen Staaten, Griechenland und der Türkei zu unterhalten. - Im Stile dieser Definition hat Mussolini von den Lebensinteressen Italiens im Mittelmeer gesprochen, das einst das Meer Roms war. Er lässt ahnen, dass er über das Mittelmeer nach Afrika blickt, wie einst Scipio auf Karthago.

Im Hinblick auf den Balkan kündigt Mussolini die Wiederaufnahme der rein negativen und zerstörenden Politik des Faschismus an. Diese Politik hat es traditionell als ihre Hauptaufgabe angesehen, jede Beruhigung und Konsolidierung im Südosten Europas zu verhindern. Jetzt --nach der Eroberung Abessiniens-- nimmt Mussolini diese Politik wieder auf mit einer Anstachelung des ungarischen Revisionismus hier und falschen Freundschaftschwüren für Jugoslawien da. So wie Hitler möchte er die Sprengung der Kleinen Entente erreichen, indem er eines ihrer Glieder zu umgarnen versucht und zugleich die ungarische Revisionshetze gegen sie unterstützt.

Gemeinsam mit Hitler arbeitet er an der Zersetzung des Rechts und für die Vorherrschaft der nationalistischen Machtpolitik,

an der Zerstörung des Status quo im Osten und an der Zurückwerfung Sowjetrusslands nach Asien. In diesen drei Zielsetzungen, die der italienischen und der deutschen Politik gemeinsam sind, liegen die gefährlichsten und zerstörendsten Tendenzen, die es heute in der europäischen Politik gibt. Dass sie wirksam werden können, ist die Folge jener verhängnisvollen, auf Laval zurückgehenden französischen Politik, die Mussolini, dessen negative und zersetzende Politik auf dem Balkan klar genug war, dennoch zum Gendarmen der europäischen Ordnung machen wollte, und es ist ebenso die Folge der Politik der französischen Volksfront-Regierung. Der verhängnisvolle Fehler, den die Volksfront mit ihrer Politik gegenüber der spanischen Frage begangen hat, gehört keineswegs der Vergangenheit an. Er steht immer wieder gegen sie auf und jede neue, auf die Schwäche Frankreichs spekulierende Handlung oder Geste der gegenrevolutionären Mächte zeigt es mit unbarmherziger Schärfe.

Das deutsch-italienische Abkommen wird ergänzt durch das deutsch-japanische Abkommen. Der Vertrag zwischen Deutschland und Japan ist keine Abmachung zwischen Braunen und Gelben zum Schutz der europäischen Zivilisation gegen den Bolschewismus. Er ist ein wirkliches Militärbündnis. Es ist auch nicht einmal etwas ganz Neues; denn die engen deutsch-japanischen Beziehungen beginnen schon in der zweiten Hälfte 1933 und japanische Militärabordnungen waren seitdem wiederholt in Berlin. Aber jetzt werden diese Beziehungen ausgestaltet. Hitler sichert Japan die Lieferung von Kriegsmaterial, insbesondere von Flugzeugen zu, wahrscheinlich gegen Lieferung von Rohstoffen aus Mandschukuo. Die Unterlegenheit in der Flugwaffe war bisher Japans schwächster Punkt gegenüber Russland. Tokio und Osaka sind russischen Flugangriffen von Wladiwostok aus unmittelbar ausgesetzt, während die japanischen Flugzeuge bisher die grossen russischen Rüstungszentren im Osten, Omsk und Magnetogorsk, kaum erreichen können. Daher auch das Bestreben Japans, seine Herrschaft über China und die Innere Mongolei entlang der Südgrenze der unter russischem Protektorat stehenden Aussenren

Mongolei aufzurichten. Deutschland unterstützt politisch und militärisch diese Expansion. Damit unterstützt es aber zugleich das Erstarken Japans gegen England und gegen die Vereinigten Staaten.

So wird das Tempo, in dem die Welt in die Anarchie hineintreibt, immer schneller. In der internationalen Politik regiert der Terror die Stunde. Die Konstellation für einen neuen Weltkrieg wird von Deutschland und Italien systematisch vorbereitet. Schon schwingen sie die Fackel, die sie an das Pulverfass legen wollen.

Niemand in Deutschland darf sich darüber einer Täuschung hingeben: alles, was jetzt von der Regierung Hitler unternommen wird - in Deutschland wie in der Welt - dient der unmittelbaren Vorbereitung eines nahe bevorstehenden Krieges.
